

DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 10 Oktober 1990 E 8080 E

Deutschland:

Weitere Beeinträchtigung der deutschen Souveränität

Bonner Affentheater um deutsche Interessen – Was wird aus den deutschen Ostgebieten?

Zionismus:

Ein Profil der Anti-Defamation League (ADL)

Sowjetunion:

Gorbatschows Plan zum Beitritt in die EG

Israel:

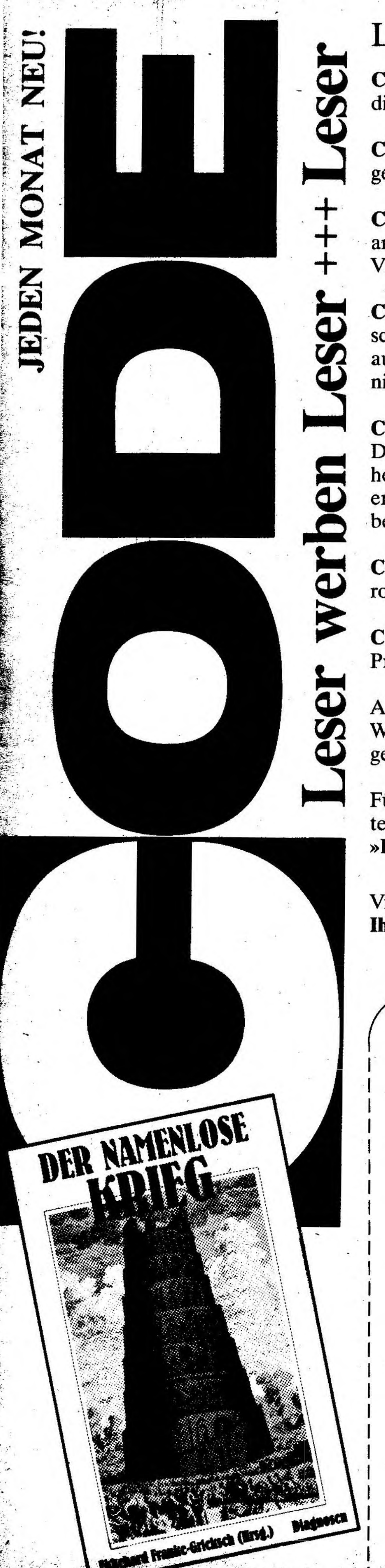
Die Hardliner wollen den Krieg

Revisionismus:

Deutsche Geschichte wird neu geschrieben

Naher Osten:

Der Krieg als großer Glücksfall für die Banker und die USA



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________
bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementspreis von 72,– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

Bank/Ort

Bankleitzahl

Kontonummer

☐ Der neue Abonnent legt einen Verrechnungsscheck über den Betrag von 72,– DM anbei (Ausland: DM 87,– Gegenwert in ausländischer Währung zum Tageskurs)

☐ **Bittet um Übersendung einer Rechnung.**

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

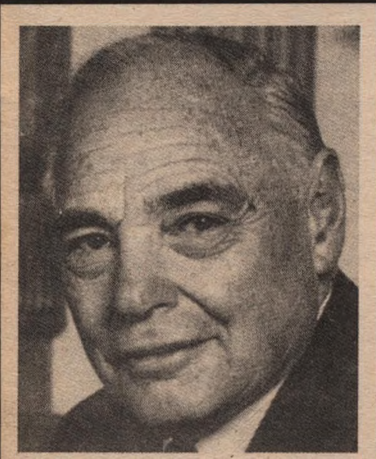
Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land


CODE
Das andere deutsche Nachrichtenmagazin

4. Jahrgang Nr. 10 Oktober 1990



Harry Oppenheimer, der obskure, diktatorische Multimilliardär, kontrolliert die Gold- und Diamantenmärkte der Welt mit eiserner Hand.



Edgar Bronfman, Whisky-Produzent und Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses, gehört zur Leitung der ADL.

Revisionismus

Ständige Rubriken

SPD

Affentheater um deutsche Interessen

Alfred König

Die Aufgabe der Parteien sollte es eigentlich sein, die Interessen ihres Landes wahrzunehmen und zu versuchen, Wohlstand und Lebenswert ihrer Heimat zu mehren. Es ist ausdrücklich nicht Sinn der Parteien, die nationalen Interessen zugunsten internationalistischen Gedankengutes zurückzustellen. Doch gerade dies geschieht in der SPD in der jüngsten Vergangenheit mehr und mehr, speziell seit ihr Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine heißt.

Die Verantwortungslosigkeit dieses Mannes wird eigentlich nur noch von dem blamablen Zustand überboten, den die SPD zur Zeit bietet. So schlimm das Attentat auf Lafontaine im Frühjahr war, so handelte es sich doch kraß ausgedrückt um nichts anderes als eine relativ harmlose Fleischwunde, so daß er sogar nach nur wenigen Tagen Behandlung aus dem Krankenhaus entlassen wurde. Gerade in den momentanen Zeiten enormer Umbrüche in der DDR wäre es von daher die Pflicht und Schuldigkeit des saarländischen Ministerpräsidenten und Kanzlerkandidaten der SPD gewesen, sich so bald wie möglich wieder der Tagespolitik zu stellen und Verantwortung zu übernehmen.

Der Warschauer Kniefall: Bundeskanzler Brandt vor dem Ehrendenkmal im Ghetto. Aber das Schweigen gegenüber den an Deutschen begangenen Unmenschlichkeiten bleibt.

Die Politik einer Schlange

Doch was geschah? Lafontaine zog sich in sein Privathaus zurück und war wochenlang für niemanden zu erreichen. Selbst Spitzenpolitiker der SPD erreichten ihn nur per Telefon. Wie aus Parteikreisen verlautete, soll Lafontaine nach dem Attentat »psychisch angeschlagen« und in tiefe Depressionen verfallen gewesen sein. Da muß sich doch zwangsläufig die Frage stellen, mit welcher Berechtigung dieser Mann für das Amt des Bundeskanzlers qualifiziert sein soll, wenn er schon nach diesem sicherlich schrecklichen, insgesamt aber relativ harmlos verlaufenden Vorfall für mehrere Wochen ausfällt? Statt nun aber wenigstens den Mut aufzubringen, dazu zu stehen und der Öffentlichkeit gegenüber zu erklären, daß er sich seine Kanzlerkandidatur nochmals überlegen müsse, wand er sich aber wieder wie eine Schlange und machte Änderungen beim Staatsvertrag zur Voraussetzung des Fortbestehens seiner Kanzlerkandidatur. Änderungen, die von niemand, der auch nur ein bißchen Verantwortungsbewußtsein hat, zu diesem Zeitpunkt gefordert werden konnten, da sie die Vereinigung mit der DDR um Monate, wenn nicht gar Jahre aufgeschoben und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in Mitteldeutschland drastisch verschlimmert hätte.

Sogar viele Politiker des ausgesprochen linken Flügels der SPD, wie etwa Willy Brandt, setzten sich mehr oder minder lautstark von Lafontaine ab. Als der Staatsvertrag dann aber doch praktisch ohne Änderungen verabschiedet wurde, hatte Lafontaine aber – wie nicht anders zu erwarten war – nicht den Mut, seine Ankündigung auf den Verzicht der Kanzlerkandidatur wahr zu machen.

Mit welcher Schamlosigkeit und Unverfrorenheit Lafontaine vorgeht, kennzeichnet auch folgendes. Mitte Juli nannte er die CDU in der Diskussion über ein gespaltenes Wahlrecht bei den ersten »gesamtdeutschen Wahlen« seit Kriegsende »schamlos« und begründete dies in einem »Bild«-Interview damit, »weil die Ost-CDU angedroht hat, zusammen mit ihrem alten Partner PDS, Ex-SED, die SPD in dieser Frage zu überstimmen«.

Die Kumpanei der Sozialisten

Das ist der gleiche Lafontaine, der im April des vergangenen Jahres in einem Interview mit der »Quick« folgendes auf die Frage, warum das Verhältnis zur DDR mal wieder im Keller sei, geantwortet hatte: »Die DDR hat große Schwierigkeiten mit der Reformpolitik Gorbatschows. Von daher läßt siche eine Reihe von Entscheidungen erklären. Außerdem wird es immer Belastungen des deutsch-deutschen Verhältnisses geben, solange es Tote an der Mauer gibt. Immerhin kann man sagen, daß die Mauer in den letzten Jahren ein ganzes Stück durchlässiger geworden ist.«
Auf die Frage, ob Honecker keine »Perestroika«-Politik machen könne oder wolle, antwortete der SPD-Kanzlerkandidat, daß die Verhältnisse in der DDR aufgrund der Nähe zur Bundesrepublik und der besseren Information der DDR-Bürger ganz anders als in der UdSSR seien und dann »Aber die erreichten Verbesserungen im deutsch-deutschen Verhältnis sind auch Ergebnis der Politik Erich Honeckers.« Angesichts dessen kann man gut nachvollziehen, warum Ex-Kanzler Helmut Schmidt Lafontaine bereits 1981 in einem Interview mit dem »Spiegel« vorgeworfen hatte, er betreibe zwar nicht subjektiv, wohl aber objektiv das Spiel der Sowjets.
Dabei darf nicht vergessen werden, daß Lafontaine in den vergangenen Jahren einer der innigsten Besucher des SED-Diktators war. So mehren sich dann auch die Vorwürfe, daß die SPD mit ihrer »sozialistischen Kumpanei« genau das praktiziert habe, was sie heute den ebenfalls mit der SED kooperierenden Ost-CDU-Mitgliedern vorwirft. So legten etwa SPD und SED noch im August 1987 ein gemeinsames Grundwertepapier vor, in dem das Wort »Freiheit« nur ein einziges Mal vorkommt. Statt dessen garantierte die SPD der SED darin einen »langen Zeitraum«, währenddessen der SED die »Existenzberechtigung« nicht abgesprochen werden dürfe. Wörtlich steht dort geschrieben: »Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft.«

Politik mit einem alten Foto

Mit welch Charakterlosigkeit Lafontaine vorgeht, kennzeichnet folgendes: 1980 und veröffentlichte die SPD in mehreren Broschüren ein Familienfoto der Familie Lafontaine, auf dem der 1945 im Alter von 29 Jahren gefallene Hans Lafontaine, der Vater

Oskars, in Wehrmachtsuniform zu sehen ist. Nach Protesten der Friedensbewegung wurde das Bild dann so abgeschnitten, daß die Kragenspiegel nicht mehr zu sehen waren, und das Revers wurde übermalt.

1985, dem Jahr in dem die Rote Armee in Afghanistan zigtausende abschlachtet, wird das Bild wieder veröffentlicht – diesmal in Uniform. 1990 ist es ein viertes Mal zu sehen, nämlich in der Broschüre »Einer von uns«. Nur daß es dieses Mal wieder übermalt ist, so daß es aussieht, Hans Lafontaine halte seine beiden Söhne in einem Zivilanzug auf dem Arm.

Doch nicht nur Lafontaine kennzeichnet die antideutsche Politik der Sozialdemokraten. So erregt derzeit in Nordrhein-Westfalen ein Schulbuch, das den DDR-Sozialismus preist, die Gemüter.

Wörtlich heißt es in dem von SPD-Kultusminister Hans Schwier zugelassenen Buch: »Im Sozialismus leben die Menschen in Wohlstand und Frieden! Aber jeder muß dafür auch arbeiten, und jeder kann zur Schule gehen, jeder hat Arbeit. Ein Leben ohne Arbeit ist vielleicht gar kein Leben ... Wenn ich später im Beruf stehe, werde ich dem Staat sehr viel nutzen. Ich bin für den Sozialismus. Dabei denke ich an Erhaltung der Menschenrechte – gesicherte Zukunft – frohe Kindheit – Frieden – Abrüstung – Freundschaft – sehr gute Lebensverhältnisse – gleiche Behandlung aller Menschen – gleiche Rechte – gleicher Lohn – Schulausbildung – Brot für alle.«

Mitleid mit SED-Genossen

Wie die »Welt am Sonntag« kürzlich berichtete, verweigert die SPD im Rahmen der Aufklärung von Verbrechen in der DDR die Einsicht in belastende Dokumente, die einst vom 1971 aufgelösten Ostbüro der SPD beschafft worden sind. Diese seit Jahren unter Verschluß gehaltenen Dokumente sollen insbesondere auch Leiden von Sozialdemokraten belegen, die sich der Vereinigung der SPD mit der KPD zur SED widersetzt hatten. Von ihnen endeten viele nach politischer Verfolgung in Zuchthäusern und Gefängnissen.

So heißt es in einem Brief der SPD-Bundesgeschäftsführerin Anke Fuchs an den letzten Chef des früheren Ostbüros der Partei, Helmut Bärwald: »Für Ihren Forschungsauftrag, den Sie vom Bundesministerum für innerdeutsche Beziehungen erhalten haben, kommt ein Zugang zum Archiv nicht in betracht.« Das gesamte Archiv sollte demnächst in der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammengeführt werden, wobei die SPD aber nicht die Absicht habe, »einen Zugang zum Archiv generell zu ermöglichen«.



Über die deutsche Einheit und Wiedervereinigung auch mit den ostdeutschen Gebieten gab es bei der SPD zu Beginn des Bonner Staaten nationale Vorstellungen.

Einer, der immer mehr Einfluß in der SPD gewinnt, ist der niedersächsische Ministerpräsident Gerhard Schröder. Dieser hat jetzt angekündigt, auch DDR-Lehrer, die Mitglied der SED waren, einstellen zu wollen. Überhaupt reiche »eine einfache SED-Mitgliedschaft nicht aus, um jemandem vom Öffentlichen Dienst fernzuhalten. Bei höheren Funktionen muß es Einzelfallprüfungen geben – auf der Grundlage des Beamtenrechts und nach Gesichtspunkten praktischer Vernunft.« Man beachte das Wort »Einzelfallprüfung«!

Zur Zeit betreibt Schröder in Zusammenarbeit mit dem Hamburger Bürgermeister Voscherau und dem schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Engholm den Umbau des Norddeutschen Rundfunks (NDR) zu einer ständigen SPD-Bastion. So soll der noch bis 1993 laufende Vertrag von NDR-Intendant Peter Schiwy, der der CDU nahesteht, von allen aber als hochqualifiziert bezeichnet wird, ebenso gelöst werden wie der von »Tagesthemen«-Chefredakteurin Ulrike Wolf, dem Chefredakteur von ARD-»aktuell«, Röhl, sowie des Leiters des Landesfunkhauses, Stehling. Hierfür brauchen die drei aber eine Mehrheit in den Gremien, die es derzeit aber nicht gibt – flugs werden also die Gremien geändert.

Auf der Suche nach dem eigenen Vorteil

So soll die Zahl der Rundfunkratsmitglieder von 31 auf 39, die der Verbandsvertreter von 16 auf 32 erhöht und gleichzeitig die Zahl der Politiker von 15 auf sieben reduziert werden. Die Pläne sehen des weiteren vor, daß die Vertriebenen, die Haus- und Grundbesitzer, der Reichsbund der Kriegsopfer, der Bundeswehrverband und der Verband der freien Berufe ihre Sitze in den Gremien verlieren. Statt dessen werden die Evangelische Kirche – zwei statt eins – und die Frauenverbände – drei statt eins – mehr Mitglieder stellen. Neu aufgenommen werden sollen der Verbraucherverband, der Verband der Ausländer, der Mieterbund, die Arbeitsgruppe Bildende Kunst, der Verband der Schriftsteller, Greenpeace und der Naturschutzbund. Der DGB und die Arbeiterwohlfahrt bleiben im Rat.

Genannt wird dies eine »Entpolitisierung des Rundfunks«, wobei aber gleichzeitig sichergestellt wird, daß die linksstehenden Verbände die Mehrheit erhalten. Und da der neue Staatsvertrag zehn statt fünf Jahre laufen soll, ist diese Mehrheit bis ins nächste Jahrtausend gesichert.

Bereits diese wenigen Beispiele, denen noch hunderte folgen könnten, zeigen, daß die SPD für jeden konservativen oder gar nationalen Wähler nicht wählbar ist. Jeder, der aber dennoch mit einer Stimmabgabe für die Sozialdemokraten liebäugelt, sollte sich vor Augen halten, was der frühere Finanz- und Verteidigungsminister Hans Apel, der dem rechten SPD-Flügel zugerechnet wird, in seinem Buch »Der Abstieg« schrieb. Apel wörtlich:
»Vor zwei Jahren hätte ich selbst noch gesagt, Lafontaine ist der richtige Kanzlerkandidat. Der bewegt wenigstens etwas im Gegensatz zu Vogel. Aber heute sehe ich in Lafontaine nur noch einen, der seinen eigenen Vorteil sucht, der nur noch seinen Machthunger stillen will. Aber Politik hat ja auch etwas mit Moral zu tun.« □

Deutschland

Die Kampagne der Zionisten

Alfred König

45 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs wendet sich das politische Glück immer mehr dem deutschen Volk zu. Die Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR steht unmittelbar bevor, und auch das »dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte«, der Massenmord an angeblich sechs Millionen Juden, muß nach der deutlichen Herabsetzung der Todeszahlen des KZ Auschwitz in weiten Teilen umgeschrieben werden. Die Verlierer all dessen sind die Zionisten, die am liebsten Deutschland für alle Zeiten klein gehalten wissen wollten.

Zwar kann der deutsche Aufstieg von diesen zionistischen Organisationen und deren Repräsentanten nicht mehr verhindert werden, doch soll zumindest Einfluß auf den Einigungsprozeß und die spätere Politik des (teil-)wiedervereinigten Deutschlands genommen werden. So war etwa in der »Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung«, dem Sprachrohr des Zentralrats der Juden, folgendes zur Vereinigung mit der DDR und den Konsequenzen daraus zu lesen:

Stimmungsumschwung in Deutschland

»Was jedoch erstaunt, sind jene von nationale in nationalistische gewendete Untertöne, die – Beckenbauer als Beispiel – jetzt Platz greifen. Natürlich mag da, im System kommunizierender Röhren, von der Stimmung der schwarz-rot-goldenen Montagsdemonstrationen in der DDR während des Herbstes letzten Jahres einiges in die Bundesrepublik übergeschwappt sein. Die neue nationale Euphorie, die die DDR als politisches Neuland für sich nun entdeckt, hat da wohl durchaus ansteckend gewirkt. Aber das ›Deutschland, Deutschland‹, mit dem sich allenthalben die Menschen hüben wie drüben nach der gewonnenen Fußballtrophäe begrüßten, assoziiert jene unsägliche Fortsetzung der ehemaligen Hymne, in der es heißt, daß dieses Land ›über alles‹ steht. Schließt sich nun doch wieder ein historisch gebrochen geglaubter Kreis, trotz Auschwitz?

Der nationale Stimmungsumschwung in Deutschland ist jedenfalls eine Realität. Damit wachsen allerdings die politischen Risiken. Das betrifft nicht allein das Verhältnis der Deutschen zu den europäischen Nachbarn. Es geht auch darum, wie das vereinte Deutschland selbst mit diesem Phänomen fertig wird. Ganz gewiß ist diese neue nationale Welle nicht die Stunde der Rechtsradikalen ... Vielmehr besteht die Gefahr, daß sich Politiker der konservativen Couleur diese neue Identität mit Deutschland zunutze machen, sich sogar an deren Spitze zu stellen versuchen.

Ein konservativ geprägter Nationalismus, wie er beispielsweise von den Unionsparteien ausgehen könnte, stünde natürlich nicht im Ruf des Extremismus. Er wäre, im wahrsten Sinne des Wortes, wählbar. Trotzdem könnte er verhängnisvoll sein, weil ein konservativer Nationalismus geneigt ist, die historischen Hypotheken, die auf Deutschland lasten, zu verkennen und zu verneinen. Wie ein roter Faden zieht sich bereits diese Erscheinung durch die vier Jahrzehnte deutscher Nachkriegsentwicklung; aber es gilt ebenso für die Noch-DDR, wo bislang wenig zur Verarbeitung der Nazi-Vergangenheit unternommen wurde. Existiert denn nicht schon lange die Meinung, endlich einen Schlußstrich unter die Geschichte zu ziehen? Und wurde sie nicht häufig von konservativen Politikern artikuliert?«

Das Treffen zwischen Kohl und Galinski

Der Artikel schließt mit der Forderung: »Gerade für das neue Deutschland, das durch die Vereinigung eine historische Gnade erfährt, muß gelten: Nur wer weiß, woher er kommt, der weiß auch, wohin er gehen muß und nicht gehen darf.«

Daß die Bundesregierung bereit ist, die Forderungen der Zionisten zu erfüllen, geht aus einem Treffen zwischen Galinski und Kohl hervor, über das in der Öffentlichkeit vor Veröffentlichung in der »Jüdischen Allgemeinen« nichts bekannt wurde. Warum wohl? Um jeden Vorwurf der Einseitigkeit von vorneherein auszuschließen, soll wieder wörtlich aus dem jüdischen Blatt zitiert werden:

»Dieser Vorstoß des Zentralrats traf bei Bundeskanzler Kohl auf wohlwollendes Verständnis. Er sicherte eine Berücksichtigung im Staatsvertrag zu. Bundesinnenminister Schäuble wurde mit entsprechenden Formulierungen beauftragt.«

Dabei handelte es sich um die folgenden Punkte: Erstens: »In einer Präambel zum Einigungsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR soll eindeutig und verbindlich erklärt werden, daß ›die Gründung des neuen deutschen Staates im vollen Bewußtsein der Kontinuität der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts geschieht‹. Die deutsche Teilung war daher eine logische Folge der nationalsozialistischen Katastrophe.

Im Rahmen der Vereinigung soll der Hypothek Rechnung getragen werden, mit der die deutsche Geschichte belastet wurde. Dazu gehört ein uneingeschränktes Bekenntnis zur Verantwortung für die Vergangenheit sowie der erklärte Wille, sowohl rechtliche als auch politische Garantien zu schaffen, die eine Wiederkehr der totalitären Herrschaft künftig unmöglich machen. Es bedeute jedoch auch, jeden Radikalismus, besonders in Form von Antisemitismus, Rassismus und Neonazismus, mit wirksamen Mitteln zu bekämpfen; aber auch eine bleibende Absage an alle Versuche, das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte zu verdrängen oder zu verharmlosen.

Zweitens: Aufgrund solcher Rückbesinnung und Übernahme der Verantwortung für die Vergangenheit ergibt sich eine besondere Verpflichtung des neuen deutschen Staates gegenüber seinen jüdischen Bürgern sowie gegenüber dem Staat Israel, in dem zahlreiche der überlebenden Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung heute leben.

Gleichzeitig muß die von der Bundesrepublik betriebene Politik der besonderen Verantwortung den Juden gegenüber fortgesetzt werden, wo immer sie leben. Das bedeutet auch eine Gleichstellung der Bürger der heutigen DDR mit den Bundesbürgern hinsichtlich einer Wiedergutmachungsleistung, sofern sie Opfer sind. Es betrifft aber auch die Erwartung, daß die künftige gesamtdeutsche Volksvertretung rechtsverbindliche Grundlagen schafft, die die Rechte aller verfolgten Gesellschaftsgruppen garantieren, sowie vergleichbare Verfolgungen irgendeiner Menschengruppe in der Zukunft ausschließen.«

Dann folgt die oben bereits abgedruckte Zusicherung Kohls, der folgende Abschnitte folgen: »Immerhin hat Kohl sich bereits in seinem Glückwunsch zum 40. Jahrestag der Gründung des Zentralrats entsprechend geäußert: ›Auch das vereinte Deutschland wird sich zu allen Teilen seiner Geschichte bekennen und sich seiner besonderen Verantwortung gegenüber den Juden bewußt sein.‹

An den Dank für die ›bewährte gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit‹ zwischen Zentralrat und Bundesregierung knüpft Kohl das Versprechen, daß ›auch das vereinte Deutschland in gleicher Weise den Weg zur Verständigung und Freundschaft mit dem Staate Israel und der Judenheit fortsetzen wird.‹«

Als ob diese Zusicherung, die wohl aus gutem Grund seitens

der Bundesregierung dem deutschen Volk vorenthalten wurde, noch nicht weitgehend genug ist, verschärft sich zunehmend der Druck der Zionisten an die DDR, Wiedergutmachung für die tatsächlichen und angeblichen Verbrechen an Juden während des Dritten Reichs zu zahlen. Nicht nur, daß Galinski forderte, daß dieses jetzt bald erfolgen müsse, war dies auch einer der Hauptpunkte der kürzlich in Jerusalem stattgefundenen Direktoriumstagung der Conference on Jewish Material Claims against Germany (Claims Conference). Lassen wir wieder die »Jüdische Allgemeine« für sich sprechen:

Es geht um weitere Wiedergutmachung

»Der Präsident der Claims Conference, Dr. Israel Miller, rief die DDR-Regierung auf, die feierliche Verpflichtung der Volkskammer, eine gerechte Entschädigung für Schäden von jüdischen Opfern der NS-Verfolgung herbeizuführen, schnell in die Tat umzusetzen ... In einer Erklärung (über die ersten zwischen der Claims Conference und der DDR-Regierung geführten Gespräche; der Verfasser) führte Miller dazu aus: ›Unsere Vertreter haben die Hauptanliegen unterbreitet, die der Annahme durch die DDR bedürfen, einschließlich der Rückgabe des jüdischen Vermögens, das von den Nazis entzogen wurde, Entschädigung für jüdische Opfer, denen die bundesdeutsche Entschädigungsgesetzgebung nicht zugute kam, und eine Globalzahlung an die Claims Conference für Hilfs- und Rehabilitationsprogramme für Holocaust-Überlebende.«

Nach Informationen von Bonner Insidern berichtete die deutsche Botschaft in Washington dem Auswärtigen Amt vor kurzem folgendes: Danach haben zionistische Organisationen in den USA erklärt, sie würden die »deutsche Lesart« nicht anerkennen, wonach die von 1945 bis 1949 enteigneten privaten Vermögenswerte in der damaligen sowjetischen Besatzungszone nicht zurückgegeben werden sollen. Die Juden in New York erklärten nach Informationen des Bonner Hintergrundinformationsdienstes »Privat-Depesche«, daß es ihnen gleichgültig sei, was mit dem deutschen Eigentum geschehe; aber jüdisches Eigentum, das nach 1945 in der DDR enteignet wurde, müßte nach den gleichen Grundsätzen zurückgegeben werden, wie jüdisches Eigentum in Westdeutschland nach 1933. Sei die physische Rückgabe nicht mehr möglich, müßte die gesamtdeutsche Regierung zahlen. Ein Staatsvertrag, der besatzungsrechtliche und besatzungshoheitliche Entschädigungsmaßnahmen nach 1945 sanktioniert, werde von den Juden nicht anerkannt.

Bonn sorgt sich um seine Bürger

Großzügig erklärte Galinski aber in einem Interview, der Zentralrat der Juden in Deutschland, der im übrigen am 19. Juli seinen 40. Gründungstag feierte, wolle dabei helfen, Besorgnisse im Ausland gegenüber einem vereinten Deutschland abzubauen. Allerdings, und jetzt kommt die nicht überraschende Einschränkung, könne dies nur gelingen, wenn »nichts beschönigt« werde und Deutschland zu seiner Vergangenheit stehe. Das Bekenntnis dazu müsse »an der Spitze« aller künftigen Verträge stehen und zugleich der unbedingte Wille bekundet werden, ein »Garant des demokratischen Bwußtseins« zu sein. Das sollte Galinski mal besser der israelischen Justiz sagen, die kürzlich Palästinenser, die mit Steinen auf israelische Soldaten warfen, aber niemanden verletzten, zu drei Jahren Haft verurteilte.

Dies paßt gut zu dem, was die »Privat-Depesche« kürzlich schrieb. Die »Privat-Depesche« ist sicherlich ein guter Bonner Hintergrundinformationsdienst, gilt gleichzeitig aber auch quasi als Sprachrohr der CDU, über das einiges, was offiziell nicht gesagt wird oder nicht gesagt werden kann, in die Öffentlichkeit lanciert. So war dort Mitte Juli zu lesen:

»Das amtliche Bonn hat sich selbstverständlich am Sieg der deutschen Mannschaft beim Endspiel um die Fußballweltmeisterschaft gefreut. Auch an den Siegesfeiern in beiden Teilen Deutschlands. Sie sind der Stoff, aus dem der Stolz wächst, ein Deutscher zu sein. Und das kann nur gut sein für die gesamtdeutsche Wahl.

Aber in der Freude war im amtlichen Bonn auch so etwas wie Sorge festzustellen: Sorge, daß Deutsche maßlos und überheblich werden, dadurch das Mißtrauen unserer Nachbarn aufs neue wachrufen und so die Vereinigung beider deutscher Staaten erschweren. Denn für Deutschland kommt es darauf an, sich des internationalen Vertrauens und Wohlwollens würdig zu erweisen.

Wir müssen vorsichtig sein in einem Deutschland von 80 Millionen. Schon gibt es zum Beispiel Polen, die meinen, die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sei nur ein taktischer Schachzug von uns. Ein wiedervereinigtes Deutschland, strotzend vor wirtschaftlicher und politischer Kraft, würde in zehn Jahren doch wieder Schlesien, Pommern und Ostpreußen von Polen fordern wollen.«

Ein weiteres Thema, zu dem sich Galinski lautstark zu Wort meldete, war der »streng private« Besuch von Bundespräsident Richard von Weizsäcker – sowie des tschechischen Präsidenten Vaclav Havel – beim österreichischen Präsidenten Kurt Waldheim anläßlich der Festspiele in Salzburg – dieser äußerte sich in einem kühlen und streng formalen Händedruck der beiden Präsidenten; aber mit afrikanischen Diktatoren steht von Weizsäcker Hand in Hand –.

Die Mode der Entrüstung

So sagte Galinski in einer ausdrücklich als persönliche Meinung bezeichneten Äußerung, er sei darüber »etwas entfremdet«. Des weiteren nahm der Zentralratsvorsitzende auch Anstoß an der kürzlich von von Weizsäcker erhobenen Forderung, die Palästinensische Befreiungsorganisation PLO in eine Nahost-Friedenskonferenz einzubeziehen. Er habe »wenig Verständnis für diese beiden Dinge«, sagte Galinski.

Galinski sollte sich vielleicht mal das durchlesen, was Havel zu der Kritik an dem Waldheim-Besuch sagte, er könnte hiervon sehr viel lernen: Sein Eindruck sei, sagte der tschechische Präsident, daß die ehemals ethisch-moralisch begründete Boykott-Kampagne mittlerweile zu einem »bestimmten Stereotyp, zu einem Spiel« verkommen sei. »Es ist nicht ein Quentchen moralischen Mutes, sondern die kaltblütige Überlegung: Wenn der eine nicht hinfährt, fährt auch der andere nicht. Was steckt darin Moralisches?«

Auch lehne er die machiavellistische Unterscheidung zwischen einer »moralischen« und einer »opportunen« Politik ab, die darin bestünde, dem Druck einer der beiden Gruppen nachzugeben. »Ich meine, wenn ich gegen eine bestimmte Mode verstoße im Bewußtsein aller Risiken, dann kann das politisch für etwas gut sein, aber gleichzeitig das Element eines moralischen Mutes in sich haben – gegen den Strom zu gehen.«

Über diese »Mode« der allzu leichtfertigen permanenten Entrüstung gab Havel folgendes zu bedenken: »In unserem geographischen Raum, zu dem ich auch Österreich und die Tschechoslowakei zähle, hat jeder von uns mehr oder weniger Flecken in seinem Lebenslauf. Es sieht so aus, als gäbe es hier eine Tendenz, immer einen zu finden und in den Vordergrund zu schieben und aus ihm eine symbolische Figur zu machen, eine Art stellvertretendes Opfer für alle unsere Schuld, und mit seiner Hilfe das eigene schlechte Gewissen loszuwerden.«

Der Schluß dieses Artikels soll dem aus Königsberg stammenden britischen Oberrabbiner Lord Jakobovits vorbehalten sein. Dieser hatte nach der Ridley-Affäre zur Vereinigung Deutschlands gesagt, sie könne zu einer Wiederholung der Judenverfolgung im Stil des Hitler-Reiches führen. In einem Appell an den britischen Außenminister Hurd und den Präsidenten der EG-Kommission Delors forderte Jakobovits internationale Garantien, damit Juden nicht »bequeme Sündenböcke« würden, sollte der für die Herrschaft Hitlers typische deutsche Militarismus wiederauferstehen. Er akzeptiere die Rolle, die ein vereinigtes Deutschland in Europa spielen müsse, sage aber: »Wir können nicht völlig die Erfahrung eines militaristischen Deutschland vergessen«, das Europa in zwei Weltkriege gestürzt habe mit der »größten Barbarei des Holocaust in dem die Juden im Verhältnis bei weitem die Hauptopfer waren«. □

CDU

Die Partei der Separatisten

Hans Baader

Die Diskussion um die Hauptstadtfrage eines (teil-) wiedervereinigten Deutschlands hat die Wahrheit ans Licht gebracht: Wie auch bereits unter Konrad Adenauer bleibt diese Partei die Partei der Separatisten. Denn anstatt sich umgehend für Berlin als Hauptstadt auszusprechen, so wie sie es jahrelang getan hatten, spielt Bundeskanzler Helmut Kohl nun auf Zeit, während sich führende Unionspolitiker sogar ganz unverhohlen für Bonn als Hauptstadt aussprachen oder nebulös erklärten, Berlin solle zwar Hauptstadt werden, Bonn aber Regierungssitz.

So hat der bayerische Ministerpräsident Streibl seinen »erbitterten Widerstand« angekündigt, falls jemand den Beitritt der DDR an die Voraussetzung einer Hauptstadt Berlin knüpfen sollte. Und der CSU-Generalsekretär Huber erklärte kürzlich sogar: »Bonn war in seiner räumlichen Enge und mit seiner im positiven Sinne provinziellen Attitüde Ausdruck bundesrepublikanischer Bescheidenheit.« Dagegen erinnerte Huber an den »Untergang des Dritten Reiches, das in seiner grenzenlosen Großmannssucht die Hauptstadt Berlin zu einer Megapolis machen wollte.«

Viel reden, aber wenig sagen

Frei nach dem alten Politiker-Motto »Viel reden, aber wenig sagen« hielt es auch Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU). Er habe eine »differenzierte Auffassung zu der Hauptstadtfrage«. 40 Jahre lang sei gesagt worden, »Berlin ist die alte deutsche Hauptstadt, so daß ich mir jetzt schlecht vorstellen kann, daß wir jetzt, wo die Vereinigung kommt, sagen können, das war's dann. Aber auf der anderen Seite hat Bonn in diesen 40 Jahren sich unbestreitbare Verdienste erworben und symbolisiert ja auch sehr viel ... Es gibt für Bonn gute Argumente, es gibt für Berlin gute Argumente. Und wir werden eine Lösung finden, die beiden Argumenten und Interessen auch Rechnung trägt.« Der hessische Ministerpräsident Wallmann verstieg sich in einem Interview sogar zu der Aussage: »Nichts dagegen, daß die konstituierende Sitzung des Bundestages in Berlin stattfindet. Ich könnte mir allerdings auch die Paulskirche in Frankfurt vorstellen, sie hat eine größere Tradition.«

Am deutlichsten formulierte der stellvertretende nordrheinwestfälische Landtagsfraktionsvorsitzende der CDU und wahrscheinlich neue Generalsekretär der NRW-CDU, Schauerte, die von seinen Parteikollegen bislang oftmals nur hinter vorgehaltener Hand ausgesprochene Kritik an Berlin. So sprach sich Schauerte »entschieden« für Bonn und gegen Berlin als Regierungs- und Parlamentssitz im »vereinten Deutschland« aus. Der einflußreiche Politiker des stärksten CDU-Landesverbandes wandte sich dabei sogar gegen den Umzug des Bundespräsidenten nach Berlin. Um die Einheitlichkeit der deutschen Politik deutlich zu machen, so Schauerte, sei es ratsam, das Staatsoberhaupt dort zu lassen, wo auch Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat seien – also in Bonn.

Provinz-Mief in der CDU

Nach Auffassung des CDU-Politikers spricht auch ein »außenpolitisch-psychologisches Argument entscheidend für Bonn«: So müsse die deutsche Politik nämlich noch Jahrzehnte großen Wert darauf legen, in einem nicht zu großen Kostüm aufzutreten. Deutschland sei wirtschaftlich derart dominant, daß es klug beraten wäre, sich in Understatement zu üben. Das bescheidene Bonn stehe im übrigen für eine bislang nicht dagewesene Blüte deutscher Geschichte.

Darauf angesprochen, daß Bonn als »Entschädigung« der Aufgabe der Hauptstadt-Funktion künftig europäische Institutionen erhalten könne, drehte der Jurist aus dem Sauerland den Spieß um: Gerade Berlin, das nur 79 Kilometer von der polnischen Grenze – in Wirklichkeit handelt es sich natürlich um die Grenze zwischen Mittel- und Ostdeutschland – entfernt liege, täte es gut, stärker als bisher westeuropäisiert zu werden. Es könne besser als andere Städte aufgrund seiner Lage Ost-West-Brückenfunktionen im großen »europäischen Haus« wahrnehmen.

Bei Berlin endet Weizsäckers Autorität

Wenn sonst nie Kritik an dem Verhalten des Bundespräsidenten laut wird, wenn er, wie bereits mehrfach geschehen, aktiv in die Tagespolitik eingreift und damit seinen Verfassungsauftrag mißbraucht, so griff Schauerte ihn aber nun in »unmißverständlicher Form« an, nachdem von Weizsäcker sich bei der Verleihung der Ehrenbürgerschaft Berlins an ihn für eine Hauptstadt Berlin sowie den Umzug aller wesentlichen Behörden dorthin aussprach. »An diesem Punkt endet seine Autorität, es ist nicht die Aufgabe des Bundespräsidenten, die deutsche Politik so konkret festzulegen«, erklärte der aufstrebende CDU-Politiker.

Da man die konservativen Wähler nicht vollends vor den Kopf stoßen kann, spielen Kohl und seine engsten Vertrauten mit vordergründigen Argumenten nunmehr auf Zeit. Solange noch sowjetische Truppen in Berlin stationiert seien, solange könne die Stadt an Spree und Havel nicht Hauptstadt sein. überhaupt könne über diese Frage nur ein »gesamtdeutsches Parlament« entscheiden.

Versprechen sind nach der Wahl vergessen

In diese Kerbe schlug auch der Chef der CSU-Landesgruppe in Bonn, Wolfgang Bötsch. So sagte dieser in einem Interview: »Wir wollen prüfen, ob es eine Lösung wäre, Bundespräsident und Bundesrat nach Berlin gehen zu lassen und Regierungssitz sowie Parlament in Bonn zu behalten ... Die Entscheidung muß ein gesamtdeutsches Parlament fällen.«

Hier trifft das alte deutsche Sprichtwort zu: Wer einen Grund finden will, findet diesen mit etwas Phantasie immer. Wie unsinnig das Argument mit den Sowjettruppen ist, wird jedem politisch Interessierten aus folgendem klar: Es muß Aufgabe eines jeden deutschen Politikers sein, den Abzug dieser Sowjettruppen zu forcieren. Denn wer kann schon sagen, wer in zwei Jahren in der UdSSR an der Macht ist? Und sollte dies eventuell wieder ein Stalinist sein, wie könnte man diesen dann zwingen, die sowjetischen Truppen aus dem ehemaligen Gebiet der DDR abzuziehen, wenn er sich einfach weigert? Bei einer Hauptstadt Berlin wäre dies alles wesentlich einfacher als bei einer Hauptstadt Bonn. Denn jeder in der Welt würde es verstehen, daß es ein Land nicht akzeptieren kann, wenn praktisch vor der Haustür der Hauptstadt fremde Truppen stationiert sind.

Bonns Oberbürgermeister gegen Hauptstadt Berlin

Die Absicht ist klar: Die Klärung der Hauptstadtfrage soll bis nach den Wahlen verschoben werden. Nach der Stimmabgabe wird dann aber wieder das gemacht, was man will – und nicht das, was der Wähler eigentlich will. Und dieser hatte seine Stimme eben im festen Glauben abgegeben, die Union halte sich an ihre früher abgegebenen Versprechen.

So hatte noch der Oberbürgermeister Bonns, der CDU-Parlamentarier Hans Daniels, dem sowjetischen Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow bei dessen Deutschland-Besuch vor einem Jahr erklärt, Bonn nehme die Hauptstadtaufgaben »nur stellvertretend für Berlin« wahr – bis zur Wiedervereinigung. Heute ist Daniels jedoch einer der entscheidenden Kämpfer für den Verbleib Bonns als Hauptstadt. □

Bonn

Desinformation in der Ausländerfrage

Alfred König

Das deutsche Volk wird in der Ausländerfrage in den vergangenen Jahren im wahrsten Sinne des Wortes belogen und betrogen. Alle Parteien – mit Ausnahme der Grünen – fordern seit eh und je wirksame Schritte gegen einen zu starken Ausländerstrom – doch ganz egal, welche Parteien die Regierung stellten, geschehen ist nichts. Ganz im Gegenteil: Die Ausländerzahlen erreichen Jahr für Jahr neue Rekordzahlen.

Im Frühjahr dieses Jahres verkündete die Bonner Regierungskoalition freudestrahlend, die Novellierung des Ausländergesetzes werde neben mehr Rechtsklarheit für diesen Personenkreis auch zu einer Eindämmung der nahezu uneingeschränkten Einwanderung in die Bundesrepublik führen – natürlich wurde dies »vornehmer« ausgedrückt – ebenso wie die Beschleunigung der Asylverfahren. Auch sollten nicht genehmigte Asylbewerber, vor allem aus Polen, Türkei und Jugoslawien, schnell wieder abgeschoben werden. Doch auch hier fehlten den schönen Worten dann die entsprechenden Taten.

Die aktuellen amtlichen Zahlen zeigen nämlich ganz eindeutig, daß genau das Gegenteil des immer wieder Versprochenen eingetreten ist. So nahm die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer von Dezember 1988 bis Dezember 1989 um sage und schreibe acht Prozent oder 357.000 Personen auf rund 4,8 Millionen Menschen zu. Dies entspricht einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 7,7 Prozent. In den Großstädten liegt die Ausländerquote fast durchweg zwischen zehn und 20 Prozent, wobei in manchen Stadtteilen schon mehr Ausländer als Deutsche leben.

Nicht besser, sondern sogar noch deutlich schlimmer sieht die Entwicklung bei den Asylbewerbern aus. Deren Zahl stieg im vergangenen Jahr gegenüber 1988 um fast 20 Prozent von 103.000 auf knapp 121.000 an, von denen jedoch nur 3,3 Prozent als Asylanten anerkannt wurden. Zwei Jahre vorher waren es immerhin noch fünf Prozent. Und alleine bis Ende Juli kamen 97.988 neue Asylbewerber in die Bundesrepublik. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres waren es dagegen »nur« 66.955. Alleine im Juli kamen 18.855 Asylbewerber, so viel wie noch niemals zuvor in einem Monat. Insgesamt rechnen die Behörden für 1990 mit mindestens 160.000 Personen, die in der Bundesrepublik um Asyl nachsuchen werden.

Parallel zu diesen Zahlen stieg auch die Verbrechensquote der Ausländer. Die kürzlich veröffentlichte Polizeiliche Kriminalstatistik für das vergangene Jahr weist einen Ausländeranteil an allen festgenommenen Verbrechern von 24,5 Prozent aus. Anders gesagt, bedeutet dies nichts anderes, als eine rund dreieinhalbfach so hohe Kriminialitätsrate bei diesem Personenkreis. Fünf Jahre zuvor lag diese Quote dagegen »nur« bei 16,6 Prozent.

Besonders hoch ist die kriminelle Steigerungsrate bei den Asylbewerbern, die 1990 bereits 22,1 Prozent aller ausländischen Kriminellen stellten. 1984 waren es dagegen »nur« 7,7 Prozent, was nichts anderes als eine Verdreifachung in nur fünf Jahren bedeutet.

Die kriminelle Steigerungsrate bei den Asylanten

Des weiteren stellt die Kriminalstatistik einen »erheblichen« Ausländeranteil bei den tatverdächtigen Jugendlichen fest. Während diese Zahl bei den deutschen Jugendlichen abnehme – von 134.000 in 1984 auf 90.000 in 1989 –, sei sie bei den Ausländern im gleichen Zeitraum von 23.000 auf knapp 35.000 gestiegen. Dies entspreche einer Quote von 27,9 Prozent.

Besonders starke Steigerungsraten weist für dieses Jahr die Berliner Statistik aus. Von den zwischen Januar bis April ermittelten 54.000 Tatverdächtigen waren 19.000 oder 35,2 Prozent Ausländer. Im gleichen Zeitraum des Vorjahres lag diese Quote noch bei »nur« 26,2 Prozent.

Doch ist dies kein auf Deutschland begrenztes Problem. In anderen westeuropäischen Ländern sieht es nicht viel anders aus.

Wie unverschämt manche Gruppen hier Forderungen stellen, kennzeichnet folgendes: Die in die Bundesrepublik gekommenen Albaner protestierten vehement gegen ihre Unterbringung in Lagern. Teilweise wurden sogar die Möbel aus den zugegebenermaßen nicht sehr großen, aber vollkommen ausreichenden Zimmern aus Protest auf die Straße geworfen. Manche verlangten sogar ernsthaft, in großen Wohnungen untergebracht zu werden, so als ob sie in Albanien im größten Wohlstand gelebt hätten.

Und die Zigeuner reiten noch immer auf den angeblich von den Nationalsozialisten umgebrachten 500.000 Zigeunern herum, die den Deutschen quasi eine Asylverpflichtung auferlege, obwohl es auch hier neueste Forschungen gibt, die diese Zahl als zu hoch erachten.

Angesichts des immer eklatanteren Mißbrauchs des Asylrechts, traf die saarländische Landesregierung ab dem 1. August eine begrüßenswerte Maßnahme: Statt einem Ehepaar ohne Kinder 600 Mark und einem Ehepaar mit zwei Kindern 1.200 Mark Sozialhilfe monatlich zu zahlen, gab es ab diesem Zeitpunkt »nur noch« 50 Mark monatlich Taschengeld bei gleichzeitiger kostenloser Verpflegung.

Die CDU auf der Seite der Asylanten

Wer nun aber geglaubt hatte, die CDU unterstütze dies, sah sich – wie nicht anders zu erwarten war – getäuscht. Vielmehr hat der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Johannes Gerster, diese Entscheidung »in aller Schärfe« kritisiert. Was der saarländische Ministerpräsident damit betreibe, sei »brutaler« als alles, was in Asylrechtsfragen bisher erörtert worden sei. Mit dieser Knüppel-aus-dem-Sack-Politik würden Asylbewerber drangsaliert, sagte Gerster, der gleichzeitig Lafontaine in dieser Frage als »Menschenverächter« bezeichnete.

Interessant ist auch die Stellungnahme der Union zur skandalösen Entscheidung der nordrhein-westfälischen Landesregierung, abgelehnten Asylbewerbern, die seit mindestens fünf beziehungsweise acht Jahren an Rhein und Ruhr leben, ein großzügiges Bleiberecht zu gewähren. Man lehne dies nicht grundsätzlich ab, erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Paus. Vielmehr stimme man zu, daß für bestimmte Ausländer, die nach jahrelangem Aufenthalt in der Bundesrepublik nicht mehr in ihre Heimat zurückkehren könnten, eine humanitäre Lösung gefunden werden müsse.

Befürworter einer liberalen Asylpolitik berufen sich immer auf das Grundgesetz, das politisch Verfolgten Asyl gewähre. Das Grundgesetz besagt aber ausdrücklich nicht »Jemanden der nicht politisch verfolgt wird, ist aber dennoch trotz der Verweigerung des Asyls ein Bleiberecht zu gewähren, wenn er aus einem Bürgerkriegsland kommt« oder ähnliches. Von daher legen diese Politiker, aber auch die Richter, die entsprechendes Landesregierungsvorgehen im nachhinein absegnen, das Grundgesetz so aus, wie es deren »Väter« mit Sicherheit nicht gemeint haben. □

Deutschland-Journal

Weizsäcker als Opportunist entlarvt

Bundespräsident Richard von Weizsäcker kein geradewegs ausschreitender Staatsmann, sondern vielmehr ein Opportunist, wie er im Buche steht? Diesen Eindruck muß man zumindest gewinnen, wenn man die von Weizsäckers früheren Pressereferenten Friedbert Pflüger verfaßte Biographie »Richard von Weizsäcker. Ein Porträt aus der Nähe« liest. Um keinen Zweifel irgendwelcher Voreingenommenheit aufkommen zu lassen, soll nachfolgend aus einer in der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« gestandenen Besprechung über dieses Buch zitiert werden:

»Ist es die Berufsperspektive des Pressereferenten, welche die Lektüre dieser Teile des Buches (gemeint ist die Begnadigung von RAF-Terroristen durch von Weizsäcker; der Verfasser) ein wenig erschreckend macht? Immer wieder tritt hervor, daß ein kleiner Schritt getan worden und daß dann das Echo in den Medien sorgfältig abgelauscht worden sei, ob man nun handeln könne oder weiter warten solle auf eine günstigere Stunde. In das weit verbreitete Weizsäcker-Bild paßt das nicht so ganz, und sein ehemaliger Referent Pflüger hat ihm insoweit keinen Gefallen getan, als er über weite Strecken einen Weizsäcker vorführt, der auch als Bundespräsident (bei dem Regierenden Bürgermeister von Berlin mag etwas anderes gegolten haben) Schritt vor Schritt setzte zwischen den medialen Krokodilsteichen, wiewohl die Raubtiere, die darin sitzen, keine scharfen Zähne haben und zumal ein Bundespräsident für sie ›tabu‹ ist.

Es hat sich eingebürgert, die Bundespräsidenten zu sortieren danach, ob und inwieweit sie ihr Amt ›politisch‹ aufgefaßt hätten. Pflügers Buch gibt, was Weizsäcker angeht, hier keine klare Antwort. Das ist sicherlich korrekt. Denn Weizsäcker hat sich – so liest es sich auch bei Pflüger – vorsichtig sichernd nach allen Seiten gelegentlich blitzartig vorgewagt, in einer verpackten Nebenbemerkung, wozu seine Sprachgewalt ihn fähig macht, und doch keinen Anlaß dafür gebend, daß die Hüter der ›Königin-von-England‹-Position des Bundespräsidenten energisch Anstoß nahmen.« □

Wird Genscher Weizsäckers Nachfolger?

Brandheiße Gerüchte besagen, daß Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher sein Amt – Wiederwahl vorausgesetzt – Mitte nächsten Jahres zur Verfügung stellen will. Zwei Gründe seien hierfür verantwortlich: Zum einen erlaube seine angeschlagene Gesundheit nicht mehr den mit andauernden Reisen verbundenen Streß. Viel wichtiger seien aber, so die Gerüchte weiter, die Pläne des früheren FDP-Chefs. Danach soll Genscher Nachfolger von Bundespräsident Richard von Weizsäcker im höchsten Staatsamt werden.

Nachdem die DDR nun der Bundesrepublik beitritt und keine neue »gesamtdeutsche« Verfassung erarbeitet wird, bestünden nunmehr keine wichtigen Gründe für eine Grundgesetzänderung zur Verlängerung der bisher auf maximal zehn Jahre befristeten Amtszeit des Bundespräsidenten. An Hans-Dietrich Genscher, der auch für den Friedens-Nobelpreis nominiert wurde, käme aber kaum einer vorbei.

Erleichtert würden die Pläne »Wendelins« – so Genschers Spitzname – dadurch, daß die anderen Parteien keine ernst zu nehmenden Gegenkandidaten aufbieten könnten. Bei der Union biete sich überhaupt niemand an. Zwar soll in der SPD auch Ex-Bundeskanzler Willy Brandt mit dem Amt des Bundespräsidenten liebäugeln, doch gilt es als sicher, daß dies in Deutschland auf erbitterten Widerstand des »normalen Volkes« treffen würde, da Brandts Vergangenheit immer undurchsichtiger wird. Und der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Johannes Rau, dessen Name früher des öfteren für dieses Amt genannt wurde, habe heute nicht mehr die geringste Chance, überhaupt nur von seiner Partei nominiert zu werden. □

Behörden tolerieren Linksextremismus

Die bundesdeutschen Behörden tolerieren linksextremistische Bestrebungen, wie aus dem neuesten Verfassungsschutzbericht hervorgeht. Zwar ist auch dort ein großer Teil über den Linksextremismus enthalten, interessant ist aber folgendes: Bei den Linksextremisten gab es 1989 insgesamt 266 Verurteilungen (1988: 488) und 283 Anklagen (1988: 368). Bei den sogenannten Rechtsextremisten gab es dagegen im gleichen Zeitraum nur 81 Verurteilungen (1988: 143) und 73 Anklagen (1988: 194). Dennoch wurden von den Behörden insgesamt 62 rechtsextremistische Veranstaltungen verboten – von denen allerdings eine ganze Reihe durch die Verwaltungsgerichte wieder aufgehoben wurde –, während den Linksextremisten nicht eine einzige Veranstaltung untersagt wurde. □

Katholischer Pfarrer hetzt gegen Deutsche

In einer Predigt hat der Paderborner Pfarrer Lothar Weiß, der im dortigen Bistum für die Betreuung der Zigeuner verantwortlich ist, massiv gegen Deutschland gehetzt und zugleich Verbrechen der Zigeuner verharmlost. Nachdem der Geistliche die wieder vermehrt einsetzende Zuwendung zu den Begriffen Nation, Vaterland, Volk und Heimat grundsätzlich begrüßte, hieß es dann: »Was aber – und das erstreckt und bedrängt mich viel mehr – entwickelt sich bei uns? Zunehmende Fremdenfeindlichkeit macht sich breit, alte Vorurteile werden wieder belebt, und Rassismus ist wieder salonfähig. Große Anteilnahme zeigte die deutsche Bevölkerung, als es darum ging, Hilfstransporte in das leidgeprüfte Rumänien zu schicken, Bundes- und Landesregierungen stellten Millionen zur Verfügung, diesem Volk erste Hilfe zu leisten ... Große Teile der Hilfstransporte gingen an die deutschen Minderheiten, die nachweislich zu denen gehörten, denen es in Rumänien – verglichen mit anderen Minderheiten – noch gut ging. Sie konnten zum Teil schon vor der Revolution Schlepper und Menschenschmuggler mit Kopfgebühren bis zu 15.000 Mark bezahlen. Die etwa 1,5 Millionen starke Minderheit der Zigeuner gehört aber zu den leidgeprüftesten. Allein diejenigen, die in Grenznähe vom Schmuggel ihren Lebensunterhalt bestreiten konnten, lebten unter menschenwürdigen Bedingungen.«

Dann scheut sich der Pfarrer nicht, Unrecht zu sanktionieren: »Als die Hilfstransporte aus dem Westen nach Rumänien kamen, berichteten die Zeitungen, daß Zigeuner sie ausgeraubt hätten. Das ist richtig; denn was blieb ihnen anderes, um an ihren Anteil an überlebenswichtigen Gütern zu kommen. Viele Hilfsgüter gingen an diejenigen, die schon hatten, die sich daran bereicherten oder damit auf dem Weg über den Schwarzmarkt ihre Ausreise finanzierten.«

Danach sagte der Geistliche über die Verhältnisse der hier um Asyl bittenden Zigeuner, daß sie etwa in Containern, Zelten und Schulen »zusammengepfercht« würden, daß sie das essen müssen, was sie nicht kennen und nicht vertragen. Dieser Absatz gipfelt schließlich in dem Satz: »Vielleicht werden sie sich wieder nehmen, was ihnen versagt wird.« □

Bischof Forck verteidigt PDS

Gegen eine Ausgrenzung der SED-Nachfolgepartei PDS hat sich der Bischof der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg, Gottfried Forck, ausgesprochen. Es gebe viele Gelegenheiten, »sich mit interessierten Leuten aus der PDS zusammenzusetzen und zu überlegen, was

man jetzt vielleicht gemeinsam tun kann«, erklärte der Geistliche, der sich auch darüber beklagte, daß die PDS »ausgeschrieen« werde und man nicht hinhöre, wenn sie etwas sage, auch wenn es noch so gut sei. Die aufkeimende Aggressivität und Intoleranz sei »sehr schlimm«.

Des weiteren wandte sich der kirchliche Würdenträger gegen eine pauschale Ablehnung des Marxismus. Im DDR-Sozialismus seien die Ideale des Marxismus-Leninismus derart »verfälscht« worden, daß niemand mehr etwas damit zu tun haben wolle. Doch der Ansatz von Marx, die Verhältnisse zu ändern, »in denen der Mensch ein geknechtetes und erniedrigtes Wesen« (Marx-Zitat) sei, bleibe ein wichtiges Anliegen und komme dem nahe, was auch Christen vertreten sollten. »Eben weil die Ansätze des Marxismus wirklich human sind und weil sie auch dem christlichen Glauben sehr nahe kommen, kann ich sie nicht einfach über Bord werfen«, sagte Forck. □

Kirchenleute mit deutschen Interessen

Kann man über Bischof Forck nur den Kopf schütteln und fragen, wo dieser Mann die ganze Zeit über gelebt hat, gebührt den katholischen Bischöfen – zumindest in dem betreffenden Punkt – Respekt, die schon 1947/48 massiv beim Alliierten Kontrollrat gegen die willkürliche Verhaftung und Verschleppung tausender von deutschen Jugendlichen durch die Sowjetbehörden protestierten.

Wie aus einer erst kürzlich in amerikanischen Archiven gefundenen Korrespondenz zwischen Kardinal Frings und Bischof Wienken mit US-General Hays hervorgeht, forderte der deutsche Episkopat von den Besatzungsmächten die alsbaldige Aufklärung des Schicksals von mehr als 2.000 verschleppten Kindern und Jugendlichen, die hauptsächlich in Berlin und der sowjetischen Besatzungszone von Angehörigen der dortigen sowjetischen Militäradministration festgenommen und abgeführt worden sind.

So ist etwa in einem Brief des Kommissariats der Fuldaer Bischofskonferenz an General Hays vom 22. Februar 1948, in dem diesen die von kirchlichen Stellen angestrengten Nachforschungen zusammengefaßt wurden, zu lesen, »daß sich zeitweise größere Gruppen der verhafteten Jugendlichen in den Konzentrationslagern Torgau, Mühlberg, Jamnitz, Fünfeichen und Sachsenhausen aufhielten« und daß »aus dem Lager Mühlberg am 8. Februar 1947 ein Transport von etwa 2.000 Jugendlichen nach der Sowjetunion übergeführt wurde«. Es wird vermutet, daß die meisten anderen in den Sowjet-Lagern inhaftierten Jugendlichen umgebracht und in den kürzlich gefundenen Massengräbern verscharrt wurden. □

Hereros und Hottentotten fordern Wiedergutmachung

Nun hat die Wiedergutmachungswelle, mit denen Deutschland derzeit regelrecht überschwemmt wird, auch das tiefste Afrika erreicht. Zur endgültigen Versöhnung mit den Deutschen, so der Häuptling des in Südwest-Afrika beheimateten Stammes der Hereros, Kuaima Riruako, müsse noch eine Sache bereinigt werden – der angebliche Völkermord der Deutschen am Stamm der Hereros Anfang dieses Jahrhunderts. Für 86.000 getötete Stammesmitglieder (80 Prozent aller Hereros) sowie angeblich zweieinhalb Millionen geraubter Rinder und einem »gigantischen Landraub« will der Neger zwei Milliarden Mark von Deutschland haben – ähnliche Forderungen kommen auch von den Hottentotten –. Bislang hat die Bundesregierung hierauf aber noch nicht reagiert. Als der Herero-Chef dies im vergangenen Juni bei einem Bonn-Besuch Außenminister Genscher vortrug, reagierte dieser laut Riruako wie folgt: »Da sah der mich an wie ein Wesen von einem anderen Stern.«

Doch es gibt auch andere Stimmen. So erklärte Normann Paech, Professor für internationales Recht in Hamburg: »Völkerrechtlich sind die Forderungen der Hereros berechtigt. Obgleich sich die Bundesrepublik mit dem Deutschen Reich identisch erklärt hat, bleibt die Frage, wieweit sie sich für Untaten des Kaiserreichs wird belangen lassen.« □

»Bayernkurier« gegen Berlin als Hauptstadt

In Bayern ist der Widerstand gegen eine Hauptstadt Berlin am schärfsten. Wie kürzlich im Rundfunk berichtet wurde, war das CSU-Organ »Bayernkurier« die einzige deutsche Zeitung oder Zeitschrift, die eine Anzeige des Berliner Senats, die sich dafür stark machte, die alte Reichs-Hauptstadt auch wieder zur Hauptstadt des (teil-)wiedervereinigten Deutschlands zu machen, ablehnte und den Druck verweigerte. □

Niedersachsen richtet Härtefonds für Nazi-Opfer ein

Auch fast 46 Jahre nach Beendigung des Zweiten Weltkriegs scheint kein endgültiger Schlußstrich unter das Kapitel »Drittes Reich« in Sicht. So hat jetzt die niedersächsische Landesregierung kürzlich einen »Härtefonds für Verfolgte des Nazi-Regimes« eingerichtet. Damit sollen Opfer der Nationalsozialisten, die bislang nicht oder nicht ausreichend für erlittenes Unrecht entschädigt worden seien, eine späte Wiedergutmachung erhalten. Die Hilfe soll »Ausdruck der öffentlichen Anerkennung des Unrechts« sein, das die Empfänger als Verfolgte im Dritten Reich erlitten hätten.

Die Richtlinien sehen einmalige Zahlungen bis zu 5000 Mark und laufende Beihilfen bis zu 500 Mark im Monat vor. Für dieses und das kommende Jahr stehen jeweils eine halbe Million Mark für diesen Fonds bereit. Insgesamt rechnet die Landesregierung mit Gesamtkosten der Entschädigung von sechs Millionen Mark. Über die Vergabe der Mittel entscheidet ein Beirat, in dem Verbände der Verfolgten und die Fraktion des Landtags vertreten sind.

Angesichts der mannigfaltigen finanziellen Probleme, die durch die deutsche (Teil-)Wiedervereinigung auf die Bundesrepublik zukommen, und des langen Zeitraums regt sich wenngleich momentan erst auch nur vereinzelter Widerstand gegen die Pläne der SPD-Landesregierung. Viele fordern, diese Summe lieber an Rentner und Rentnerinnen zu verteilen, die mit 200 oder 300 Mark monatlich über die Runden kommen müssen. Ministerpräsident Schröder ist aber nicht bereit, über Alternativen nachzudenken. □

Jüdisches Nachkriegsmaterial in Omgus-Akten

In den Washingtoner National-Archiven lagern noch sehr viele Akten, die die deutsche Darstellung in der Geschichte nachhaltig ändern können. Besonders interessant sind dabei alle Akten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland, die unter der Bezeichnung »OMGUS« (Office of Military Goverment United States) verwahrt werden.

Diese Akten enthalten neben so manchen lokalgeschichtlichen Besonderheiten auch Dinge von überregionaler Bedeutung. Dazu gehören insbesondere die Erhebungen und Statistiken über jüdische Gemeinschaften, die nach ihrer Befreiung aus den Konzentrationlagern in verschiedenen bayrischen Gemeinden untergebracht wurden.

Beispielsweise findet sich darin ein auch der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt vorliegendes Namensverzeichnis von 358 in Garmisch-Partenkirchen einquartierten jüdischen Überlebenden, die zumeist aus polnischen Städten (von Auschwitz bis Wadowitz) gebürtig waren und in der bayrischen Stadt eine vorläufige Unterkunft fanden. □

Deutschland

Weitere Beeinträchtigung der Souveränität

Alfred König

In die Bücher der etablierten Geschichtsschreibung wird das Jahr 1990 als das Jahr eingehen, in dem die Bundesrepublik 45 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs und des Nationalsozialismus wieder ihre volle, uneingeschränkte Souveränität wiedererhielt. Damit wird das Lügenbuch der Geschichte um ein weiteres Kapitel vergrößert – denn allen anderslautenden Erklärungen zum Trotz bleibt das ab Ende dieses Jahres teilwiedervereinigte Deutschland nach wie vor seiner Souveränität beraubt.

Zugegeben werden muß allerdings, daß die ganze Souveränitäts-Lüge geschickt aufgebaut ist. Denn wahr ist, daß Deutschland – um mal der Einfachheit halber bei diesem falschen Terminus zu bleiben – wirklich nach erfolgter Vereinigung der Bundesrepublik mit der DDR ihre volle Souveränität erhält – aber nur für die Punkte, auf die es vorher nicht in irgendwelchen Verträgen verzichtet hat.

Voraussetzung für alliierte Zustimmung

Denn gleich in mehreren Punkten, so etwa dem bilateralen Vertrag mit der Sowjetunion oder bei den sogenannten 2+4-Gesprächen haben sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR auf wesentliche Souveränitäts-Punkte mehr oder weniger freiwillig verzichtet.
So haben die »beiden deutschen Staaten« und die vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs – sofern man Frankreich überhaupt als Siegermacht nach ihrer kläglichen Niederlage beim Westfeldzug betrachten kann – Mitte Juli die »endgültige Anerkennung der deutsch-polnischen Westgrenze auf der Grundlage von fünf Prinzipien geregelt«.
Danach umfaßt das vereinte Deutschland nur die heutigen Gebiete der Bundesrepublik, der DDR und Berlins (1). Auch verpflichten sich »die beiden deutschen Staaten«, das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland entsprechend abzuändern, um jede territoriale Ausdehnung zu verhindern (2). Des weiteren erhebt das »vereinte Deutschland« keinerlei Gebietsansprüche gegen ein anderes Land (3). Auch verpflichten sich »die beiden deutschen Staaten« und Polen, ihre Grenzen nach der Vereinigung durch einen bilateralen Vertrag festzulegen (4). Und zu guter letzt nehmen die vier Mächte die Zusicherung »der beiden deutschen Staaten« zur Kenntnis und erklären, »daß mit ihrer Anwendung der endgültige Charakter der Grenzen Deutschlands besiegelt ist« (5).

Wenn es sich bei dem im obigen Absatz genannten nicht um eine Abtretung von Souveränitätsrechten handelt, was ist es denn dann, kann dann nur die Frage lauten. Wenn »die beiden deutschen Staaten« freiwillig auf ihre Ostgebiete verzichtet hätten, dann könnte man noch sagen, es stand ihnen frei und bedeutet keine Einschränkung der Souveränität. Doch da dies die Voraussetzung für die Zustimmung der Alliierten zur (Teil-)Einheit Deutschlands war – und dies 45 Jahre nach Kriegsende ohne völkerrechtliche Basis –, handelt es sich dabei eben um einen zwangsweisen Verzicht auf Souveränität.

Japan und seine Kurilen-Inseln

Wie es auch anders geht, zeigt Japan, das, obwohl nach etablierter Geschichtsschreibung auch »Aggressor des Zweiten Weltkriegs«, seit 45 Jahren nicht auf die von den Sowjets besetzten vier Kurilen-Inseln verzichtete und sogar so weit ging, »normale« Beziehungen zur UdSSR von der Rückgabe dieser Inseln abhängig zu machen. Jetzt hieß es im Parteiorgan »Prawda«, daß diese Inseln unter Treuhandschaft der UNO gestellt und zu einer besonderen japanisch-sowjetischen Wirtschaftszone gemacht werden könnten. Beide Seiten könnten aber auch andere Varianten diskutieren, die beiderseits akzeptabel seien.

Warum konnte nicht auch die Bundesrepublik diese Standhaftigkeit aufbringen? Zumal freigegebene US-Dokumente jetzt belegen, daß US-Präsident Truman in Potsdam keineswegs von der Unwiderruflichkeit der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze ausging, sondern vielmehr diese ausdrücklich mehrmals als »vorläufig« bezeichnete und von »einem Deutschland in den Grenzen von 1937« sprach.

Als »streng geheime Richtlinien für die amerikanische Delegation bei der Berliner Konferenz«, von einem »Ministeriellen Ausschuß für Deutschland, Polen und Rußland« im Juni 1945 erarbeitet, gliederten die Amerikaner die zur Disposition gestandenen deutschen Ostgebiete in sechs Abschnitte: Ostpreußen, Ostpommern, Danzig, Deutsch-Oberschlesien, deutsches Gebiet östlich der Oder (ohne Ostpommern, Oberschlesien und Ostpreußen) und Gebiet zwischen Oder und westlicher Neiße. Danach sollten die vier erstgenannten Gebiete an Polen beziehungsweise Nordostpreußen an Rußland abgetreten werden.

Zu den restlichen ostdeutschen Landstrichen in Schlesien vermerkten diese »streng geheimen Richtlinien«: »Deutsches Gebiet ostwärts der Oder. Empfehlung: Die amerikanische Regierung würde eine Lösung vorziehen, nach der dieses Gebiet bei Deutschland verbleiben würde ... Deutsches Gebiet zwischen Oder und unterer (westlicher Neiße): Dieses Gebiet sollte bei Deutschland bleiben. Es gibt keine historische oder ethnologische Rechtfertigung für die Abtretung dieses Gebietes an Polen – ebensowenig wie im Falle des unmittelbar vorstehend erörterten Gebietes ostwärts der Oder ... Die Aufrechterhaltung der Oder-Neiße-Grenze könnte durchaus das kritischste Sicherheitsproblem während der kommenden Jahre werden.«

Die Macht der Dummheit

Insgesamt sollten nach diesen jetzt freigegebenen Dokumenten fast 30.000 Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von knapp fünf Millionen Menschen bei Deutschland bleiben. Dies entspricht einer größeren Fläche als die Bundesländer Hessen, Saarland, Bremen und Hamburg zusammen aufweisen und einer Bevölkerungszahl Rheinland-Pfalz' und Saarlands. Warum berief sich die Bundesregierung aber nicht auf diese Dokumente?

Der gleiche Vorwurf bei der Souveränitätsfrage gilt für den Besuch Bundeskanzler Kohls beim sowjetischen Staats- und Parteichef Gorbatschow. Auch dort hat Kohl in der acht Punkte umfassenden Erklärung auf wesentliche Teile der Souveränität Deutschlands verzichtet. Nach dieser Erklärung umfaßt die Einigung Deutschlands die Bundesrepublik, die DDR und Berlin (1). Die Vier-Mächte Rechte würden nach Vollzug der Einigung »vollständig abgelöst«. Deutschland erhalte seine »vollständige, uneingeschränkte Souveränität« (2). Das vereinte Deutschland könne frei und selbst entscheiden, ob und welchem Bündnis es angehören will (3).

Des weiteren schließe das »geeinte Deutschland« mit der Sowjetunion einen zweiseitigen Vertrag zur Abwicklung des Truppenabzugs aus der DDR ab, der innerhalb von drei bis vier Jahren beendet sein soll (4). Solange sowjetische Truppen auf dem ehemaligen Gebiet der DDR stationiert seien, würden die NATO-Strukturen nicht auf diesen Teil

Deutschlands ausgedehnt. Verbände der territorialen Verteidigung könnten aber auf dem früheren DDR-Gebiet und Berlin stationiert werden (5). Die Truppen der drei Westmächte sollen in Berlin verbleiben, solange sowjetische Truppen auf dem ehemaligen DDR-Territorium präsent sind (6). Die Bundesregierung erklärte sich bereit, die Streitkräfte eines »geeinten Deutschlands« innerhalb von drei bis vier Jahren auf eine Personalstärke von 370.000 Mann zu reduzieren (7). Ein »geeintes Deutschland« werde auf Herstellung, Besitz und Verfügung über ABC-Waffen verzichten (8).

Bemerkte Kohl die Fallen nicht

Und besonders der letzte Punkt stellt einen nicht annehmbaren Verzicht auf Souveränitätsrechte dar. Denn damit verzichtet Deutschland im Falle einer Verschärfung der internationalen Lage auf die heutzutage wirkungsvollste Verteidigungsmöglichkeit und setzt sich einem zunehmenden Risiko eines konventionellen Konflikts aus. Hier soll noch einmal aus dem Buch »Die Macht der Dummheit« des französischen Philosophen André Glucksmann zitiert werden, der schrieb: »Setzen gleiche Pflichten nicht gleiche Rechte voraus? Vor allem für jede Demokratie das Recht, ihre Freiheit zu verteidigen, und sei es mit dem Leben, und sei es atomar? Der Bürger der Bundesrepublik hat zu entscheiden, nicht wir an seiner Stelle.«

Und der Bürger der Bundesrepublik hat eben nicht entschieden, sondern vielmehr wurde dem Bürger der Bundesrepublik diese Entscheidung durch die UdSSR aufgezwungen, die nur bei dieser Verzichtserklärung »aus Gründen des eigenen Sicherheitsinteresses« zur Zustimmung der »vollen Souveränität des vereinten Deutschlands« bereit war. Bemerkte Kohl diese Falle nicht, oder wollte er es nicht merken? Manchmal hat man den Eindruck, die von Glucksmann beschriebene »Macht der Dummheit« regiert bereits in der Bundesrepublik!

Viele werden jetzt den Einwand erheben und sagen, gut, es mag vielleicht stimmen, aber anders wäre wenigstens wieder die Teil-Einheit nicht zu verwirklichen gewesen. Dieses »Argument« kann nur als falsch und vorgeschoben bezeichnet werden.

Denn nach der im Oktober des vergangenen Jahres begonnenen Revolution in Mitteldeutschland war die Herstellung der Einheit der DDR und der Bundesrepublik nur noch auf eine einzige Weise zu verhindern: nämlich durch ein bewaffnetes Eingreifen der Sowjetunion, was aber von vorneherein auszuschließen war, da die Sowjets ihre noch immer auf die zumindest ideelle Eroberung der Welt ausgerichtete Strategie geändert und vordergründig abgemildert haben und sich mit einem militärischen Eingriff selbst um Jahre nach hinten manövriert hätten.

Die in der DDR lebenden Menschen drängen aber auf die Vereinigung mit der Bundesrepublik, sei es aus echtem Nationalgefühl, sei es aus materiellem Denken oder sei es aus einer Mixtur aus beiden. Und man sieht doch, daß die Entwicklung alle Politiker überholt hat. Selbst konservative Politiker aus Reihen der Union hatten doch nicht in ihren kühnsten Träumen von dieser Schnelligkeit geträumt. Eine Einheit im Jahre 1992 oder vielleicht sogar erst 1993 erschien doch selbst diesen Leuten als das höchste der Gefühle. Wer hatte denn noch im Januar oder Februar an eine Wirtschafts- und Währungsunion mit der DDR zum 1. Juli oder an eine »gesamtdeutsche Wahl« zum 2. Dezember geglaubt?

Ganz abgesehen davon, haben nach einem derart langen Zeitraum seit Kriegsende »Siegermächte« überhaupt keine völkerrechtliche Basis für Zustimmungsbefugnise oder ähnliches. Sicherlich wäre es verkehrt gewesen, seitens der Bundesregierung hochmütig aufzutreten und diese wie einen kleinen dummen Jungen abzufertigen, doch etwas mehr Standvermögen und auch eine gewisse Konfliktbereitschaft wäre das mindeste gewesen. Denn diese ganzen Staaten sind doch auf die Wirtschaftskraft Deutschlands viel mehr angewiesen als wir auf ihre. Schließlich kommen die meisten unserer Importe aus anderen Staaten als aus denen unserer »westlichen Freunde«. □

Deutsches Volk

»Deutschland einfach ausradieren«

Martin Voigt

Wie Polen deutschen Verzicht und Versöhnungswillen honorieren, erklärte der polnische Friedens-Nobelpreisträger Lech Walesa: »Deutschland einfach ausradieren«.

Es dürfte die Deutschen interessieren, daß nach einer Meldung der »Agence France Press« (AFP) am 4. April dieses Jahres die führende französische Zeitschrift »Le Figaro« folgendes berichtete: »Lech Walesa meint, daß im Falle einer Destabilisierung Europas durch Deutschland man Deutschland einfach von der Landkarte ausradieren« sollte. In einem Interview, das in der niederländischen Wochenzeitung »Elsevier« veröffentlicht wurde, erklärte der Friedensnobelpreisträger, daß er allen Grund habe, sich wegen der deutschen Vereinigung Sorgen zu machen.

Pflicht der Bonner Regierung

»Ich schrecke selbst nicht vor einer Erklärung zurück, die mich in Deutschland unpopulär macht. Wenn die Deutschen erneut Europa in der einen oder anderen Art destabilisieren, sollte man nicht mehr zu einer Aufteilung Zuflucht nehmen, sondern dieses Land einfach von der Landkarte ausradieren. Der Osten und der Westen besitzen die notwendige fortgeschrittene Technologie, um diesen Urteilsspruch durchzuführen.«

Es liegt am Nobelpreiskommitee, darüber zu entscheiden, ob der zum Kriegshetzer gewordene Friedensnobelpreisträger und weltweit gefeierte Lech Walesa nach seinen skandalösen Erklärungen in der holländischen Zeitschrift überhaupt noch der Ehre würdig ist, die ihm zuteil wurde. Manchen naiven und friedliebenden Deutschen mag das ungeheuerlich klingen, als daß es zu glauben wäre. Aber es ist die Wahrheit und nachzulesen. So können Sie Ihre Mitbürger und Abgeordneten anhand dieser Äußerungen über den Stand der Versöhnung aufklären, den wir mit all unseren Milliarden-Hilfen, Bußgängen und Verzichtserklärungen erreicht haben.

Wir hofften, das wäre Vergangenheit. Aber die Vergangenheit ist auch die Gegenwart und Zukunft. Wir zitierten aus dem Buch von Axel Schmidt mit dem Titel »Gegen den Korridor – Polnische Zeugnisse und Tatsachen«, erschienen 1931 im Edwin-Runge-Verlag in Berlin:

»Nur durch Kampf und Gewalt des Schwertes kann ein Staat erstarken. Für Polen ist noch ein Waffengang notwendig. Ich erhebe mein Glas auf das Wohl des schützenden Säbels, der den Gordischen Knoten zerhauen soll.

Kurz vorher hatte die polnische Zeitschrift ›Mocarstwowice‹, die der Regierung nahesteht im Oktober 1930 folgende Ausführungen zum Thema kriegerische Auseinandersetzungen mit Deutschland gemacht:

Wir wissen, daß der Krieg zwischen Polen und Deutschland nicht zu vermeiden ist. Wir müssen uns zu diesem Kriege systematisch und mit aller Energie vorbereiten. Die heutige Generation ist dazu berufen, in die Geschichte Polens einen neuen Sieg bei Grunwald einzutragen. Dieses Grunwald werden wir aber in den Vororten von Berlin erkämpfen. Unser Ideal ist Polen im Westen durch die Odergrenze und die Lausitzer Neiße abzurunden und wiederum uns Ostpreußen einzuverleiben, von dem Pregel bis zur Spree. In diesem Kriege wird es keine Gefangenen geben und wird kein Platz für menschliche Regungen sein. Durch den Krieg mit Deutschland werden wir die Welt in Erstaunen setzen.‹«

Lech Walesas Kriegsdrohung

1931 war noch keine Rede von Adolf Hitler. Kriegshetze im tiefsten Frieden! Alte Kamellen, Geschichte, Vergangenheit? Leider nicht. 1990, die Deutschen sind inzwischen Musterknaben in Demokratie, Friedenswillen, Verzicht, Rücksichtnahme und Versöhnungsbereitschaft, erklärt der polnische »Arbeiterführer« Walesa, nunmehr haben der Osten und der Westen die notwendige fortgeschrittene Technologie, um die Ausradierung Deutschlands durchzuführen.

Das Gespräch der niederländischen Zeitschrift »Elsevier« mit Walesa drehte sich in der Hauptsache um eine Botschaft, die Walesa an Gorbatschow gerichtet hatte, in der er auf das unveräußerliche Recht Litauens auf Selbstbestimmung hinwies. Die Drohung Walesas an die Adresse der Deutschen war seine Antwort auf folgende Frage des Interviewers:

»Vielleicht steht die Sowjetunion am Anfang einer Entmachtung, jedoch eine andere aufkommende Supermacht an der polnischen Grenze steht im begriff einer Wiedervereinigung. Viele Polen machen sich große Sorgen über die Wiedervereinigung.«

Darauf antwortete Walesa im Zusammenhang: »Es gibt auch allen Grund zur Besorgnis. Nicht nur die Polen müssen sich Sorgen machen, sondern auch Europa und die ganze Welt. Wir haben genügend Erfahrungen gemacht mit einem vereinten Deutschland, auch die Deutschen selber. Jedoch bin ich davon überzeugt, daß beide, sowohl Europa als auch Deutschland, eine Anzahl Folgerungen aus der Vergangenheit gezogen haben. Und ich will ein Urteil aussprechen, daß mich in Deutschland nicht populär machen wird, aber ich schrecke davor nicht zurück:

Wenn die Deutschen auf's neue Destabilisation in Europa versuchen, in welcher Form denn auch, wird es in Zukunft keine Teilung von Deutschland geben, sondern wird Deutschland von der europäischen Karte gefegt. Mit der fortgeschrittenen Technologie sind Ost und West zusammen in der Lage, dieses Urteil zu vollstrecken. Wenn Deutschland aufs neue anfängt, gibt es keine andere Lösung.

Ich bin sicher, daß sich die Deutschen dieses Risikos bewußt sind, und daß dies auf ihre Position in der polnisch-deutschen Grenzangelegenheit eine mäßigende Einwirkung haben wird.«

Im weiteren Verlauf seiner Erklärung bemängelte Walesa dann, daß die politische Diskussion über die deutsche Wiedervereinigung im Augenblick auf die Supermächte USA und Sowjetunion plus England, Frankreich und die beiden deutschen Staaten beschränkt ist. Deren Beratungen oder Beschlüsse böten keine Garantie für die europäische Sicherheit. Solche Garantie könne nur hervorgehen aus einer Beteiligung von ganz Europa.

Außerdem, fragt er dann, »warum müssen die Juden ausgeschlossen bleiben von einer Diskussion über die deutsche Wiedervereinigung, obwohl sie den höchsten Preis im Krieg bezahlt haben?«

»Können wir das alles den Großmächten überlassen? Vergessen wir nicht, daß gerade sie große Irrtümer/Fehler begangen haben: der größte war Jalta.«

Auf dieser Erfahrung beruht die Sorge, denn die Großmächte hätten in Jalta Polen und Litauen an Stalin ausgeliefert.

Walesa vergißt, daß die Destabilisation Europas, die zum Zweiten Weltkrieg führte, maßgeblich mit von Polen ausgegangen ist. Und wenn er – richtigerweise – Jalta als Irrtum, Fehler oder Unrecht bezeichnet, gilt das nicht nur für Litauen oder Polen, sondern auch für Deutschland und seine Ostprovinzen, die die Sieger unrechtmäßig den Polen zur vorläufigen Verwaltung zugesprochen hatten. □

Deutschland

Was wird mit den deutschen Ostgebieten?

Rolf Kosiek

Nachdem angeblich Fortschrittliche jahrzehntelang und in zunehmendem Maße verkündet hatten, daß mit einer Wiedervereinigung West- und Mitteldeutschlands nie mehr zu rechnen sei, wurden sie innerhalb weniger Wochen eines Besseren belehrt: friedlich und demokratisch vollziehen sich die Schritte zur Wiedervereinigung vor unseren Augen. Nun versuchen manche dieser falschen Propheten, die Frage der deutschen Gebiete jenseits von Oder und Neiße als eine für die Deutschen angeblich erneut unlösbare Problematik ins Spiel zu bringen. Die von allen Bundesregierungen mit Recht über 40 Jahre vertretene Auffassung, daß die Grenzfrage erst in einem kommenden Friedensvertrag geregelt werden kann, ist heute und für nahe Zukunft jedoch ein Weg für erfolgversprechende Schritte zu einer gerechten Lösung dieses deutsch-polnischen Problems. Da die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze von manchen Gruppen dennoch für sofort gefordert wird, seien nach einem historischen Überblick nachfolgend wichtige Erklärungen, Rechtsnormen und Urteile dazu aufgeführt.

Die deutschen Ostgebiete, die Gebiete östlich der Oder und Neiße, sind seit Jahrhunderten deutsches Siedlungsland. Sie wurden infolge des Versailler Diktates und der dadurch widerrechtlich erzwungenen Gebietsabtretungen in den Jahren 1919 bis 1921, insbesondere an das 1916 auf deutsche und österreichische Veranlassung neu entstandenen Polen, bis auf die deutschen Kernlande im Osten und darüber hinaus verkleinert – zum Beispiel Abtrennung des mehrheitlich deutschsprachigen Westpreußens –. Die von den Alliierten lediglich zugelassenen beiden Volksabstimmungen ergaben nach dem Ersten Weltkrieg in den Ostgebieten hohe Mehrheiten für Deutschland.

Die geschäftsführende Reichsregierung wurde am 23. Mai 1945 verhaftet und in einem Flugzeug nach Luxemburg in die Gefangenschaft der Alliierten gebracht.

Polens Forderungen sind alt

Am 11. Juli 1920 stimmten im südlichen Ostpreußen 97,8 Prozent und in den vier westpreußischen Abstimmungskreisen 92,4 Prozent sowie am 20. März 1921 in Oberschlesien 60 Prozent für Deutschland, wobei Kattowitz mit 85 Prozent, Oppeln gar mit 90 Prozent für den Verbleib beim Reich stimmten. Auch damit war vor aller Welt in den von den Alliierten überwachten Volksabstimmungen bewiesen, daß diese Ostgebiete unzweifelhaft deutsch sind.

Polens Forderungen auf Ostdeutschland sind alt. Der erste Panslawistische Kongreß forderte 1848 in Prag die Linie Stettin-Triest – also praktisch die Oder-Neiße-Linie – als slawische Westgrenze. Bei den Friedensverhandlungen in Versailles 1919 forderte das am Krieg nicht beteiligte, neu entstandene Polen weite Gebiete Ostdeutschlands, von denen es einen Teil schon damals aus der alliierten Kriegsbeute erhielt.

Warschau und später die polnische Exilregierung in London hielten weitere Gebietsforderungen auf deutsches Land aufrecht, vor allem als die Sowjetunion 1944-45 die ihr 1921 von Polen in einem Angriffskrieg entrissenen Gebiete Weißrußlands und der Ukraine zurückeroberte. In Jalta und Potsdam gaben 1945 auch die Westalliierten den unberechtigten polnischen Wünschen auf ostdeutsches Land nach.
Die Ostgebiete in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 galten nach dem alliierten »Londoner Protokoll« über die Besatzungszonen vom 12. September 1944 als Teil der sowjetischen Besatzungszone.

Im »Potsdamer Protokoll« der Alliierten vom 2. August 1945 wurden die Ostgebiete ohne deutsche Beteiligung und Anerkennung »vorbehaltlich der endgültigen Bestimmung der territorialen Fragen bei der Friedensregelung« teilweise unter sowjetische – das nördliche Ostpreußen – und teilweise unter polnische »Verwaltung« gestellt. Dabei stellten die Westmächte nur der UdSSR in Aussicht, den »Vorschlag« der Sowjetunion auf Erwerb des nördlichen Ostpreußens bei der bevorstehenden Friedensregelung zu »unterstützen«.

Polen wurde bezüglich der ihm zur Verwaltung übergebenen Gebiete nichts zugesagt. Sowohl die UdSSR als auch Polen beachteten zunächst diese Vorläufigkeit durchaus – unter anderem im Sowjetisch-polnischen Vertrag vom 16. August 1945 – und erkannten den Friedensvertragsvorbehalt ausdrücklich an. Erst später setzten sich beide darüber hinweg.

Die Sowjetunion gliederte Nord-Ostpreußen durch Verfassungsgesetz vom 25. Februar 1947 ein, Polen löste sein Sonderministerium für die besetzten Ostgebiete mit Gesetz vom 11. Januar 1949 auf und behandelten diese dann wie sein übriges Land. Die Mehrheit der Deutschen wurde 1945 bis 1949 aus den Gebieten grausam und mit hohen Todesraten – mindestens 1,4 Millionen Tote allein in den deutschen Ostgebieten – vertrieben.

Die DDR erkannte die polnische Annexion und die Oder-Neiße-Linie als »Friedensgrenze« am 6. Juni 1950 im Görlitzer Vertrag mit Polen an. Die Bundesrepublik Deutschland hat dagegen protestiert; sie hat wie die Westmächte die Oder-Neiße-Linie als Grenze und damit die Ausgliederung der Ostgebiete aus Deutschland bisher nicht anerkannt.

Die Ostverträge von 1970-72 sind keine »Grenzanerkennungsverträge«. Das Bundesverfassungsgericht hat in mehreren Urteilen 1973 und 1987 den Fortbestand des Deutschen Reiches in den Vorkriegsgrenzen – nicht in denen von 1937, die willkürlich von den Alliierten festgesetzt wurden und für die Deutschen unverbindlich sind – festgestellt.

Grundsätzliche internationale Erklärungen

In der »Atlantik-Charta« vom 12. August 1941 erkärten US-Präsident F.D. Roosevelt und Groß-

Deutschland

Was ist mit den deutschen Ostgebieten?

britanniens Premierminister W.S. Churchill – die Sowjetunion schloß sich am 24. September 1941 mit anderen Staaten ausdrücklich an:

»1. Beide Länder streben keine Vergrößerung an, weder territorial noch sonstwie.

2. Sie mißbilligen territoriale Veränderungen, die nicht mit den frei geäußerten Wünschen der beteiligten Völker übereinstimmen.

3. Sie respektieren das Recht jedes Volkes, sich die Regierungsform, unter der es leben will, selbst zu wählen; es ist ihr Wunsch, die Souveränität und das Recht zur Selbstregierung jener Völker widerhergestellt zu sehen, denen sie gewaltsam entrissen wurden.« (W.S. Churchill »Der Zweite Weltkrieg«)

In der Charta der Vereinten Nationen (UNO) heißt es: »Alle Völker haben das Recht auf Selbstbestimmung. Kraft dieses Rechtes entscheiden sie frei über ihren politischen Status und betreiben frei ihre wirtschaftliche, soziale, kulturelle Entwicklung ... Jeglicher Versuch, der auf die teilweise oder vollständige Spaltung der nationalen Einheit und der territorialen Integrität eines Landes abzielt, ist unvereinbar mit den Zielen und Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen.«

In der Erklärung der Menschenrechte der UNO vom 10. Februar 1948 heißt es in Artikel 9: »Niemand darf willkürlich festgenommen, in Gewahrsam gehalten oder des Landes verwiesen werden.«

Und in Artikel 13: »Jedermann hat das Recht auf Freizügigkeit sowie darauf, innerhalb der Grenzen jedes Staates seinen Aufenthaltsort frei zu bestimmen. Jedermann hat das Recht jedes beliebige Land einschließlich seines eigenen zu verlassen, sowie in sein Land zurückzukehren.«



Am 11. Februar 1945 traf ein todkranker Roosevelt (Mitte) mit Churchill und Stalin (rechts) in Jalta zusammen.

Im Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949, das weitgehend der Haager Landkriegsordnung (1907) angepaßt ist, heißt es in Artikel 49: »Zwangsweise Einzel- oder Massenumsiedlung sowie Deportation sind ohne Rücksicht auf den Beweggrund untersagt. Die evakuierte Bevölkerung ist unmittelbar, nachdem die Feindseligkeiten innerhalb des fraglichen Gebietes ihr Ende gefunden haben, zu ihren Heimstätten zurückzuführen. Die Besatzungsmacht darf Teile ihrer eigenen Zivilbevölkerung nicht in das von ihr besetzte Gebiet deportieren oder umsiedeln.«

Im vierten Protokoll zur Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 heißt es in Artikel 3: »Niemand darf aus dem Hoheitsgebiet des Staates, dessen Staasangehörigkeit er ist, durch eine Einzel- oder Kollektivmaßnahme ausgewiesen werden. Niemandem darf das Recht entzogen werden, in das Hoheitsgebiet des Staates einzureisen, dessen Staatsanghöriger er ist.«

Über das Recht von Verträgen

Der Weltsicherheitsrat beschloß am 22. November 1967 einstimmig, daß niemand durch Krieg Gebiete erwerben kann, daß der Eroberer die besetzten Gebiete räumen muß und daß die vertriebene Bevölkerung ein Recht auf Rückkehr hat.

Die UNO erklärte in ihrer Konvention vom 27. November 1968, daß die Vertreibung einer Bevölkerung zu den nicht verjährbaren Verbrechen gegen die Menschlichkeit gehört.

In der Wiener Konvention über das Recht der Verträge vom 22. Mai 1969 wurde erstmalig im Auftrag der UNO ein für alle Unterzeichnerstaaten verbindliches einheitliches internationales Vertragsrecht geschaffen. Darin heißt es: »Ein Vertrag ist nichtig, wenn er zur Zeit seines Abschlusses mit einer peremptorischen Norm des allgemeinen Völkerrechts in Konflikt steht. Für die Zwecke der vorliegenden Konvention ist es eine peremptorische Norm des allgemeinen Völkerrechts, eine Norm, die von der internationalen Staatengemeinschaft insgesamt als Norm angenommen und anerkannt ist, von der keine Abweichung gestattet ist und lediglich durch eine nachfolgende Norm des allgemeinen Völkerrechts vom gleichen Charakter modifiziert werden kann.«

Zu diesen Normen gehörten das Selbstbestimmungsrecht der Völker, das Annexionsverbot und die Verbote der Beraubung und Vertreibung der Bevölkerung in besetzten Gebieten.

In dem mit den USA, Großbritannien und Frankreich 1954 abgeschlossenen Deutschland-Vertrag heißt es in Artikel 7, Absatz 1: »Die Unterzeichnerstaaten sind darüber einig, daß ein wesentliches Ziel ihrer gemeinsamen Politik eine zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern frei vereinbarte friedensvertragliche Regelung für ganz Deutschland ist, welche die Grundlage für einen dauerhaften Frieden bilden soll. Sie sind weiterhin darüber einig, daß die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben werden muß.«

Diese Aussagen wurden von den drei Außenministern der Vertragsländer im Mai 1980 gegenüber Außenminister Genscher schriftlich bestätigt. Der Deutschlandvertrag wird nach Artikel 4 des Moskauer, Artikel IV des Warschauer und Artikel 9 des Grundvertrages in seiner Wirkung von diesen Verträgen nicht berührt.

Urteile des Bundesverfassungsgerichts

Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundvertrag vom 31. Juli 1973 heißte es:

»5. Die Verfassung verbietet, daß die Bundesrepublik Deutschland auf einen Rechtstitel aus dem Grundgesetz verzichtet, mittels dessen sie in Richtung auf Verwirklichung der Wiedervereinigung und der Selbstbestimmung wirken kann, oder einen mit dem Grundgesetz unvereinbaren Rechtstitel schafft oder sich an der Begründung eines solchen Rechtstitels beteiligt, der ihr bei ihrem Streben nach diesem Ziel entgegengehalten werden kann...

7. Art. 23 Grundgesetz verbietet, daß sich die Bundesregierung vertraglich in eine Abhängigkeit begibt, nach der sie rechtlich nicht mehr allein, sondern nur noch im Einverständnis mit dem Vertragspartner die Aufnahme anderer Teile Deutschlands verwirklichen kann...

III. 1. Das Grundgesetz – nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatslehre! – geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist ... Das Deutsche Reich existiert fort, besitzt

nach wie vor Rechtsfähigkeit ... Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert.«

Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 7. Juli 1975 zu den Ostverträgen heißt es:

»Die Gebiete östlich von Oder und Neiße sind ebenso wie das übrige Reichsgebiet in den Grenzen vom 31.12.1937 von den Siegermächten bei Kriegsende nicht annektiert worden ... Die drei Westmächte haben einer endgültigen Zuweisung der deutschen Ostgebiete an die Sowjetunion und Polen nicht zugestimmt ... Die in den polnischen Gebieten lebenden Beschwerdeführer ... meinen, ihre deutsche Staatsangehörigkeit dadurch verloren zu haben, daß die Gebiete östlich von Oder und Neiße mit dem Inkrafttreten der Ostverträge aus der rechtlichen Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen und der Souveränität, also sowohl der territorialen wie der personelen Hoheitsgewalt der Sowjetunion und Polens endgültig unterstellt worden seien. Diese Wirkung kann jedoch den Verträgen nicht beigemessen werden ...

Die drei Westmächte haben sich in dem Notenwechsel mit der Bundesrepublik ihre Rechte bezüglich Deutschlands als Ganzem gerade im Hinblick auf die Verträge von Moskau und Warschau vorbehalten ...

Nach alledem haben die Vertragspartner die Bundesrepublik Deutschland nicht für befugt halten können, Verfügungen zu treffen, die eine friedensvertragliche Regelung vorwegnehmen.«

Erklärungen der Bonner Regierung

Präambel des Grundgesetzes von 1949: »... Das gesamte Deutsche Volk bleibt aufgefordert, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.«

Von 1948 bis 1966 legten alle Bundesregierungen ein klares Bekenntnis zur Wiedervereinigung des mehrfach geteilten Deutschlands und zur Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze ab.

Regierungserklärung von Bundeskanzler Konrad Adenauer am 20. September 1949:

»Lassen Sie mich nun zu Fragen übergehen, die uns in Deutschland außerordentlich am Herzen liegen und die für unser ganzes Volk Lebensfragen sind. Es handelt sich um die Abkommen von Jalta und Potsdam und die Oder-Neiße-Linie.

Im Potsdamer Abkommen heißt es ausdrücklich: ›Die Chefs der drei Regierungen – das sind die Vereinigten Staaten, England und Sowjetrußland – haben ihre Ansicht bekräftigt, daß die endgültige Bestimmung der polnischen Westgrenze bis zur Friedenskonferenz vertagt werden muß.‹

Wir können uns daher unter keinen Umständen mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete abfinden. Diese Abtrennung widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahre 1941, der sich die Sowjet-Union ausdrücklich angeschlossen hat ... Wir werden nicht aufhören, in einem geordneten Rechtsgang unsere Ansprüche auf diese Gebiete weiter zu verfolgen.«

Erklärung des Bundeskabinetts am 9. Juni 1950 zum Görlitzer Abkommen, in dem die DDR die Oder-Neiße-Linie als Grenze anerkannte: »Die Entscheidung über die zur Zeit unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete kann und wird erst in einem mit Gesamtdeutschland abzuschließenden Friedensvertrag erfolgen. Die deutsche Bundesregierung wird sich niemals mit der allen Grundsätzen des Rechts und der Menschlichkeit widersprechenden Wegnahme dieser rein deutschen Gebiete abfinden.«

Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands

Gemeinsame Erklärung des Deutschen Bundestages durch Alterspräsident Paul Löbe (SPD) namens aller Bundestagsparteien außer der KPD am 13. Juni 1950 auf der 68. Sitzung der 1. Legislaturperiode in Bonn:

»Meine Damen und Herren! Im Namen aller Fraktionen und Gruppen des Bundestages, mit Ausnahme der kommunistischen Fraktion, zugleich mit Zustimmung der Bundesregierung und des Bundesrates gebe ich folgende Erklärung ab.



US-Präsident Roosevelt stimmte der Atlantik-Charta vom 12. August 1941 zu, in der territoriale Veränderung durch Krieg grundsätzlich abgelehnt wurde.

In der von einer Delegation der sogenannten provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Polen unterzeichneten Vereinbarung vom 6. Juni 1950 wird die völker- und staatsrechtlich unhaltbare Behauptung aufgestellt, daß zwischen der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und Polen eine sogenannte Friedensgrenze festgelegt worden ist.
Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das deutsche Gebiet östlich von Oder und Neiße als Teil der sowjetischen Besatzungszone der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands.

Meine Damen und Herren, niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichts zu betreiben.
Die Regelung dieser wie aller Grenzfragen Deutschlands, der östlichen wie der westlichen, kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung als ein Vertrag der Freundschaft und der guten Nachbarschaft mit allen Nationen baldigst geschlossen werden muß.

Meine Damen und Herren! Die Mitwirkung an der Markierung der Oder-Neiße-Linie als angeblich ›unantastbare‹ Ostgrenze Deutschlands, zu der sich die sogenannte provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereitgefunden hat, ist ein Beweis für die beschämende Hörigkeit dieser Stelle gegenüber einer fremden Macht.
Der Bundestag weiß, daß er bei der Zurückweisung dieser Handlung auch im Namen der Deutschen in der sowjetischen Besatzungszone spricht.«

Regierungserklärung von Bundeskanzler Konrad Adenauer zur Deutschen Frage am 20. Oktober 1953:

»Entsprechend den zahlreichen Erklärungen des Bundestages und der Bundesregierung wird das deutsche Volk die sogenannte Oder-Neiße-Grenze niemals anerkennen.

Deutschland

Was ist mit den deutschen Ostgebieten?

Lassen Sie mich aber eines hier mit allem Nachdruck betonen: Die mit der Oder-Neiße-Linie zusammenhängenden Probleme sollen nicht mit Gewalt, sondern ausschließlich auf friedlichem Wege gelöst werden.«

Regierungserklärung von Bundeskanzler Ludwig Erhard am 18. Oktober 1965:

»Am Ende dieses Weges muß nach der Überzeugung der Bundesregierung ein Friedensvertrag stehen, der von einer in freien Wahlen gebildeten gesamtdeutschen Regierung frei verhandelt und geschlossen wird. In diesem Vertrag – und nur in ihm – können und müssen die endgültigen Grenzen Deutschlands, das nach gültiger Rechtsauffassung in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 fortbesteht, festgelegt werden.«

Regierungserklärung von Bundeskanzler Kurt Kiesinger am 13. Dezember 1966:

»... Aber die Grenzen eines wiedervereinigten Deutschlands können nur in einer frei vereinbarten Regelung festgelegt werden, einer Regelung, die die Voraussetzung für ein von beiden Völkern gebilligtes dauerhaftes und friedliches Verhältnis guter Nachbarschaft schaffen soll.«
Entschließungantrag der Fraktion der CDU, CSU, SPD und FDP vom 7. Mai 1972 zur zweiten Beratung und Schlußabstimmung des Gesetzes über den Moskauer und Warschauer Vertrag:
»... 2. Die Verpflichtungen, die die Bundesrepublik Deutschland in den Verträgen eingegangen ist, hat sie im eigenen Namen auf sich genommen. Dabei gehen die Verträge von den heute tatsächlich bestehenden Grenzen aus, deren einseitige Änderung sie ausschließen. Die Verträge nehmen eine friedensvertragliche Regelung für Deutschland nicht vorweg und schaffen keine Rechtsgrundlage für die heute bestehenden Grenzen ..:

4. Der Deutsche Bundestag stellt fest, daß die fortlaufende und uneingeschränkte Geltung des Deutschlandvertrages und der mit ihm verbundenen Abmachungen und Erklärungen von 1954 sowie die Fortgeltung des zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken am 13. September 1955 geschlossenen Abkommens von den Verträgen nicht berührt wird.«

Gegenüber dem Bundesverfassungsgericht erklärte das Bundesjustizministerium im April 1974 namens der Bundesregierung und deren Gutachter Prof. Frowein im Juni 1974, daß die Bundesrepublik Deutschland über die Oder-Neiße-Gebiete völkerrechtlich nicht verfügt hat und auch gar nicht verfügen konnte.

Erklärungen führender Politiker

Carlo Schmidt (SPD) im Parlamentarischen Rat am 12. Oktober 1948 zur Grundgesetzberatung: »Wir haben immer wieder festgestellt, Deutschland ist das ganze Gebiet, das seinerzeit durch die Weimarer Verfassung als deutsches Staatsgebiet errichtet worden ist.«

Kurt Schumacher, Vorsitzender der SPD, am 21. September 1949 im Bundestag:

»Es ist an der Zeit festzustellen, daß die Sozialdemokratische Partei 1945 längere Zeit die einzige gewesen ist, die sich in Deutschland und vor der Weltöffentlichkeit gegen die Oder-Neiße-Linie gewandt hat.«

Am 1. März 1951 in Berlin:

»Ich erkläre: Die Deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen will.

Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen durch die Kommunisten, durch die pseudobürgerlichen Satelliten in der Zone und durch die Sowjets verstricken zu lassen.«

Im Aktionsprogramm des SPD-Parteitags in Dortmund, 28. September 1952, bzw. Berlin, 24. Juli 1954, heißt es: »Die Regelung der Gebiets- und Grenzfragen Deutschlands bleibt diesem Friedensvertrag vorbehalten. Keine Regierung von Teilen Deutschlands darf durch Abmachungen mit den Besatzungsmächten Entscheidungen über diese Frage vorwegnehmen. Die Abtrennung von Gebieten, die 1937 zu Deutschland gehörten, hat nicht neues Recht, sondern neues Unrecht geschaffen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erkennt sie weder im Osten noch im Westen an.«

Der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion Heinrich von Brentano zur Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953: »Ich habe es begrüßt, daß der Herr Bundeskanzler in seine Ausführungen über die Wiedervereinigung Deutschlands auch einen klaren Hinweis darauf aufgenommen hat, daß Bundestag und Bundesregierung niemals bereit sein werden, die sogenannte Oder-Neiße-Linie anzuerkennen.

Das Recht der deutschen Menschen auf ihre Heimat auch jenseits der Oder-Neiße-Linie ist unverzichtbar. Das auszusprechen scheint mir gerade jetzt notwendig, nachdem die Sowjetunion ihrer Deutschlandnote vom August 1953 erneut die bekannten Grundzüge eines Entwurfs für einen Friedensvertrag mit Deutschland beigefügt hat, in denen es heißt: ›Das Gebiet Deutschlands ist durch die Grenzen festgelegt, die von den Großmächten auf der Potsdamer Konferenz bestimmt wurden.‹ Die Oder-Neiße-Linie wurde nicht als Grenze festgelegt.«

Bundesminister von Merkatz zur Regierungserklärung vom 20. Oktober 1953:

»Das Recht auf die Heimat und die Rechte in der Heimat sollten überhaupt zur Geltung der künftigen Völkerrechtsordnung gemacht werden. Aus diesem Zentralprinzip ergeben sich die konstruktiven Möglichkeiten vor allem auch für die Lösung der Frage, die mit der Oder-Neiße-Linie zusammenhängen. Ich darf mir im Zusammenhang mit der Begründung unseres Antrags zur Ostpolitik nähere Darlegungen noch vorbehalten, sage aber hier ganz deutlich: Wir sind nicht nur nicht bereit, die Linie der Oder-Neiße anzuerkennen, sondern wir sind auch nicht bereit, auf deutsches Gebiet zu verzichten, d.h. den Verzicht auf das Recht auf die Heimat und in der Heimat auszusprechen.«

Der langjährige SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner erstens im Deutschen Bundestag am 14. September 1950:

»Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ... in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit.«

Zweitens in der Festschrift zum Schlesier-Treffen vom 7.-9. Juni 1963:

»Wir verzichten als Deutsche im freien Teil Deutschlands auf keinen unserer Ansprüche; weder auf den, als ein Volk in einem demokratischen Staat zu leben, noch auf den, daß die Grenzen in einem Friedensvertrag mit einer Vertretung des ganzen deutschen Volkes festzulegen sind.

Das sind unsere beiden Ansprüche, die wir etwa deshalb nicht aufgeben, weil wir unverbesserlich Gestrige wären, sondern weil wir uns mit aller Bescheidenheit, die uns ansteht, mitverantwortlich fühlen für die Zukunft nicht nur des eigenen Volkes, sondern auch Europas und darüber hinaus.«

Drittens mit dem SPD-Vorsitzenden E. Ollenhauer und W. Brandt in dem Aufruf der SPD zum Schlesier-Treffen vom 7.-9. Juni 1963:

»Breslau – Oppeln – Gleiwitz – Hirschberg – Glogau – Grünberg: das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen.«

»Verzicht ist Verrat, wer sollte das bestreiten«

»Hundert Jahre SPD heißt vor allem 100 Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker. Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht

Polens Anwachsen im 20. Jahrhundert



1916: Nachdem Polen als Staat seit 1795 nicht mehr bestanden hat, sondern größtenteils Rußland unterstand, wurde am 5. November 1916 nach Vertreibung der zaristischen Armeen in einer Erklärung des deutschen und östereichischen Kaisers ein unabhängiges Polen proklamiert.



1919/21: Durch das Versailler Diktat erhielt Polen auf Beschluß der Siegermächte, vor allem Frankreichs, Westpreußen und Posen, das es nach Kriegsende 1918 schon widerrechtlich besetzt hatte, meist mehrheitlich deutschbesiedeltes Land; 1920 auch Teschen und von Österreich West- und Ostgalizien.



1921: Nach seinem Angriffskrieg gegen Rußland 1920/21 behielt Polen im Frieden von Riga – 18. März 1921 – Teile Westrußlands und der Ukraine sowie das östliche Litauen mit Wilna. Als »Ostpolen« werden heute diese durch den Eroberungskrieg gegen Rußland gewonnenen Gebiete verstanden.



1945: Auf der Potsdamer Konferenz der Siegermächte wurde Deutschland östlich von Oder und Neiße unter polnische, davon das nördliche Ostpreußen unter sowjetische Verwaltung gestellt. Das 1921 von Polen eroberte russische Gebiet fiel an die Sowjetunion zurück.

Deutschland

Was ist mit den deutschen Ostgebieten?

verhökern – niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen oder geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden...«

Viertens auf dem Kongreß der ostdeutschen Landesvertretungen in Bonn am 22. März 1964:

»Was aber gewönne die Welt, wenn die Deutschen sich dazu überreden oder übertölpeln ließen, zu heucheln und anzugeben, daß geraubtes, vorenthaltenes oder mißhandeltes Recht nicht mehr so genannt werden soll? ... Sie gewönne vielleicht oder höchstens eine zeitweilige Betäubung, aber sie wäre damit Opfer einer Täuschung.«

Bundeskanzler Ludwig Erhard auf demselben Kongreß:
»Für unser außenpolitisches Handeln gegenüber unseren Nachbar im Osten kann die Grundlage nur die Wahrung des Rechts sein. Wir erheben gewiß keine Forderungen auf fremdes Staatsgebiet. Aber wir verzichten nicht – und können angesichts der Verantwortung vor dem deutschen Volk, dem Recht und der Geschichte auch nicht verzichten auf Gebiete, die die angestammte Heimat so vieler unserer Brüder und Schwestern sind ... Das Recht kann nicht nur für eine bestimmte Gruppe von Völkern, es muß für alle gelten. Die Vertreibung von Millionen Deutscher aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat hat keine neuen Rechtsrealitäten geschaffen. Aus Unrecht kann niemals Recht werden.«

FDP-Vorsitzender Walter Scheel am 7. Februar 1969 (in »Publik«) auf die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze angesprochen:
»Es sind Maximalforderungen eines Verhandlungspartners, mit dem wir möglicherweise zu tun haben. Ich bin aber noch nie in eine Verhandlung in der bedrükkenden Erkenntnis gegangen, daß ich die Maximalforderungen des anderen annehmen werde; wie käme ich dazu!«

Bundeskanzler Helmut Kohl am 22. April 1983 in London zum Warschauer Vertrag:

Dieser Vertrag ist kein Friedensvertrag. Er ist kein Grenzvertrag. Er steht unter dem klaren völkerrechtlichen Vorbehalt, daß er eben kein Friedensvertrag ist und daß eine endgültige Regelung dieser Frage nur ein Friedensvertrag treffen kann.«

Erklärungen ausländischer Politiker

Als der britische Außenminister A. Eden aus Moskau mit sowjetischen Gebietsforderungen zurückkam, schrieb ihm Premierminister W.S. Churchill am 8. Januar 1942:
»Doch keine britische Regierung, an deren Spitze ich stehe, darf einen Zweifel offen lassen, daß sie sich an die Grundsätze der Freiheit und der Demokratie gebunden erachtet, die in der Atlantik-Charta niedergelegt sind, und daß diese Grundsätze ganz besondere Geltung haben, wenn Fragen territorialer Verschiebungen zur Debatte stehen. Meine Auffassung geht deshalb dahin, den Russen mitzuteilen, daß alle Grenzfragen der Entscheidung der Friedenskonferenz vorbehalten bleiben müssen.« (W.S. Churchill, »Der Zweite Weltkrieg«)
US-Außenminister F. Byrnes am 6. September 1946 in Stuttgart zum Potsdamer Protokoll von 1945: »Die Spitzen der Regierungen waren sich darüber einig, daß vor einer endgültigen Regelung der polnischen Westgrenze Schlesien und andere deutsche Ostgebiete der Verwaltung des polnischen Staates unterstellt und daher nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone angesehen werden sollten. Wie aber aus dem Protokoll der Potsdamer Konferenz klar hervorgeht, kamen die Spitzen der Regierungen nicht überein, bei einem Friedensvertrag die Abtretung dieser bestimmten Gebiete zu unterstützen.«

Präsident von Malawi, Dr. Hastings Kamuzu Banda (»Bulletin der Deutschen Bundesregierung« vom 8. Juni 1968):

»Wenn ich mir vorstelle, daß Brandenburg, Königsberg, besonders Brandenburg, die Wiege des Hohenzollernstaates, heute außerhalb Deutschlands liegen, dann kann ich mir nicht vorstellen, daß ein Deutscher oder irgendeiner, in dessen Adern deutsches Blut fließt, dies als endgültige Lösung der europäischen Frage hinnimmt. Nein! Dafür weiß ich ein bißchen zuviel von Ihrer Geschichte.«

Der sowjetische Außenminister Andrej Gromyko erklärte am 29. Juli 1970 gegenüber Bundesaußenminister Walter Scheel zur Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze:

»Wir sind Ihnen entgegengegangen in der Grenzfrage, als wir den Begriff Anerkennung fallen gelassen haben. Das war für uns ein komplizierter und politisch schmerzhafter Prozeß.« (D. Blumenwitz in »Handbuch zur Deutschen Nation«).

ZK-Mitglied und Gorbatschow-Berater Vadim Sagladin am 20. März 1990 in Madrid: »Wir wollen kein neues Versailles. Jedermann weiß, daß das Hitler bedeutet hat.« (»Rhein-Neckar-Zeitung« 21. März 1990)



Josef Stalin schüttelte nach Unterzeichnung des Nichtangriffspakts dem deutschen Außenminister von Ribbentrop die Hand, plante aber hinterrücks einen Angriff auf das Deutsche Reich.

Die Frage von Hoch- und Landesverrat

Im früheren Artikel 143 des Grundgesetzes hieß es über Hochverrat und Landesverrat:

»(1) Wer mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die verfassungsmäßige Ordnung des Bundes oder eines Landes ändert, den Bundespräsidenten der ihm nach diesem Grundgesetz zustehenden Befugnisse beraubt oder mit Gewalt oder durch gefährliche Drohung nötigt oder hindert, sie überhaupt oder in einem bestimmten Sinne auszuüben, oder ein zum Bunde oder einem Lande gehöriges Gebiet losreißt, wird mit lebenslangem Zuchthaus oder Zuchthaus nicht unter zehn Jahren bestraft.

(2) Wer zu einer Handlung im Sinne des Absatzes 1 öffentlich auffordert oder sie mit einem anderen verabredet oder in anderer Weise vorbereitet, wird mit Zuchthaus nicht unter zehn Jahren bestraft...«

Der Inhalt dieses Artikels wurde dann aus dem Grundgesetz ins Strafgesetzbuch (StGB) übernommen, wo es nun unter »Hochverrat« heißt:

§ 81: »Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewald den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen ..., wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.«

§ 82: »Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt das Gebiet des Landes



Die gerasterten Gebiete zeigen die seit 1945 unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete und das nördliche Ostpreußen mit Königsberg, das seit 1945 sowjetisch verwaltet wird. Polen und der Sowjetunion wurden die deutschen Ostgebiete gemäß dem Potsdamer Protokoll von 1945 zwischen den vier alliierten Siegermächten bis zu einer noch vorgesehenen friedensvertraglichen Regelung ausschließlich zur Verwaltung überlassen.

Ostdeutschland maßstabgerecht in die Karte der Bundesrepublik eingefügt.

ganz oder zum Teil einem anderen Land der Bundesrepublik Deutschland einzuverleiben oder einen Teil eines Landes von diesem abzutrennen ... wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.«

In § 83 wird auch die Vorbereitung dazu mit Strafe bedroht. Die § 93-100 führen weiteres zum Landes- und Hochverrat aus. Dabei ist zu beachten, daß die Bundesrepublik Deutschland Teilnachfolgerin des Deutschen Reiches ist:

»Die Bundesrepublik Deutschland setzt – unbeschadet der Tatsache, daß ihre Gebietshoheit gegenwärtig auf den Geltungsbereich des Grundgesetzes beschränkt ist – das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt unter Wahrung seiner rechtlichen Identität fort.« (Dieter Blumenwitz »Was ist Deutschland«)
Daher fallen die voreilige Vergabe ostdeutschen Landes und der Verzicht auf entsprechende Rechtstitel auch in den Bereich von Landes- und Hochverrat.

Über die Rechtslage Deutschland, des Deutschen Reiches und des Deutschen Volkes stellt Professor Dr. Helmut Schröcke fest:

Das Deutsche Reich besteht seit 1945 fort, seit 1949 als Teilnachfolger unter dem Namen Bundesrepublik Deutschland (Bundesverfassungsgericht 31. Juli 1973, 7. Juli 1975, 21. Oktober 1987). Kein anderer Teilnachfolger ist jedoch berechtigt, für das Deutsche Reich zu handeln.

Das Selbstbestimmungsrecht ist seit 1945 zwingendes Völkerrecht (ius cogens) geworden und ist Teil der Wiener Vertragsrechtskonvention vom 23. Mai 1969. Infolgedessen kann keine deutsche Regierung auf annektierte Reichsgebiete einschließlich des Sudetenlandes ohne Zustimmung der von dort vertriebenen oder noch dort wohnenden deutschen Bevölkerung verzichten.

Jeder Vertrag und jede Erklärung von deutschen oder anderen Regierungen und Parlamenten, die das Selbstbestimmungsrecht der Vertriebenen nicht berücksichtigen, das den Rechtsanspruch auf ihre Länder als Teil des Deutschen Reiches beziehungsweise seines Rechtsnachfolgers enthält, ist nach der Wiener Vertragsrechtskonvention vom 23. Mai 1969 nichtig. Dieser Rechtsanspruch der Vertriebenen ist unverjährbar (UNO-Konvention vom 27. November 1968) und unverzichtbar (4. Konvention von Genf, 1949, Art. 8).

Die völkerrechtlich gültigen Grenzen des Deutschen Reiches sind die vom 1. August 1914 plus die vom 1. September 1939 (die tschechische Republik war als Protektorat nicht Mitglied des Deutschen Reiches), da

– der Versailler Vertrag ohne Mitwirkung des Deutschen Reiches formuliert wurde und infolgedessen als Vertrag zu Lasten Dritter (res inter alios acta) von Anfang an nichtig ist und da die Unterschrift durch verbotenen Zwang zustande kam (Konvention über das Vertragsrecht, Wien 1969, Art. 52);

– die angebliche Grenzfestsetzung für das Deutsche Reich zum 31. Dezember 1937 im Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 – sofern als Vertrag zu verstehen – und in anderen Verträgen als Ver-

Deutschland

Was ist mit den deutschen Ostgebieten?

trag zu Lasten Dritter nichtig ist (Konvention über das Vertragsrecht, Wien 1969, Art, 34). Dort wurden nur Besatzungszonen bezeichnet.

Die oberste Gewalt, die die Besatzungsmächte 1945 übernommen haben wollen, durfte nichts anderes sein als die Befugnisse einer Besatzungsmacht nach den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung von 1907. Infolgedessen sind völkerrechtswidrig:

– die Verhaftung der Reichsregierung am 23. Mai 1945;

– Militärtribunale unter Mißachtung primitivster Rechtsgrundsätze mit Todesurteilen aufgrund von gefälschten Dokumenten. Das Londoner Abkommen vom 8. August 1945 ist nichtig, weil bis dahin nicht bestehende Rechtsprinzipien zur Grundlage der Rechtsprechung des IMT-Nürnberg gemacht wurden;

– Eingriffe in innere Reichsangelegenheiten, wie zum Beispiel die Auflösung des Staates Preußen);
– die Annexion von Reichsgebieten;

– die Vertreibung der Deutschen aus den besetzten und annektierten Gebieten und die Beschlagnahme ihres Eigentums (4. Genfer Konvention von 1949);

– die Ansiedlung von Ausländern in besetzten und annektierten Gebieten. Diese haben dort keine völkerrechtlich vertretbaren Heimatrechte (UNO-Beschluß zu den von England in Gibraltar abgehaltenen Wahlen, 4. Genfer Konvention von 1949, Art. 49).

Die Ostverträge sind nur gültig, soweit sie Gewaltverzichtserklärungen, nicht aber, wenn sie Gebietsabtretungen sind (Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 7. Juli 1975).
Die Beseitigung des Deutschen Volkes als Staatsvolk in der Bundesrepublik durch massenhafte Einwanderung und Einbürgerung von nichtdeutschen Ausländern aus aller Welt und durch Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit in der EG ist verfassungswidrig. Das Deutsche Staatsvolk ist nach Art. 79 des Grundgesetzes jeder Disposition entzogen. Das Grundgesetz schreibt die Wahrungspflicht zur Erhaltung der Identität des Deutschen Staatsvolkes vor (Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 21. Oktober 1987).



Churchill (links), Truman (rechts) und Stalin legten im Potsdamer Protokoll vom 2. August 1945 fest, daß die deutschen Ostgebiete teilweise unter polnische und sowjetische Verwaltung gestellt werden.

Mit Unrecht und Verbrechen wird keine Zukunft gesichert

Die Oder-Neiße-Gebiete gehören nach Völkerrecht, Selbstbestimmungsrecht sowie durch historische und kulturelle Leistungen untrennbar zum deutschen Ganzen. Polen braucht Ostdeutschland nicht: Es hat eine viel geringere Bevölkerungsdichte (Polen 120, BRD 246, DDR 154 Einwohner je qkm); 1945/47 kamen 1,5 Millionen Polen aus dem nun wieder sowjetischen »Ostpolen«, dafür gingen eine halbe Million Ukrainer und Weißrussen in die Sowjetunion und eine Million Deutsche aus dem ursprünglichen Polen in den Westen, so daß kein Zuwanderungsüberschuß bestand. Polen hat zudem Ostdeutschland in den letzten 45 Jahren weithin wirtschaftlich und ökologisch verkommen lassen und ist zu einem Wiederaufbau des beanspruchten Landes überhaupt nicht in der Lage.

Die Oder-Neiße-Linie ist keine »Friedensgrenze«, sondern eine aus Rache und Haß diktierte »stalinistische Kriegsgrenze«. Die Gewalt- und Eroberungspolitik Stalins darf nicht 50 Jahre später legalisiert werden. Landraub kann und darf niemand anerkennen, der es mit Europa und seinen demokratischen Grenzen ernst meint: Die Anerkennung des Landraubs und der gewaltsamen Vertreibung 1945/49 würde für die Zukunft eine schwere Hypothek und ein gefährlicher Präzedenzfall sein.
Deshalb stellte der UNO-Sicherheitsrat am 22. November 1967 fest:

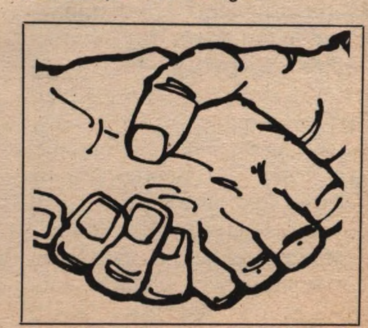
1. Durch Krieg darf kein Gebiet erworben werden.
2. Besetzte Gebiete müssen geräumt werden.
3. Das Heimatrecht der Vertriebenen ist zu wahren.

Annexionen fremden Staatsgebietes (wie der deutschen Länder Schlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Westpreußen, Ostpreußen, Memelland, Sudetenland usw.) und Vertreibung der Bevölkerung aus ihrer angestammten Heimat sind nie verjährbare Verbrechen gegen Menschen- und Völkerrecht. Anderslautende »Verträge« sind null und nichtig. Die Wiedergutmachung dieser Verbrechen muß mutig, rechtsbewußt, aber behutsam und ohne Gewaltanwendung gemeinsam erarbeitet und durchgeführt werden. Kein Volk der Welt würde und dürfte es sich gefallen lassen, daß ihm ein Viertel seines rechtmäßigen Siedlungsraumes geraubt wird. Solch ein Unrecht darf durch nichts gerechtfertigt werden.
Allein ein gerechter Ausgleich aufgrund des Selbstbestimmungsrechts und des Völkerrechts kann für die Zukunft tragbare Grundlagen für ein partnerschaftliches und friedliches Miteinander der Völker schaffen.
Mit der Nichtanerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze erhebt Deutschland keinen Anspruch auf polnisches Land, sondern weist nur ungerechtfertigte und unbegründete polnische Ansprüche auf Ostdeutschland zurück.

Wer als westdeutscher politischer Mandatsträger heute auf deutsche Gebiete im Osten verzichtet oder den Verzicht in Aussicht stellt, handelt eidbrüchig gegen unser Grundgesetz, und sein Tun grenzt an Landesverrat.
Mit Unrecht oder gar Verbrechen wird keine Zukunft gesichert, denn »nichts ist endgültig geregelt, was nicht gerecht geregelt ist«.

Die Völker Europas wollen ein neues Europa einander achtender rechts- und wahrheitsbewußter freier Völker, ein Europa, aufgebaut auf den Grundlagen von Menschenwürde, Menschen-, Völker- und Selbstbetimmungsrecht, in dem auch das wiedervereinigte deutsche Volk, gleichberechtigt wie jedes andere Volk, in gesichertem Frieden und in Freiheit gedeihen kann. □

Dr. Rolf Kosiek arbeitet am Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte, Postfach 1629, D-7400 Tübingen.



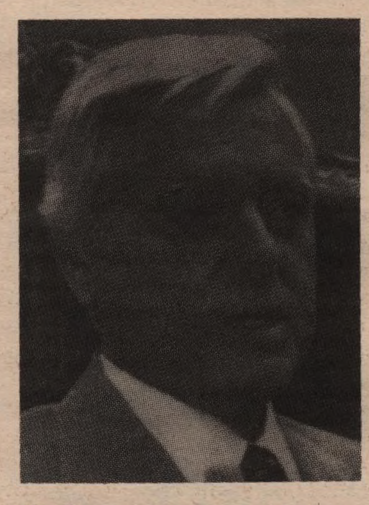
Trilaterale Kommission

US-Senator wagt Kritik

James P. Tucker

US-Senator Ernest Hollings verurteilte in einer bisher einmaligen Rede vor dem National Press Club die Trilaterale Kommission, David Rockefellers multinationale Elite von Bankern und Internationalisten, die den weltweiten »Freihandel« fördern.

Obwohl Ernest Hollings das am meisten begehrteste Forum – die traditionelle Tischrede, mit der man Präsidenten und Staatschefs ehrt – zur Verfügung gestellt und der Wortlaut seiner Rede überall verteilt wurde, unterdrückten alle Zeitungen und Rundfunkstationen in den USA seine Worte. Sie vermieden in der anschließenden üblichen Frage- und Antwort-Stunde geflissentlich, ihn über den Inhalt seiner Bemerkungen zu befragen.



US-Senator Ernest Hollings schockierte die amerikanische Öffentlichkeit durch eine harte und offene Kritik der Politik der Trilateralen.

Was ist los mit der Regierung?

Die Presseleute waren überrumpelt worden, denn Hollings, ein liberaler Demokrat und möglicher Kandidat seiner Partei für die nächste Präsidentschaftwahl, hatte seine Rede mit den Worten »What's Wrong With Government?« (»Was ist los mit der Regierung«) betitelt.

Dies rief bei der Presse die Erwartung hervor, daß Hollings als Kämpfer für die Gesetzgebung, die er unterstützt, hervortreten werde: der sogenannten Civil Rights Act von 1990, Förderung des Martin Luther-King-Feiertages durch Einrichtung einer von Steuern bezahlten Kommission, den Americans with Disabilities Act (Gesetz über Amerikaner mit Behinderungen) und Diätenerhöhungen für Kongreßmitglieder.

Aber US-Senator Hollings überraschte mit den Worten: »Das erste durch den nationalen Kongreß verabschiedete Gesetz, eingebracht von Madison und unterstützt durch Alexander Hamilton und Thomas Jefferson, war ein Zollgesetz von bis zu 50 Prozent Zoll auf rund 60 Artikeln, angefangen von Stahl. Wir bauten diesen Industriegiganten USA mit Protektionismus auf.«

Zu den Briten: »Laßt uns in Ruhe und verschwindet

»Die Briten versuchten unsere Vorväter mit dem Versprechen des ›freien Handels‹ zu ködern«, sagte Hollings. »Die Briten sagten: ›Laßt uns gegenseitig zuschicken, was wir am besten produzieren – keine Zölle, keine Barrieren. Freihandel‹. Hamilton antwortete den Briten in seinem berühmten Büchlein ›Report on Manufacturers‹: ›Laßt uns in Ruhe und verschwindet, wir bleiben nicht länger eure Kolonie‹.«

»Als die transkontinentale Eisenbahn gebaut wurde, drang man auf Abraham Lincoln ein, billigen importierten Stahl aus Britannien zu verwenden«, fuhr Hollings fort.
Er zitierte Lincolns Antwort: »Wir wollen amerikanische Stahlwerke bauen; dann haben wir auch amerikanischen Stahl und eine amerikanische Eisenbahn.«

Die Wende der Landespolitik vom Schutz der eigenen Industrie und des eigenen Handels bis zur Öffnung der Schleusen für mit billigen Arbeitskräften hergestellte ausländische Waren im Namen des »Freihandels« blieb der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg vorbehalten, erklärte Hollings. »Wir hatten die einzige intakte Industriebasis der Welt; wir brauchten Märkte. Daher der angemessene Chorgesang: ›Freihandel, Freihandel‹. Wir sandten unsere fast mündelsicheren Firmen zum Wiederaufbau der freien Welt«, mit Hilfe des Marshall-Planes.

»Sie gingen dorthin um Gutes zu tun; sie blieben dort um Gutes zu tun«, sagte Hollings.

Der reichste Markt der Welt

»Arbeitskräfte waren billig – und betrafen die Umwelt nicht. In Übersee brauchten sich amerikanische Multinationale keine Sorgen darüber zu machen, daß ein unnötig geschäftiger Kongreß in den freien Markt einfällt und auf die Produktionskosten mit Mindestlöhnen, Kosten für Arbeitslosenunterstützung, Sozialabgaben, für sichere Maschinen, sichere Arbeitsplätze, saubere Luft, sauberes Wasser, Kündigungsschutz bei Werksschließungen, Familienurlaub aufschlägt«, meinte Hollings.
»Im Inland arbeitete ihre Regierung gegen sie, aber im Ausland ermutigten und schützten die Regierungen sie«, sagte Hollings. »Heute ist der größte Importeur in die Vereinigten Staaten nicht Japan oder Deutschland oder Korea; es sind die Vereinigten Staaten selbst. Amerikanische Multinationale machen jetzt 41 Prozent aller Importe in die Vereinigten Staaten aus.«

»Aber diese goldene Gans der Produktion in Übersee konnte nur so lange funktionieren, wie der reichste Markt der Welt, die USA, dem Dumping gegenüber weit offen stand.«

Als Europa und Japan wieder aus den Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs hervortraten »mit ihrem finanzierten Kapitalismus, ihrem geschützten Kapitalismus«, sagte Holling, »mußten sie ihre Produkte auf den amerikanischen Markt bringen« und brachen daher in den Ruf »Freihandel« aus.

Banker stimmen in den Chor ein

»Die internationalen Banken wie Chase Manhattan und Citicorp, von denen die Multinationalen finanziert werden, stimmen in den ›Freihandel‹-Chorgesang ein, um die Bedienung ihrer Darlehen sicherzustellen«, sagte Hollings.

»Und sie gingen weiter und verstärkten die orthodoxe Lehre des ›Freihandels‹ durch die Trilaterale Kommission und eine Reihe von subventionierten akademischen Institutionen und Think Tanks«, fuhr Hollings fort.

»Und Zeitungen, die etwa 80 Prozent ihrer Einnahmen von Einzelhandels-Inserenten beziehen, plappern gerne die von Wall Street ausgegebene Wahlkampfparole nach.«

Die internationalen Finanziers, die die Weltwirtschaft über die Trilaterale Kommission manipulieren und die Presse des Establishments beherrschen, stellen sich darauf ein, »die Wende vom Kalten Krieg zum Handelskrieg auszubeuten«, stellte Hollings fest.

»Während wir uns bequem im Sessel zurücklehnen und neue Märkte für unsere Waren in Osteuropa in Augenschein nehmen, preschen amerikanische Multinationale vor, um in Osteuropa billig für den US-Markt zu produzieren.«

»Andere amerikanische Industriebetriebe erhalten Subventionen in Polen, Ungarn, Tschecho-Slowakei und der DDR, um dort zu produzieren und mit von der Regierung belasteten Industriebetrieben hier in den Vereinigten Staaten in Wettbewerb zu treten.«

»Der Ruf nach ›Freihandel‹ wird uns entblößt zurücklassen«, meinte der Senator zum Schluß seiner Rede. □

Banker-Journal

Das Vermögen der Privaten

Die privaten Haushalte in der Bundesrepublik besaßen 1989 ein Geldvermögen von mehr als 2,5 Billionen DM. Damit könnten sie das gesamte bundesdeutsche Bruttosozialprodukt des letzten Jahres aufkaufen – und hätten noch immer einen Notgroschen von gut 300 Milliarden DM.

Gegenüber 1988 wuchs das Geldvermögen um gut sieben Prozent – seit 1980 hat es sich fast verdoppelt. Bei der Wahl der Anlageform werden die Bundesbürger kritischer. Sie schichten um: Die Anlage in niedrig verzinste Sparguthaben mit gesetzlicher Kündigungsfrist geht zurück. Dagegen lassen attraktive Zinssätze die Termingeldkonten und das Wertpapiergeschäft anschwellen.

Insgesamt kassierten die privaten Haushalte 1989 über 116 Milliarden DM an Zinsen und Dividenden. Immobilien und Sachwerte mitgerechnet, besitzt der bundesdeutsche Durchschnitts-Haushalt ein Vermögen von rund 300.000 DM – pro Kopf sind das immerhin fast 47.000 DM. □

London erkennt die Bankenkrise an

»Man wird sich dessen immer stärker bewußt, daß die Bankenkrise, die in den letzten 20 Jahren so oft vorausgesagt wurde, jetzt eine Realität werden kann«, schreibt die Londoner »Sunday Times«.

»Aber wenn die Bankingszene in London schon düster ist, so steht sie in New York am Rande der Apokalypse. Die Schwierigkeiten von Trump (dem Leiter von Texas S & L Don) und Dixon sind bedeutsam und rufen Schlagzeilen hervor, aber in Zusammenhang mit den wirklichen Schwierigkeiten, mit denen es Amerikas Bankwesen zur Zeit zu tun hat, sind sie nur ein Tropfen im Ozean. Durch das gesamte Firmengeschehen in Amerika hindurch wird man sich immer stärker dessen bewußt, daß die in den vergangenen 20 Jahren so oft vorausgesagte Krise jetzt zu einer Realität werden könnte. Sogar die großen amerikanischen Versicherungsgesellschaften taumeln noch durch den Zusammenbruch des Junk-Bond-Marktes umher.

Wenn die ihre Geschäftsbereiche, die mit Junk-Bonds vollgestopft sind, neu auf Marktpreise zu bewerten hätten, dann würden viele Versicherer zahlungsunfähig.«

Unter Hinweis auf den Ausbruch der Schuldenkrise der Dritten Welt im Jahr 1980, den Zusammenbruch des Ölgeschäfts und andere größere Schocks der Vergangenheit, stellt die Zeitung fest: »Der Unterschied zu heute besteht darin, daß Amerikas Banken es nicht nur mit einer möglichen Katastrophe, sondern mit einer Myriade von Katastrophen zu tun haben.« □

Altbundeskanzler Schmidt warnt vor Überseekrise

Die Krisen im überseeischen Bankwesen werden »Domino«-Krisen auf dem privaten Handelsbankensektor auslösen, warnte der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt vor der Jahresplenarsitzung des Inter-Action Council. Einer der Anwesenden meinte: »Schmidt fand äußerst beißende Worte, als er über die lächerliche Bankensituation in Übersee sprach.«

»Schmidt ist sehr besorgt über die Banken, in denen es keine Führungspersönlichkeiten gibt, auf die in letzter Minute zurückgegriffen werden kann. Das ist bei den Überseebanken der Fall. Wenn etwas passiert, wo es keinen Führer der letzten Zuflucht gibt, dann wird dies auf dem Handelsbankensektor eine Dominowirkung auslösen. Wenn eine jener Überseebanken auf dem Eis einbricht, trifft dies die Privatbanken, die ihre Gelder in den Übersee-Einrichtungen gebunden haben, die aber durch ihre jeweiligen nationalen Banken nicht für diese Gelder gedeckt sind.«

Der Kanzler machte sich Sorgen darüber, daß wir mehr und mehr von diesem Überseebankwesen abbekommen, unter Bedingungen der zunehmenden Zerbrechlichkeit des internationalen Finanzsystems. Das quantitative Wachstum des Überseebankwesens könnte sich zu einer qualitativen Katastrophe entwickeln, besonders hinsichtlich der allgemeinen Zerbrechlichkeit des Systems.

Schmidt habe sich erfolglos für starke regulative Behörden auf internationaler Ebene eingesetzt, um mit diesem Problem fertig zu werden. Innerhalb der Bush-Regierung, stellte Schmidt fest, scheint niemand über dieses Problem beunruhigt zu sein. □

Probleme mit den US-Spar- und Darlehenskassen

Der amerikanische Senator Ernst »Fritz« Hollings machte in einer Rede vor dem National press Club in Washington die Freihandels-Ideologen und die Entregulierung für den Zusammenbruch des amerikanischen Spar- und Darlehensmarktes verantwortlich.

»Die Kreating Five sind nicht schuld, etwas getan zu haben, was ich nicht selbst getan hätte, wäre ich dazu aufgefordert worden. Sie griffen im Namen des Vollmachtgebers ein«, sagte Hollings. »Wenn erst einmal entreguliert wird, gibt es natürlich Fehlschläge. Sie beschweren sich über Betrug? Man hat doch nur das getan, was Sie ihnen gesagt haben. Sie haben gesagt, es gebe keine Regeln. Was erwarten Sie also.«

Hollings zitierte des längeren und breiten Henry Clay und Alexander Hamilton über die Notwendigkeit einer Politik, die die Herstellung begünstigt. »Jeder andere in der Welt hat diese Wahrheit erfaßt. Es wird höchste Zeit, daß wir das auch tun. Wenn unsere Regierung sich dem Wettbewerb nicht stellen kann, dann geht die Industrie auf eine Regierung zu, die das kann. Der Ruf nach Freihandel und die Forderung, daß die Vereinigten Staaten mit gutem Beispiel vorangehen sollen, wird uns entblößt zurückgelassen.«

»Die internationalen Banken wie Chase Manhattan und Citicorp, die die Multinationalen finanzieren, haben in den Chorgesang des ›Freihandels‹ eingestimmt, um die Rückzahlung ihrer Darlehen zu gewährleisten. Und sie gingen einen Schritt weiter, um den festen Glauben an den Freihandel durch die Trilaterale Kommission und eine Reihe von subventionierten akademischen Institutionen und Think-tanks noch zu verstärken.

Natürlich schlagen die größeren Einzelhändler, die höhere Gewinne von Einfuhren erzielen, die gleiche Tonart an: ›Freihandel‹. Und Zeitungen, die rund 80 Prozent ihrer Einkünfte von Inseraten von Einzelhändlern erzielen, plappern gerne die von Wall Street ausgespieene Parteipropaganda nach. Aber Freihandel hat es niemals gegeben und wird es niemals geben.«

Der Leitartikler der Zeitung »New Republic«, Robert Kuttner, schrieb: »Vertun Sie sich nicht: Ganz abgesehen von der Mitbeteiligung, der Spar- und Darlehens-Schlamassel wurde Ihnen durch die Entregulierung beschert.« So etwas wie ein »Freimarkt«-Bankwesen gibt es nicht, »da das Bankgeschäft eng mit der Regierung verbunden ist. Banken sind nicht gerade Schöpfungen des freien Marktes«. □

Britische und amerikanische Wirtschaftsexperimente fehlgeschlagen

Der Präsident der Europäischen Gemeinschaft Jacques Delors erklärte, daß die »ultra-liberalen« Wirtschaftsexperimente Großbritanniens und der Vereinigten Staaten fehlgeschlagen sind, und daß osteuropäische Länder besser daran täten, auf Westdeutschland als das beste Modell für die Entwicklung einer gemischten

Wirtschaft zu schauen. Dort sei Liberalismus und Eingriff des Staates miteinander kombiniert worden.

Auf einer Konferenz sagte Delors, das »ultra-liberale« Experiment »sei dabei zu verschwinden, weil es die von ihm erwarteten Ergebnisse nicht gebracht hat«. Delors fügte hinzu, daß »wir für eine neue gerechte Wirtschaftsordnung arbeiten müssen«, wobei die Verringerung der Schulden, die auf den Schuldnerländern lasten, ein Hauptziel sein müsse, da die derzeitige Geldverteilung ein »phantastisches Hindernis für die Lösung der Ungleichheiten in der Welt« darstelle. □

Frankreich für das deutsche Modell des Kapitalismus

Frankreich bewegt sich auf das deutsche Modell des Kapitalismus zu, stellte der französische Industrieminister Roger Fauroux in einem Interview fest.

»Ich bin für das deutsche Modell, das ein phantastischer Erfolg war. Dort steht das Finanzwesen wirklich im Dienst der Industrie.« Fauroux meinte, Frankreich übernehme bereits das deutsche Modell, ohne eine Theorie notwendig zu haben. Laut Fauroux, der einst die Saint Gobain Co. leitete, ist Frankreich nicht industrialisiert genug. Er hat ein Programm aufgestellt, um das Wachstum kleiner und mittelgroßer Industrien, vor allem in High-Tech-Bereichen, zu begünstigen.
Angesichts des »großen Traumas«, das sich aus unkontrollierten Strahlen ergibt, ist es unerläßlich, meinte der Minister, daß der Staat über Teile des Kapitals gewisser Firmen verfügt. Zu beschützende Industriebereiche seien Verteidigung, Automobilbau und Teile der Elektronik-Industrie.

Fauroux äußerte, die französische Industrie wachse wieder nach 15 Jahren der Stagnation. Das große Problem sei, mehr Kapital und eine größere Spargrundlage zu erwirtschaften. Wenn Frankreich Mitteleuropa aufbauen, den Entwicklungsländern weiterhin helfen und deren eigene Produktion modernisieren will, dann müssen größere Ersparnisse vorhanden sein und mehr Hilfe von den Finanzmärkten kommen. Deshalb fördert er die gegenseitige Durchdringung von Banken, Versicherung und Industrie, ein »Machtfaktor für den uns Deutschland ein fast vollkommenes Vorbild darstellt«. □

Europäer wollen Bahnnetz in Texas bauen

Zwei europäisch-amerikanische Konsortien wollen in Texas ein Bahnnetz bauen, das Dallas, Houston und San Antonio miteinander verbindet. Ein französisches Konsortium, Texas TGV, und ein in Deutschland ansässiges Konsortium, Texas High Speed Rail Joint Venture, haben jeweils eine Gebühr von 100.000 Dollar an die Texas High Speed Authority gezahlt, um die Kosten für die Überprüfung ihrer Angebote zu decken, die in allen Einzelheiten bis spätestens Februar 1991 vorgelegt werden müssen. Beide Konzerne haben sich mit amerikanischen Firmen zusammengetan und planen, mit vorhandener Technologie zu arbeiten. Die französische Mannschaft will ein System nach dem Muster des TGV »Atlantique« bauen, während die Deutschen den ICE vorschlagen. □

Plädoyer für die Atomenergie

Hochrangige sowjetische Atomphysiker und Vertreter der Atomenergie-Industrie haben einen dringenden Appell an Präsident Michail Gorbatschow, an den Obersten Sowjet und an alle Sowjetrepubliken gerichtet, in dem warnend darauf hingewiesen wird, daß die plötzliche Reaktion gegen die Atomenergie in der UdSSR die Industrie in völlige Unordnung versetzt habe. Die Regierung wird aufgefordert, die Atomenergie wieder aufleben zu lassen, bevor sie zusammenbreche.

Die an dem Aufruf Beteiligten enthüllten, daß die Konstruktion und der Bau von Atomenergie-Erzeugungsanlagen mit einer Gesamtleistung von 100.000 Megawatt, etwa 50 Anlagen mittlerer Größe entsprechend, wegen öffentlicher Proteste und Streikposten gegen Atomanlagen in mehreren Teilen des Landes gestoppt worden sind. Es habe auch einen Zusammenbruch in der Anwerbung von Spezialisten in diesem Berufszweig gegeben, der einige Anlagen dazu zwingen könnte, wegen Mangel an qualifizierten Bedienungsleuten zu schließen, warnten sie.

Die Wissenschaftler warnten auch davor, daß der Baustop von Atomenergie-Anlagen quer durch die Sowjetunion »zu direkten Verlusten in Höhe von Milliarden Rubeln führt, eine Ziffer, die sich in der Zukunft viele Male vervielfältigen könne. Hoch qualifizierte Kollektive fielen auseinander, die Anmeldung begabter junger Leute in entsprechenden Ausbildungsstätten seien rückläufig. Wenn sich die Lage nicht bald bessere, dann könne es notwendig sein, Atomanlagen zu schließen und ganze Regionen des Landes ohne Zulieferung von elektrischem Strom zu lassen«. □

Chirac drängt auf Schuldenermäßigung

Um das Wirtschaftswachstum in Afrika wieder herzustellen, bestand der Oberbürgermeister von Paris, Jacques Chirac, vor der Versammlung des Internationalen Verbands der Bürgermeister in Tunis darauf, daß die Gläubigerländer alles tun müssen, was irgend möglich ist, um die Schulden der afrikanischen Länder abzubauen.

Chirac führte im einzelnen die Gründe für die derzeitige Wirtschaftskrise in Afrika auf: Erstens, die Preise für »Rohmaterialien« werden weiterhin »in einer ungerechten Weise« von anderen als den produzierenden Ländern festgelegt; zweitens, die Ansammlung der Auslandsschulden in Höhe von insgesamt 1,4 Billiarden französische Franc; drittens, das Abrücken der privaten Anleger von Afrika.

Chirac verurteilte die Verringerung der öffentlichen Hilfe für Afrika aus den Ländern des fortgeschrittenen Sektors, vor allem den USA und Japan, deren Gesamthilfeleistung weniger als 0,15 Prozent beziehungsweise 0,25 Prozent ihres Bruttosozialprodukts ausmache. Er sagte, der Internationale Währungsfonds (IWF) und die Weltbank sollten ihre Hilfe verstärken, während die Gesamtschulden von Währungsschwankungen befreit werden sollten.

Chirac meinte, daß mehr getan werden müsse, um Privatanleger, die in den letzten Jahren Afrika fluchtartig verlassen haben, bei der Stange zu halten, »Afrika braucht vier oder fünf Zollunionen, die den Privatanlegern die gleiche Sicherheit bieten, die sie bei der neuen Union of Great Maghreb in Nordafrika bekommen«.

»Es gibt viele Menschen, die abstrakt von Menschenrechten sprechen«, schlußfolgerte Chirac, »obwohl das vorrangige Menschenrecht darin besteht, ernährt zu werden und gesund zu bleiben.« □

Strategien NATO-Warschauer Pakt

In den kommenden beiden Jahrzehnten werden wir eine »Kanonenboot-Diplomatie«, »Neo-Kolonialismus« des vereinigten NATO-Warschauer-Paktes und die Schaffung einer Weltzentralbank erleben, die uns eine »gütige Herrschaft der Banker auferlegen wird, heißt es in einem Kommentar der Londoner »Sunday Times«. Die Kanonenboot-Diplomatie würde darauf abzielen, die Souveränität von Ländern der Dritten Welt zu zerschlagen und das Wachstum von nichtweißer Bevölkerung einschränken.
In dem Artikel heißt es, daß die Dritte Welt sich auf ein »blutiges 1789« zu bewegt, mit Revolutionen und Armut, erschwert durch die Tatsache, daß »viele der schwarzen und braunen Staatschefs der Welt Tyrannen sind«. □

Kredite

Die Exzesse der Banker

C. Gordon Tether

Nichts hat in den vergangenen Jahren mehr dazu beigetragen, das Wohlergehen der Völkergemeinschaft zu untergraben, als die Exzesse der internationalen Banker.

Wo immer man heute hinschaut, sieht man Beweise für den massiven Schaden, der ganzen Völkern durch die Kreditbeschaffungs-Orgien zugefügt wurde, in der sich die Banker zu ergehen begannen, als die Beseitigung von behördlichen Beschränkungen bei ihren Tätigkeiten zur Tagesordnung wurde. Es gibt kaum ein Land in der Dritten Welt, wo der dringend benötigte wirtschaftliche Aufschwung nicht völlig durch die gewaltigen Kosten für die Bedienung der Schulden vereitelt wird, die westliche Banker sie in den siebziger Jahren aufzunehmen ermunterten.

Die Entschlossenheit zur Bereicherung

Dies wirft einen trüben Schatten auf das Wohlergehen der Welt, denn auch die Handelspartner der Dritten Welt in den fortschrittlichen Ländern werden davon betroffen. Und die Dinge scheinen dazu bestimmt zu sein, sich mindestens bis zum Ende des Jahrhunderts dahinschleppen zu wollen.

Aber nicht nur in diesem indirekten Sinn haben die Kreditbeschaffungs-Exzesse des Bankwesens für die industrielle Welt große Schwierigkeiten mit sich gebracht. Denn, nachdem sie sich in den siebziger Jahren in keineswegs ungewisser Art und Weise in der Dritten Welt die Finger verbrannt hatten, richteten die Banker ihre Aufmerksamkeit auf Kreditmärkte vor ihrer eigenen Haustür und in anderen reichen Ländern, mit gleichermaßen bedauernswerten Folgen.

In den USA war eine Folge davon die Auslösung einer Reihe von Krisen im Finanzwesen – Krisen von einer derart schwerwiegenden Natur, daß riesige Summen des Geldes der Steuerzahler in Stützungsmaßnahmen gepumpt werden mußten, um einen Zusammenbruch abzuwehren, der die Wirtschaft des Landes in ihren Grundfesten erschüttert hätte. Und das ist noch nicht alles.

Die Entschlossenheit der Banker, sich dadurch zu bereichern, daß sie die Öffentlichkeit dazu überreden, immer mehr zu borgen, hat in Amerika einen Schuldenberg verursacht – eine Mißbildung, die auf ihre Weise nicht weniger bedrohlich ist, als die der armen Länder.

Rückkehr zur zweistelligen Inflation

Ein anderes Beispiel: In Großbritannien wächst die Beunruhigung über das Ausmaß, bis zu dem die übertriebene Geldverleihung der Banken die wirtschaftliche Gesundheit des Landes in zwei Richtungen untergräbt. Eine betrifft die Art und Weise, in der die steigende Verschuldung eines beträchtlichen Teils der allgemeinen Öffentlichkeit Lasten auferlegt, die viele Leute ganz einfach nicht mehr verkraften können. Die anderen bösen Kopfschmerzen rühren von dem Beitrag her, den die Begeisterung der Banken zur Verleihung von Geldern zur Entfachung der Flammen der Inflation leistet – vor allem durch Herbeiführung eines gewaltigen Auftriebs der Verbrauchsausgaben. Jetzt, wo eine Rückkehr zur zweistelligen Inflation beinahe unvermeidlich erscheint, ist die Verringerung der Kluft zwischen Geld und Waren die Hauptbeschäftigung der Thatcher-Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet.

Die Dinge liegen in vielen anderen westlichen Ländern ziemlich ähnlich.

Zur Beruhigung der Banker

In den Vereinigten Staaten haben sich drei hochstehende Regulatoren – Alan Greenspan vom Federal Reserve System, Robert Clarke, der amtliche Währungs-Rechnungsprüfer, und William Seidman, Vorsitzender der Federal Deposit Insurance Corporation – darum bemüht, die Banker dahingehend zu beruhigen, daß das Ansetzen einer regulierenden Daumenschraube an die Banken das Letzte sei, was Washington im Sinne habe.

In gleicher Weise war das Behördentum in Großbritannien nicht dazu bereit, weiter zu gehen als die Banken zu ermahnen, von ihrem unheilvollen Geldverleihungsverhalten abzulassen. Nachdem er sich in einer kürzlichen Rede darüber beklagt hatte, daß Sparsam- und Wirtschaftlichkeit aus den Fugen geraten seien, fuhr der britische Finanzminister fort, die Banken aufzufordern, ihre Bemühungen, die Inanspruchnahme ihrer Kredite dadurch in die Höhe zu treiben, daß sie der Öffentlichkeit Darlehen durch direkte Postsendungen anbieten, in Zaum zu halten.

Die Londoner »Financial Times« beschrieb eine solche Intervention als Rückgriff auf »jawbone government« (Überredungsversuche unter Ausnutzung eines hohen Amtes oder Stellung, um Druck auszuüben). Da soviel von Erfolg oder Mißerfolg der Bemühungen abhängt, die Banken dazu zu bringen, bei der Entwicklung ihrer Geldverleihungspolitik dem öffentlichen Interesse mehr Aufmerksamkeit zu schenken, läßt diese Sachlage eigentlich nur eine Schlußfolgerung zu, nämlich, daß die Kreditbeschaffungsaktivitäten der Banker inzwischen den Status einer heiligen Kuh erlangt haben. Warum, so darf man wohl fragen, ist das so?

Die Frage beantwortet sich teilweise durch die Tatsache, daß Regierungen überall von der Umwandlung hypnotisiert waren, die die Internationalisierung des Finanzverkehrs im Bankbereich bewirkt hat. Bei freiem Kapitalfluß in den heimischen Finanzmarkt hinein und hinaus nach Belieben, so argumentieren sie, kann so gut wie nichts getan werden, um das Verhalten der Banken, die darin operieren, durch Auferlegung von Kontrollen zu beeinflussen.

In die gleiche Richtung zieht die Nichtbereitschaft der Behörden durch Betätigung der Rücktrittbremse stillschweigend zuzugeben, daß die Entregulierung der Finanztätigkeit zu weit gegangen ist. In Großbritannien riefen Aufrufe an die Regierung, das aggressive Marketing von Bankdarlehen einzuschränken, die rasche Erwiederung der Downing Street hervor, dies wäre ein staatlicher Eingriff »nach der Manier eines Kindermädchens«.

Und doch ist es schwer zu glauben, daß dies schon die ganze Weisheit sein soll. Wo so viel auf dem Spiel steht, scheint es unvorstellbar zu sein, daß die Regierung bereit wäre, so lange Zeit eine unglaublich fügsame Haltung gegenüber einer derart gefährlichen Herausforderung seitens des Bankwesens einzunehmen.

Es ist eine andere Art auszudrücken, daß es eine Sache gibt, die kaum ernsthaft in Frage gestellt werden kann, nämlich: Das Eindringen verbürgter Interessen in die oberen Etagen der politischen Macht ist ebenso ein Merkmal der heutigen Regierungsszene, wie es der Fall war, als die Monarchen früherer Zeiten herausfanden, daß ein Rückgriff auf Geldverleiher, um dringend benötigte Finanzen herbeizuschaffen, gewöhnlich eine Beeinträchtigung ihrer Unabhängigkeit bedeutete.

Es braucht nicht gesagt zu werden, daß Situationen dieser Art dazu neigen, sich selbst zu verewigen. Dies scheint besonders der Fall zu sein, wenn die breite Öffentlichkeit durch Wissenschaft, im vorliegenden Fall durch Finanzwissenschaft, dauernd geblendet werden kann. ☐

Gold

Die Aussichten am Markt

C. Gordon Tether

Das Verhalten des Gold-Preises in US-Dollar wird von Tag zu Tag in beträchtlichem Ausmaß von den Höhen und Tiefen des amerikanischen Dollar selbst auf den internationalen Devisenmärkten bestimmt. Der Gold-Preis geht nach oben, wenn der Dollar an Boden verliert und umgekehrt.

Die Abwärtsbewegung bei Gold, die Mitte März dieses Jahres einsetzte, war von ganz besonderer Bedeutung. In den darauf folgenden Monaten verzeichnete der Dollar kaum irgendwelche Nettoveränderungen gegenüber anderen Hauptwährungen über das ganze Feld gesehen. Und doch fiel der Dollar-Preis des Goldes um volle zehn Prozent. Darüber hinaus wirkte sich das so aus, daß der Gold-Preis gemessen am amerikanischen Dollar auf den niedrigsten Stand seit Mitte der achtziger Jahre fiel.

Die Zersetzung der US-Kaufkraft

Wenn die Tatsache in Rechnung gestellt wird, daß die Kaufkraft des Dollar selbst sich in der Zwischenzeit weiter zersetzt hat – bis zu etwa 15 Prozent – durch Inflation, dann stellt sich heraus, daß der Rückschlag sogar noch größer ist.

Es ist daher nicht zu bestreiten, daß in der Umgebung des in der Welt an erster Stelle stehenden Edelmetalls, das Gold, eine Veränderung in der Substanz eingetreten ist. Und es ist sehr schwierig, die Gründe dafür zu ermitteln.

Etwa 15 Jahre lang, nachdem der Weltgoldmarkt durch Washingtons Entscheidung von 1971, die 35-Dollar-pro-Unze-Bindung zwischen Dollar und Gold zu durchschneiden, liberalisiert wurde, ist das Szenario des Goldes weitgehend durch Ansichten über die Antworten auf zwei Fragen gestaltet worden. Eine bezog sich auf das Ausmaß bis zu dem man damit rechnen konnte, daß der Wert des Geldes als Reaktion auf den Vormarsch der Inflation schrumpfen würde.

Die andere Frage lautete, in welchem Ausmaß diejenigen, die ihr Vertrauen in Papiergeld gesetzt haben, möglicherweise entschädigt würden durch Zinsen mit denen man – anders als beim Gold – rechnen konnte.

Die Schatten des Ölmarktes

Es steht jedoch außer Frage, daß diese Faktoren nicht von der Bildfläche verschwunden sind. Sie sind noch vorhanden und üben hier und dort noch eine beträchtliche Wirkung aus. Insbesondere hatte die Tatsache, daß die internationalen Zinssätze auf ungewöhnlich hohen Niveaus verblieben sind und sogar noch weiter nach oben tendierten, eine gewichtige Konsequenz von großer Bedeutung.

Nämlich, daß die Beliebtheit, Vermögen in Papiergeld – im Gegensatz zu Gold – zu halten, sich nicht in dem Maße verringert hat, wie man es durch das weitverbreitete Wiederaufleben der Inflation eigentlich hätte erwarten können.

Der Hauptgrund warum die Dinge, was Gold betrifft, nicht mehr so sind wie sie zu sein pflegten, ist darin zu sehen, daß wichtige neue Faktoren in die Marktmischung injiziert worden sind. Einer nimmt die Gestalt des kürzlich erfolgten Durcheinanders der Preise auf dem weltweiten Ölmarkt an. Denn der Appetit nach Edelmetallen in dem bedeutsamen Nahost-Bereich dieses Marktes wird wesentlich von dem Verhalten der Einkommen aus dem Ölexportgeschäft beeinflußt.

In die gleiche Richtung zog in den letzten Jahren die Erhöhung der Goldmenge, die sich aus den Minen auf die Märkte bewegte. Der Strom des Metalls von dem Haupterzeuger der westlichen Welt – Südafrika – her tendiert schon seit einigen Jahren dazu zu schrumpfen anstatt zu expandieren. Aber entgegen dieser Tendenz gab es eine fast dramatische Expansion im Goldausstoß der Länder, die früher als wenig mehr als marginale Erzeuger angesehen wurden – vor allem Kanada, Australien und die Vereinigten Staaten.

Es hat auch den Anschein, daß sich der Verkaufsdruck auf dem Markt neuerdings zum ersten Mal seit vielen Jahren durch Nettoliquidierung auf öffentlichen Konten verstärkt hat. So fielen 1989 die Anteilsbesitze der Zentralbanken um 225 Tonnen, während sie im Jahr zuvor Erhöhungen in etwa der gleichen Größenordnung verzeichnet hatten.

Moskau verkauft beträchtliche Goldvorräte

Am bedeutsamsten waren die Auswirkungen der Entwicklungen in Osteuropa auf den Goldmarkt. Für einen Staat ist klar, daß durch Wandlung der globalen politischen Szene zum Besseren und die stufenweise Beendigung des Kalten Krieges unvermeidlich zum Nachlassen der Begeisterung für den Erwerb von Edelmetallen als Schutzwall gegen größere Ost-West-Konflikte führen wird.

Damit einhergehend – und von viel größerem direkten Einfluß – war die Möglichkeit, daß sich das Verhältnis Angebot zur Nachfrage für Gold durch einen plötzlichen Aufschwung in den Verkäufen von sowjeteigenem Metall wesentlich ändern könnte. Wie der Kreml selbst freiwillig einräumte, befindet sich die UdSSR in ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten, vor allem was die Mobilisierung der Mittel zur Deckung des steigenden Zahlungsbilanzdefizits des Landes betrifft. Es werden derzeit große Anstrengungen unternommen, um westliche Regierungen und die internationale Bankengemeinschaft dazu zu bewegen durch Bereitstellung von Krediten auszuhelfen. Aber diese Anstrengungen haben nur begrenzten Erfolg.

Auf diese Weise gerät Moskau unter Druck, tief in den vermutlich beträchtlichen Goldvorrat – der sich durch die eigenen Minen des Landes angesammelt hat – hineinzugreifen, um sich über Wasser zu halten.

Der Gold-Markt kommt in Bewegung

Die Frage, die für die Aussichten auf dem Goldmarkt von unmittelbarer Bedeutung ist, lautet wie Moskau das anstellen wird. Beträchtliche Verkäufe seitens der Sowjets auf einem bereits ziemlich nervösen Markt könnten sich kaum anders auswirken als den Gold-Preis weiter nach unten zu drücken. Aber wenn es den sowjetischen Behörden gelingt, das Geld aufzutreiben, das sie benötigen, indem sie ihr Gold nur als Nebenbürgschaft für Devisenanleihen verwenden – was sie, wie sie bekundeten, auch zu tun gedenken –, dann könnte das Goldmarkt-Szenario ein wesentlich freundlicheres Aussehen bekommen.

Es gibt noch andere Kräfte, die eventuell in die gleiche Richtung ziehen werden. Einerseits gibt es Hinweise darauf, daß sich angesichts der Notwendigkeit, der Verlangsamung in der Wirtschaftstätigkeit, die jetzt in vielen Teilen der Welt droht, entgegenzuwirken, die Zinsen sich in Kürze weltweit nach unten bewegen könnten.

Es heißt, das Denken in der Bush-Regierung verlaufe in diese Richtung. Dies könnte die Anziehungskraft des Papiergeldes im Verhältnis zu der des Goldes verringern, besonders wenn damit keine Verringerung der Besorgnis über den Ausblick an der Inflationsfront einhergeht. □

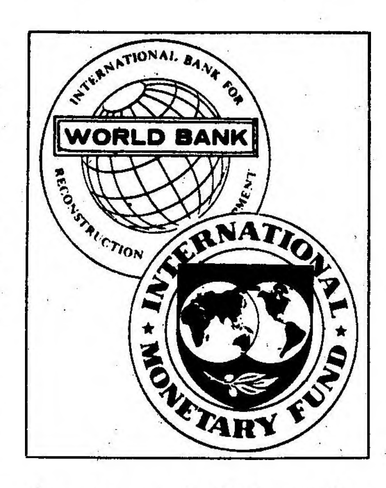
Banker

Die Arbeit des IWF und der Weltbank

Martin Burns

Regelmäßige Leser von CODE wissen, daß 1913 für die Vereinigten Staaten von Amerika ein Jahr der Wasserscheide war. Es war das Jahr, in dem das Federal Reserve System gegründet und die persönliche Einkommensteuer nach verschiedenen erfolglosen Versuchen endgültig eingeführt wurde.

Einunddreißig Jahre später sollte sich das Jahr 1944 als ebenso schicksalhaft erweisen. Dies war der Zeitpunkt als eine internationale Konferenz in Bretton Woods, US-Bundesstaat New Hampshire, unmittelbar zur Bildung der International Bank for Reconstruction and Development (Weltbank) und zum Internationalen Währungsfonds (IWF) führte.



Eine hoch bezahlte Bürokratie von Lakaien

Angeführt von dem britischen Wirtschaftswissenschaftler John Maynard Keynes und dem amerikanischen Beamten des Finanzministeriums Harry Dexter White, stellte die Konferenz von Bretton Woods diese beiden Agenturen auf die Beine, die zu autonomen Einrichtungen der Vereinten Nationen werden sollten. White wurde später als Kommunist entlarvt.

Beide Agenturen begannen ihre offizielle Existenz am 27. Dezember 1945 damit, was sich als die unglücklichsten Folgen für die Völker des industrialisierten Westens ebenso wie für die ärmeren Länder – die später als die Dritte Welt bekannt wurden – erweisen sollte.

Es heißt, daß jede Wolke eine silberne Verkleidung habe. In diesem Fall entpuppte sich das Silber als Auskleidung der Taschen der internationalen Megabanker und deren hochbezahlten bürokratischen Lakaien.

Die Armen der Welt wurden buchstäblich zu Tode versteuert, um jene Parasiten zu unterstützen. Und in den Startlöchern stehen die Steuerzahler der Vereinigten Staaten und anderer Industrieländer, die darauf warten, bis sie an der Reihe sind, die ganze Rechnung zu bezahlen, wenn aus den unglücklichen Armen der Dritten Welt schließlich die letzten Zinsen herausgequetscht worden sind.

Der gute und der schlechte Polizist

Diese Agenturen, deren vornehmste Aufgabe es war, mitzuhelfen, das vom Krieg verwüstete Europa wiederaufzubauen, haben sich dazu entwickelt, separate, aber zusätzliche Missionen zu erfüllen, und zwar nach der Art eines Guter-Polizist-Böser-Polizist-Aktes.

Die Weltbank ist der gute Polizist, der den Entwicklungsländern Geld für mittel- und langfristige Projekte leiht.

Die IWF ist der schlechte Polizist, der drakonische Bedingungen für Staatsschuldner festlegt, die eine zeitweilige Erleichterung bekommen, um ihnen über ihre derzeitige Finanzhürde hinwegzuhelfen. Diese zeitweilige Erleichterung erfolgt in Form von zusätzlichen Darlehen, die mit Zinsen zurückgezahlt werden müssen.

Die Weltbank ist eigentlich eine Gruppe von Institutionen, die sich auf verschiedene Aspekte der Entwicklungsfinanzierung spezialisiert haben. Die Weltbank hat die gleiche Anzahl von 152 Mitgliedern wie der IWF, und beide Agenturen sind dazu bestimmt, Geld zu verleihen. Die International Development Association nimmt 50 arme Länder, darunter Indien und Rotchina, als ihr zugehörig in Anspruch. Diese Länder weisen über die Hälfte der Gesamtbevölkerung der Welt, aber nur drei Prozent des Bruttosozialprodukts der Welt auf. Darlehen an diese Länder werden mit Zinsen belastet, die unter den Weltmarktsätzen liegen und werden stark von Steuerzahlern in der entwickelten Welt subventioniert.

Die International Bank for Reconstruction and Development, das bedeutendste Geldverleihinstitut der Welt, gewährt Darlehen zu Zinssätzen, die näher bei den Weltmarktsätzen liegen.

Ein Herz für die Roten

Die Weltbank ist kritisiert worden, weil sie sich damit beschäftige, Darlehen zu jedem Preis zu gewähren und dabei ihren eigenen zulässigen Standard für Kreditwürdigkeit und Zahlungsbedingungen über Bord werfe.
Sie war einer der Hauptunterstützer des marxistischen Regimes von Äthiopien, das an seiner unruhigen Bevölkerung durch Zwangsumsiedlung und Verweigerung internationaler Hilfe Völkermord begeht. 1988 überwies die Bank 200 Millionen Dollar an Äthiopien, eine Summe, die 20 Prozent des Haushalts der Regierung von Äthiopien ausmacht.

Die Zeitschrift »Reason« zitierte einen nicht namentlich genannten ehemaligen Berater der Weltbank, der gesagt haben soll:

»Die Weltbank ist eine geldbewegende Organisation. Es kommt regelmäßig vor, daß Länder die Darlehenskonditionen mißachten, und dennoch gibt die Bank ihnen Jahr für Jahr Geld. Da die Bank keine Glaubwürdigkeit hinsichtlich der Annullierung von Darlehen oder dafür, daß sie mit Folgedarlehen nicht nachkommt, besitzt, wissen die darlehensnehmenden Länder, daß sie es nicht nötig haben, Reformen durchzuführen.

Die Bank verfügt über einen Jahreshaushalt von etwa 20 Milliarden Dollar. Mit ihrem Hauptsitz in Washington ist sie nach der Bundesregierung und der Regierung des District of Columbia der größte Arbeitgeber der amerikanischen Hauptstadt. Sie ist derzeit dabei, ihren aus vier Gebäuden bestehenden Bürohauskomplex in der Nähe des Weißen Hauses abzureißen und ihn auf Kosten von 186 Milliarden Dollar durch einen neuen zu ersetzen.

Ihr Verwaltungsetat von 900 Millionen Dollar unterhält rund 8.000 Angestellte und schließt einen Zuschuß von 85 Millionen für Reisekosten und 67 Millionen Dollar für Berater ein. Vizepräsidenten verdienen zwischen 112.000 und 134.000 Dollar pro Jahr, etwa 25 Prozent mehr als vergleichbare Positionen bei den Vereinten Nationen in New York.

Der ehemalige Vizepräsident der Weltbank für Personal, Bill Cosgrove, beobachtete im Januar, daß die Bank »zweimal soviel mit ihrem derzeitigen Mitarbeiterstab tun könnte oder nur die Hälfte der derzeit beschäftigten Mitarbeiter benötige, um die vorhandene Arbeitslast zu bewältigen«.

Während amerikanische Bürger, die bei der Weltbank und beim IWF beschäftigt sind, Einkommensteuer bezahlen, umgehen ausländische Staatsangehörige gewöhnlich sowohl die amerikanischen als auch die Steuern ihres Heimatlandes auf ihre fürstlichen Gehälter und großzügigen Diäten.

Der IWF wurde ursprünglich ins Leben gerufen, um das System der festen Wechselkurse zu schützen. Aber seitdem Hauptwährun-

gen ihren eigenen Wert im Vergleich zu anderen suchen, oder »flottieren«, dient der IWF jetzt als Erfüllungshilfe des Banking-Establishments, um überfällige Staatsschuldner auf Vordermann zu bringen.

Ein Tropfen auf dem heißen Stein

Er gewährt Überbrückungsdarlehen, Strukturanpassungen und andere derartige Hilfsleistungen an Länder, um sie in die Lage zu versetzen, rückständige Zinsen zu zahlen und gelegentlich wichtige Einfuhren wie Ersatzteile für Fabriken finanzieren zu können.

Alle derartigen Hilfsleistungen erfolgen in Form von Darlehen, die nur die Schuldenlast weiter erhöhen. Es ist als gäbe man einem Betrunkenen morgens einen Schnaps oder großen Schluck, um seinen Kater zu lindern und ihm über den Tag hinwegzuhelfen. Das »ABA Banking Journal«, ein Monatsblatt der American Bankers, schrieb:

»Vor allem der IWF ist tief in die Schuldenkrise der Dritten Welt verstrickt. Er macht häufig Schlagzeilen in der Finanzpresse, wenn er harte Bedingungen festlegt, die mit Schulden belastete Länder erfüllen müssen, bevor sie zusätzlich Finanzhilfe erhalten.

Die meisten Beobachter sind sich darüber einig, daß acht Jahre nachdem er mitten in die Schuldenkrise hineingeriet, zu einem Zeitpunkt als das gesamte internationale Finanzwesen am Rande des Zusammenbruchs zu stehen schien, der IWF den Erfolg seiner primären Mission, Rettung des Systems, verbuchen kann.

Das Joch der Zinslast

Mit einem großen Auftrieb durch IWF-Auktionen, haben Handelsbanken in den Industrieländern ihre Bilanzen so in den Griff bekommen, daß sogar ein Szenario des schlimmsten Falles, nämlich massive Nichterfüllungen, sie nicht zerstören werden. Und ein Szenario des schlimmsten Falles scheint immer weniger wahrscheinlich, jetzt wo sich reformwillige Schuldner hart bemühen, um ihre Wirtschaften in Form zu bringen.«

Die »ABA« hat vermutlich recht damit, daß die Nichterfüllungen der Dritten Welt allein keine von Amerikas 20 Spitzenbanken, die inoffiziell als zu groß gelten, um versagen zu können, auf die Knie zwingen werden. Aber eine Wirtschaftsflaute, die bei Ländern der Dritten Welt zu einem nachlassenden Bedarf an Ausfuhrgütern der Dritten Welt führt, kombiniert mit häufigeren Nichterfüllungen bei Immobiliendarlehen, könnte den Zusammenbruch des gesamten Schulden-Geld-Systems herbeiführen.

Wenn die »ABA« von Schuldnern spricht, die »sich hart bemühen, ihre Wirtschaft in Form zu bringen«, dann meint sie damit, daß der IWF den Export sowohl von Rohmaterialien und Fertigwaren, plus Lebensmittel für die einheimische Bevölkerung, einem Mandat unterstellt, um Hartwährung für Zinszahlungen herbeizuschaffen. Er unterstellt auch höhere Steuern und Währungsabwertungen als Mittel zur Verringerung der Inlandsnachfrage unter Mandat.

Die Vereinigten Staaten sind die größten Inhaber von Weltbank- und IWF-Verbindlichkeiten, und Amerikas Unterstützung für diese Agenturen erfolgt ohne bedeutende Debatte darüber in der Öffentlichkeit. In dieser Hinsicht gelten die Weltbank und der IWF ebenso als heilige Kuh wie Hilfe an Israel, die gleichfalls ohne ernsthafte Diskussionen durch den amerikanischen Kongreß gepeitscht wird.

Acht Jahre IWF-Hilfe, seitdem die Schuldenkrise von den Finanzseiten auf die Titelseiten der Presse gerückt sind, haben zu mehr und mehr Elend für die Schuldnerländer und zu immer noch gewaltigen Verbindlichkeiten seitens der Handelsbanken geführt. Die Lage der Banken mag sich seit 1982 am Rande verbessert haben, aber sie sind immer noch sehr verwundbar.

Was die Dritte Welt tun sollte, aber wahrscheinlich nicht tun wird, ist, ihre Schulden einfach nicht mehr zu bedienen. Dann wollen wir einmal sehen, ob die Banken überleben können, wie die »ABA« sagt. □

Sowjetunion

Gorbatschows Plan zum Beitritt in die EG

Stephen A. Koczak

Der sowjetische Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow hat einen Zehnjahresplan der diplomatischen, politischen, wirtschaftlichen und militärischen »Reform«, der ganz anders ist als er in den westlichen Medien dargestellt wird.

Gorbatschows Reformen sind nicht in erster Linie darauf abgestimmt, die Sowjetunion zu »liberalisieren«. Stattdessen ist es sein Ziel, die ganze Welt umzukrempeln durch Herbeiführung von politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, die zur sowjetischen Oberherrschaft führen, was Moskau unter dem alten System, das Gorbatschow jetzt hinwegfegt, nicht erreicht haben könnte.

Festere Bindungen an Deutschland

Ein Teil des Programms besteht darin, eine Billion Dollar an Nettoeinfuhren über die Ausfuhren zu erzielen und sich dies von westlichen Regierungen finanzieren zu lassen. Das kritischste Element dieses Programms ist eine feste Vereinbarung mit einem vereinigten Deutschland, das Herz der Europäischen Gemeinschaft.

Gorbatschows Plan läuft darauf hinaus, diese politischen und wirtschaftlichen Bindungen an ein vereinigtes Deutschland und über Deutschland an den europäischen Kontinent noch fester zu gestalten als die Bindungen, die die Sowjetunion mit Deutschland unter dem Rapallo-Vertrag oder unter dem umstrittenen Hitler-Stalin-Pakt unterhielt, der zum Zweiten Weltkrieg führte.

Heute übersteigt der Überschuß deutscher Exporte über Importe die von Japan beinahe um 40 Prozent. Die Notwendigkeit für Nettoeinfuhren über Ausfuhren ist das größte Wirtschaftsproblem der Sowjetunion, und Deutschland ist der Schlüssel zur Lösung dieses Problems.

So besteht die erste Phase von Gorbatschows Programm in der Einfuhr von Verbrauchsgütern. Das Problem, das man heute in der Sowjetunion sieht – der sogenannte Rückgang in der Wirtschaftsproduktivität –, ist in Wirklichkeit der Rückgang in der Verteilung der Güter, die das Sowjetvolk so dringend benötigt.

Die Unzufriedenheit besänftigen

Ein gutes Beispiel dafür ist die kürzliche Reihe von Ereignissen in der DDR. Sobald die DM die amtliche Währung des mitteldeutschen Staates wurde, tauchten alle Arten von Verbrauchsgütern in den Regalen der Geschäfte auf. Das gleiche Problem herrscht in der Sowjetunion vor.

Gorbatschows Plan läuft darauf hinaus, dafür zu sorgen, daß die gleichen Güter auf den Regalen in Moskau, Leningrad und Kiew erscheinen, um die Unzufriedenheit der Menschen in der Sowjetunion zu besänftigen.

Gorbatschow ist nicht jemand, der sich ad hoc von Tag zu Tag bewegt. Er hat ein Zehnjahrespro-



Gorbatschow hat mit dem Besuch von Bundeskanzler Kohl in Moskau und den neuen engeren Bindungen zu Deutschland ein wichtiges Ziel seines Plans erreicht.

gramm, das darauf abgestimmt ist, die Sowjetunion in die Wirtschaftsgemeinschaft Westeuropas einzugliedern, und daß die Sowjetunion durch diese Eingliederung letztendlich das politische und wirtschaftliche Geschehen des eurasischen Kontinents dominieren wird.

Daher muß Gorbatschow alle 15 Republiken in der Sowjetunion in einer Weise umwandeln, die es ihnen ermöglicht, in die Wirtschaft der EG verschmolzen zu werden. Dies ist eine gewaltige Aufgabe, wenn man bedenkt, daß an vielen Orten in der UdSSR die Fernverbindungen und das Transport- und Verteilungsnetz immer noch primitiv sind.

Auf Grund der Umwandlung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und der EG, die 1992 vollständig vereinigt sein wird, werden Moskau und Leningrad allmählich zu Zentren eines größeren, weit mächtigeren Wirtschaftsgefüges wie entweder die Vereinigten Staaten oder Japan allein oder zusammen werden.

Gorbatschow plant, das durchschnittliche Verbraucherniveau in der Sowjetunion bis zum Jahr 2000 bis auf das der EG zwischen Rom und Neapel zu bringen. Dies ist das von ihm ausgewählte Wirtschaftsmodell.

Die Zerstörung der kommunistischen Parteien

Er wählte diesen Bereich, weil in Italien das Wirtschaftsniveau in Mailand, im Norden, dem des Bereiches zwischen Rom und Neapel gegenüber weit überlegen ist.

Dieses Programm ist erreichbar, teilten seine Wirtschaftsexperten im Sommer 1989 mit, vorausgesetzt, daß er einen Überschuß von einer Billion Dollar Nettoeinfuhren über die Ausfuhren erreicht. Um dieses Ziel zu erreichen, startete Gorbatschow seinen Vorstoß zur Zerstörung der kommunistischen Parteien in der DDR und der Tschecho-Slowakei und zur Öffnung der Berliner Mauer, was alles schon vor seiner Zusammenkunft mit Präsident George Bush in Malta geplant wurde.

Gorbatschow braucht die Banker

Gorbatschow benötigt verzweifelt die Einfuhr von Verbrauchsgütern, von denen er die meisten durch Deutschland und die westlichen Banken zu finanzieren hofft. Die Bevölkerung der Sowjetunion verfügt über mehr »Ersparnisse« als irgend ein anderer Staat, sogar Japan, da es nicht genügend Verbrauchsgüter gab, für die die Bevölkerung ihr Geld hätte ausgeben können. Die Ungleichheit zwischen »Ersparnissen« und der Verfügbarkeit von Waren hat die Bevölkerung demoralisiert und führte zu einem Rückgang in der sowjetischen Produktivität.

Jedoch wenn erst einmal ihre Ersparnisse für diese eingeführten Verbrauchsgüter ausgegeben werden, dann müssen die Menschen intensiv arbeiten und Marktkräfte und Anreize werden die Sowjetindustrie antreiben, wie das in der EG und vor allem in Deutschland geschieht.

Dies ist das Herzstück der Wirtschaftspolitik Gorbatschows. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht er Deutschlands Institutionen als Wirtschaftsmodell, und er braucht die internationalen Banker in New York, Frankfurt, Zürich und Tokio, um die Einfuhr von Verbrauchsgütern in den kommenden zwei Jahren zu finanzieren.

Gorbatschows Ziel besteht nicht in erster Linie darin, das Los der Sowjetmenschen zu verbessern.

Sein überragendes Ziel ist die Vernichtung der Macht Washingtons als politische Hauptstadt und New Yorks als Finanzhauptstadt der Welt.

Peter der Große von Rußland ist ein Vorbild von Gorbatschow, aber Peter wird historisch verblassen, wenn Gorbatschow Erfolg hat, da ihm die moderne Technologie und das moderne Bankwesen als Werkzeug der Erorberung noch nicht zur Verfügung standen. □

Europäische Gemeinschaft

Lehren aus der Sowjetunion

C. Gordon Tether

Während das kommunistische Sowjetreich Anzeichen des Auseinanderfallens bietet, vereinigen sich paradoxerweise die Länder, die der Europäischen Gemeinschaft angehören. Gibt es eine Lehre, die Westeuropa aus der UdSSR ziehen könnte?

Moskaus Regierung des »New Look« hat, wie jedem während des Besuchs von Michail Gorbatschow in den Vereinigten Staaten wiederholt ins Gedächtnis zurückgerufen wurde, zuhause keinen leichten Stand. Es ist nicht nur so, daß die UdSSR in einem Wirtschaftsschlamassel hineingeritten ist, der höchst explosiv ist. Es kommt noch hinzu, daß mehr und mehr der Teile des politischen Gebildes, aus denen sich der Sowjetblock ursprünglich zusammensetzte, eine ziemlich peinliche Begeisterung für Unabhängigkeit an den Tag legen. Die UdSSR läuft Gefahr an den Nähten auseinanderzureißen.

Die Einigung im Jahr 1992

In Westeuropa laufen die Dinge genau in die entgegengesetzte Richtung. Die Vision der Vereinigung der Europäischen Gemeinschaft schmachtete eine Zeitlang dahin, seitdem Großbritannien, Dänemark und die Irische Republik sich den sechs Gründungsmitgliedern zugesellt hatte. Das war Anfang der siebziger Jahre. Aber dem Gedanken wurde in den vergangenen ein oder zwei Jahren neues Leben eingehaucht.

Dies hat bereits in der Einigung zwischen den Mitgliedern der Gemeinschaft für ein Programm seinen Ausdruck gefunden, das darauf abzielt, bis Ende 1992 alle Barrieren zu beseitigen, die dem Hervortreten der Gemeinschaft als Einzelmarkt entgegenstehen. Und es wird derzeit an einem Plan gearbeitet, der später einen Vorstoß zur vollen wirtschaftlichen und politischen Union ermöglichen soll.

Dieses Projekt findet ganz klar die begeisterte Unterstützung der meisten der Schwergewichtler in der Gemeinschaft – darunter die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Der einzige einheitliche Widerstand kam bislang aus Großbritannien. Dieser kam dadurch zum Ausdruck, daß Premierministerin Margaret Thatcher die volle Vereinigung als »zuviel des Guten« bezeichnete.

Das gefällt dem US-Präsidenten

Und doch sieht auch dies allmählich immer mehr nach einem Rückzugsgefecht aus, das aber nicht sehr stark vorgetragen wird. Das Weiße Haus hat nämlich in einer Stellungnahme zum Thatcher-Standpunkt klargemacht, daß, je weiter und schneller die Integration Westeuropas fortschreitet, desto besser dies Präsident George Bush gefallen würde.

Die interessante Frage lautet, ob es im Lichte des Schicksals des Sowjetreiches hinsichtlich der Vision, die derzeit mit beinahe halsbrecherischer Geschwindigkeit in Westeuropa vorangetrieben wird, eine Moral von der Geschichte gibt. Dies ist eine Frage, die sicherlich gestellt werden sollte – obwohl sie bislang noch fast keine Aufmerksamkeit erregt hat.

Es muß gleich zu Beginn gesagt werden, daß das Grundübel des fortschreitenden Verfalls des Sowjetblocks in dem Unvermögen seiner kommunistischen Ideologie lag, die Bedürfnisse seiner Bürger zu decken. Dies ist eine Angelegenheit von beträchtlicher Relevanz für die Überlebensmöglichkeit des vorgeschlagenen westeuropäischen Superstaates, denn dieser wird ein kapitalistisches Wirtschaftsleben führen. Aber das Argument ist sicherlich damit noch nicht abgeschlossen.

Wenn man sich den Verlauf der Revolution des Sowjetblocks betrachtet, dann tritt ein Punkt zutage, der für die Zukunft Westeuropas von größter Bedeutung ist: Was die Völker des Sowjetreiches dazu veranlaßt hat in Begriffen der Loslösung zu denken ist ihre Entschlossenheit, Moskau nicht länger zu gestatten, bei der Gestaltung ihrer Geschicke das größte Sagen zu haben. Dies paßt ebenso unter die Überschrift Wirtschaft wie Politik.

Demokratie in einem Superstaat

Kurz gesagt, sie wollen nicht mehr länger unter dem Stiefelabsatz des Kremls liegen. Es ist lehrreich festzustellen, daß die Regierung des New Look in Moskau davon überzeugt worden ist, daß die Zubilligung eines größeren Ausmaßes an Freiheit die einzige Hoffnung darstellt, die »Familie« der UdSSR zusammenzuhalten. Dies ist aus der Tatsache ersichtlich, daß die durch Gorbatschows Mannschaft umgestaltete sowjetische Verfassung jeder Republik gestatten wird, individuell zugeschnittene Abkommen mit der Zentralregierung zu treffen.

Wie es in einem Bericht aus Moskau formuliert wird, scheint der Plan ein »Versuch zu sein, dem Aufschwung des Nationalismus und dem wachsenden Verlangen aus allen Teilen des Sowjetreichs nach größerer Souveränität, wenn nicht nach direkter Unabhängigkeit entgegenzukommen«.

Könnte die weitgehend vereinigte europäische Gemeinschaft, die jetzt angestrebt wird, damit rechnen, gegen diese Art von Agitation völlig immun zu sein, nur weil sie nach kapitalistischen Richtlinien geleitet wird? Man wüßte nicht warum.

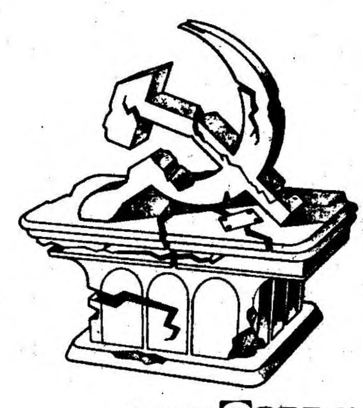
Schließlich würde sich der Superstaat, der sich aus der geplanten Integration in die Gemeinschaft ergibt, wie der der Sowjets, über ein riesiges geografisches Gebiet erstrecken. Er hätte eine ebenso große Bevölkerung wie die UdSSR. Außerdem würde er sich aus vielen verschiedenen Ländern zusammensetzen und eine immer größere Reihe verschiedener Völker einschließen. Dieses Gebilde würde ebenfalls von einem einzigen Zentrum – in diesem Falle Brüssel – aus regiert werden.

Auf Dauer keinen Bestand

Wieviel Demokratie kann es in einem riesigen System wie diesem geben?

Man braucht nicht unangebracht pessimistisch zu sein, um die Auffassung zu vertreten, daß ein Vorantreiben des Programms zur wirtschaftlichen und politischen Einigung, das die Architekten der europäischen Vision aufgestellt haben, letztendlich die Katastrophe herausfordert.

Die Besorgnis um die Erhaltung der Unabhängigkeit, die jetzt in Osteuropa entdeckt worden ist, ist sicherlich auch in einem Großteil von Westeuropa präsent. Der Versuch, sie zu unterdrücken kann auf die Dauer keinen Bestand haben und wird sicherlich sehr viel Reibung erzeugen. Der Vorstoß zur westeuropäischen Integration erfolgt derzeit weitgehend durch die Gemeinde des Big Business – durch Leute die keinen Blick für das Glück gewöhnlicher Menschen haben. Man kann nur hoffen, daß die Bevölkerungen der westeuropäischen Länder sich bewußt werden, auf was sie sich da eingelassen haben, bevor es zu spät ist. □



Nato-Offiziere kommen mit Japanern zusammen

Erstmals trafen NATO-Offiziere mit hochstehenden japanischen Regierungsbeamten, darunter der stellvertretende Außenminister Hisashi Owada, zusammen. Sie erörterten die wahrgenommene sowjetische militärische Bedrohung in Asien und eine mögliche enge Kooperation zwischen Japan und den westlichen Demokratien in bezug auf Fragen der Sicherheit. Die Zusammenkunft fand in Belgien statt.

»Diese Partnerschaft wird jetzt lebenswichtiger, substantiver«, soll der NATO-Generalsekretär Manfred Wörner am Ende der Sitzung gesagt haben.

Der amerikanische Staatssekretär des Verteidigungsministeriums für politische Fragen, Paul Wolfowitz, meinte, Asien sei in den Vereinigten Staaten in Fragen der Sicherheit traditionsgemäß als wenig bedeutsam erachtet worden, »aber das ist und kann nicht mehr der Fall sein«. □

Osteuropa feiert amerikanische Unabhängigkeit

Osteuropäische und sowjetische politische Dissidenten und Aktivisten hielten in Prag eine Konferenz ab zum Gedenken an die amerikanische Unabhängigkeitserklärung und richteten einen leidenschaftlichen Appell an den Westen, Gorbatschow nicht zu helfen.

»Unfähig zu regieren und nur darum besorgt, ihre eigene Macht zu bewahren«, heißte es in dem Aufruf, »zerren Gorbatschow und seine Kollegen in der Führung, ob sie wollen oder nicht, das Land auf den Abgrund des Bürgerkrieges zu. Wir rufen die Öffentlichkeit und die Regierungen des Westens auf, Gorbatschow und seine ›Perestroika‹, die das Land an den Rand der Zerstörung treibt, nicht zu unterstützen. Ihre Unterstützung wird von den demokratischen Kräften, die das kommunistische Regime bekämpfen, benötigt.«

Der tschecho-slowakische Präsident Vaclav Havel, der während des kommunistischen Regimes politischer Gefangener war, begrüßte die Konferenz mit den Worten: »Sie sind Dissidenten; das bedeutet, daß Sie Ihren Kampf auf der Grundlage des Ideals der Menschenrechte führen.«

Havel hob »die Unteilbarkeit der Freiheit und der Gerechtigkeit hervor. Wenn diese irgendwo bedroht werden, dann werden sie überall bedroht.« □

KGB organisiert Gewalttätigkeit in Armenien

Die Gewalttätigkeiten in Armenien wurden vom KGB organisiert, um eine Stiuation des »Teile und Herrsche« herbeizuführen und von dem legitimen Kampf um die Souveränität Armeniens abzulenken, behaupten die armenischen nationalistischen Kandidaten für das Parlament, Vladimir Arutunyan und Andranik Kevorkian.

Unter Bezugnahme auf eine Episode in der militante Armenier am Bahnhof der Hauptstadt Eriwan das Feuer auf sowjetische Soldaten eröffneten, sagte Arutunyan, der Angriff sei eine Provokation von Armeniern gewesen, die ein Interesse daran hätten, die wachsende Unsicherheit in der Region noch zu verstärken.

»Ich weiß, daß dies eine schwerwiegende Anschuldigung ist, aber wir haben den Verdacht, daß die militanten Kräfte Verbindungen zum KGB unterhalten«, meinte Arutunyan.

Die beiden Kandidaten sagten, die künstlich geschaffene Unruhe sei im Interesse Gorbatschows, »das Ergebnis der Politik des Teile und Herrsche der Kommunistischen Partei, um die Menschen davon abzuhalten, sich friedlich um Unabhängigkeit zu bemühen«.

Kevorkian lenkte die Aufmerksamkeit auf die Frage, wer in Armenien eigentlich Waffen trage. Es seien nicht die legitimen politischen Bewegungen, sondern die kriminelle Mafia, die mit der korrupten Führung der Kommunistischen Partei liiert ist. Die armenische National-Armee, sagte er, habe sich mit verdächtiger Leichtigkeit Waffen beschafft. »Es ist doch seltsam, daß unter einem strengen Regime, wo es schwierig ist, auch nur ein Streichholz zu stehlen, die ANA an diese Dinge herankommen konnte. Wir können nur zu der Schlußfolgerung kommen, daß jemand einen Vorteil davon hat, diese Armee auf die Beine zu stellen. Und wenn wir in diesem Land sagen ›jemand hat einen Vorteil davon, dann meinen wir Moskau‹.«

In damit zusammenhängenden Nachrichten verurteilt General-Major Oleg Kalugin, der ehemalige Leiter der KGB-Spionageabwehr, in einer Ansprache vor der Demokratischen Plattform, seine ehemaligen Brötchengeber. Kalugin sagte, Gorbatschows Versicherung, der KGB habe sich unter Glasnost geändert, sei eine »Farce«. Die Rolle des KGB habe sich keineswegs geändert. Er habe zwar ein neues Image, sei aber der gleiche alte »Gaul«. »Der KGB ist allgegenwärtig, solange er ein Instrument der Partei ist, wird das auch so bleiben.« □

Britischer Geheimdienst gestaltet US-Politik

Der Besuch des Vorsitzenden des British Joint Intelligence Committee, Sir Percy Cradock, und des kürzlich ernannten Leiter der MI-6 in den Vereinigten Staaten, Sir Colin McColl, trägt zu einer weit reichenden Überprüfung der weltweiten Politik der USA bei, sagte ein ehemaliger Mitarbeiter des US-National Security Council.

Die britische Mannschaft hob bei ihren Gesprächen in Washington hervor, daß die sich überstürzenden Ereignisse in Osteuropa und in den Balkanländern bedeuten, daß »Gorbatschow in Gefahr« sei und unterstützt werden müsse. Sir Percy vertrat die Ansicht, daß, falls der Westen wegen der Drangsalierung Litauens durch die Sowjetunion Sanktionen auferlegen würde, sich dann nicht nur das Leiden der russischen Bevölkerung verschlimmern würde, sondern auch Gorbatschow die Dinge immer mehr aus der Hand gleiten könnten.

Drei Lager seien auf Seiten der USA in Erscheinung getreten, verlautet aus dieser Quelle. Eines, das dem CIA-Chef William Webster nahesteht, argumentiert dahingehend, daß die USA sich auf den Wettbewerb mit Westeuropa und Japan konzentrieren müssen; ein zweites, das mit dem Banker David Rockefeller verbunden ist, ruft nach einer Betonung auf eine Politik der westlichen Hemisphäre, einschließlich der Lösung des Problems der lateinamerikanischen Schulden; und die dritte, dominierende Gruppierung, angeführt von US-Außenminister James A. Baker, sieht die amerikanischen Beziehungen zur UdSSR als Angelpunkt der Weltgeschichte an und vertritt die Meinung, daß alles getan werden müsse, um Gorbatschow zu retten. □

Sowjets schlagen neuen »Wiener Kongreß« vor

Die Sowjetunion schlägt einen neuen »Wiener Kongreß von 1815«-Plan vor, und zwar im Rahmen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), und der Gedanke gewinnt Unterstützung durch verschiedene westliche und osteuropäische offizielle Sprecher.

Der spanische Außenminister Fernándes Ordonez äußerte dazu, er habe ein Schreiben des sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadze erhalten, in dem Moskaus Plan für die Aufstellung eines neuen europäischen Sicherheitssystems umrissen wird.

»Es ist Schewardnadzes Idee die KSZE in etwas umzuwandeln, was man als Struktur zur Sicherung des Friedens in Europa bezeichnen könnte. Er wünscht die Bildung eines Großeuropäischen Rats, dem alle Staatschefs angehören und der einmal im Jahr zusammentrifft. Ein separater Außenministerrat würde sich einoder zweimal im Jahr treffen, und es gäbe dann auch ein ständiges Sekretariat.«

Der politische Berater Gorbatschows, Valentin Falin, verbreitete den Gedanken an einen »paneuropäischen Sicherheitsrat« mit Beteiligung der USA und einer eigenen Armee, als Sicherheitsgrundlage für ein neues Europa und ein wieder vereinigtes Deutschland. □

KGB versuchte Staatsstreich in der Tschecho-Slowakei

Der sowjetische KGB versuchte in der Tschecho-Slowakei einen »reformistischen kommunistischen Staatsstreich« zu organisieren, der im letzten Moment nach hinten losging und dazu führte, daß Vaclav Havel Präsident wurde, berichtete die British Broadcasting Corporation (BBC). Die Dokumentarsendung beruhte auf Ermittlungsergebnissen einer tschechischen Untersuchungskommission und auf Havels eigenen Auswertungen.

Nach diesen Informationen hatte der KGB, in Zusammenarbeit mit General Alois Lorenz von der tschechischen Geheimpolizei STB, Ende 1988 einen Plan ausgeheckt, um die kommunistische Regierung des harten Kurses zu stürzen und sie durch eine von Gorbatschows altem tschechischen Bekannten Mlynar, der in Wien im Exil lebt, geführte »Gorbatschow ähnliche« Regierung zu ersetzen. Unter dem Etikett »Operation Keil« gehörte zu diesem Plan auch das Eindringen in und die Manipulierung tschechischer Oppositionsgruppen.

Wenige Tage vor dem Zusammenstoß zwischen Demonstranten und Polizei am 17. November 1989 in Prag traf sich Lorenz mit Spitzenbeamten des KGB in der Stadt und arrangierte ein Szenario, um die Polizei in einen gewalttätigen Zwischenfall zu verwickeln und die Regierung zu stürzen. Integraler Bestandteil dieser Aktion war der vorgetäuschte »Tod« des Studenten Martin Smid am 17. November. In Wirklichkeit ist »Smid« überhaupt nicht gestorben, sondern ein STB-Agent, der vorgab, Smid zu sein und sein Sterben vortäuschte und seine »Leiche« in einem Krankenwagen abtransportieren ließ.

Alles verlief insoweit plangemäß. Aber als man sich in letzter Minute an Mlynar wandte, weigerte sich dieser, Chef einer neuen Regierung zu werden. Womit die KGB-STB-Kombination allerdings nicht rechnen konnte, war der Jubel der Öffentlichkeit, der Havel an die Macht brachte. □

Kommunistische Bedrohung Europas hält an

Pater Werenfried van Straaten, Gründer des Verbandes Aid to the Church in Need (Hilfe für die Kirche in Not), warnte in einem Interview der Zeitschrift »30 Giorni«, sie steht dem Vatikan nahe, vor einer andauernden kommunistischen Bedrohung Osteuropas.

»Vor allem bin ich besorgt über die Leichtigkeit, mit der die kommunistischen Parteien jene Einzelpersonen ausschalten, die sich ihrer Anischt nach politisch zu sehr kompromittiert haben und jetzt nutzlos sind, und ihre eigenen Namen von ›kommunistisch‹ auf ›sozialistisch‹ abändern«, äußerte van Straaten.
Die beteiligten Männer bleiben aber die gleichen: Es sind Leute, die seit jeher den Kommunismus unterstützt haben, entweder weil sie ihren Lebensunterhalt damit verdienen oder weil sie an ihn glauben. Alle diese Leute konnten en masse in die Sozialistische Internationale eintreten – deren Ehrenpräsident immer noch, wir wollen das nicht vergessen, Willy Brandt ist – und somit eine europäische sozialistische Fassade schaffen, die völlig mit Kommunisten durchsetzt ist. Dies stellt für das neuentstehende Europa eine Gefahr dar.
Er wies auch warnend darauf hin, daß Reformen in Osteuropa nur kurzlebig sein könnten. »Ich fürchte, daß unter dem Einfluß des übermäßigen Vertrauens in Gorbatschow Leute sich möglicherweise einreden, daß alle Probleme jetzt gelöst seien. Ich sage nur dazu, daß die Kommunisten in China ihre Reform schon fünf Jahre vor Gorbatschow in Angriff nahmen, aber als die Dinge zu weit gingen, wurde der Stalinismus wieder eingeführt.« □

Briten streben neue Bindungen zu Syrien und Iran an

Britische Diplomaten führen zur Zeit rund um die Uhr Gespräche mit syrischen und iranischen Abgesandten, um über eine spektakuläre Wiederherstellung der Beziehungen zu verhandeln, die wegen der Rolle von Damaskus und Teheran bei der Förderung des internationalen Terrorismus unterbrochen waren.

Aus unbestätigten Berichten, die in Teheran herumgereicht werden, geht hervor, daß der Iran vielleicht das 1988 gegen Salman Rushdie, den britischen Verfasser des Buches »Die satanischen Verse«, verkündete Urteil aufheben werde. Diese Berichte wurden von Thatcher als »bemerkenswerter Olivenzweig« begrüßt, obwohl sie von der iranischen Regierung offiziell verneint wurden. Der britische Außenminister Douglas Hurd gab Erklärungen über die Notwendigkeit ab, islamische Glaubensbekenntnisse zu respektieren und war nicht weit davon entfernt, Rushdies Werk als »Beleidigung des Islams« abzuwerten – genau das, was Teheran wünscht.

Es wird erwartet, daß eine Delegation des britischen Parlaments in einer Tatsachenerforschungs-Mission in den Nahen Osten reisen wird, um den Weg zu besseren Beziehungen zu ebnen.

Die eifrige diplomatische Tätigkeit erfolgt im Kielwasser des Berichts des amerikanischen Präsidenten über den terroristischen Bombenanschlag über Lockerbie, der im Mai dieses Jahres freigegeben wurde und in dem Syrien und Iran nicht ein einziges mal als Förderer des Anschlages erwähnt werden. Die Freigabe des Berichts wird als Abschluß des letzten Kapitels über den Terrorakt verstanden, was bedeutet, daß die Vereinigten Staaten keine Vergeltung irgendwelcher Länder anstreben. □

Anti-Atom-Lobby greift französisches elitäres Denken an

Frankreich ist erneut angegriffen worden, weil es den Non Proliferation Treaty (NPT, Vertrag über die Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen), der 1995 zur Erneuerung ansteht, nicht unterzeichnet hat. Eine neue vom Center of International Policy Studies der Universität von Southampton herausgegebene Schrift ist die erste einer Reihe von noch zu erwartenden Angriffen in dieser Sache, die gegen das »elitäre Denken und das Selbstvertrauen« der französischen nuklearen Interessengruppen, vor allem der Atomic Energy Commission (CEA), argumentiert, die ursprünglich den NPT als »angelsächsisch-sowjetischen Komplott gegen Frankreich« abgelehnt hat.

In der Schrift wird Klage darüber geführt, daß Paris hartnäckig wie immer bei der Weigerung bleibt, der International Atomic Energy Agency (IAEA) zu gestatten, seine Einrichtungen zu inspizieren. Es führt dann eine Reihe von Fällen an, in denen Frankreich, weil es den NPT nicht unterzeichnet hat, dazu beigetragen habe, Atomwaffen und Atomenergie von der ursprünglichen Kooperation zwischen Frankreich und Israel auf Abkommen mit Pakistan auszubreiten. Die Verfasser der Schrift sind besonders unzufrieden über die Tatsache, daß die CEA »eifrig bestrebt ist, eine Art Marshall-Plan für die zivile Atomenergie auf der Grundlage einer Ost-West-Kooperation zu fördern, dessen Empfänger die Länder der Dritten Welt wären«. □

Großbritannien

Das Geheimnis um den fünften Mann

Vivian Bird

Ein neues Buch von einem Historiker an der Cambridge Universität wird im Herbst dieses Jahres herauskommen. Es wird in Zusammenarbeit mit einem ehemaligen sowjetischen KGB-Beamten geschrieben. Und darin wird unzweideutig der »fünfte Mann« in der Clique von Sowjetspionen und KGB-Agenten um Kim Philby, Guy Burgess, Donald Maclean, Sir Anthony Blunt namhaft gemacht werden. Dieser geheimnisvolle fünfte Mann war und ist vermutlich jemand, der immer noch in den höchsten Kreisen der britischen Regierung tätig ist.

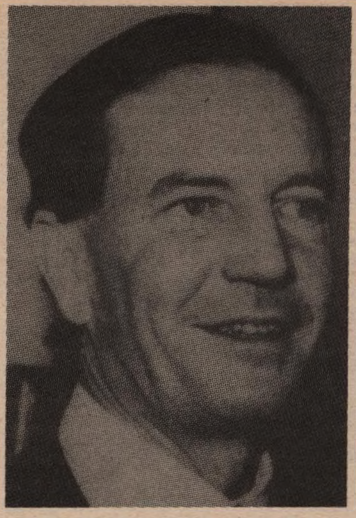
Der Verfasser des Buches hat sich hartnäckig geweigert, den fünften Mann namhaft zu machen, bevor das Buch auf dem Markt ist. Dadurch wurde die Spekulation über die Identität des Verräters und seine besondere Sphäre der Regierungstätigkeit stark angeheizt.

Eine fröhliche Runde von Agenten

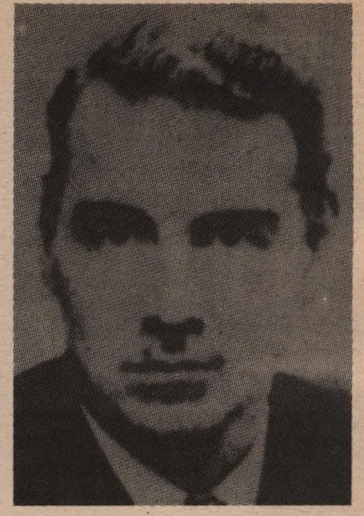
Die von dem Cambridge-Professor aufgestellten Behauptungen wurden kürzlich durch ein entschieden selbstgefälliges und gelungenes Stück von KGB-Propaganda über das »heldenhafte« Leben des verstorbenen Kim Philby untermauert, das kürzlich von einem britischen Fernsehsender ausgestrahlt wurde. Unter dem Titel »The Man from Cambridge« stellte dieser sowjetische Film Philby als Held des kommunistischen Systems dar.

Süßlicher Hauch des Triumphes

Eine fröhliche Runde von altgedienten sowjetischen Geheimdienstagenten und Offizieren wurde aus der Versenkung geholt, um Philby als einen Mann zu preisen, der – wie viele andere Engländer der obersten Klasse dieser Zeit – die Sowjetunion und deren Interessen vor die seines eigenen Landes und vor die des westlichen Abendlandes im allgemeinen stellte. Dies war eine lebenslange Hingabe, die von Philbys Tagen als Student in Cambridge in den dreißiger Jahren bis zu seinem Flug nach Moskau im Jahre 1963 und danach Bestand hatte.



Kim Philby, einer der wichtigsten sowjetischen Doppelagenten. Er war ein stiller und wenig auffallender Student in Cambridge.

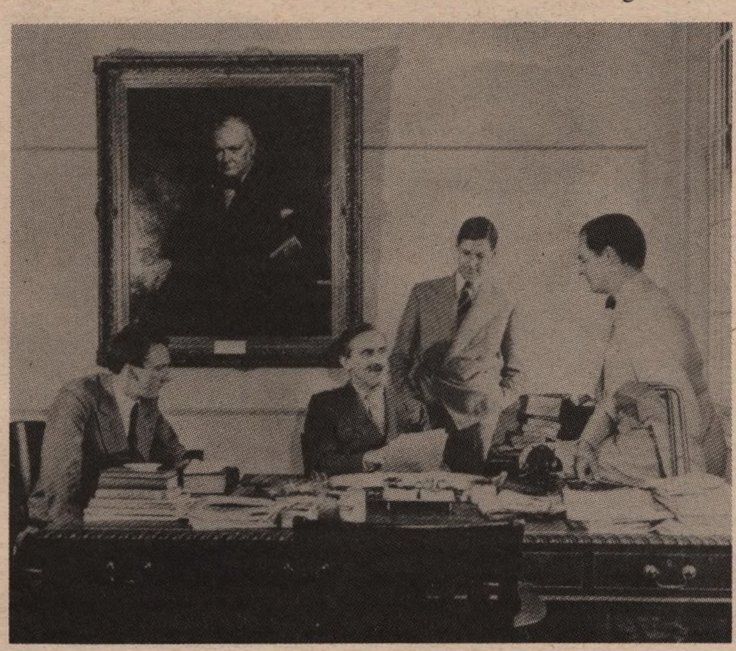


Guy Burgess kam erst spät zur kommunistischen Bewegung der Universität; er machte aber seinen Einfluß durch die »Apostel« geltend.

Philby war ganz klar für die Sowjets eine besondere Persönlichkeit, die andere um Haupteslänge überragte und ihnen in jeder Hinsicht überlegen war. Es lag ein süßlicher Hauch des Triumphes um die absichtlich aufreizenden Mutmaßungen bezüglich der Identität des fünften Mitglieds von Philbys Spionagering in der Luft. Für die Sowjets erschien dies alles jetzt wie ein guter Witz, auf Kosten des Westens. Es wurden Bilder von Blunt, Burgess und Maclean gezeigt, und dann ein unkenntlich gemachtes Gesicht und ein Kopf mit schönem Haarwuchs. Das reizvolle Spiel ging weiter, als das Thema des fünften Mannes im Gespräch mit Oberst Uri Iwanowitsch Modin vom KGB, einem fidel aussehenden Mann mit einem Ziegenbärtchen, angeschnitten wurde. Modin bestätigte das Vorhandensein des fünften Mannes und wies darauf hin, daß dieser noch lebe.

»Der fünfte Mann ist immer noch unbekannt«, lachte der Oberst, »für unseren ehemaligen Feind, für unseren ehemaligen Gegner.«

Vor Lachen prustend beschrieb er den fünften Mann als »interessant, mit seinen eigenen Besonderheiten«, lehnte es jedoch ab, ihn zu identifizieren, »um keine Gründe zu schaffen, ihn strafrechtlich zu verfolgen«.



Donald Maclean, Erster Sekretär der britischen Botschaft in Washington, mit Fliege und hellem Anzug auf der Kante von Sir John Balfours Schreibtisch. Rechts von Balfour Sir Nicholas Henderson; links außen W. D. Allen.

So müssen wir wohl oder übel bis zum Herbst warten, um zu entdecken, wer der fünfte Mann ist – es sei denn natürlich das sowjetische System bräche in der Zwischenzeit völlig zusammen und führte zu der möglichen Entlarvung all der vielen westlichen Verräter in hohen Stellungen. Der Hinweis auf »den Kopf mit schönem Haarwuchs« hat viele Zungen in Bewegung gesetzt. Es gibt eine Reihe von eminenten Kandidaten im britischen politischen und Beamten-Establishment auf die diese Beschreibung zutrifft.

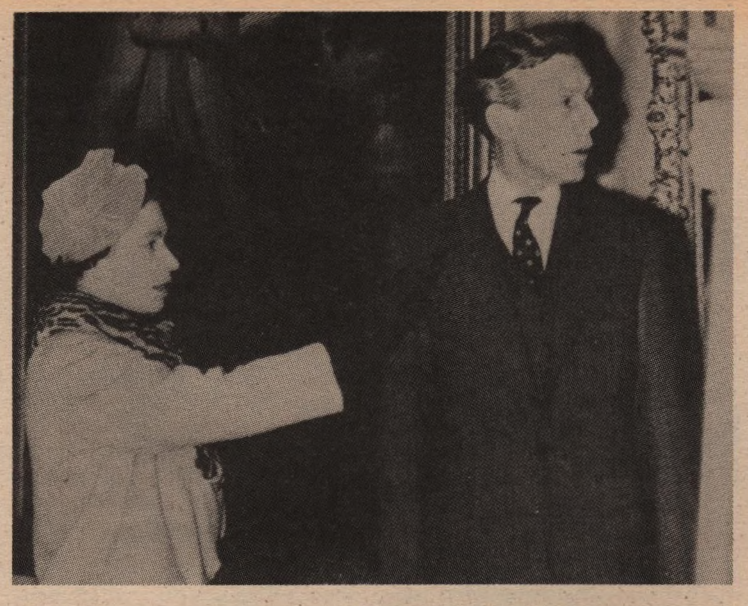
Ein besonders widerlicher Aspekt der Diskussion über Philby ist die unverhohlene Zu-

neigung mit der viele seiner ehemaligen Kollegen und Freunde, von denen viele noch hohe Ämter innehaben über ihn sprechen, als sei er Mitglied eines exklusiven Klubs. Das Gleiche trifft auf Blunt zu, der in den letzten Jahren sicherlich nicht ohne Verteidiger war.

Viele scherzhafte Reminiszenzen

Dies trotz der Tatsache, daß Philby ein erbarmungsloser Agent war, der praktisch alles und jeden, mit dem er in Berührung kam, verriet – seine Familie, seine Freunde, seine Kollegen, sein Land, seinen Dienst und sogar einige seiner Agentenkumpels.

Diese scherzhaften Reminiszenzen nach dem Motto »Ich kannte Kim« seitens britischer Politiker sind umso ekelerregender, je mehr man sich daran erinnert, daß Philby unter anderen blutigen Verrathandlungen für die Beseitigung einer großen Anzahl von britischen und amerikanischen Agenten mit Sondermissionen in den baltischen Ländern verantwortlich ist, den gleichen Ländern also, die heute trotz der widerwilligen und vorsichtigen Haltung des Westens darum kämpfen, aus der sowjetischen Hölle auszubrechen.



Sir Anthony Blunt, Kustos der Gemälde der Königin, mit Ihrer Majestät der Königin 1959 im Courtauld Institut, dessen Direktor er war.



Victor Rothschild, Angehöriger der berühmten Banker-Familie, während seiner Studentenzeit in Cambridge, wo er erstmals Guy Burgess begegnete.



Eine Gruppe »Apostel«, 1933. Dritter von rechts: Anthony Blunt. Zusammen mit ihm von links: Richard Llewellyn-Davis, der Dichter Hugh Sykes Davies, Alister Watson, Julian Bell und Andrew Cohen, ein ausgezeichneter Diplomat.

Philby war auch direkt für das blutige Massaker an CIA-Agenten, die in den fünfziger Jahren nach Albanien entsandt wurden, um einen Aufstand gegen die üble stalinistische Hoxha-Regierung zu organisieren, sowie für viele andere Verrathandlungen verantwortlich.

Niemand kann wirklich sagen, was es eigentlich war, was alle diese Engländer der Oberklasse dazu motivierte für Moskau zu arbeiten – für ein giftiges verderbliches Sowjetsystem – gegen alles was das zivilisierte Europa und Amerika bedeuten. Daß hier ein starker Gesichtspunkt des Selbsthasses mit im Spiel war, wie bei vielen Homosexuellen, ist eine unbezweifelte Tatsache, aber eine gründliche psychologische Studie dieser gutgepflegten, äußerlich einnehmenden britischen Ratten muß noch unternommen werden.

Die Franzosen führen ihr Verhalten auf sexuelle Unzulänglichkeit, die Amerikaner auf das britische Klassensystem in England zurück und in England wurde der Gedanke vorgetragen, daß Philby sich selbst überhaupt nicht als Marxist betrachtete, und daß sein ganzes verräterisches und betrügerisches Leben nur ein einziger Trip des höchsten Egos war.

Die Hinterhältigkeit des Verrats

Aber da war und ist vielleicht immer noch ein fünfter Mann in britischen Regierungskreisen aktiv. Seine kurz bevorstehende Identifizierung wird zweifellos zu einer weiteren Trübung der britisch-amerikanischen Beziehungen führen, wenn erst einmal das volle Ausmaß der britischen Hinterhältigkeit und des Verrats von amerikanischen Interessen erfaßt wird.

So sagte der KGB-Oberst hämisch: »Wir wußten, wo die Waffen mit Fallschirmen abgeworfen wurden. Wir wußten alles. Er (Philby) setzte uns im Laufe der Zeit über die Verräter (Freiheitskämpfer) in unserer Mitte in Kenntnis.«

Wir wissen um das Schicksal dieser Agenten und Patrioten. Man hat niemals wieder etwas von ihnen gesehen oder gehört.

Wenn man von irgendjemand sagen kann, er habe zu dem sowjetischen Triumph von 1945, zur Versklavung Osteuropas für fast 50 Jahre beigetragen, dann ist es die Clique von homosexuellen Engländern der Oberschicht, die ihr natürliches Metier im Foreign Office und in den Geheimdiensten fanden. Durch ihren Verrat kamen Millionen von guten Europäern um. Millionen andere wurden versklavt, ihr Leben ruiniert und zur Bedeutungslosigkeit reduziert.

In der letzten Analyse platzte das morsche marxistische Dogma auseinander und hinterließ nur noch seinen verfaulten Kern und eine sich immer weiter verbreitende Aura der Negation. Das Schändlichste an der Sache ist, daß es bislang noch keine britische Regierung gewagt hat, diese Tatsache zuzugeben, sondern immer noch von den »Kriegsverbündeten« schwatzt. □



Frankreich

Der Machtkampf des Establishments

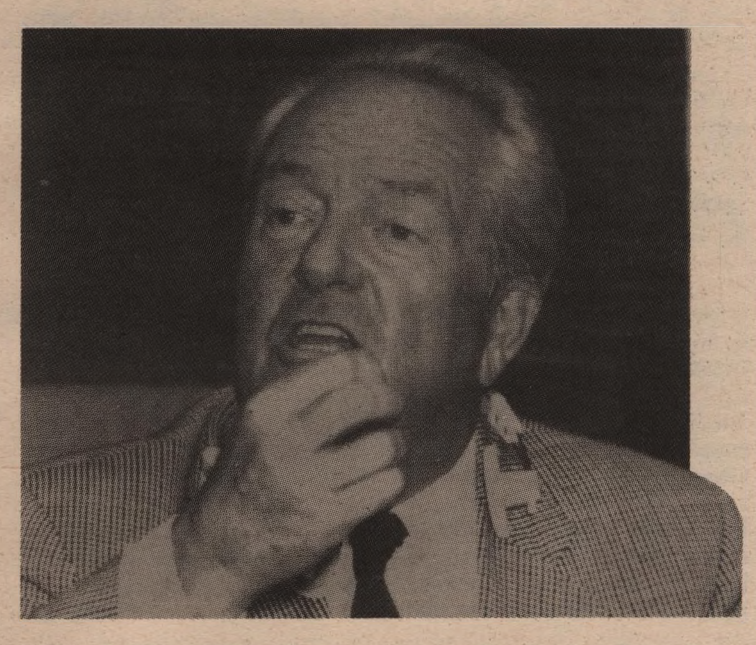
John Stewart

Die sozialistische Regierung Frankreichs hat kürzlich demonstriert wie weit sie zu gehen bereit ist, um sich angesichts der wachsenden Unterstützung der nationalistischen Bewegung Le Pens durch die Öffentlichkeit an der Macht zu halten. Es ist eine Regierung, die danach strebt, jedes Gefühl für Nationalstolz im Keim zu ersticken – und immer noch bestrebt ist, entgegen der wachsenden Verstimmung wegen der steigenden Anzahl von Einwanderern, die den französischen Staatshaushalt schwer belasten und nach der Denkweise der französischen Nationalen die französische Sprache und Kultur »verunreinigen«, an der Macht zu bleiben.

Bei einem besonders peinlichen Zwischenfall wurde der Staatsminister für Touristik Olivier Stirn mit Schimpf und Schande zum Rücktritt gezwungen, nachdem herausgekommen war, daß er arbeitslose Schauspieler, Studenten und Tagelöhner angeheuert hatte, um eine andernfalls schlecht besuchte Konferenz in Paris der Sozialistischen Partei zu füllen. Journalisten an Ort und Stelle erhielten durch Zufall einen Wink auf das undurchsichtige Vorgehen, als ein Teilnehmer an dieser »Mietet-eine-Zuhörerschaft«-Veranstaltung sie versehentlich fragte, wo er die 343 Franc kassieren könne, die man ihm für das Beiwohnen von Reden des Sprechers der Nationalversammlung, Laurent Fabius, und des ersten Sekretärs der Sozialistischen Partei, Pierre Mauroy, und weiterer Personen zu zahlen versprochen hatte.

Zunächst sollte die Sache runtergespielt werden

Stirn hatte versucht, die ganze Episode dadurch herunterzuspielen, daß er darauf beharrte, die Bezahlung an mehrere Hunderte Statisten sei eigentlich ein Versuch, Frankreichs hohe Arbeitslosigkeit zu mildern. Aber Stirn mußte nach Kritik sogar von Mitgliedern seiner eigenen Sozialistischen Partei zurücktreten.



Jean-Marie Le Pen und seine Front National werden für das politische Establishment in Frankreich zu einer immer stärker werdenden politischen Herausforderung.

Beobachter sind indessen davon überzeugt, daß kommunistische und sozialistische Delegierte Jean-Marie Le Pen, dem Führer der Front National (FN), dadurch einen Gefallen erwiesen haben könnten, daß sie ihm seine bürgerlichen Rechte verweigerten. Die von den Kommunisten eingebrachte und von den Sozialisten sekundierte Gesetzgebung ist zwar von der Nationalversammlung gebilligt worden, wird jedoch im französischen Senat schwere Stürme zu bestehen haben. Es wird damit gerechnet, daß Mitglieder des oberen Hauses den Vorschlag als eklatante Verletzung der Verfassung ansehen werden.

Der Betrug an der Wahlurne

Der Plan, Le Pen seiner bürgerlichen Rechte zu entkleiden, würde dazu führen, daß er an keiner Wahl teilnehmen oder auch nur für die Regierung arbeiten kann.

Le Pen hat natürlich den Zorn des Establishments auf sich gezogen wegen seines fortgesetzten, wortreichen Widerstands gegen die uneingeschränkte Einwanderungspolitik der Regierung und ihrer internationalistischen Innen- und Außenpolitik.

Es wurden Anschläge auf Le Pens Leben verübt. Kandidaten der Front National wurde der Zugang zu den von der Regierung beherrschten Rundfunk- und Fernsehstationen verwehrt und Betrügereien an der Wahlurne haben ebenfalls stattgefunden, alles hektische Bemühungen, das Wachstum von Le Pens NF zu verlangsamen.

Sogar Gerichtsverfahren wegen angeblicher »rassistischer Vergehen« sind gegen Le Pen angestrengt worden, in denen er beschuldigt wurde, neue und potentielle Einwanderer zu traumatisieren, die verletzt sein könnten, weil Le Pen darauf hingewiesen habe, daß sie nicht länger geduldet werden könnten.
Ironischerweise hatte die sozialistische Regierung dem im vergangenen Jahr im allgemeinen zugestimmt, als sie Pläne verkündete, die darauf hinausliefen, keine neuen Fremdarbeiter mehr anzunehmen.

Die legale Einwanderung nach Frankreich wurde 1974 gestoppt, was bedeutet, daß die vielen Hunderttausenden, die seitdem gekommen sind, Illegale sind. Die Regierung vertrat die Auffassung, daß die sich bereits im Lande befindlichen fünf Millionen Ausländer, die meistens aus Nordafrika stammen, in die Gesellschaft eingegliedert werden sollten. Die Ankündigung kam drei Tage, nachdem die NF bedeutsame Wahlsiege errungen und Le Pen dazu aufgerufen hatte, man solle den Illegalen zur Kenntnis geben, daß ihr weiteres Verbleiben in Frankreich nicht geduldet werden könne.

Aber es ist klar, daß Assimilierung nicht das ist, was die Einwanderer wollen, und die französischen Behörden werden eigentlich auch nicht so weit gehen, sie zu ermutigen.

Das Argument der Tradition

Islamische Traditionen haben unter den Politikern wütende Streitigkeiten ausgelöst, die von Sorgen über Mädchen mit Kopftüchern, die anzeigen zu welcher Kaste sie gehören, bis zu der andauernden barbarischen Praxis der Beschneidung von Jugendlichen reichen. Die Sache mit den Kopftüchern – einschließlich solcher Kopftücher, die, würden die von irgendjemand anders getragen, als rassistisch oder sexistisch verdammt würden – wurde von der Regierung praktisch ignoriert. Der Erziehungsminister Lionel Jospin lehnte es ab, das Tragen der Kopfbekleidung in den Schulen zu verbieten, und der Staatsrat, Frankreichs höchste Verwaltungsbehörde, entschied, daß Kopftücher die Tren-

nung von Kirche und Staat nicht beeinträchtigen.

Sehr viel ernster ist die andauernde Praxis von Zehntausenden nordafrikanischen Einwanderervätern, die ein religiöses und kulturelles Ritual praktizieren, das darin besteht, ihren Töchtern bei einem Vorgang, der als Reinigungsprozeß erachtet wird, die Geschlechtsorgane wegzunehmen. Jedoch sind Blutung, Infektionen, Schock und Tetanus oft die Folgen eines solchen Vorgangs.

Die Gerichte haben bislang gezögert, in solchen Fällen sehr viel zu unternehmen, obwohl diese Praxis in Frankreich ungesetzlich ist.
In allerjüngster Zeit wurde ein Mann aus dem afrikanischen Land Mali zu einer Freiheitsstrafe von fünf Jahren auf Bewährung verurteilt, der seine zweijährige Tochter verstümmelt und dadurch einen weit verbreiteten Protest unter den Einwanderern und verschiedenen Gruppierungen, die an sich für die Einwanderung sind, ausgelöst hatte. Arbeiter des Gesundheits- und Sozialwesens in Frankreich, die von einigen Kreisen beschuldigt werden, bei der Verbreitung von Verderbtheit im Lande Hilfestellung geleistet zu haben, argumentieren dahingehend, daß die Praxis nicht verurteilt werden sollte, weil sonst Fördergruppen, die mit den Einwanderern über ihre Überzeugungen reden und sich somit bemühen wollen, die Praxis durch Erziehung und Aufklärung zu ändern, von diesem Vorhaben abgehalten werden könnten.
Diese und ähnliche Skandale haben dazu beigetragen, die Reihen der zur FN und Le Pen neigenden Wähler stark anschwellen zu lassen. Die Aussicht auf eine mögliche Wahlniederlage bei einer erwarteten Kandidatur Le Pens zum Präsidenten veranlaßte die Regierung dazu, urplötzlich den Mindestlohn in die Höhe zu treiben, um die Loyalität der verärgerten Bürger des Landes zurückzugewinnen.

Die Arbeiter für sich gewonnen

Der Jugendflügel der Front National hat unter den Studenten in Frankreichs traditionell linksorientiertem Universitätswesen eine beträchtliche Stärke erreicht. Aber ihre größte Stärke kam dadurch zustande, daß die FN viele Arbeiter, die wütend über die Einwanderungspolitik der Regierung sind, vor allem weil dadurch die Arbeitslosenziffer auf weit über neun Prozent emporgeschnellt ist, für sich gewonnen hat.
Übersichten in Zeitungen des Establishments über die öffentliche Meinung geben der FN selten mehr als 15 bis 17 Prozent Zustimmung. Aber bei einer Entscheidungswahl im Juni für den Bürgermeister von Villeurbanne, außerhalb von Lyon, errang der Kandidat der FN 36,7 Prozent im Vergleich zu den 63,3 Prozent für den Kandidaten der Sozialisten, der ein sehr großer Favorit war.

Die Koalition des Establishments

Indessen gehen die Bemühungen weiter, die steigende Flut der NF einzudämmen, vor allem im Lichte des offenen Geheimnisses, daß der sozialistische Präsident François Mitterand an Krebs leide. Es wurden Befürchtungen geäußert, daß, sollte Mitterand plötzlich im Amt sterben, Le Pen gewählt würde.
Um dem vorzubeugen, wurde darüber geredet, die politischen Parteien der sogenannten Viererbande, die Frankreich schon seit Jahrzehnten regieren – Sozialisten, Kommunisten und die beiden gaullistischen Gebilde – zu einer Sammlung für die Republik und damit im Grunde zu einer Koalition zusammenzuschmelzen. Das würde dazu führen, daß Le Pen nur ein einziger Kandidat gegenüberstehen und die Chancen der neuen Koalition vermutlich verbessert würden. Jedoch ist bislang noch nichts Endgültiges über einen derart radikalen Schritt entschieden worden.

Aber es ist klar, daß die französische Wählerschaft sich mehr und mehr die populistische Philosophie Le Pens zu eigen macht. Die feste Haltung der Front National gegen die Einwanderung wurde sogar von Politikern der Opposition als die »einzige« innenpolitische Frage, das heißt die einzige, über die sich französische Bürger, Steuerzahler und Wähler wirklich Sorgen machen, erachtet, Sorgen, die aber die derzeitige Regierung entschlossen ist völlig außer Acht zu lassen. □

Nelson Mandela

Vergötzung eines Terroristen

P. Samuel Foner

Die Schatten der fünfziger Jahre sind wieder da. New York und andere westliche Hauptstädte begrüßten mit allem Gepränge und großem Trara einen Mörder und Revolutionär. Der Held dieses Jahres ist der südafrikanische Terrorist Nelson Mandela. Ende der fünfziger Jahre war es Fidel Castro.

Castro traf damals in New York ein, komplett mit Bart, Zigarren, lebenden Hühnern und einer ungewaschenen Umgebung, aber von den Medien des Establishments umjubelt. Er war der Retter Kubas, ein »Landwirtschaftsreformer«, der dem Inselstaat Frieden und Freiheit bringen würde.

Wie wird man ein guter Kommunist?

Heute wird Castro von den gleichen Medien des Establishments als einer der letzten Durchhalter des Kommunismus des harten Kurses dargestellt. Er sei ein Diktator, ein Exporteur von Revolution und Bedrohung für den Weltfrieden, teilt das Establishment in seinen Medien der erstaunten Öffentlichkeit mit.

Indessen steht Mandela im Brennpunkt der Aufmerksamkeit – Revolutionär, Kommunist und »Landwirtschaftsreformer«. Was die Medien des Establishments geflissentlich außer Acht lassen, ist die Geschichte des Helden.

Als Mandela 1962 in Südafrika verhaftet wurde, fand die Polizei ein ganzes Arsenal von Handgranaten und Sprengstoffen, die Zeichnung von 107 Gebäuden und Anlagen, die in die Luft gesprengt werden sollten, und ein handgeschriebenes Dokument mit dem Titel »How To Be a Good Communist« (»Wie wird man ein guter Kommunist«).
Mandela und seine Frau haben beide das von Anhänger des African National Congress (ANC) praktizierte barbarische Hinrichtungsritual der »Halskrause« unterstützt. Bei diesem beliebten blutigen Sport werden die Armsehnen eines Opfers durchtrennt, so daß er die Arme nicht hochheben kann. Dann wird ein mit Benzin vollgesaugter Reifen um das Opfer gelegt und angezündet, während eine Volksmenge ihn umringt und jubelt.
Noch vor einem Jahr war Frau Mandela direkt in einen Mord verwickelt. Ihre Leibwachen entführten eine Gruppe kleiner schwarzer Jungen und folterten sie auf dem eleganten Herrensitz der Mandelas. Einer von den Jungs starb und Frau Mandelas Leibwachenchef wurde kürzlich dafür wegen Mordes verurteilt. Er machte eine Aussage und behauptete, Frau Mandela habe persönlich mit der Peitsche in der Hand an der Prügelei teilgenommen und dann befohlen, den Jungen zu töten.

Zwei Kinder starben an Unterernährung

Und was Frauen anbelangt, Winnie ist nicht die erste Frau Mandela. Die Mutter von Nelsons vier Kindern lebt in düsterer Armut weit weg in einer staubigen Ecke der Provinz Transkei. Evelyn Mandela, 68, wurde 1957 fallengelassen, um ihre vier Kinder aufzuziehen, von denen zwei starben – wahrscheinlich an Unterernährung – wenn auch die Unterlagen darüber undurchsichtig sind.

Nelson Mandela

Vergötzung eines Terroristen

Mandelas Tochter Makaziwe ist jetzt mit einem Ghanaer verheiratet und besucht die University of Massachusetts, wo sie sich auf den Doktortitel in Anthropologie vorbereitet. Sie spricht von der Verbitterung, die aufkam, als ihr Vater mit einer jungen Sozialarbeiterin namens Winne Madikizela davonlief. Sie erzählt auch, wie ihre Mutter erst durch die Zeitung von der Scheidung erfahren hatte.

»Es war sehr schwierig«, erinnert sich Evelyn Mandela. »Nelson trug nichts zum Unterhalt von uns Kindern bei. Ich weiß nicht, was ich ohne die Hilfe, die ich von der Regierung bekam, getan hätte.«

In guter Gesellschaft

Ist dies der Mann, der eine solche von den Medien stark beachtete Parade verdient? Anscheinend glauben das die westlichen und vor allem amerikanischen Politiker. Frühere Empfänger derartiger Ehrenbezeugungen in den USA waren auf solche Persönlichkeiten wie General Douglas MacArthur (1951), Astronaut John Glenn (1962) und die befreiten Amerikaner, die im Iran als Geiseln festgehalten worden waren (1981), beschränkt.



Fidel Castro, der kommunistische Diktator Kubas, gehörte in den fünfziger Jahren zu den Lieblingen des westlichen Establishments.

Mandelas Rundreise durch die USA wurde als Chance für die schwarze Rasse bewertet, den amerikanischen Unterstützern zu danken, Gelder aufzutreiben und auf mehr Sanktionen gegen die südafrikanische Regierung zu drängen.

»Aber«, sagt die Washingtoner Reporterin Eleanor Randolph, »der Besuch hat auch einigen seiner Anhänger ermöglicht, ihre Sache in einer subtileren Art und Weise zu vertreten, durch Zurechtweisung derjenigen, die der südafrikanischen Regierung und ihrem System zu freundlich gegenüberstehen.«

In einigen Fällen wurden ganze Städte zurechtgewiesen, weil, sagt Miss Randolph, »sie nicht als energische Unterstützer der Ziele von Mandelas ANC angesehen werden«.



Heute steht Nelson Mandela, Revolutionär, Terrorist und Kommunist, im Brennpunkt der Medien des Establishments.

Geld für den harten Kurs der ANC

Zwei Städte, die deswegen gescholten wurden, sind San Francisco und Chicago, obwohl die führenden Persönlichkeiten dieser Städte keine speziellen Gründe dafür nennen können.

Einige der Leute, die den Mandela-Besuch organisieren, sagten in Privatgesprächen, daß sie nicht mit der Position des harten Kurses der ANC übereinstimmen, aber sich bemühen wollen, einige der Aufregungen zu glätten, in der Hoffnung, sowohl politische als auch finanzielle Unterstützung für ihre Ziele zu erhalten.

Tickets für Ereignisse mit Mandela belaufen sich von fünf Dollar pro Person für einige der Massenversammlungen bis zu 50.000 Dollar pro Sitzplatz für einen Empfang in Los Angeles. Viele Beobachter des ANC meinen, die kommunistische Terroristengruppe sei darüber beunruhigt, daß die Bush-Regierung die Sanktionen gegen die südafrikanische Regierung von F.W. de Klerk aufheben könnte und der ANC darum einen Haufen Geld für eine Public Relations-Kampagne gegen derartige Schritte benötige.

Während der Rundreise sollen Amerikaner zwei bis drei Millionen Dollar für Erinnerungskrüge, T-Shirts, Posters, Münzen und andere von Mandelas Organisation, des ANC, genehmigte Gegenstände ausgegeben haben.

Zehn bis fünfzehn Prozent der Erlöse gehen an Democracy for South Africa, der Gruppe, die Mandelas Reise in die Vereinigten Staaten organisierte. Das von der ANC gebilligte Logo für offizielle Mandela-Souveniers – die von T-Shirts zu 15 Dollar bis zu Silbermünzen zu 30 Dollar rangieren – stellt Mandelas Gesicht auf dem Band des ANC, mit marschierenden Demonstranten im Vordergrund dar.

Polarisierung zwischen Schwarz und Weiß

In Natal wird das Image der »schwarzen Mehrheitsherrschaft« in den Kämpfen zwischen Mandelas ANC-Streitkräften und den Schwarzen, meistens Zulus, die ihrem Häuptling Mangosuthu Buthelezi folgen, zerstört.

Die Gewalttätigkeit hat sich seit Mandelas Freilassung aus der Haft verstärkt und der ANC-Terrorist soll gesagt haben, daß er nicht nur nicht die Absicht hegt, sich mit Häuptling Buthelezi zu treffen, sondern daß, wenn er dies täte, der ANC ihn »erdrosseln« würde.

Der ANC beschuldigt Buthelezi zu versuchen, in Natal eine Einparteienherrschaft zu errichten, während sie selbst das Gleiche anderswo versucht. Laut »London Financial Times« wird, solange Buthelezi nicht bereit ist, seinen Griff auf Natal aufzugeben, eine Lösung des Konflikts und ein neues politisches Abkommen »wahrscheinlich ein sehr weit in der Ferne liegendes Ziel sein«.

Aber von all diesen Dingen war während Mandelas Besuch, von dem die »New York Times« in einer kühnen Voraussage mehr Schwarze als Weiße angezogen sah, nicht die Rede. Politologen in Washington sahen den gesamten Besuch als Polarisierung zwischen Schwarzen und Weißen an – eine Situation, die wie sie es sehen, zu einem »langen, heißen Sommer« in Washington führen wird. □

Nelson Mandela

Der Liebling des Establishments

Warren Hough und Lawrence Wilmot

Die Reise von Nelson Mandela durch Europa – einschließlich der Bundesrepublik Deutschland – und den Vereinigten Staaten unter lebhaftem Beifall seitens der Politiker und der Presse war für das internationalistische Establishment ein großer Erfolg. Nur wenige Fernsehzuschauer und Leser der Zeitungen waren sich darüber im Klaren, daß hinter den Kulissen ein geheimes internationales Kartell die Publizität des Ex-Zuchthäuslers förderte.

In Wirklichkeit war die Inszenierung einer weltweiten Medienkampagne, um Mandela, einen radikalen Terroristen, in einen »heldenhaften Befreier« umzuwandeln, für Harry Oppenheimer, den obskuren, diktatorischen Multimilliardär, der die Gold- und Diamantenmärkte der Welt mit eiserner Hand regiert, nur eine unbedeutende Nebenshow, lautet aus gut informierten Kreisen der Wall Street.

Beweis für die Macht Oppenheimers

Oppenheimer und sein 44jähriger Sohn Nicky üben die gleiche Art von Macht aus wie David Rockefeller. Beide herrschen in der Finanz- und Geschäftswelt über riesige Vermögen. Beide nutzen es um geheime Strategien zu verfolgen, die zur weltweiten Macht führen sollen.

»Der Unterschied ist«, meint Dr. Helen Mott, eine ehemalige Volkswirtin des Federal Reserve Systems der USA, die jetzt für einen New Yorker Investmentfonds Goldkurse überwacht, »daß die Oppenheimer sogar noch raubgieriger, verschwörerischer und noch größere Manipulierer sind als der Rockefeller-Klan.«

Über ein labyrinthartiges Netzwerk von ineinander verflochtenen Holdinggesellschaften und Scheinfirmen beherrschen die Oppenheimer »mindestens« ein Viertel des Goldausstoßes der nicht-kommunistischen Welt und besitzen das Monopol über das weltweite Diamantengeschäft, vom Abbau bis zum Schleifen von Diamanten.

»Mindestens«, weil außerhalb des Hauptsitzes des Oppenheimer-Imperiums in No. 44 Main Street in der Innenstadt von Johannesburg, Südafrika, niemand weiß, was diesem riesigen internationalen Kartell gehört oder wieviele Milliarden es jedes Jahr macht.

Das Netzwerk arbeitet wie ein Geheimdienst

Die eigenen Sprecher des Finanz-Establishments vertreten die Ansicht: »Zulassung zur Firmenbürokratie des Oppenheimer-Holdings ist wie der Beitritt in einen Geheimdienst«, berichtet der «Economist«, das führende Wochenblatt der Banking-Elite im vergangenen Jahr. Nach einer Schätzung umfaßt das Oppenheimer-Netzwerk über 1.300 Filialen und Tochtergesellschaften allein in Südafrika.

Harry Oppenheimer und sein Syndikat regieren mit eiserner Hand die Gold- und Diamantenmärkten der Welt.

Sogar markterfahrene Wall Street-Händler und Anwälte waren überrascht als Anglo-American Ltd., eine Schlüssel-Holdinggesellschaft der Oppenheimer, im Herbst 1988 den Versuch machte, einen ihrer führenden Rivalen im Goldminengeschäft, die Consolidated Gold Fields Group (Consgold) aufzukaufen.

»Die Offenlegungsanforderungen, die von US-Behörden solchen Übernahmen auferlegt werden, brachten die Tatsache ans Licht, daß die Oppenheimers bereits 29,81 Prozent von Consgold besaßen«, erklärte Dr. Mott, »mit anderen Worten, während Anglo-American und Consgold in den Augen der Öffentlichkeit miteinander konkurrierende Golderzeuger waren, wurden beide hinter den Kulissen bereits von Oppenheimer-Syndikat manipuliert.«

Der Gründer dieses riesigen Finanzkolosses, Ernest Oppenheimer – der als Sir Ernest bekannt wurde –, baute das Kerngeschäft des Klans dadurch auf, daß er sich Herrschaft über das Diamantengeschäft der Welt verschaffte.

Seine Hauptchance kam nach Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg, als Oppenheimer einen Trust gründete und sich große deutsche Bergbauentwicklungen in Südwest-Afrika – jetzt Namibia genannt – aneignete.

Drei Marketing-Netzwerke, als Central Selling Organization, Diamond Trading Corporation und Distribution Directorate bekannt, leiten 89 Prozent des Welthandels in Diamanten. Heute sind sie alle drei völlig im Besitz des Oppenheimer-Syndikats befindliche Tochtergesellschaften.

Ihr jährlicher Umsatz wird auf 7,5 Milliarden Dollar geschätzt.

Eine Geschichte der Intrigen

»Die Oppenheimers machten Geld – unzählige Milliarden davon – sowohl im Krieg als auch im Frieden, in Zeiten der Hochkonjunktur und in Zeiten der großen Depression, weil sie wissen, wie man Politiker und die Presse manipulieren kann«, sagt Jan Stinner, ein junger südafrikanischer Historiker.

»In meinem Lande haben sie die Regierung selbst infiltriert und sie langsam, verstohlen, untergraben, und jetzt ist es nur noch ein von Stinktieren umgebender hohler Stumpf.«

Nelson Mandela

Der Liebling des Establishments

Eine ins Einzelne gehende Geschichte, wie das internationalistische Oppenheimer-Syndikat Südafrikas Regierung, ihre lange herrschende Nationalist Party und ihre Verfassung untergrub, ist eine verwickelte Erzählung von Intrigen, Korruption und Verschwörung, zu verwickelt für die Nachrichtenmagazine.
Aber die wesentlichen Ereignisse sind wie folgt: Die Spur führt zurück bis ins Jahr 1948, als die Nationalist Party, Südafrikas dominierende politische Kraft, erstmals das Regierungsamt übernahm, nachdem sie bei den Wahlen mit einem Erdrutsch gesiegt hatte. Fast ein halbes Jahrhundert später hängen die Nationalisten zwar immer noch an der Macht, aber ihr Griff ist unsicher und schlüpfrig geworden.

In den ersten 20 Jahren basierte die Herrschaft der Nationalisten auf einem fundamentalen gesellschaftlichen und verfassungsmäßigen Grundsatz der in Südafrika als »Apartheid« bekannt ist. »Apartheid wurde in der ganzen Welt als Form des Rassismus oder Loslösung verunglimpft, bei dem die Weißen über andere Rassen herrschen«, sagt Stinner. »Das ist völlig falsch.«

»Apartheid ist das Prinzip gleicher, gerechter und separater Entwicklung aller Rassen. Unter ihr blühte, gedieh und wuchs Südafrika zu dem einzigen erfolgreichen Modell moderner Staatskunst des afrikanischen Kontinent.«

Dr. Hendryk Verwoerd, der von 1958 bis 1966 als Südafrikas Premierminister diente, machte die Apartheid zur grundlegenden politischen und gesellschaftlichen Doktrin, auf der sich der Fortschritt des Landes aufbaute. Seiner Regierung stellte sich nur wenig offene Opposition entgegen. Aber hinter den Kulissen mobilisierte das Oppenheimer-Kartell – globalistisch, gierig und machthungrig, wie es ist – seinen Wohlstand und seine Erfüllungsgehilfen gegen die nationalistische Führung.

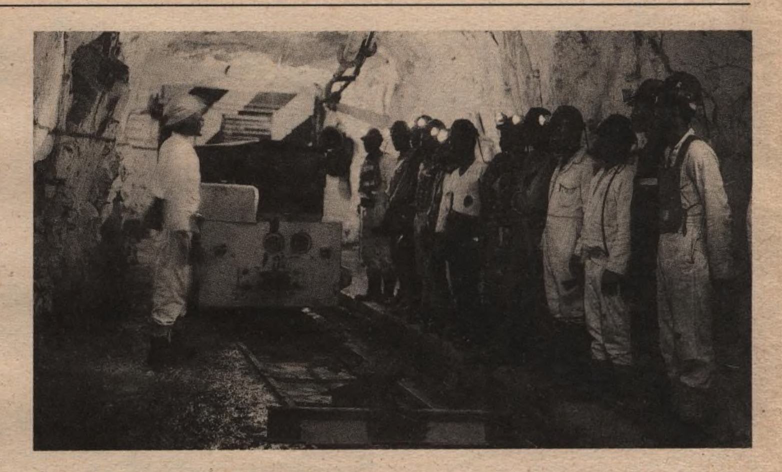


Eineinhalb Jahrhunderte haben die Buren um Südafrika gegen den englischen Imperialismus gekämpft.

Im Herbst 1968 wurde Verwoerd ermordet. Ihm folgte John Vorster, ein Oppenheimer-Eindringling, im Amt, der sich sofort anschickte, Verwoerds bedeutendste Errungenschaften ins Gegenteil zu verkehren.
Was vielleicht bedeutsam ist, Vorster war zur Zeit des Mordes an Verwoerd Justizminister und unmittelbar für die Sicherheit des Gebäudes verantwortlich in dem Verwoerd ermordet wurde. Danach übernahm Vorster Verwoerds Amt mit stillschweigender Unterstützung des Oppenheimer-Kartells.

»Ich habe keinen Zweifel daran, daß Vorster unter seiner politischen Maske ein Verräter war«, sagte Dr. Mott. »Während er dem Prinzip der Apartheid Lippendienste leistete, begann er eine Reihe von Geheimgesprächen mit kommunistischen Organisationen und internationalen Bankern darüber, wie die Apartheid zu beenden sei.

Der Globalismus, einst ein Anathema in Südafrika, wurde als historische Notwendigkeit übernommen.
Terroristen, Saboteure und marxistische Hetzer wurden in immer größerer Anzahl aus den Gefängnissen entlassen. Die Folge: Wirtschaftliche Rückschläge, sich ausbreitende Aufstände, Stammeskriege in den Provinzen und Verfall der Nationalist Party.«



Die Goldminen in Südafrika gehören zur Lebensgrundlage für die Weißen und Schwarzen.

Nachdem sie 1948 in beiden Häusern der südafrikanischen Gesetzgebung eine entscheidende Mehrheit errungen hatten, schwand die Popularität der Nationalisten Ende der achtziger Jahre dahin.

Das verräterische Komplott

»Bei den allgemeinen Wahlen im vergangenen Winter fiel der Anteil der Nationalisten auf 43 Prozent herab«, berichtet Stinner.

Die Konservativen, deren Führer, Andries Treurnicht, jetzt der populärste Politiker in Südafrika ist, verzeichneten weittragende Gewinne. Für die Wähler ist er der wahre Erbe des politischen Legats Dr. Verwoerds.«
Das Wenige, was die westliche Öffentlichkeit über diese Ereignisse erfährt, ist gewöhnlich verzerrt. Das Oppenheimer-Kartell, dessen Erfüllungsgehilfen das Medien-Imperium von Rupert Murdoch und anderer Pressedienste finanziert, hat hierfür Sorge getragen. Da die Interessensgruppen dieses undurchsichtigen Syndikats die Unterstützung des amerikanischen Kongresses für sich hochgepumpt haben, wird der Infiltration, der Subversion und dem Verfall der Regierung der Nationalist Party in Amerika nur wenig wohlwollendes Interesse zuteil. Aber in Afrika wird der Sturz der Nationalisten von vielen wohlhabenden Wählern als historische Tragödie angesehen. □

Südafrika

Ein-Weltler sind noch nicht am Ziel

Eduard Platzoeder

Der beispiellose Großeinsatz der internationalen Medien und die massive Propaganda für Nelson Mandela und damit für den marxistischen ANC beseitigen den letzten Zweifel an der längst klaren Tatsache, daß das internationale Großkapital und seine mächtigen Hilfsorganisationen keine Mittel scheuen, ihr Ziel zu erreichen.

Ein breiter Graben trennt die weiße, aber auch die schwarze Bevölkerung in Südafrika. Auf der einen Seite der Weißen stehen die, die sich zu ergeben bereit sind und blindlings glauben, daß vielleicht doch alles gut geht, auf der anderen Seite die National-Konservativen. Die bis vor kurzem gesetzlich verankerte »Apartheid« bot denen, die Südafrika wegen seiner wichtigen strategischen Lage und seines Mineralreichtums unter ihre Kontrolle bringen wollen, eine geradezu ideale Handhabe.

Es geht um Geld und andere Edelmetalle

Ganz außer Zweifel wurde so manches übertrieben. Die Erhaltung des jeweils eigenen Volkstums und der eigenen Art ist aber an sich ein ganz natürliches Bestreben und dieses Bestreben kann gerade in der Gegenwart weltweit beobachtet werden.

Das »Selbstbestimmungsrecht der Völker« wird aber nur dort anerkannt oder zunächst toleriert, wo es den Zielen der mächtigen Übernationalen dient oder wenigstens nicht zuwiderläuft. Auf Südafrika trifft das nicht zu. Die panische Handlungsweise der südafrikanischen Regierung ist in erster Linie das Resultat des gewaltigen ökonomischen Drucks besonders von seiten der westlichen Regierungen und der internationalen Banken.
Im Boden Südafrikas liegt ein enorm großer Vorrat an Gold, anderen Edelmetallen und strategisch wichtigen Mineralien. Der Wert dieser Bodenschätze übersteigt bei weitem die gesamten Vermögenswerte des westlichen Bankensystems. Das westliche Bankensystem und die damit verbundene Wirtschaft steht heute am Rand einer Katastrophe, nicht zuletzt durch die Unfähigkeit der Dritten Welt, ihre Schulden zurückzuzahlen. Die Verluste sollen nun kompensiert werden durch Inbesitznahme des Mineralreichtums Südafrikas.

Nur deshalb ist geplant, Südafrika eine marxistische schwarze Regierung aufzuzwingen, so wie das damals im ehemaligen Rhodesien praktiziert wurde. Das aber soll geschehen, bevor der drohende und weltweite finanzielle Zusammenbruch stattfindet. Das ist das wirkliche Motiv, das die Weltmedien vordergründig zum Kampf gegen das »unmoralische Apartheidsystem« veranlaßt die »rassistischen« Weißen durch Schwarze zu ersetzen.

Zerstörung des Afrikanertums

In dem geplanten Ein-Welt-Staat mit einer dem Kommunismus ähnlichen Weltregierung ist kein Platz für Afrikaner-Nationalismus. Dieser mit christlichem Glauben gepaarte Nationalismus allein hat dieses relativ kleine Volk befähigt, trotz allem ihm angetanen Unrechts, aller Barbarei, Verleumdung und Lächerlichmachung zu überleben. Sollte Südafrika Teil dieses geplanten teuflischen Einheitsgebildes werden, würde es das Ende des Afrikanervolkes bedeuten.
Das Ziel der »Ein-Weltler« ist die Manipulation aller, und das setzt die geistige und physische Zerstörung jedes geschlossenen Volkskörpers voraus. Die physische Vorarbeit soll der Africa-National-Congress (ANC) erledigen, für die geistige Seite ist die pausenlose Gehirnwäsche zuständig. Wenn de Klerk – wie geplant – eines Tages die Regierungsgewalt dem ANC übergeben sollte, wird diese als Partei auftretende Organisation über »One man, one vote« einen marxistischen Einheitsstaat gründen und Privatbesitz »nationalisieren«, also enteignen. Parallel dazu läuft dann die endgültige Zerstörung des weißen Afrikanervolkes, seiner Sprache, Kultur und Religion.

Was heißt »Nationalisierung«? Gedankenlos glauben die Völker, daß durch diesen Prozeß vor allem der Besitz der Reichen, die Industrie-Unternehmungen, die Banken, die Handels- und Wirtschaftsmonopole und der Großgrundbesitz in die Hände des Volkes übergeht, also die sogenannte Umverteilung stattfindet.

Nichts ist mehr von der Wahrheit entfernt. Risikoloser Gewinner war immer und ausnahmslos das internationale Netz des Großkapitals mit seinem Bank- und Kreditsystem, die von ihm beherrschten multi-nationalen Wirtschafts- und Industriegiganten und die von ihm eingesetzten Politiker als korrupte und willige Helfer. Aus welch anderem Grund finanzieren sie laufend mit Milliarden Dollar den Kampf der kommunistischen Kräfte.

Der eigentlich gefährliche Mann

Der wohl gefährlichste kommunistische Funktionär in Südafrika ist Joe Slovo, Zionist, KGB-Oberst, bekannt durch seinen geradezu pathologischen Haß auf die Afrikaner. Er war verantwortlich für die nach Südafrika gerichteten Hetzsendungen, ausgestrahlt von Leipzig, Prag und Moskau seit den sechziger Jahren bis 1986. In ihnen wurde versucht, den Hörern einzuhämmern, daß die »Buren-Regierung mit ihrer Africaans-Sprache« der Unterdrücker der schwarzen Mehrheit ist und deshalb ausgerottet werden muß. In diesen Sendungen – in englisch und verschiedenen Bantu-Sprachen – wurden schwarze Schulkinder und auch die Arbeiter aufgefordert, nicht Africaans zu sprechen und es abzulehnen, in dieser Sprache unterrichtet zu werden. Auch hier wurde betont, daß für die Buren kein Platz wäre im neuen »Azania«.

Der Einfluß des gehässigen Joe Slovo spielt eine dominierende Rolle in dem vielseitigen Krieg gegen Südafrika. Er ist der Leiter der S.A. Communist Party und des ANC, und es ist er, der immer wieder rücksichtslos zum Aufstand, Terror und Bürgerkrieg aufhetzt. Die Reden seiner Gefolgsleute und Funktionäre widerspiegeln seinen Fanatismus.

So warnte Harry Gwala, ein prominenter ANC-Leiter in Natal, offen, daß Polizei und Mitglieder rechter Gruppen erschossen oder lebenslängliches Gefängnis zu erwarten hätten, wenn der ANC die Macht übernimmt. Er fährt fort: »Das Land, das gegenwärtig weiße Farmer besitzen, wird dann an die zurückgegeben, denen es gehört und die darauf leben.«

Hier handelt es sich um Land, das ursprünglich keinen Besitzer hatte, das nur periodisch durchziehende schwarze Sippen und Stämme sah und das erstmals durch die weißen Siedler und dann ihre nachfolgenden Generationen landwirtschaftlich erschlossen und entwickelt wurde. Gebiete, die mehr permanent von schwarzen Völkern bewohnt waren, sind diesen von den »Unterdrückern« längst zur Selbstverwaltung übergeben worden.

Der Zweck des Burenkrieges vor nun rund 90 Jahren war, das Gold Südafrikas in die Hände zu bekommen. Aber trotz aller von Seiten Englands angewendeten zynischen Grausamkeiten brachte er nicht den erhofften Erfolg. Weit über ein halbes Jahrhundert – unterbrochen nur durch die beiden Weltkriege – wurde dann mit allen Mitteln versucht, doch noch zum Ziel zu kommen. Wieder vergeblich.

Die Edelmetalle und Minerale des Landes, ohne die das »Ein-Welt«-Finanz- und Wirtschaftssystem nicht existieren kann, sind immer noch in Südafrikas Händen. □

ADL

Ein Profil der Anti-Defamation League

Erster Teil

Peter Blackwood

Die Anti-Defamation League (ADL) der B'nai B'rith Loge gibt sich als gemeinnützige Gesellschaft aus, »die darauf abzielt eine Diffamierung von Juden und anderer religiöser und ethnischer Gruppen auszuschalten, das gute Einvernehmen unter allen Völkern zu fördern; und die Grundsätze der Freiheit, Gleichheit und Demokratie zu bewahren und wirksamer zu gestalten«. So steht es in den Satzungen der ADL B'nai B'rith, abgeändert durch die National Commission, Juni 1982.

Nichts könnte weiter von der Wahrheit entfernt sein. Unter wiederholter offenkundiger Übertretung der Section 501 (c) 3 der Internal Revenue Service Codes, der amerikanischen Abgabenordnung, fungiert die ADL als eine von Steuern befreite gemeinnützige Gesellschaft, während sie sich in Wirlichkeit mit einem breiten Feld von Aktivitäten beschäftigt, die der inneren Natur nach kriminell sind, darunter Einmischung in den gerichtlichen und Gesetzesvollzugsprozeß, Unterstützung von inländischen und internationalen terroristischen Organisationen, Aufstachelung zu »Haß-Verbrechen«, Spionage, Unterstützung für mutmaßliche internationale Drogendealer, verdeckte Tätigkeiten sowohl im Namen feindlicher Regierungen als auch von Stellen innerhalb der US-Regierung, die mit der internationalen Sozialdemokratie verbunden sind.



Ein weltweites Netzwerk

Es ist eine historische Tatsache, daß die ADL vor, während und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg als Arm der British Special Operations Executive für »verdeckte Aktionen« unter ihrem nordamerikanischen Chef Sir William Stephenson, in enger Verbindung mit »Division Fünf« des FBI fungierte.

Durch seine 151köpfige National Commission und deren bezahlten Mitarbeiterstab mit Bezirksbüros in 31 Städten in den Vereinigten Staaten und einer Reihe von Standorten in Europa, dem Nahen Osten, Lateinamerika und der Sowjetunion – ein Moskauer Büro wird in Kürze auf Betreiben von Staatspräsident Michail Gorbatschow eingerichtet –, arbeitet die ADL als verdeckte Schlagtruppe, deren mächtiger Einfluß sich tief in die Poren der Finanzwelt, des Rechtswesens, der Medien und der US-Regierung auf Bundes, Staats- und Gemeindeebnen erstreckt.

Über allem anderen ist die ADL eine Public-Relations-Fassade für jenen Zweig des amerikanischen organisierten Verbrechens, der in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts von Meyer Lansky unter der Schirmherrschaft und Förderung durch führende anglo-amerikanische Finanzinteressen gegründet wurde.

Organisationsaufbau und Personal in Schlüsselstellungen

Nach ihren Satzungen wird die ADL von einer National Commission (NC) geleitet, die derzeit aus 151 Mitgliedern besteht. Ihr sitzt ein landesweiter Vorsitzender (national chairman) vor, derzeit Burton Levinson, ein Anwalt aus Beverly Hills, California. Die National Commission tritt satzungsgemäß einmal im Jahr zusammen.
Nach Artikel VII der Satzungen, tritt in der Zeit zwischen den Jahresversammlungen des NC das National Executive (NEC) der ADL an deren Stelle. Das NEC setzt sich aus einem Vorsitzenden – jetzt Ronald B. Sobel, ein älterer Rabbiner am Tempel Emanu-El in New York – und dem Vizevorsitzenden, den gewählten Beamten des NC, dem Präsidenten, dem leitenden Vizepräsidenten, und Ehrenpräsidenten (ehemalige Präsidenten) des B'nai B'rith und den Gegenstücken aus B'nai B'rith Women, dem gewählten Vorsitzenden aller ständigen Ausschüsse der ADL und dem Präsidenten der ADL Foundation (Stiftung) mit 15 weiteren Mitgliedern des NC, die von ihm gewählt wurden, zusammen.

Die Aufnahme erfolgt durch Erneuerung

Die 1913 gegründete ADL ist offiziell dem Orden B'nai B'rith angeschlossen. Diese Verbindung wird jedoch grundsätzlich durch die B'nai B'rith-Vertretung in der National Commission der ADL aufrechterhalten. Anders als ihre Mutterorganisation, der B'nai B'rith, ist die ADL kein Mitgliederverband. Man kann der ADL nicht beitreten; die Aufnahme als Mitglied erfolgt nur durch Ernennung oder Einladung. In diesem Sinne hat die ADL eine größere Ähnlichkeit mit den geheimen Logen der Freimaurerei als ihre Mutterorganisation, der B'nai

B'rith, der ursprünglich Mitte des 19. Jahrhunderts als jüdischer Zweig der britischen Freimauerei gedacht war.

Der derzeitige Präsident des B'nai B'rith ist Seymour D. Reich, ein langjähriger Aktivist und Beamter der ADL bevor er zum Leiter des B'nai B'rith gewählt wurde.

Von den derzeitigen 151 aktiven Mitgliedern der National Commission leitet eine kleinere Kerngruppe die Gesamttätigkeit des ADL-Stabs durch Teilnahme an Sitzungen der ständigen Ausschüsse der NC. Die ständigen Ausschüsse sind genau parallel zu den Hauptabteilungen (Divisions) und Abteilungen (Departments) der ADL organisiert, um somit die Weiterleitung von Marschbefehlen und anderen Anordnungen von der National Commission in den tagtäglichen Arbeitsbereich der bezahlten Angestellten bestmöglichst zu gewährleisten. In diesem Sinne leiten Edgar Bronfman und andere führende Mitglieder der National Commission die ADL.

Vorsitzende der ständigen Ausschüsse der ADL, die zusammen mit den Mitgliedern ihrer Ausschüsse von dem landesweiten Vorsitzenden ernannt worden sind: Howard P. Berkowitz, Planung; Donald R. Mintz, Bürgerrechte; Michael Nachman, Gemeindedienst; Sherwin Newar, Haushalt; Melvin I. Salberg, Verbindungs- und Nachrichtenstelle; Michael E. Schultz, Verwaltung; Joel Sprayregen und Lucille Kantor, Internationale Angelegenheiten; David H. Strassler, Beziehungen zwischen den Gruppen (Intergroup Relations); Robert G. Sugarmann, Führung; William Veprin, Entwicklung.

300 Personen haben Führungsposten

Diese Ausschüsse entsprechen den Hauptabteilungen des ganztagsbeschäftigten Mitarbeiterstabs der ADL. Die Hauptabteilungen sind: Die Verwaltung befaßt sich mit den internen Angelegenheiten der ADL, wird von Philip Shamis geleitet, der vorher Leiter des Rechnungswesens des American Jewish Committee war.
Die Hauptabteilung Bürgerrechte arbeitet über die Abteilungen für Tatsachenermittlung (Fact Finding), geleitet von Irwin Suall, Forschung und Entwicklung (Alan M. Schwartz), Rechtswesen (Steven M. Freeman), ein Büro in Washington D.C. (Jess Hordes), wo eine »Task Force on Nazi War Criminals« (Einsatzgruppe für Nazi-Kriegsverbrecher) mit Elliot Wellers stationiert ist, und vier Koordinatoren für die einzelnen Bezirke. Ihr Leiter ist Jeffrey P. Sinensky, der früher außerordentlicher Direktor (associate director) der Hauptabteilung war.

Die Hauptabteilung Gemeindedienst leitet 31 Bezirksbüros in den ganzen Vereinigten Staaten, deren Direktoren eng mit den von NC ernannten Bezirksvorständen zusammenarbeiten. Ihr Direktor ist Charney V. Bromberg, der vorher stellvertretender Direktor der Abteilung für Internationale Beziehungen des American Jewish Committee war.

Das Verbindungs- und Nachrichtenwesen beschäftigt sich mit Public Relations und der Produktion von Material. Bis Januar 1990 von Lynne Ianniello geleitet.

Die Abteilung Entwicklung beaufsichtigt die Geldbeschaffungsaktionen des ADL Appeal – zum Beispiel ist der Ehrenvizevorsitzende der ADL, Edgar Bronfman, gleichzeitig Leiter des Greater New York Appeal.

Intergroup Relations besteht aus den Abteilungen Bildung (Frances M. Sonnenschein); Höhere Bildung/Universitätsangelegenheiten (Jeffrey A. Ross); Interkonfessionelle Angelegenheiten (Rabbi Leon Klenicki, der auch Verbindungsmann zum Vatikan ist); Fernsehen, Rundfunk und Film; Veröffentlichungen (Howard J. Langer); ein Internationales Zentrum für Holocaust-Studien (Dennis B. Klein). Ihr Direktor ist Alan Bayer, der vorher leitender Direktor der Jewish Federation of San Antonio, Texas, war.

Die Abteilung internationale Angelegenheiten umfaßt Abteilungen in den Vereinigten Staaten, die sich mit europäischen, lateinamerikanischen und nahöstlichen Angelegenheiten beschäftigen und leitet die Übersee-Operationen der ADL, darunter die Büros in Paris (Robert Goldman); Rom (Lisa Palmiere-Billig) und Jerusalem (Harry Wall). Ihr Direktor ist der National Director der ADL Abraham Foxman, dem der außerordentliche Hauptabteilungsdirektor Kenneth Jacobson untersteht, der die tagtäglichen Dinge wahrnimmt.

Die Abteilung Führung wirbt mögliche zukünftige Führungspersönlichkeiten an und koordiniert eine National Leadership Conference der ADL. Ihr Direktor ist Marvin S. Rappaport. Die National Leadership Conference brachte kürzlich 250 ADL-Mitglieder aus allen Teilen der USA nach Washington zu drei Tage dauernden Sitzungen mit Beamten der Bush-Regierung, des Kongresses und der israelischen Botschaft zusammen.

Die ADL hat über 300 Leute, die Führungsposten oder Ehrenführungspositionen innehaben. Hierzu gehören eine Reihe von Ehrenvizevorsitzende, die enge Verbindungen zur ADL unterhalten, die aber aus verschiedenen Gründen – darunter Regierungsdienste – nicht als aktive Beamte dienen können. Zu dieser Gruppe gehören die US-Senatoren Rudy Boschwitz und Howard Metzenbaum, der ehemalige Handelsminister der Carter-Regierung Philip Klutznick, der ehemalige Vermittler für Abrüstungsfragen der Reagan-Regierung Max Kampelman, und der ehemalige Senator Abraham Ribicoff sowie der Abgeordnete Sidney Yates.

Der Präsident des World Jewish Congress Edgar Bronfman ist auch ein Ehrenvizevorsitzender, zusammen mit zwei weiteren bedeutenden Personen aus dem alten Meyer Lansky-Umkreis, die Bankiers Leonard Abess und Theodore Silbert. Mit Ausnahme der Kongreßabgeordneten sind die genannten Ehrenvizevorsitzenden zu irgendeiner Zeit aktive Mitglieder der National Comission.

Der aktive Kern der ADL

Zu dem aktiven Kern der ADL-Mitarbeiter gehören:

Burton S. Levinson, landesweiter Vorsitzender der ADL seit 1987. Seine Arbeit bei der ADL geht auf das Jahr 1950 zurück, als er sich als Student am Los Angeles City College in eine Gerald L.K. Smitz angeschlossene Gruppe einschmuggelte. Jetzt ist er Seniorpartner in der in Beverly Hills ansässigen Anwaltspraxis Levinson & Lieberman.

Abraham H. Foxman, landesweiter Direktor der ADL seit 1987. Er ist seit 1965 Mitarbeiter der ADL. 1940 in Baroniwicze, Polen, geboren, ist Foxman eine der geheimnisvollsten Figuren in der Führung der ADL. Aus amerikanischen Geheimdienstkreisen verlautet, daß Foxman unter dem Verdacht stehe, ein sowjetischer »Illegaler«, ein langfristig eingeschleuster Agent, sei, der ohne irgendwelche Verbindungen zum offiziellen sowjetischen diplomatischen Corps arbeite.

Arnold Forster war seit 1946 außerordentlicher Direktor der ADL unter Ben Epstein und ist jetzt Mitglied des NC und Generalanwalt der ADL. Er war »Prozeßbevollmächtigter« der New Yorker Anwaltspraxis Shea & Gould, die enge Verbindungen zu dem verstorbenen Gangster-Anwalt Roy Cohn unterhielt.

Kenneth J. Bialkin. Dieser ehemalige landesweite Vorsitzende der ADL von 1982 bis 1986 ist heute Ehrenvorsitzender und Mitglied der NC, wie auch Präsident der ADL Stiftung.

Theodore H. Silbert, Ehrenvizevorsitzender, arbeitet mit Edgar Bronfman in dem lukrativen Greater New York Appeal für die ADL. Silbert ist Vorsitzender der Sterling National Bank.

Burton M. Joseph, landesweiter Vorsitzender der ADL von 1976 bis 1978, ist heute Ehrenvorsitzender. Seine Familie leitet die in Minnesota ansässige Firma für landwirtschaftliche Produkte I.S. Joseph. Nach dem Zweiten Weltkrieg schloß er sich politisch mit dem liberalen Demokraten Hubert H. Humphrey zusammen, durch den er mit Max M. Kampelmann (jetzt Ehrenvizevorsitzender der ADL) und dem Spitzenfinanzier der ADL, Dwayne Andreas, befreundet wurde. Zusammen bilden sie die »ADL-Mafia von Minneapolis«.
Edgar Bronfman, landesweiter Ehrenvorsitzender der ADL und Leiter deren Greater New York Appeal.

Ein Profil der Anti-Defamation League

Irwin Suall. Seit 1966 leitet er das Fact-Finding Department (Tatsachenfeststellungs-Abteilung) der Hauptabteilung Bürgerrechte der ADL.

Meyer Eisenberg, Vizevorsitzender der ADL und ehemaliger Leiter des Ausschusses für Bürgerrechte der National Commission – ihm unterstehen die Tatsachenfeststellungs- und die Rechtsabteilung –. Er diente von 1959 bis 1970 als Anwalt bei der US-Securities and Exchange Commission. Er stieg zur Position des stellvertretenden Generalanwalt der SEC auf, bevor er von seinem Regierungsposten zurücktrat. Als Privatanwalt einer Reihe von Firmen im Raume von Washington bleibt Eisenberg weiterhin einer der Experten für Effektenrecht des Landes.

Die ADL und das organisierte Verbrechen

Es war keine Public Relations Dummheit, als die ADL 1985 dem Gangster Morris Dalitz, ein Gründer der notorischen Purple Gang und langzeitiger Partner des verstorbenen Gangsters Meyer Lansky, ihre Auszeichnung »Torch of Liberty« (»Fackel der Freiheit«) überreichte. Die derzeitige Führung der ADL wird von Personen mit langjährigen Bindungen zum organisierten Verbrechen, vor allem zum Apparat der Drogengeldwäsche, dominiert.

An erster Stelle unter diesen ADL-Offiziellen zählt Kenneth Bialkin, ehemaliger landesweiter Vorsitzender, der immer noch Ehrenvorsitzender und Direktor der ADL-Stiftung ist. Als er in den siebziger Jahren in der New Yorker Anwaltspraxis Willkie Farr und Gallagher tätig war, leitete Bialkin Robert Vescos Plünderung des Investors Overseas Service (IOS) um mehr als 60 Millionen Dollar. Vesco, ein flüchtiger Banker, der jetzt in Havanna, Kuba, lebt, war früher Partner des Drogenschmugglers Carlos Lehder Rivas vom Medellin-Kartell, der Lehder dabei half, seine Marihuana- und Kokain-Schmuggelrouten durch die Bahamas festzulegen.



Kurt Waldheim wurde aufgrund weitgehend von den Sowjets gefälschter Dokumente als »wesentlicher Bestandteil der Nazi-Tötungsmaschine« verleumdet.

Am 17. April 1989 wurde Robert Vesco erneut durch ein amerikanisches Schwurgericht in Jacksonville, Florida, angeklagt. Er wird beschuldigt, von 1974 bis 1989 in eine Kokainschmuggel-Verschwörung des Medellin-Kartells verwickelt gewesen zu sein.

Im Januar 1980 verurteilte ein Schwurgericht im südlichen Bezirk von New York Willkie Farr und Gallagher zur Zahlung von 35 Millionen Dollar an Opfer der IOS-Plünderung und erkannte dahingehend, daß Bialkin bei der Aufstellung des Geldwäsche- und Diebstahlsplanes auf jeder Ebene maßgebend beteiligt war. Beamte des US-Gesetzesvollzugs glauben, daß IOS einer der frühen Kanäle für Millionen von Dollar an Drogenprofiten und eine von Meyer Lansky benutzte Bargeld-Einzahlungsstelle war.

Als Alibi-Spenden für die ADL

Kürzlich verließ Bialkin Willkie Farr und trat in die größte Anwaltspraxis der USA; Skadden Arps, ein. Auf weitgehend ähnliche Weise wie Willkie Farr Pionierdienste bei den sorgfältig ausgearbeiteten Geldwäscheplänen leistete, die heute den Blutkreislauf des internationalen Drogenhandels darstellen, stand Skadden Arps Pate bei den Junk-Bond- und Leveraged-Buyout-Plänen, durch die Milliarden von Dollar an dubiosen Geldern aus dem Ausland über neutralitätswidrige Firmenübernahmen und Abschöpfen von Vermögenswerten auf dem amerikanischen Industriesektor wieder ins Land hineingeholt wurden. Zwei der berüchtigtsten Kunden von Skadden Arps sind Michael Milken und Ivan Boesky von Drexel Burnham – und beide unterstützen, keineswegs zufällig, die ADL.

Ein anderer landesweiter Vorsitzender der ADL, Burton Joseph, spielte bei der Übernahme und Ausplünderung des IOS durch Robert Vesco die Hauptrolle, indem er Vesco mit seinem Schützling, den Banker Meshulam Riklis von der Rapid American Corp. zusammenbrachte. Laut Prozeßbericht kaufte Riklis als Stellvertreter im Amt für Vesco einen Mehrheitsblock von IOS-Aktien auf. Riklis wurde später mit Bialkin, Edgar Bronfman, Henry Kissinger und anderen ADL-Figuren mit einem Immobilien-Skandal in Verbindung gebracht, wo es um den ungesetzlichen Kauf von großen Parzellen in den von den Israelis besetzten Gebieten und den christlichen und moslemischen Vierteln von Jerusalem ging.

Während Bialkins Amtszeit bei Willkie Farr befaßte sich die Firma auch mit pro bono Rechtsangelegenheiten für die ADL und vertrat den Großspender für die ADL Edmond Safra. Bialkin vertrat Safra bei der Übernahme von American Express durch den syrischen Banker, eine Transaktion, die später mit einem Fiasko endete, als Beamte von American Express Safra der Geldwäsche beschuldigten.

Am 3. Januar 1989 identifizierten Beamte des US-Customs Service (Zollbehörde) und der US-Drug Enforcement Administration (Drogengesetz-Vollstreckungsbehörde) in Bern Edmond Safra als Hauptfigur eines internationalen Drogengeldwäscheplans unter Beteiligung der Shakarchi Trading Co. In den behördlichen Unterlagen wird Safra als lebenslanger Freund und Geschäftspartner von Mohammed Shakarchi identifiziert sowie Nummernkonten bei Safras Republik National Bank in New York City als Durchgangskonten für Drogengewinne syrischer, libanesischer, bulgarischer und kolumbianischer Drogendealer-Organisationen festgestellt.

Von Safras Mitarbeitern verlautet, dieser habe dafür gesorgt, daß die ADL eine Million Dollar von dem Geld erhielt, das ihm 1989 bei einem Rechtsstreit zugesprochen wurde.

Es gibt eine Finanzinstitution, die enger mit der ADL verbunden ist als jede andere, nämlich die Sterling National Bank in New York City. Am 29. Januar 1982 strengten italienische Behörden gegen die Sterling National Bank und andere amerikanische Finanzinstitute im Namen von Anlegern in Banca Privata Italiana einen Zivilprozeß an, unter der Anklage, daß 27 Millionen Dollar geplündert worden seien. Der Vorsitzende von Sterling sowohl zur Zeit des behaupteten Diebstahls als auch heute ist Theodore H. Silbert, ein weiterer Ehrenvizevorsitzender

der ADL und ehemaliger Leiter des ADL Appeal, deren Haupt-Geldbeschaffungsarm.

Die Geldsäcke bei Sterling National

Kreise des amerikanischen Gesetzesvollzugs haben Sterling National als Gangster-Fassade seit ihrer Gründung im Jahre 1929 durch den Gesellschafter von Meyer Lansky, Frank Erickson, identifiziert. Sterling National war auch durch einen anderen mit der ADL verbundenen Bankdirektor, Arnold Burns, ein stellvertretender Generalstaatsanwalt der Reagan-Ära, in eine Steuerhinterziehungssache verwickelt. Burns Anwaltspraxis, Burns and Summit, richtete anscheinend eine Kette von Steuerschlupfwinkeln in der Karibik ein, die Millionen von Dollar an steuerpflichtigem Einkommen durch nichtvorhandene »R&D-Investments« (Forschungs- und Entwicklungs-Projekte) in Israel abschirmte.

Der ehemalige Beamte in der Reagan-Regierung, Botschafter für Italien Maxwell Raab, ist ein weiterer langjähriger Direktor von Sterling National. Raab war früher Geschäftspartner von Meyer Lansky in der International Airport Hotel Corporation.

Ein Who's Who des Syndikats

Noch ein anderer mit dem Gangstertum verbundener Banker, der in der National Commission der ADL sitzt und im neuesten »Purpose and Program« der Liga als Ehrenvizevorsitzender verzeichnet ist, ist Leonard Abess von der City National Bank of Miami. 1981 verschaffte Abess dem Geldwäscher des kolumbianischen Kartells Alberto Duque einen Sitz im Vorstand der Bank, wo er so lange blieb, bis er 1986 wegen des Vergehens der Geldwäsche ins Gefängnis gesperrt wurde. Im darauffolgenden Jahr wurde Donald Beasley zum Vorstandsvorsitzenden der City National Bank gewählt. Beasly war der ehemalige Direktor der Nugan Hand Bank, von der angenommen wird, daß sie ein Hauptgeldwäschekanal für Gewinne aus Handelsgeschäften mit Heroin im südostasiatischen Raum sowie für »schwarze« Gelder ist, die aus dem illegalen Waffenhandel von Theodore G. Shackley und anderen Spitzenfunktionären der ADL stammen, die später in den Iran-Contra-Skandal verwickelt waren.

Eine Auflistung von Spendern für die ADL und Empfängern von Auszeichnungen über die letzten Jahrzehnte hinweg liest sich wie ein »Who's Who« des Syndikats des internationalen Verbrechens von Meyer Lansky. Langjährige Kumpels von Lansky wie Victor Posner, der Anwalt Sidney Korshak und Moe Dalitz erscheinen alle als Schutzpatrone des ADL.

Das gleiche Muster paßt auf die regionalen Ebenen der ADL. Zum Beispiel Phil Baskin, ein Anwalt aus Pittsburgh und Deichsler der Democratic Party, der als leitender Agent (chief operator) der ADL im westlichen Pennsylvania bekannt ist, wurde zum Rücktritt als Seniorpartner in seiner Anwaltspraxis gezwungen, nachdem er sich maßgebend daran beteiligt hatte, der Hauptfigur der Familie Gambino in New York, »Nicky« Sands, einen bedeutenden Flughafen-Bauauftrag zuzuspielen.

Weiter südlich war Paul Lipkin, Vorsitzender des Bezirksvorstands der ADL in Virginia, jahrzehntelang der persönliche Anwalt von Arthur »Bootsy« Goldstein, dem größten Vertreiber von Pornographie in Norfolk. Goldstein wurde 85 mal verhaftet und saß drei Haftstrafen wegen verschiedener Vergehen ab, darunter der Verkauf von Leim zum Schnupfen an Minderjährige und das Hausieren mit Sex-Artikeln.

Der Schnaps-Baron und Menschenfreund

Keine Besprechung der verschiedenen Bindungen der ADL wäre vollständig ohne den Hinweis auf Edgar Bronfman, Ehrenvizevorsitzender der ADL und Leiter des New York Appeal.

Heute als führender internationaler Geschäftsmann, Menschenfreund und Vorsitzender des angesehenen Jüdischen Weltkongreß gepriesen, ist es Bronfman doch nicht gelungen, den schmutzigen Flecken zu verwischen, der durch die Tatsache hinterlassen wurde, daß sein ganzes Familienvermögen – Seagram's Corporation, ihr Mehrheitsanteil an E.I. du Pont de Nemours Co., aus der Alkoholschmuggelei seines Vaters zur Zeit der Prohibition stammt. Seinerzeit als die »Bronfman-Bande« bekannt, waren die kanadischen Bronfmans die illegalen Hauptlieferanten für das als »Murder, Inc.« bekannte amerikanische Syndikat des Verbrechens. Bis spätestens 1920, als Edgars Vater Sam Bronfman und der Agent Arnold Rothsteins, Jacob Katzenberg nach Hongkong entsandten, um dort die Lieferung von Opium in die Wege zu leiten, wurden die Alkoholschmuggelrouten auch für das Schmuggeln und den Einzelhandelsverkauf von ungesetzlichen Drogen benutzt.



Unter Sir William Stephenson (rechts), dem britischen Meisterspion, stand der Arm der British Special Operations Executive für »verdeckte Aktionen« in enger Verbindung mit der ADL.

Bis zum heutigen Tag unterhalten Mitglieder der Familie Bronfman alte Verbindungen, während es Edgar und seinen Brüdern gelungen ist, sich in einen etwas abgetragenen Mantel der Respektabilität zu hüllen. Edgars Neffe Mitchel Bronfman wurde 1972 in einem Bericht der Crime Commission (Verbrechens-Kommission) in Montreal als intimer Freund des örtlichen Verbrecherchefs Willy Obront genannt: »Ihr Verhältnis miteinander erstreckt sich auf illegale Aktivitäten, die sie gegenseitig oder gemeinschaftlich geduldet haben ... auf die besondere Art von Gefallen, die sie sich gegenseitig taten und die sich daraus ergebenden beiderseitigen Vorteile auf den Gebieten des Darlehensbetrugs, des Glücksspiels, des illegalen Wettens, des Effektenschwindels, der Steuerhinterziehung und der Korruption« (aus »The Bronfman Dynasty« von Peter C. Newman).

Obront und ein anderer Partner des Verbrechens von Michael Bronfman, Sidney Rosen, wurden beide Mitte der siebziger Jahre wegen Drogengeldwäsche und damit zusammenhängenden Verbrechen zu Haftstrafen verurteilt.

Die ADL und die Sowjetunion

In ihrer Ausgabe von März-April 1990 veröffentlichte die bundesdeutsche Zeitschrift »Semit«, die sich selbst als »unabhängige jüdische Zeitschrift« bezeichnet, ein Exposé über die krummen Geschäfte des Ehrenvizevorsitzenden der ADL, Edgar Bronfman, mit dem inzwischen gestürzten kommunistischen Regime in der DDR unter Erich Honecker.

Der Artikel, von Jacob Dachauer verfaßt und betitelt »Ein Whisky für den Holocaust«, dokumentiert wie Bronfman seinen Posten als Präsident des Jüdischen Weltkongreß für Geschäfte seines Whisky-Imperiums Seagram's mit dem Honecker-Regime ausnutzte und dafür noch im Okto-

Ein Profil der Anti-Defamation League

ber 1988 die höchste Staatsauszeichnung »Freundschaft des Volkes in Gold« von Honecker erhält.

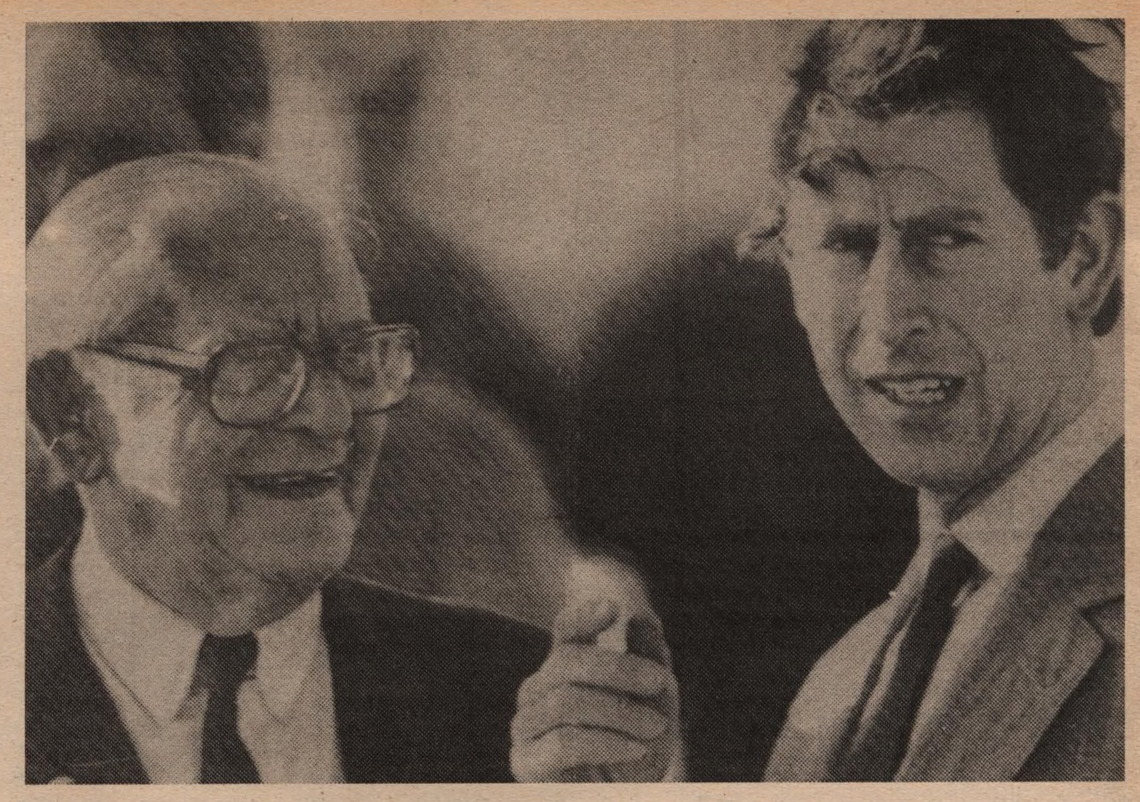
Der Artikel in »Semit« besagt im wesentlichen, daß Bronfman seine Beglaubigung als Leiter des einst geachteten Jüdischen Weltkongresses dazu nutzte, um die Deutsche Demokratische Republik (DDR) als Gegenleistung für eine Reihe von lukrativen Zugeständnissen zur Vermarktung seines Whiskys im ehemaligen deutschen kommunistischen Paradies von jeder Verantwortung für den Holocaust der Kriegszeit freizusprechen.

Bronfmans Buhlen um das Honecker-Regime begann im Jahre 1986, als einer seiner Geschäftspartner nach Ostberlin reiste und dort mit Klaus Gysi, dem Staatssekretär des kommunistischen Regimes für religiöse Angelegenheiten, zusammentraf. Klaus Gysis Sohn ist Gregor Gysi, der »Reformer« und Nachfolger Honekkers als Chef der kommunistischen Partei SED-PDS.

Auf späteren Reisen traf Bronfman mit Honecker und dem Mitglied des Zentralkomitès, Hermann Axen, zusammen. Bei einem Besuch im Jahre 1988 gelobte Bronfman, er werde sich persönlich für eine Einladung zum Staatsbesuch Honeckers nach Washington, bis spätestens 1990 einsetzen. Spätere Ereignisse machten es ihm natürlich unmöglich, sein Versprechen einzuhalten.

Die besonderen Beziehungen zur DDR

Edgars Bruder und Geschäftspartner, Charles Bronfman aus Montreal, wurde zu einer wichtigen Erscheinung in kanadisch-mitteldeutschen Freundschaftsgruppen und hatte bis zum Zusammenbruch des kommunistischen Regimes im November 1989 Veto-Vollmacht über alle an Kanadier ausgestellte DDR-Visen. Diese ausgedehnten Verbindungen zur DDR veranlaßten einige Experten der Nachrichtendienste zu der Schlußfolgerung, daß Edgar und Charles Bronfman besonders enge Beziehungen zu General Markus Wolf, dem Leiter des Staatssicherheitsdienstes (Stasi) der DDR und führenden Schützling des verstorbenen Chefs des KGB und der KPdSU Juri Andropow unterhalten.



Armand Hammer, Lieblings-»kapitalist« des Sowjetregimes und enger Freund des britischen Thronfolgers Prinz Charles, dient der ADL oft als »Sonderbotschafter«.

Edgar Bronfman erfreut sich gleichermaßen enger Bindungen zu dem Regime in Moskau, und diese haben sich nach dem Aufstieg Michail Gorbatschows zur Macht im Jahre 1985 sogar noch gefestigt. Wie aus Kreisen, die mit Bronfmans russischen Verbindungen vertraut sind, verlautet, war der kanadische Whisky-Baron ein langjähriger Bundesgenosse von Alexander Jakowlew, des ehemaligen sowjetischen Botschafters in Ottawa, der jetzt einer der engsten Berater Gorbatschows ist. Jakowlew sitzt sowohl im Politbüro als auch in dem neugebildeten Präsidentschaftsrat.

In zahlreichen Reden und Kommentaren seit Gorbatschows Aufstieg zur Macht hat Bronfman an die Vereinigten Staaten appelliert, der Sowjetunion den Status der meistbegünstigten Nation zu verleihen, ihr die Mitgliedschaft in GATT und Zugang zu den fortschrittlichsten westlichen Technologien anzubieten. In einer von seinem Büro herausgegebenen Pressenotiz pries Bronfman Gorbatschow, weil dieser die Parole »Sozialismus in einem Land« umgestoßen habe und erklärte: »Es liegt im Interesse der USA auch nur eine teilweise Umkehrung der Perestroika zu verhindern.«

Bronfman ist Vorstandsmitglied des US-Soviet Trade and Economic Cooperation Council (USTEC), einer Sammlung von leitenden Persönlichkeiten von American Fortune 500 und Beamten des sowjetischen Handelswesen, die aktiv die Erweiterung der Handelsbeziehungen zwischen den beiden Supermächten vorantreiben. Laut einem Dokument des amerikanischen Außenministerium ist dem CIA bekannt, daß USTEC von KGB- und GRU- (sowjetischer Militärgeheimdienst)-Agenten dominiert wird. Bis vor kurzem war der sowjetische Mit-Vorsitzende der Gruppe der KGB-General Jewgeni Petrowitsch Pitrowanow, ein langjähriger Verbündeter Stalins, der die Umwälzungen der Zeit nach Stalin gut überlebte und Leiter der sowjetischen Handelskammer wurde.

Am 23. Januar 1989 berichteten die für mehrere Zeitungen schreibenden Journalisten Evans und Novak über ein Geheimtreffen in Edgar Bronfmans Apartment in New York, an dem auch die USTEC-Offiziellen Dwayne Andreas und James Giffen zusammen mit Morris Adams und Simcha Dinitz teilnahmen. Die Gruppe brütete Pläne aus, um die Unterstützung der zionistischen Lobby für die Aufhebung der Jackson-Vanik-Gesetzesänderung zu mobilisieren, als Gegenleistung für unbegrenzte Einwanderung sowjetischer Juden nach Israel.

Die jüdischen Sklawen für Israel

Die Entstehung dieses Planes geht auf Januar 1985 zurück, als Edgar Bronfman auf der Sitzung des leitenden Vorstands des Jüdischen Weltkonrgresses (JWK) in Wien vorschlug, daß sich die Organisation »aus jüdischen Gründen« gegen die Strategic Defense (SDI) Initiative der Reagan-Regierung stellen sollte. Als Bronfman im Juni des gleichen Jahres auch verkündete, er werde dem JWK bei dem Bestreben vorangehen, Präsident Reagan daran zu hindern, während seines Staatsbesuchs in der Bundesrepublik einen deutschen Friedhof in Bitburg zu besuchen. Moskau zeigte sich dafür erkenntlich, indem es

ihn in seiner offiziellen Eigenschaft als Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses in die Sowjetunion einlud. In der Einladung, die durch den Justizminister der Russischen Föderation Alexander Sukharew erfolgte, wurde speziell vorgeschlagen, über die Auswanderung sowjetischer Juden zu reden.

Bei ähnlichen Gesten der Unterstützung für Gorbatschow ging Bronfman soweit, den Rücktritt des Bundestagsvorsitzenden Philip Jenninger wegen einer Rede zu erzwingen, die dieser im November 1988 zum 50. Jahrestag der sogenannten Reichskristallnacht gehalten hatte.

Außerdem brandmarkte Bronfman auf einer weithin publizierten Pressekonferenz in Ungarn am 4. Mai 1987 den österreichischen Bundespräsidenten Kurt Waldheim als »wesentlichen Bestandteil der Nazi-Tötungsmaschine«. Die Anklagen gegen Waldheim beruhten weitgehend auf von den Sowjets gefälschten Dokumenten und meineidigen Zeugenaussagen und waren Teil einer Verunsicherungskampagne gegen Österreich und den Vatikan.

Der Pendler zwischen New York und Moskau

Kein Wunder, daß Bronfman zu einem häufigen Pendler zwischen New York und Moskau wurde.

Wochen nach Bronfmans geheimer Planungssitzung in New York, am 11. Februar 1989, führte Edgar Bronfman die größte Delegation jüdischer Führungspersönlichkeiten aller Zeiten nach Moskau. Am 13. Dezember 1989 war Bronfman wieder in Moskau, diesmal als Leiter einer Delegation von 100 westlichen jüdischen Führungspersönlichkeiten zur Teilnahme an der Eröffnung eines jüdischen Kulturzentrums.

Eine Woche später verkündete Kenneth Jacobson, der Direktor für internationale Angelegenheiten der ADL, daß eine Delegation der ADL Moskau auch Anfang 1990 besuchen werde, um der Einladung von Präsident Gorbatschow, in der sowjetischen Hauptstadt ein Büro der ADL zu eröffnen, zu folgen.
Neben Edgar Bronfman ist der Getriedehändler aus Minneapolis, Dwayne Andreas, der an der Sitzung in Bronfmans Apartment auf der der »Juden für Getreide«-Komplott in die Wege geleitet wurde, teilgenommen hatte, der Schutzpatron der ADL, der für die engen Bindungen zwischen der Liga und dem Gorbatschow-Regime am meisten verantwortlich ist.



Edgar Bronfman, Vorsitzender des Jüdischen Weltkongresses, gehört zum aktiven Kern der ADL.

Obwohl Andreas kein Jude ist, ist er einer der großzügigsten Spender an die ADL. An einem kritischen Punkt Ende der siebziger Jahre, als die ADL finanziell ins Schleudern geraten war, gab Andreas auf Ersuchen des landesweiten Vorsitzenden der ADL, Burton Joseph, von der Firma für landwirtschaftliche Geräte in Minneapolis, I.S. Joseph, das Startgeld für die ADL-Stiftung.

Andreas' Beziehungen zur ADL gehen auf seine frühe politische Ausbildung durch den National Chairman der ADL, Ben Epstein, zurück, ein Verhältnis das Andreas 1987 in einer Rede vor dem Kongreß folgendermaßen beschrieb: »Mr. Ben Epstein, er möge in Frieden ruhen, der 20 Jahre lang mein Freund war, war zu seinem ewigen Verdienst mein Mentor und Richtschnur in diplomatischen Angelegenheiten. Ich arbeitete wochenlang mit ihm an dem Problem, wie der Handel mit der UdSSR erweitert werden kann, zusammen.«

In einem Artikel auf der Titelseite des »Wall Street Journal« vom 26. September 1986 mit der Überschrift: »Gorbatschow's Pal: Dwayne Andreas Gains a Position as the Kremlines Apparent Favorite« (»Gorbatschows Kumpel: Dwayne Andreas bekommt einen Posten als anscheinender Günstling im Kreml«), wird Andreas als Nachfolger des Vorstandsvorsitzenden von Occidental Petroleum Armand Hammer – jetzt 91 Jahre alt – als Lieblings-»kapitalist« des Sowjetregimes gehandelt.

Es war höchstwahrscheinlich Andreas, der mehr Privataudienzen mit Gorbatschow hatte als irgendein anderer Westlicher, der die Aufforderung an die ADL, sich in Moskau zu etablieren, in die Wege leitete, vorgeblich, um den Antisemitismus innerhalb Rußlands zu bekämpfen. Ein ehemaliger Geheimdienstbeamter des amerikanischen Außenministeriums sagte zu unseren Korrespondenten, der eigentliche Zweck der Einrichtung eines ADL-Büros in Moskau sei der, die Koordinierung der ADL mit dem KGB bei der Durchführung eines Pro-Gorbatschow-Propagandafeldzuges innerhalb der Vereinigten Staaten zu verbessern.



Meyer Lansky und andere Mitglieder des Syndikats des internationalen Verbrechens erscheinen alle als Schutzpatrone des ADL.

Ein weiteres Merkmal des derzeitigen »Go east«-Vorstoßes der ADL sind die Bemühungen Bronfmans und anderer, in die »lukrativen neuen Märkte« in den befreiten Ländern Mitteleuropas einzusteigen. Zum Beispiel gehören die kanadischen Immobilien-Milliardäre, die Gebrüder Reichmann, vertreten durch die mit der ADL verbundene Anwaltspraxis von Shea Gould und das ebenfalls mit der ADL liierte Spezialunternehmen für Emissionen von Bear Stearns, zu dem neuen Kapitalanlagekonsortium, das darauf bedacht ist, in Budapest eine große Finanzdrehscheibe einzurichten – mit dem Segen sowohl des Gorbatschow-Regimes als auch des US-Außenministeriums.
Die Bindungen der ADL zum bolschewistischen Regime und ihren Geheimdiensten gehen schon Jahrzehnte zurück. Sogar während des Zweiten Weltkriegs, als die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten gegen die Nazis verbündet waren, wurden gewisse ADL-Offizielle als mutmaßliche sowjetische Agenten auf Watchlisten des US-Military Intelligence Service gesetzt. Nach Aussagen eines Augenzeugen stand Stanford Griffith, der während und kurz nach dem Zweiten Weltkrieg so etwas Ähnliches wie die heutigen Fact-Finding Division leitete, auf einer solchen Liste.

Die Ausgabe von »Headlines And What's Behind Them« vom 5. April 1955 katalogisiert einen kontroversen Zwischenfall, bei dem die ADL einem bekannten Ass des sowjetischen Geheimdienstes Unterschlupf gewährte. Der betreffende sowjetische Agent, Wladimir Stepankowsky, war Mitte der dreißiger Jahre von Frankreich nach der Schweiz ausgewiesen worden, nachdem er als Leiter des bolschewistischen Informationsbüros identifiziert worden war, nur um in die Vereinigten Staaten auszuwandern und dort sofort für das ADL-Mitglied Mitchell Solomon an die Arbeit zu gehen. Durch Solomons Verbindungen zum Oberstleutnant der US-Army, Eugene Prince, einem Nachrichtenoffizier, der für die Überprüfung der Vorgeschichte von Einwanderern in die USA der US-Army verantwortlich war, gelang es Stepankowsky, in amerikanische Geheimdienste zur Kriegszeit einzudringen.

1954 wurde er von Elisabeth Bentley als Mitglied eines sowjetischen Spionagerings entlarvt; durch Intervention seitens seines ADL-Fürsorgebeamten Mitchel Solomon wurde ihm jedoch eine strafrechtliche Verfolgung erspart. Zu diesem Zeitpunkt hatte die ADL den sowjetischen Agenten in die National Renaissance Party von James Madole, eine neonazistische Gegengruppe hineingebracht, die sich weitgehend aus eingeschleusten ADL-Leuten zusammensetzte, um in den Vereinigten Staaten den Anschein einer neuen »faschistischen Bedrohung« zu wecken. □

Israelischer Oberst wegen Drogengeschäfte angeklagt

Gegen einen Reserveoffizier der israelischen Armee wurde wegen ungesetzlicher Ausfuhr von Militärgerät in Kolumbien öffentliche Anklage erhoben. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtet, Oberst Yair Klein und dessen Sicherheitsfirma Hod Hahanit (Speerspitze) seien in Nachrichtenmeldungen beschuldigt worden, kolumbianische Drogenlords ausgebildet zu haben. Klein geriet vor einem Jahr unter Beobachtung, als ein Fernsehnetz Bilder ausstrahlte, auf denen er als Leiter von paramilitärischen Ausbildungslehrgängen in Kolumbien zu sehen ist. Das Fernsehen identifizierte seine Kunden als Mitglieder des Medellin-Drogenkartells – eine Anklage, die er jedoch bestreitet.

Klein beharrt darauf, er habe Viehbauern zur Abwehr gegen kommunistische Guerillas ausgebildet. In der Anklageschrift heißt es, ohne daß Drogen erwähnt werden, Klein habe der »Organisation von Viehbauern« unerlaubte Dienste geleistet. Er habe Früherkennungsvorrichtungen geliefert, die normalerweise von Fluglinien und Flughäfen verwendet werden sowie Spezial-Nachtsichtausrüstung.

In jüngster Zeit wurde Klein mit einer Sendung von Waffen an die karibische Insel Antigua in Zusammenhang gebracht, die schließlich auf der Ranch eines ermordeten kolumbianischen Drogenlords landete. Klein sagte, er habe versucht, auf der Insel eine Ausbildungsstelle für Sicherheitskräfte einzurichten.

Israels Verteidigungsministerium hat etwa 800 Firmen die Genehmigung erteilt, in überseeischen Gebieten mit Waffen und Sicherheitsleistungen zu handeln, beschwerte sich jedoch gegenüber der Polizei darüber, daß Klein keine Lizenz habe, um militärische Technologie zu exportieren. Kolumbien erließ Haftbefehl zur Festnahme Kleins und seine Auslieferung wegen krimineller Verschwörung, aber Israel ließ verlauten, es werde diesem Gesuch nicht stattgeben, weil die beiden Länder miteinander keinen Auslieferungsvertrag miteinander abgeschlossen hätten. □

Israels Atomwaffen

Trotz des Gezeters zahlreicher israelischer und jüdisch-amerikanischer Propagandisten, daß im Nahen Osten unmittelbar ein Krieg ins Haus stehe, scheinen die israelischen Verteidigungsstreitkräfte (IDF) kaum mehr als gewöhnlich – vielleicht sogar noch weniger – über eine solche Möglichkeit beunruhigt zu sein. In den letzten Jahren haben die IDF-Planer und Strategen ausdrücklich eine Politik der Abschreckung, unterstützt durch Drohung mit massiver Vergeltung, umrissen. In der Vergeltungshälfte der Gleichung war stets stillschweigend die Vergeltung mit Atomwaffen eingeschlossen, obwohl das gefürchtete Wort niemals erwähnt wurde.

Obwohl sie einen professionellen Respekt gegenüber ihrem Feind zur Schau stellen, sei es Syrien, Irak oder das weit entfernte Libyen, haben die Generäle der IDF und andere militärische Denker, die das Thema eines möglichen neuen Krieges mit arabischen Streitkräften anschnitten, wiederholt die Abschreckungsnatur der militärischen Strategie Israels betont. General Dan Shomron, der Stabschef der IDF, hat mehrmals seine Philosophie zum Ausdruck gebracht und zum Beispiel gesagt, die israelische Verteidigungspolitik sei, »kurz gesagt, ein hohes Niveau der Abschreckung beizubehalten und die Aussicht auf einen Krieg mit Israel nicht wünschenswert erscheinen zu lassen«. Erst kürzlich rief ein IDF-Stratege, der unter dem Pseudonym Yonatha L. schreibt, vertraulich zu von Israel einzuleitenden »Maßnahmen zur Verringerung der Spannungen« mit dem Irak auf.

Der Abschreckungsfaktor nahm nach der Mordechai-Vanunu-Affaire von 1987/88 eine neue Bedeutung an. Vanunu, der als Techniker an einer israelischen Atomwaffenanlage in Dimona gearbeitet hatte, bevor er dem Zionismus den Rücken kehrte, legte dokumentarisches Beweismaterial aus erster Hand vor, darunter Fotografien für Israels überraschend großes und ausgeklügeltes Atomwaffenarsenal. Seine Enthüllungen wurden in der westlichen Presse weithin verbreitet.

Nach dieser Veröffentlichung der Enthüllungen Vanunus, der schnell seine Entführung durch den israelischen Geheimdienst folgte, konnten in keinem arabischen Land hinsichtlich Israels Atomwaffenpotential mehr Zweifel bestehen.

Obwohl israelische Militärsprecher immer noch sorgfältig vermieden, speziell auf ihr Atomwaffenarsenal einzugehen, benutzten sie Vanunus Enthüllungen von diesem Augenblick an dazu, die Glaubwürdigkeit ihrer Abschreckungsmöglichkeiten zu unterstreichen. Indem sie dies taten, stellen die IDF-Planer bald ein deutliches Bewußtsein des Vertrauens zu den Fähigkeiten des Judenstaates zur Abschreckung einer arabischen Aggression oder Angriffs zur Schau.

Dieses Bewußtsein des Vertrauens in die arabische Abschreckungskraft der IDF ist stark geblieben, auch angesichts der kürzlich weithin publizierten Angst vor einem Krieg, die den kriegerischen Aussagen des irakischen Präsidenten Saddam Hussein angelastet wird.

Es muß jedoch darauf hingewiesen werden, daß Hussein niemals mit einem unprovozierten Angriff auf Israel gedroht hat, als er behauptete, der Irak würde »halb Israel in Brand setzen«. Womit Hussein wirklich drohte, war die Vergeltung mit chemischen Waffen, falls Israel einen militärischen Schlag gegen sein Land versuchen sollte. So hat er ungeachtet der schamlosen Verdrehungen seitens der Nachrichtenmedien – eigentlich mehr in der amerikanischen als in der israelischen Presse – nur seine eigene Strategie der Abschreckung angedeutet. Als Folge davon herrscht heute eine militärische Lage im nahen Osten: MAD oder Mutally assured destruction (Gegenseitig gewährleistete Vernichtung).

Durch den Erwerb von chemischen Waffen und der entsprechenden Trägerraketen hat der Irak und vielleicht noch andere arabische Staaten jetzt weitgehend ein Gegengewicht zu Israels Atomschlagkraft hergestellt. Dies wiederum hat das Phantom der Erstschlag-Option geschaffen, ein Schlag, bei dem die Vergeltungskapazität des Feindes ausradiert wird, bevor dieser sie anwenden kann. Theoretisch ist Israel mit seinem höchst zerstörerischen Atomwaffenarsenal gegenüber dem Irak und den Arabern, die nur mit unhandlichen Chemiewaffen ausgerüstet sind, zur Zeit im Vorteil. Am Ende findet möglicherweise eine Weiterverbreitung von Atomwaffen statt.
Mit diesem Gedanken im Sinn hat die IDF bereits der Vorweg-Abschreckung durch das Vorantreiben zweier zusätzlicher Waffensysteme den Vorrang gegeben: Unterseeboote, ausgerüstet mit Marschflugraketen (Cruise missiles), die mit Atomsprengköpfen bestückt sind, und einen nuklear-bewaffneten Satelliten.
Die beiden mit Dieselmotoren betriebenen »strategischen U-Boote« werden in den Docks der Howaldtswerke Deutsche Werft AG in Kiel gebaut. Die Kosten der U-Boote werden auf 500 Millionen Dollar geschätzt, wovon etwa 40 Prozent durch Gelder der amerikanischen Militärhilfe an Israel finanziert werden. Die U-Boote werden mit einer Variante von Israels Marschflugrakete Gabriel ausgerüstet, die ebenfalls teilweise mit Geldern der amerikanischen Steuerzahler finanziert werden.
Das mit Atomwaffen bestückte Satellitensystem befindet sich zur Zeit in Israel in der Entwicklung, und auch dieses wird teilweise durch Gelder aus der amerikanischen Militärhilfe finanziert. Obwohl die Israelis angedeutet haben, daß der Satellit, die Ofek genannt, als Fahrzeug zur fotografischen Aufklärung konzipiert sei, vermuten amerikanische Geheimdienstexperten, daß er als Waffe des jüngsten Tages gedacht ist – ein mit Atomwaffen bestücktes Orbital-Mehrfach-Bombardierungssystem (MOB). Bisher hat der Satellit zwei Testflüge absolviert, und bei keinem wurde eine Kamera-Einrichtung benutzt.

Wenn die mit Atomwaffen bestückten Unterseeboote und der Satellit einsatzfähig werden, wird Israel eine höchst glaubwürdige Abschreckung gegen Angriffe durch ganz gleich welche arabische Staaten besitzen. Aber diese fortschrittliche Abschreckungsschlagkraft könnte sich als so gut erweisen, daß der IDF im Endeffekt eine verlockende Erstschlag-Optionen offenstünde – vor allem, wenn diese Waffensysteme betriebsfertig werden, bevor der Irak oder ein anderer arabischer Staat eine glaubwürdige Atomschlagkraft erwirbt. Unter diesen Umständen könnte der Nahost-Wahnsinn sich schnell ins Unermeßliche ausweiten. □

Frieden-Jetzt-Führer: »Shamirs Friedensplan ein Schwindel«

Der »Shamir-Friedensplan« ist ein Schwindel, dessen Zweck es ist, Jordanien als »den Palästinenser-Staat« zu behandlen und das Entstehen eines unabhängigen palästinensischen Staates zu verhindern, klagte der israelische Führer der Frieden-Jetzt-Bewegung, General Matti Peled, in einem Artikel in der deutschen jüdischen Zeitschrift »Semit«.

Der Hauptpunkt des Planes, hebt Peled hervor, ist, daß ein palästinensischer Staat niemals am Westufer bestehen darf, da ein solcher Staat bereits vorhanden sei – nämlich Jordanien –, und daß von daher gesehen für einen zweiten Palästinenser-Staat kein Platz sei. Der Plan sehe zwar Frieden mit Jordanien vor, aber das »Jordanien«, auf das er sich bezieht, sei nicht das gleiche Jordanien, als das sich die Jordanier selbst bezeichnen, sondern vielmehr »Jordanien-als-Palästina«.

Der Plan sei eine umfassende Verneinung jeder Möglichkeit einer palästinensischen staatlichen Souveränität, da er die Gewalt der israelischen Behörden über alle wichtigen Gesichtspunkte des Lebens am Westufer des Jordans vorsieht. Shamir & Co. hätten eigentlich niemals beabsichtigt, daß irgendjemand den Plan ernst nimmt und waren überrascht, als die USA und Ägypten positiv darauf reagierten, als mögliche Basis für Gepräche im Nahen Osten. □

Sowjets brauchen kein Nahost-Öl

Die Sowjetunion hat sich in einer dramatischen Zurschaustellung ihrer neuen Identifizierung und ihres Bündnisses mit dem Westen dem Wirtschaftsembargo gegen den Irak angeschlossen und einseitig die Lieferungen von Waffen an die zum größten Teil mit sowjetischem Kriegsgerät ausgerüstete irakische Kriegsmaschine eingestellt. Das einzige, was die Sowjetunion nicht zu befürchten braucht, ist eine Unterbrechung ihrer Ölversorgung, da sie keinen Tropfen Öl einführt. Die Sowjets sind nämlich eines der führenden Ölerzeugerländer der Welt. Aber wegen ihrer Untüchtigkeit und Rückständigkeit in der Technik erreicht nur wenig sowjetisches Öl die Welt über den kommunistischen Block hinaus.

Angesichts des Zusammenbruchs seiner Wirtschaft, greift Moskau verzweifelt auf seine verläßlichsten Hartwährungsexporte zurück, als einen gangbaren Weg, um seine finanzielle Misere zu lindern. Um dies zu tun, muß es Geld und Hilfsmittel, die es nicht hat, in Erdölsuche sowie in Bohrungen und, was äußerst wichtig ist, in Transportmittel investieren. Ein Grund, warum die Sowjets dem Aufruf des Westens für Sanktionen gegen den Irak entsprochen haben, ist der, daß sie begierig sind den potentiellen westlichen Investoren zu beweisen, daß ihre Tage der Unterstützung jeder einen harten Kurs verfechtenden antiwestlichen Regierung bis zum »Geht-nicht-mehr« zu unterstützen, vorüber sind, daß sie dem Westen nicht mehr militärisch gegenübertreten oder mit ihm um Einfluß in unsicheren Regionen der Welt wetteifern wollen, und daß sie nicht zulassen wollen, daß die Politik dem Geschäft in die Quere kommt.

Westliche Experten riefen bereits zu ernsthaften Studien des Potentials des sowjetischen Öls auf, um die Energielücken im Westen und Japan zu stopfen, die durch zukünftige Unterbrechungen des Ölstroms aus dem Nahen Osten entstehen könnten. Vor allem in Japan sind Regierung und Privatindustrie dabei, alle Möglichkeiten, wie man den Sowjets auf den Gebieten der Technik und des Marketing als Gegenleistung für eine ständige Versorgung mit Rohöl Hilfestellung geben kann, genau zu untersuchen. Und einige Ölgesellschaften haben bereits Erdöl-Bohrmannschaften geschickt, mit dem Ziel, den Sowjets dabei zu helfen, durch Anwendung von Techniken wie Satelliten-Fotografie und Computer-Analyse unentdeckte Ölvorkommen zu finden. □

Verschiedene Infrastruktur-Projekte kommen voran

Nachdem er Israels neuer Minister für Wissenschaft und Technologie geworden war, gab Yuval Ne'emann bekannt, er wolle sein Ressort in Ministerium für Wissenschaft und Entwicklung umbenennen und mehrere wichtige Projekte in Mittelost- und nordafrikanischen Regionen reaktivieren. Eines der führenden Projekte, das er zu reaktivieren gedenke, sei der Bau eines Kanals, der das Mittelmeer mit dem Toten Meer verbindet, zur Erzeugung von hydroelektrischer Energie. Das Projekt wurde bereits in den achtziger Jahren konzipiert, aber durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die USA kaputt gemacht.

Gleichzeitig wurden 200 Millionen von zugesagten 920 Millionen Dollar Ägypten von Kuwait zur Erschließung von 4000 englischen Morgen Landes im nördlichen Sinai und zum Einrichten der Infrastruktur zur Verfügung gestellt. Das Projekt, das von den Ägyptern als strategisch angesehen wurde, hat den doppelten Zweck, ein zweites Delta für den Nil zu schaffen und eine Lebensmittelproduktionsbasis im Sinai zu errichten. Das Projekt erfordert die Beschäftigung von bis zu einer Million Menschen in diesem Bereich.

Das Maghreb Railway Transport Committee hat auch angekündigt, daß eine Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnlinie, die Rabat mit Tripolis über Algerien und Tunesien verbindet, zwischen 2005 und 2010 fertiggestellt wird. Das Projekt soll auf dem maghreb-arabischen Gipfeltreffen ratifiziert werden. □

Neuauslegung der zionistischen Ideologie

Israel wird eine »Gesellschaft des Raumzeitalters« werden. Das neue Denken, das in einem kürzlich erschienenen Artikel für die Theodor-Herzl-Stiftung von Tsvi Bisk vom Breit-Berl-Institut in Israel zum Ausdruck kommt, ruft zu »einer Neuauslegung der zionistischen Ideologie« auf, um das Ziel des Raumzeitalters zu erreichen.

Tsvi versichert, daß die »sozialwirtschaftliche Struktur der Welt judaisiert worden sei«, was er mit dem Kommen der »dritten Welle der Zivilisation« gleichsetzt. Er argumentiert dahingehend, daß die Entwicklung des Menschen soweit fortgeschritten ist, daß sie endlich die angeborenen geistig überlegenen Juden eingeholt habe. Und »angesichts der Tatsache, daß sich die jüdische nationale Identität durch universale Werte ausdrückt«, schreibt er, »können wir dies als konkrete Offenbarung der Träume der Propheten auffassen«.

Es ist daher so, argumentiert Tsvi, daß »wir, um die jüdischen Ambitionen vieler unserer jungen Leute zu wecken, deren Interesse und Idealismus innerhalb jüdischer Zusammenhänge wachrütteln müssen. Ein Israel, das auf vielen Gebieten ein ›Licht auf die Völker‹ werfen wird, ist in der Lage, dies zu tun«.
Es folgt daraus, daß »das jüdische Volk entweder eine führende Rolle bei der Gestaltung der Zivilisation der dritten Welle übernehmen oder untergehen muß«.
Nach weiteren Studien stellt sich heraus, daß der Verfasser die herrschende Meinung der messianischen oder kabalistischen jüdischen Bewegung vertritt. Diese Gruppe fanatischer Fundamentalisten verläßt sich stark auf die mündliche Tradition des Judentums, wie sie in den Lehren der mystischen und mysteriösen Kabalah zum Ausdruck kommt. □

Neuer Krieg der Banker

Sean O'Dwyer

Die Ereignisse in Irak und Kuwait sind in CODE schon seit langem vorausgesagt und erläutert worden. Während der CIA und andere Agenturen Milliarden Dollar an Steuergelder ausgegeben haben, um »Nachrichten und Daten« über den Nahen Osten vorwiegend vom israelischen Mossad – Israels Geheimdienst – zu sammeln und all die mörderischsten und korruptesten Regimes in der Region zu finanzieren, bereiteten sich die internationalen Banker auf ihre nächste Ausplünderung der »Durchschnittsmenschen« der Welt, der gewöhnlichen arbeitenden Menschen in jedem Land, vor.

Weil die internationalen Banker die meisten Nachrichtenmedien der Welt beherrschen und somit das gemeine Volk zu einer aufmerksamen Zuhörerschaft machen, erfahren nur die Leser von wenigen Zeitungen – in den Vereinigten Staaten gehört die Wochenzeitschrift »The Spotlight« und im deutschsprachigen Raum »Code« dazu – was wirklich vor sich geht.

Was die Medien verschweigen

Schon seitdem es den in London ansässigen internationalen Bankern gelang, Amerika in den Ersten Weltkrieg zu locken, sind die Vereinigten Staaten das Faktotum des britischen Imperialismus, Trilateralismus, Zionismus und Kommunismus, die immer Instrumentalien der Banker gewesen sind.

Seit dem Ersten Weltkrieg sind Amerikaner in Kriege, davon zahlreiche unerklärte Kriege, geschickt worden, nur damit die internationalen Banker wie die Ratten im Speck leben können. Milliarden von Dollar wurden dem Steuerzahler gestohlen, um die Rechnung für die Pläne der Banker zu bezahlen, die gewollt oder ungewollt schief gelaufen sind. Heute werden die Vereinigten Staaten im Griff der internationalen Banker gefangengehalten wie nie zuvor in ihrer ganzen Geschichte. Legionen von modernen Benedict Arnolds (Benedict Arnold, 1741-1801, General der Amerikanischen Revolution, der zum Verräter wurde) und verräterischen Doppelloyalisten, die sich als Beamte und Staatsdiener gerieren, haben das ehrwürdige Mandat des Volkes fremden Interessen, die sich zur Ruinierung und Versklavung des amerikanischen Volkes verschworen haben, untergeordnet. In diesem Zusammenhang rückte die sogenannte Irak-Krise plötzlich auf Seite eins der Medien des Establishments.

Die zwei Prinzipien der USA

Im Kontrast zu der Schauspielkunst der Fähnchen schwenkenden Konservativen und den sich stolz an die Brust klopfenden Liberalen hat die Lage im Irak in Wirklichkeit nichts mit den Interessen der Vereinigten Staaten als Land und noch viel weniger mit dem Wohlergehen amerikanischer Bürger zu tun. Es ist höchste Zeit, diejenigen, die aus Unwissenheit oder Dummheit die Einmischung der Banker in jedes Land der Welt unterstützen, daran zu erinnern, daß die Republik der Vereinigten Staaten auf zwei Prinzipien gegründet wurde:

Die Regierung ist der Diener des Volkes; und die Republik wird sich von allen ausländischen Einmischungen und Verwicklungen fernhalten.

Wegen dieser beiden Grundsätze riskierten amerikanische Gründerväter ihr Leben, als sie diese amerikanische Republik schufen. Obwohl dies seinerzeit eine neuartige Idee war, blieben die Väter der Republik ihren Grundsätzen treu: Nachdem sie die Unabhängigkeit errungen hatten, schickten sie sich nicht an, jeden mutmaßlich üblen Burschen von der Erdoberfläche verschwinden zu lassen.

Die Einstellung war klar und deutlich: Amerikaner würden ihr Leben einsetzen, um sich gegen einen Angriff auf amerikanischem Boden zu verteidigen, aber nicht das Leben eines einzigen Amerikaners in undurchsichtigen und zweifelhaften fremden Konflikten opfern, die nichts mit den Interessen Amerikas oder seiner Bürger zu tun haben. Es ist ein Maßstab für britische Heuchelei und Doppelzüngigkeit, diese eiserne Prämisse des Sicheraushaltens in eine solche der ständigen messianischen Einmischung in die Angelegenheiten jedes souveränen Staates verwandelt zu haben.

Das Schlimmste daran ist, daß diese Einmischung sich niemals zum Wohle des Bürgers, sondern ausschließlich zu Gunsten der internationalen Banker und verschiedener anderer verrückter Genies ausgewirkt hat.

USA erledigen Londons Drecksarbeit

Als das britische Establishment Amerika in dessen ersten Krieg gegen Deutschland – Erster Weltkrieg – hineindrängte, hatte es nämlich seine Position als Kolonialherr über Nordamerika neu abgesichert. Amerikanisches Blut wurde vergossen und amerikanisches Geld ausgegeben zu dem einzigen Zweck, Londons Angriff auf Deutschland abzusichern und den Weltkolonialismus vor der sicheren Niederlage zu bewahren.

Das britische Establishment hatte den Ersten Weltkrieg zu dem doppelten Zweck vom Zaune gebrochen, die europäischen Rivalen, Frankreich und Deutschland, durch ein gemeinsames Blutbad und durch Konsolidierung seines Raubs des Nahen Ostens und seines Kolonialismus in der übrigen Welt zu schwächen.

Es braucht nicht besonders betont zu werden, das institutionalisierte Piratentum des britischen Establishment hat dem eigenen englischen und noch weniger den Bürgern Amerikas jemals etwas Gutes gebracht. Es diente ausschließlich den internationalen Bankern. Die britische Manipulation zu dieser Zeit ist in brillanter Weise in »Hitler: Born at Versailles« aufgezeichnet worden.

So hatte die Verwicklung Amerikas in den Ersten Weltkrieg nichts damit zu tun, Amerika zu verteidigen oder die Fackel der Freiheit voranzutragen; sie hatte alles zu tun mit der Vergeudung von amerikanischen Leben und Geldern, um das britische Establishment aus seinen Schwierigkeiten herauszuhelfen. Einer der ruchlosesten britischen Raubzüge, abgesehen von der Kolonialisierung der fleißigen Buren in Südafrika, war die Eroberung des Nahen Ostens und besonders Iraks.

Versprechen, nichts als Versprechen

Den Arabern – dazu gehören die Irakis – war von den Briten Freiheit von der türkischen Herrschaft versprochen worden, wenn sie sich im Kriege auf die Seite der Briten stellen würden. Riesige Summen Geldes wurden ihnen ebenfalls versprochen. Den Stammesfürsten der arabischen Halbinsel wurde Land, zum Beispiel Palästina, versprochen, wenn sie in den britischen Krieg eintreten würden. Als die amerikanische Intervention als Zünglein an der Waage gewirkt hatte, brachen die Briten alle ihre Versprechen, die sie irgendjemand gemacht hatten.

Die Italiener bekamen Griechenland nicht, Griechenland bekam die Türkei nicht, und die Araber bekamen weder Freiheit noch Palästina. Die im Sterben liegende türkische Herrschaft wurde durch erbarmungslose britische Kolonisation ersetzt; und Palästina wurde schnell den Juden übergeben.

Und so hat die amerikanische Intervention, weit davon entfernt, eine Lanze für die Freiheit zu brechen, die Hälfte des zivilisiertesten Volkes in Europa versklavt und sie in die Hände von haßerfüllten Strolchen gegeben; und das Volk des Nahen Ostens tauschte einen Kolonialherren

gegen einen anderen aus. Nun war die Rangordnung fest etabliert: Amerika und alle seine Hilfsmittel waren von jetzt an den Interessen der in London ansässigen internationalen Banker untergeordnet.

Der britischen Propaganda ist es bis heute gelungen, das Hineinzerren Amerikas in all diese Dinge mit einem großzügigen Aufwand von Aufrufen, »die Demokratie zu retten«, zu vertuschen. Die Beherrschung der Medien durch die Banker hat diese Aufgabe sehr erleichtert.

Warum kommt jetzt Irak dran?

Der Erste Weltkrieg ging 1918 zu Ende und die internationale Hochfinanz trat über einen Haufen von 20 Millionen Leichen hinweg als klarer und einziger Sieger hervor. Der Bolschewismus war von ihr finanziert worden, um Rußland zu versklaven, dem Zionismus wurde Palästina übergeben, das den Palästinensern gehörte, und Amerika wurde hineingezogen, um die schmutzige Arbeit der Herren Banker in aller Welt zu verrichten. Die gebrochenen Versprechen der Briten und die nachfolgende Kolonialisierung haben jedoch die lange schlafende arabische Welt endlich aufgeweckt.

Die Araber hatten jahrhundertelang von ihrem vergangenen Ruhm gelebt, und es abgelehnt, von den hochtrabenden Briten kolonisiert zu werden, besonders als ein unermeßlicher Ölreichtum unter dem Boden ihrer Länder entdeckt wurde.

Jahrelang beuteten die Briten das Öl aus und hielten die Einwohner durch die Ernennung von Königen, Scheichs, Sultane, Emirs und Prinzen, die als britische Marionetten bei der Ausbeutung des Landes und seiner Bewohner halfen, in Schach. Soweit dies den Briten nicht ganz gelang, konnten sie immer auf die Amerikaner zählen, ihnen eine helfende Hand entgegenzustrecken. Der mächtige beduinische Häuptling Ibn Saud wurde urplötzlich von den Briten zum König der gesamten arabischen Halbinsel erklärt.

Der Basarkaufmann Al Sabath in der irakischen Stadt Kuwait wurde ebenfalls zum Emir der Region gemacht und die Stadt vom Irak getrennt. Länder wurden abgeschnitten, Grenzen neu geordnet, Bevölkerungen verschoben, Scheichtümer errichtet, so wie es den Briten und internationalen Bankern in den Sinn kam. Der gesamte Nahe Osten und seine Hilfsmittel wurden durch die britische Politik des »Teile und Herrsche« und mit Hilfe der örtlichen Verräter, die es in jedem Lande gibt, in Händen der Banker gehalten.

Die Politik der Briten

Die Banker glaubten, sie könnten arabische nationale Bestrebungen wecken, indem sie den Nahen Osten offiziell entkolonisierten und ihn durch Marionettenkönige und dergleichen beherrschten. Im Iran stürzte der CIA auf Geheiß der Briten den vom Volke geliebten Dr. Mohammed Mossadegh und zwangen dem Land den tyrannischen Kaiser oder Schah als Herrscher auf; und im Irak setzten die Briten einen König ein. Die Dinge gerieten aus den Fugen als der Marionettenkönig durch nationalbewußte Iraker gestürzt wurde.
Es gelang den Briten jedoch 1961, Irak davon abzuhalten, sein verlorenes Territorium Kuwait zurückzuverlangen.

Der Sieger gewinnt alles

Das Versagen, Kuwait wiederzugewinnen, war einer der von Saddam Hussein vorgetragenen Gründe, als er sich am Sturz des Präsidenten Kassem, des Mannes der den britischen Marionettenkönig gestürzt hatte, beteiligte. Nachfolger Kassems war der wohlmeinende, aber unfähige Präsident Abdul Salam Aref, der 1966 bei einem Hubschrauberunglück ums Leben kam. Ihm folgte sein Bruder, Abdul Rahman Arif, der 1967 durch Saddam Hussein und seine Baath-Partei entmachtet wurde.

Saddam Husseins Stärke begründete sich auf dem eng gestrickten Stamm der Takritis – ein sehr bedeutender Faktor, der von den Gelehrten des amerikanischen Außenministeriums außer Acht gelassen wurde. Der gesamte Nahe Osten wird nämlich nach Stammesrichtlinien geführt, und es besteht ein verzweigtes Bündnissystem, das sich für unsere sogenannten Nahost-Experten als völlig unbegreiflich erwiesen hat. Der Überlebenskampf der Stämme im Nahen Osten, wie anderswo, ist nichts für Leute mit schwachen Herzen: Es ist ein Kampf um Leben oder Tod, wobei der Sieger alles gewinnt.

So hatte Saddam Hussein in einer Umgebung überlebt und gesiegt, die kein Westler ergründen, geschweige denn ertragen kann. Viele Schimpfworte wurden Saddam Hussein entgegengeschleudert, als er plötzlich von dem Herrn Präsidenten Hussein zum »Schlächter von Bagdad« verwandelt wurde. Husseins Vergangenheit ist bestens belegt, er ist jedoch nicht besser oder schlechter, als irgendein anderer Herrscher im Nahen Osten und sicherlich sehr viel weniger heuchlerisch.

Umworben von Ost und West

Es ist eine Ironie aber keineswegs überraschend, daß Saddam sowohl vom Westen als auch von den Sowjets umworben und belohnt wurde, solange er mit den Iranern Krieg führte, die die Banker und die Marionette der Banker, den Schah, hinausgeworfen hatten. Zehn Jahre lang hatte Saddam eine gute Presse und erhielt Milliarden Dollar an Hilfsleistungen, Waffen und Krediten.

Nach seiner Rückkehr in den Iran hatte der Ayatollah Khomeini dem Irak die Hand zur Freundschaft gereicht und angeboten, sich mit dem Irak und der übrigen islamischen Welt zu vereinigen, um Palästina von der zionistischen Besetzung zu befreien, eine grundlegende Politik der aufeinanderfolgenden Regierungen des Irak seit dem Sturz des Königs Hussein – kein Verwandter Saddams oder des jordanischen Herrschers gleichen Namens –.

Stattdessen entschloß sich Saddam in den Iran einzumarschieren auf Anraten von Mossad-Agenten, denen es gelang, die Iraker davon zu überzeugen, daß Khomeini nur noch zwei Monate zu leben hatte, und daß der Iran kurz vor dem Zusammenbruch stehe. Das war 1980.

Die Iraner erwiesen sich indessen nicht als leichte Beute, und daraus ergab sich ein arg mitnehmender, blutiger Verschleißkrieg der acht lange Jahre dauerte. Nachdem eine Million Männer auf beiden Seiten ihr Leben verloren hatten, ging der Krieg durch bloße Erschöpfung beider Teilnehmer zu Ende.

Es gelang den Iranern nicht, Saddam zu stürzen, und Saddam gelang es nicht, die Mullahs zu stürzen. Da der Iran jedoch die meisten Opfer zu beklagen hatte, wurde Saddam als der Sieger angesehen. Aber der Sieg hatte seine Giftpille in sich, nämlich die Milliarden Dollar, die Saddam borgen mußte, um den Krieg durchzuhalten. Als es sich herausstellte, daß der Irak die Darlehen nicht zurückzahlen konnte oder wollte, entschieden die Banker, daß es an der Zeit war für eine Erhöhung der Benzinpreise, so daß die Schulden des Iraks von amerikanischen und europäischen Benzinverbrauchern bezahlt werden: eine als Benzinpreiserhöhung geplante Steuer.

Vom Goldjungen zum neuen Hitler

Wieder einmal mußten die gewöhnlichen Bürger des Westens die Rechnung begleichen, um den ins Wanken geratenen Banken durch Sicherheitsleistungen aus ihren Schwierigkeiten herauszuhelfen und die Macher des großen Ölgeschäfts noch reicher zu machen. Also mußte ein Schurke her und Saddam tat ihnen den Gefallen, sich vom Goldjungen des Westens zu einem neuen »Hitler« zu wandeln. Die ganze Hysterie, das Sich-in-Pose-Stellen und die Schauspielkunst sind nichts als Wüstensand, der der erschütterten Öffentlichkeit in die Augen gestreut wird.

Es gibt keine Ölkrise außer der, die von den Bankern und dem großen Ölgeschäft und westlichen und kommunistischen Regierungen herbeigezaubert wird, die bestrebt sind, die Aufmerksamkeit von dem wachsenden Zorn ihrer jeweiligen Bürger auf einen neuen Buhmann abzulenken. Die Tatsache bleibt bestehen, daß die Welt mit oder ohne irakisches und kuwaitisches Öl auf einem Meer von Öl schwimmt. □

Zionismus

Rassismus gegen die Araber

Alfred König

»Wenn zwei das gleiche tun, so ist es noch lange nicht dasselbe.« Dieses alte deutsche Sprichwort trifft genau den Kern des derzeitigen Geschehens in Israel. Während von den dortigen Politikern und den zionistischen Verbänden hierzulande den Deutschen immer wieder der »Rassismus des Nationalsozialismus« vorgehalten wird, geschieht genau das gleiche heute in Israel.

Sehen wir uns einige Beispiele an. In Australien sollte am 30. Juli der erste von insgesamt zwölf Kriegsverbrecherprozessen auf diesem Kontinent gegen den 74 Jahre alten Ukrainer Poljukowitsch beginnen, der aber wegen eines Attentats verschoben werden mußte. Ihm wird vorgeworfen, 24 Menschen ermordet zu haben und an der Tötung von 850 weiteren hauptsächlich Juden, beteiligt gewesen zu sein. Ein Sprecher des Simon-Wiesenthal-Zentrums in Jersualem, Zuroff, sagte, dieses Strafverfahren müsse schon aus Gründen seiner »pädagogischen Dimension« für Australien stattfinden. Insgesamt hat das Zentrum der australischen Regierung 200 Einwanderer genannt, die an Kriegsverbrechen beteiligt gewesen sein sollen.

Weitere 40 Milliarden Mark

Auf massive Kritik des Zentralrats der Juden in Deutschland stieß das »streng private« Treffen Weizsäckers mit Waldheim. Auch paßte der zionistischen Organisation nicht, daß sich der Bundespräsident für eine Beteiligung der PLO am Friedensprozeß Israels aussprach.

Die in Tel Aviv erscheinende Tageszeitung »Israel Nachrichten« schrieb kürzlich: »Vor einer Aufnahme diplomatischer Beziehungen (zur DDR) sollte die umstrittene Wiedergutmachungsfrage geklärt sein, das hieße, die DDR-Regierung müßte sich auf eine Summe von etwa 40 Milliarden Mark einstellen; sie bot aber nur sechs Millionen Mark an.«

Die Zeitung begründete ihre Forderung wie folgt: »Als die BRD 1952 sich zu der Wiedergutmachungssumme von 80 Milliarden Mark bekannte, war ihre wirtschaftliche Lage weit schlechter als die der DDR heute. Bedenkt man dabei, daß bei sechs Millionen jüdischen Holocaust-Opfern pro umgebrachte Person die BRD 13.333 Mark zahlte plus DDR-Anteil von 6.666 Mark, wurden also insgesamt 20.000 Mark pro Mord bezahlt. Unberücksichtigt blieben dabei die den Juden vorher enteigneten und geraubten Werte und immobilen Besitztümer. So kann man in Wahrheit von keiner Wiedergutmachung reden, höchstens von dem ›Willen zur Wiedergutmachung‹ – den aber will das jüdische Volk in der Diaspora und in Israel von der neuen DDR sehen.«

Unkontrollierte Gewalt als Pogrom

Jetzt mal die vielen Fehler in diesem Artikel unbeachtet lassend, lautet der Vorwurf: Rassismus an den Juden. Diese Vorwürfe werden noch 45 Jahre nach Kriegsende, des Nationalsozialismus und damit auch der angeblichen und tatsächlichen Judenverfolgung erhoben. In Israel sieht es aber heute, und nur darauf kommt es an, nicht anders aus. Ganz im Gegenteil!

Vor wenigen Wochen sendeten mehrere Nachrichtenagenturen Berichte über eine Welle der Gewalt in Israel gegen Araber. Eine Überschrift lautete sogar: »Jagd auf Araber in Jerusalem«.

Wie es in den Berichten hieß, erlebte Jerusalem im August Szenen der Gewalt, wie sie Israel seit der Unabhängigkeit vor 42 Jahren noch nicht erlebt hat. Horden jüdischer Randalierer zogen durch die Straßen, machten Jagd auf einzelne Araber, schlugen sie brutal zusammen, bewarfen sie mit Steinen und stürzten Autos um. Schreie wie »Tötet die Araber« und »Tod den Linken« hallten durch die Straßen. Jugendliche, Männer und Frauen fielen über Palästinenser her, die sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, und attackierten arabische Dörfer am Rande der Stadt, ohne daß die Polizei ernsthaft eingriff.

Selbst israelische Augenzeugen beschrieben diese unkontrollierte Gewalt als Pogrom. Denn obwohl die Behörden und die durch mehrere hundert Beamte verstärkte Polizei Jerusalems durch erste Ausschreitungen nach der Ermordung zweier jugendlicher Juden vorgewarnt war, griffen die Ordnungshüter nur sporadisch ein. Es blieb oft jüdischen Bürgern Jerusalems – auch politisch rechtsradikalen und orthodoxen – überlassen, sich schützend vor die verfolgten Araber zu stellen. Selbst die flehenden Anrufe der Familien der Mordopfer, ihre Trauer nicht durch Ausschreitungen zu stören, blieben ungehört.

Schon vor einem Jahr, als palästinensiche Extremisten einen jungen Soldaten in Südisrael entführten und ermordeten, kam es dort zu ersten Ausschreitungen gegen Araber, die ein Todesopfer forderten. Und nur zwei Wochen vor den Ausschreitungen in Jerusalem machten aufgebrachte Juden in Tel Aviv Jagd auf Palästinenser, nachdem eine Bombe am Strand eine junge Kanadierin getötet hatte.

Als dagegen Ende Mai dieses Jahres der junge Israeli Ami Popper sieben arabische Arbeiter umbrachte, hielten sich die Reaktionen in Grenzen. Zwar wurde von allen Seiten Abscheu geäußert, aber anders als jetzt, als der Minister Gideon Patt sofort die Todesstraße für die Mörder der zwei jüdischen Jugendlichen forderte, blieben ähnliche Forderungen damals aus.

Noch nicht die höchste Stufe der Gewalt

Die Reaktionen auf diese Ausschreitungen, vor allem die der inzwischen dominierenden politischen Rechten, läßt viele politische Beobachter befürchten, daß die höchste Stufe der Gewalt noch nicht erreicht ist. So verlangte beispielsweise Israels Rechtsaußen Ariel Sharon den Rücktritt von Ministerpräsident Shamir, falls es ihm nicht gelingen sollte, die Intifada »zu liquidieren«.

Zwar kündigte der Bürgermeister Jerusalems, Teddy Kollek, inzwischen eine Untersuchung darüber an, warum die Polizei nicht energisch gegen den Mob vorging, doch steht angesichts ähnlicher Erfahrungen aus der Vergangenheit zu befürchten, daß diese mehr oder weniger im Sand verlaufen beziehungsweise sollte es doch zu einigen Verurteilungen kommen, diese weitaus milder ausfallen als ähnliche bei Arabern.

Zur gleichen Zeit wurde folgendes bekannt: So hat das israelische Außenministerium einem Bericht der »New York Times« zufolge jahrelang Journalisten einer Jerusalemer Rundfunkagentur für die Verbreitung beeinflußter Nachrichten bezahlt. Wie die Zeitung berichtete, habe das Studio Geld für die Gehälter von Journalisten erhalten, die im Außenministerium geschult worden seien, worüber sie berichten sollten.

Geld für Desinformation

Die Nachrichten dieser Journalisten, die nach außen als unabhängig galten, seien von Radiostationen in aller Welt verbreitet worden, so die »New York Times« weiter. In einer ersten Stellungnahme habe das Außenministerium zwar Beziehungen zu diesen Journalisten bestätigt, eine Bezahlung jedoch abgestritten. □

Israel

Die Hardliner wollen den Krieg

Victor Marchetti

Eine der ersten Handlungen der neu gebildeten Likud-Regierung des harten Kurses von Premierminister Jitzhak Shamir war die Bekanntmachung eines aus 23 Punkten bestehenden politischen Programms, das darauf abzielt, der israelischen Öffentlichkeit und der amerikanischen Regierung die Botschaft zu verkünden, daß Israel jetzt eine Regierung habe, die nicht durch innerparteiliche Kämpfe gelähmt sein wird, und die endlich bereit ist zu handeln.

Obwohl das politische Programm den Willen eines Großteils der israelischen Öffentlichkeit zum Ausdruck bringt, verstärkt es auch die Spannungen zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn zu einem Zeitpunkt, wo die Lage durch den Einmarsch des Irak nach Kuwait höchst explosiv ist.

Das ewige Recht des jüdischen Volkes

Der erste Punkt des politischen Programms und »dringendste Sorge« der neuen Regierung ist die Einwanderung und Absorbierung sowjetisch-jüdischer Einwanderer, die bereits nach Israel hineinströmen.

Der zweite Punkt, der sich auf den ersten bezieht, besagt: »Das ewige Recht des jüdischen Volkes auf Eretz Yisrael (Groß-Israel, einschließlich der besetzten Gebiete) steht außer Frage und ist mit seinem Recht auf Sicherheit und Frieden verwoben.«

Die neue Regierung gibt zu verstehen, daß die besetzten Gebiete nicht nur bald in das eigentliche Israel eingegliedert – das heißt annektiert werden –, sondern daß diese Gebiete auch dazu verwendet werden, die Hunderttausende von sowjetisch-jüdischen Einwanderern dort anzusiedeln. Und dies trotz der Warnungen von arabischer Seite, daß ein solcher Kurs zum Krieg führen werde und ungeachtet der Warnungen aus Amerika, daß dies zu einer Verringerung oder gar Einstellung der amerikanischen Hilfsleistungen führen könne.

»Ansiedlungen in allen Teilen von Eretz Yisrael ist das Recht unseres Volkes und integraler Bestandteil unserer nationalen Sicherheit; die Regierung wird handeln um die Entwicklung zu stärken, zu erweitern und fortzusetzen«, heißt es in der politischen Erklärung.

Shamir selbst stellte die Position der neuen Regierung in einem Interview mit der »Jerusalem Post« sogar noch stärker dar. Als er gefragt wurde, ob die Befürchtungen der arabischen Völker wegen der Einwanderung gerechtfertigt war, antwortete Shamir: »Sie haben Recht von ihrem Standpunkt aus gesehen. Wer immer danach trachtet die jüdische Realität im Nahen Osten loszuwerden hat Grund, gegen die Einwanderung Widerstand zu leisten, denn dies ist der wahre Sieg des Zionismus und alles was Israel bedeutet ... Für uns ist Widerstand gegen die Einwanderung gleichbedeutend mit Widerstand gegen unsere bloße Existenz.«

Deportation von arabischen Politikern

Im Gleichklang mit der beschleunigten Ansiedlung in den besetzten Gebieten wird die neue israelische Regierung natürlich alle gegebenenfalls notwendigen Schritte unternehmen, um die Intifada, die nunmehr schon seit zwei Jahren an dem Willen und den Hilfsmitteln Israels zehrt, zu zerschlagen.

Israels Premierminister Yitzhak Shamir ist überzeugt, daß er die westlichen Steuerzahler im Namen einer »gemeinsamen militärischen Verteidigung« melken kann.

»Die Regierung wird kraftvoll gegen Terrorismus, ganz gleich wo er herkommt, vorgehen.«

»Die IDF (Israels Verteidigungsstreitmacht) und andere Sicherheitskräfte werden mit Nachdruck und Ausdauer vorgehen, um Sicherheit für alle Einwohner zu garantieren, das Phänomen der Gewalttätigkeit und Unruhen auszurotten und überall im Lande Ruhe herzustellen.«

Nicht ausdrücklich festgestellt wird die Absicht, die Deportierung von arabischen Anführern der Intifada, gegen die die Vereinigten Staaten und die Weltgemeinde mit den stärksten Worten, jedoch vergeblich protestiert hatten, fortzusetzen.

Was die Kriegsdrohung und die Aufrüstung in der Region, einschließlich von ballistischen Raketen getragene Atomwaffen und biologische Waffen, betrifft, so läßt die neue israelische Regierung keinen Zweifel an ihrer Bereitschaft, sich an dem Rüstungswettlauf beteiligen zu wollen.

»Die Regierung wird wachsam darauf achten, daß die Stärke der IDF, ihre Abschreckungskraft und ihre Fähigkeit, Bedrohungen von Staaten der Region, darunter Bedrohungen mit unkonventionellen Raketenwaffen, erhöht wird.«

Israels jordanische Option

Weiterhin wird Israel »sich der Errichtung eines weiteren palästinensischen Staates im Gazastreifen und im Gebiet zwischen Israel und dem Jordan widersetzen«. Der Begriff »ein weiterer palästinensischer Staat« ist vermutlich ein Hinweis auf die Position der israelischen Hardliner, die sagen, daß die Palästinenser ja bereits einen Staat haben – Jordanien.

Die Jordanier sind da jedoch ganz anderer Meinung – besonders König Hussein und seine alawitisch-moslemischen Verwandten, die der Mehrheit der palästinensischen Bevölkerung zahlenmäßig unterlegen sind und die immer dann nervös werden, wenn Israel die sogenannte »jordanische Option«, die bei den fanatischen Zionisten so beliebt ist, zum Ausdruck bringt.

Trotz der zahlreichen Erklärungen, die sich in direktem Widerspruch zur amerikanischen Politik in der Region befinden und die Beziehungen mit Sicherheit noch stärker belasten werden, fügte die neue Regierung einen Punkt in das politische Programm ein, mit dem sie ihre Absicht bekräftigt, »die Beziehungen der Freundschaft und des Verständnisses, die zwischen den USA und Israel bestehen, aufrechtzuerhalten und danach zu streben, sie auf allen Gebieten, darunter die strategische Kooperation, zu vertiefen«. □

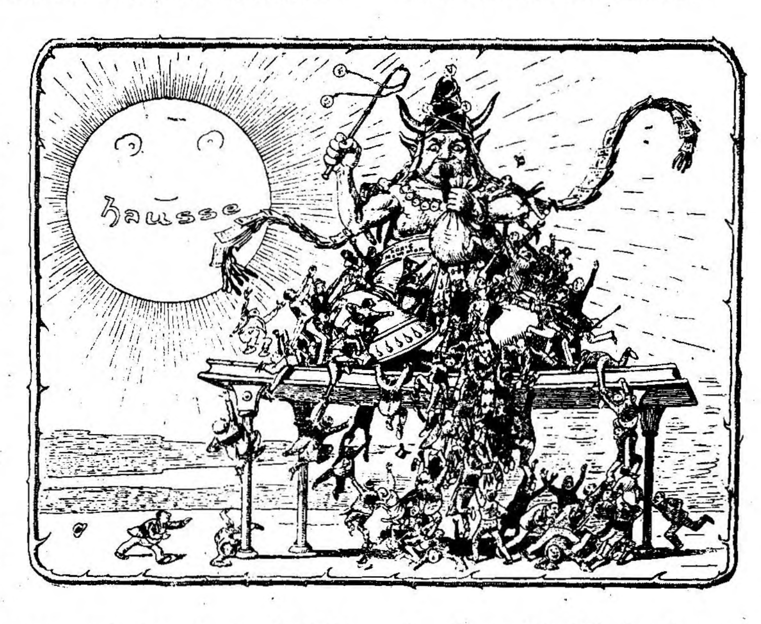
Naher Osten

Japans neuer Markt

Peter Blackwood

Der Nahe und Mittlere Osten wird oft der Scheideweg der Welt genannt, eine Bezeichnung, die heute stärker zutrifft als zu irgendeiner anderen Zeit der Geschichte. Dort trifft der Osten auf den Westen, und in der Zukunft wird dort der Osten mit dem Westen konkurrieren.

Als wachsende internationale politische und wirtschaftliche Macht ist sich Japan darüber im klaren, daß seine Zukunft unentrinnbar mit den Ländern der Region verknüpft ist; sie ist die Hauptquelle des Erdöls, das die bemerkenswerte japanische Wirtschaft antreibt. Es ist die einzige Region des Erdballs, die gegenüber Japan derzeit ein Handelsdefizit verzeichnet – etwa zehn Milliarden Dollar pro Jahr.



Der Nutzen von Handelsbeziehungen mit Israel

Wissenschaftliche Ausarbeitungen über japanische Außenpolitik und Außenhandel erwähnen nur selten den arabisch-israelischen Konflikt. Israel, so scheint es, ist kein ernsthafter Faktor bei den beträchtlichen wirtschaftlichen und diplomatischen Bemühungen Japans in der Region.

Erstens hat Israel fast nichts, was Japan braucht – kein Öl, keine Rohmaterialien, kein technologisches Know-how und keinen bedeutsamen Markt für seine Waren. Die Israelis haben in den vergangenen zwei Jahren mindestens vier Versuche unternommen, um zu Handelsabkommen mit den Japanern zu kommen – fast immer ohne Ergebnis.

Nachdem die erste Handelsmission aus Tokio in Israel eintraf, stellte die große japanische Delegation nämlich den Palästinensern humanitäre Hilfe in Aussicht – also nicht ganz das Ergebnis, das die Israelis im Sinne hatten.

Außer der Tatsache, daß Japanern kein praktischer Nutzen daraus erwächst, Handelsbeziehungen mit Israel anzuknüpfen, herrscht auch die Befürchtung vor, daß solche Abkommen die Beziehungen mit den arabischen Staaten beeinträchtigen könnten.

Japan leidet unter keinem internen politischen Druck vergleichbar mit der jüdischen Pro-Israel-Lobby in Amerika. Aber das heißt nicht, daß die Lobby noch nicht versucht hat, ihren Knüppel in Richtung Japan zu schwingen. Der amerikanische Abgeordnete Stephen Solarz unternahm wiederholte Reisen nach Tokio, bei denen er versuchte, eine Art Wirtschaftsbeziehung zwischen Japan und Israel zu pflegen, wurde jedoch fast jedesmal höflich zurückgewiesen.

Solarz, ein hochstehendes Mitglied des House Foreign Affairs Committee (Ausschuß des Repräsentantenhauses für auswärtige Angelegenheiten), sagte den Japanern während seines letzten Besuches in Tokio, sein Ausschuß begrüße Handelsbeziehungen mit Israel. Die Japaner willigten schließlich ein, Hondas an Israel zu verkaufen – aber nur die in Amerika hergestellten Modelle.

Mehr Interesse an den arabischen Staaten

Die politischen Bemühungen Japans im Nahen Osten richten sich fast ausschließlich auf Verbesserung der Beziehungen zu den arabischen Staaten. Japan ist jetzt der drittgrößte Vergeber von Auslandshilfe in die Dritte Welt, nach USA und Deutschland.

In einem kürzlich im Journal »American-Arab Affairs« erschienenen Artikel von Tomio Uchida, stellvertretender Generaldirektor des Büros für mittelöstliche und afrikanische Angelegenheiten im japanischen Außenministerium, wird die japanische Auffassung seiner Rolle in der Region beschrieben. Zunächst, schreibt er, hat Japan »auf Anwendung von Gewalt als Mittel zur Schlichtung von internationalen Streitigkeiten verzichtet« und sich somit von der Gewährung von militärischer Hilfe ausgeschlossen. Japan konzentriert sich daher darauf, »Beiträge in wirtschaftlicher oder finanzieller Form zum Zwecke der Sicherung der Stabilität in der Region und zur Ermutigung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der betreffenden Länder« zu leisten.

Diese Hilfe ist beträchtlich und wächst von Jahr zu Jahr. Ägypten erhielt von 1970 bis 1988 2.860 Milliarden Dollar. Die Türkei im gleichen Zeitraum 907 Millionen Dollar. Sudan, Jemen, Jordanien und Irak erhielten alle rund 450 Millionen Dollar.

Saudi-Arabien, Besitzer der größten nachweislichen Ölvorkommen in der Welt, benötigt keine Finanzhilfe. Es benötigt jedoch Technologie zur wirtschaftlichen Entwicklung, ebenso wie die anderen ölreichen Staaten am Persischen Golf. Direkte japanische Investitionen in diesen und anderen Ländern im Nahen Osten belaufen sich auf insgesamt 100 Millionen Dollar, aber die japanische Regierung koordiniert ihre Investitionspolitik in die Industrie so, daß dieser Betrag sich im kommenden Jahrzehnt dramatisch erhöhen wird. Wie Uchida in seinem Artikel schreibt: »Japanische Investitionen im Nahen Osten sind ein Bereich, der von jetzt ab ernsthaft in Angriff genommen werden muß.«

Besorgt um das Wohlwollen der Araber

Der japanische Standpunkt zum Nahen Osten unterscheidet sich erschreckend von dem der amerikanischen Öffentlichkeit, die zwangsläufig den arabisch-israelischen Konflikt als kennzeichnendes Merkmal der Region betrachtet. Eines der Argumente in Uchidas Artikel bestand darin, daß Japan mehr um das Wohlwollen der Araber besorgt ist als um das der Israelis.

»Was den arabisch-israelischen Konflikt betrifft,« schreibt Uchida, »so haben wir Mr. Yassir Arafat ... im vergangenen Oktober nach Japan eingeladen und durch Zusammenkünfte auf hoher Ebene klargemacht, daß Japan die gemäßigte Haltung der PLO in letzter Zeit unterstützt. Im vergangenen November luden wir auch Mr. Mosche Arens, den damaligen Außenminister Israels, nach Japan ein und machten bei den Gesprächen unsere Position klar, daß das Prinzip Land-für-Frieden im Mittelpunkt des arabisch-israelischen Konflikts stehe. Wir legten unserem Gesprächspartner auch eindringlich nahe, daß Israel im Einklang mit den Vorschlägen des amerikanischen Außenministers Baker, den Dialog mit dem palästinensischen Volk aufnehmen möge.« □

Naher Osten

Die Rauch- und Spiegel-Diplomatie

Victor Marchetti

Etwas geht im Nahen Osten vor. Etwas Seltsames, sogar Geheimnisvolles. Es kommt ganz darauf an, mit wem man spricht – und wem man glaubt. Aber eines ist sicher. Die Hardliners, also die Verfechter eines harten Kurses sowohl in Israel als auch unter den amerikanischen Juden beschweren sich am meisten.

Der Nachrichtenbrief des American Israel Public Affairs Committee (AIPAC) »Near East Report« reagierte ärgerlich auf das sich entwickelnde Spiel mit Rauch und Spiegeln und schrieb: »Die neue Form der amerikanischen Diplomatie, in der ein Verbündeter öffentlich geprügelt wird, wird kaum mehr erreichen, als denjenigen Beweise zu liefern, die glauben, daß die Regierung dabei ist eine Kehrtwerndung um 180 Grad von Pro-Israel über unparteiisch bis zu Anti-Israel zu vollziehen.«

Einfach im Weißen Haus anrufen

Die Pro-Israel-Lobbyisten waren besonders über den Zornesausbruch des amerikanischen Außenministers James Baker gegenüber Israel bei Anhörungen auf Kongreßebene vor einigen Wochen verstimmt. Baker hatte die sehr lautstarken Verbündeten der AIPAC im Foreign Affairs Committee zum Schweigen gebracht, indem er die Telefonnummer des Weißen Hauses bekanntgab und die neue israelische Regierung des rechten Flügels aufforderte, anzurufen, wenn sie es mit der Friedensschließung mit den Palästinensern ernst meine. Bakers Handlung war ein weiteres Signal dafür, daß die Bush-Regierung sich von der mächtigen zionistisch-amerikanischen Lobby weder beeindrucken noch einschüchtern läßt.
Es ist klar, daß Präsident und Außenminister ihre Handlungen und Worte eng miteinander abstimmen, wenn es Israel und seine vielen einflußreichen Freunde in Amerika betrifft. Aber Bush ist tief beunruhigt über die Lage am Westufer und im Gazastreifen, und deren durchdringenden negativen Einfluß auf die arabische Welt, besonders unter freundlichen Regierungen. Der Präsident, so heißt es, muntert Baker jedesmal persönlich wieder auf, den Friedensprozeß weiterzubetreiben, wenn der Außenminister den Mut verliert und davon spricht, daß er mit der ganzen Sache nichts mehr zu schaffen haben möchte.

Bush fühlt sich der Lobby nicht verpflichtet

Ein weiterer wichtiger Faktor in Bushs Denkweise ist der, daß er glaubt, er sei der jüdischen Gemeinde oder deren kostbaren israelischen Vettern gegenüber politisch nichts schuldig. Trotz der acht Jahre währenden, noch nie dagewesenen politischen Nachsicht und finanziellen Großzügigkeit seitens der Reagan-Regierung wählten Amerikas Juden 1988 zahlreich gegen Bush. Folglich glaubt der Präsident, daß er 1992 auch nicht auf jüdische Stimmen zählen kann. Und was vielleicht noch wichtiger ist, Bush glaubt anscheinend, daß er sie gar nicht benötigt.

Einer der interessanteren Gesichtspunkte des neuen Spiels ist das Ausmaß der Propaganda mit der Kriegsangst, die von Israel und seinen Verbündeten in der amerikanischen Presse verbreitet wird. Die Öffentlichkeit wurde praktisch mit Nachrichtenartikeln und Rundfunksendungen überflutet, in denen auf dem Thema herumgeritten wird, daß die Kriegsgefahr im Nahen Osten jetzt größer sei als zu irgendeinem anderen Zeitpunkt der Geschichte. Der Propaganda-Blitzkrieg der Medien wurde durch eine gleichermaßen intensive Flüsterkampagne seitens informierter Kreise – das heißt über israelische Geheimdienstkanäle – verstärkt, in der die gleichen Ängste geschürt werden, angereichert mit furchterregenden Szenarien darüber, wie nahe in der Region der Krieg bevorstehe. Uns kamen eine Reihe von diesen Gerüchten über Krieg zu Ohren.

Werbung für Israels Erstschlag

Die furchterregendsten und detailliertesten dieser Stories stammten aus Quellen mit engen Kontakten zum israelischen Mossad. Sie haben alle das gleiche Thema – nämlich, daß Israel von den USA, die unvernünftigerweise auf Fortschritt im Friedensprozeß drängen, und von den radikalen Arabern, die mit Raketen und chemischen Waffen ausgerüstet sind, in die Enge getrieben worden sei. Unter diesen Umständen habe Israel nur eine Wahl – nämlich einen Verteidigungs- und Erstschlag-Überraschungsangriff ähnlich wie beim Sechs-Tage-Krieg von 1967 zu starten. Das Hauptziel bei diesen Szenarien ist der Irak, und die Kräfte, die in Israel außer Kontrolle geraten, stehen auf dem rechten Flügel des Likud-Blocks des Premierministers Jitzhak Shamir.

Die Stories hören sich gut an und manchmal glauben die Informanten selbst an diese Szenarien. aber sie halten den Tatsachen nicht stand. Es ist kaum glaubhaft, daß Syrien oder sogar der Irak die Absicht haben könnten Israel anzugreifen. Es ist noch unglaublicher, daß die israelische Regierung möglicherweise glaubt, es wäre eine Lösung für ihre vielen Probleme, besonders für ihre Situation bezüglich der Palästinenser, wenn Israel mit den Arabern Krieg führen würde, um einen Palästinenserstaat in Jordanien zu gründen.

Die Angstmache mit dem Krieg ist nichts anders als das – sie zielt darauf ab, die Bush-Regierung unter Druck zu setzen, der Shamir-Regierung mehr entgegenzukommen, indem die Menschen in Amerika in Angst und Schrecken versetzt werden. Der Propagandafeldzug soll auch der jüdisch-amerikanischen Pro-Israel-Lobby Munition für den Kongreß liefern. Aber diese Taktik scheint auch nicht zu funktionieren. Sie hat nämlich in einigen Fällen einige von Israels Freunden auf Capital Hill abgeschreckt.

Ablenkung von der Schattendiplomatie

Es könnte natürlich noch einen weiteren Grund für die Schrekkenskampagnen der Israelis geben, verlautet aus amerikanischen Geheimdienstkreisen.

Nach diesen Experten in Propaganda und Medienmanipulation könnten die Kriegsgerüchte dazu dienen, die in der israelischen Öffentlichkeit und bei den pro-israelischen Eiferern hierzulande auftretende Kritik zu stillen – während gleichzeitig einer Schattendiplomatie hinter den Kulissen Schutz gewährt wird, mit der die Israelis, die Araber und die Amerikaner stillschweigend versuchen, etwas auszuarbeiten, mit dem alle leben können.

Die Experten argumentieren dahingehend, daß, falls Israel einen Krieg im Nahen Osten anzetteln sollte, dies zum Ausschluß Israels aus der Völkergemeinschaft führen würde, die schon jetzt mehr und mehr über Israels Verhalten gegenüber den Palästinensern verärgert sei. Zweitens könnte ein von Israel angestifteter Krieg die jüdische Lobby in Amerika ernsthaft lahmlegen. Amerikanische Juden könnten eine derartige Aktion gegenüber der übrigen amerikanischen Bevölkerung, und vielleicht sogar gegenüber den Freunden Israels im Kongreß und in den Medien einfach nicht rechtfertigen.

Um diese Analyse zu untermauern verweisen Geheimdienstexperten auf die Tatsache hin, daß der PLO-Vorsitzende Yassir Arafat und die gemäßigten arabischen Regierungen sich gegenüber der israelischen Kampagne mit der Kriegsangst seltsam zurückhaltend verhalten haben. □

Revisionismus

Die deutsche Geschichte wird neu geschrieben

Alfred König

Man kann die geschichtliche Wahrheit Jahre oder Jahrzehnte unterdrücken – eines Tages aber wird sie sich unaufhaltsam den Weg ans Licht der Öffentlichkeit bahnen und die Mauern der Lüge niederreißen. Die etablierten Historiker werden mühsam nach Erklärungen suchen und alles tun, um mit vielen Windungen ihr Kartenhaus der Lüge aufrechtzuerhalten. Das jahrelang verdummte Volk aber wird mit Empörung reagieren und zunehmend den Glauben auch an die Politiker verlieren, die halfen, das Lügengespinst aufrechtzuerhalten. So war es immer – und so wird es auch dieses Mal wieder sein.

1989 war das Jahr, in dem der Revisionismus das erste Mal die Oberhand gewann, als nämlich der einzige amerikanische Gaskammerexperte, Ingenieur Fred A. Leuchter, seinen Bericht veröffentlichte. Von ihm entnommene Gesteinsproben aus den Konzentrationslagern Auschwitz, Birkenau und Majdanek hätten ergeben, so Leuchter, daß niemals Vergasungen an diesen Orten stattgefunden hätten, diese vielmehr auch aus technischen Gründen eine Unmöglichkeit seien. Trotz vollmundiger Ankündigungen ist bis heute kein Gegengutachten erschienen, und pseudowissenschaftliche Gegenschriften, wie die des Berliner Professors Ernst Nolte, waren so dilletantisch aufgebaut, daß jeder Chemiker sich das Lächeln verkneifen mußte.

Neue Forschungsergebnisse aus Polen

Kurz nach Veröffentlichung des Leuchter-Gutachtens änderte dann auch einer der wenigen wirklichen ernst zu nehmenden Historiker, der Brite David Irving, vor der Weltöffentlichkeit seine Meinung, erklärte die Gaskammern zum Propaganda-Märchen der britischen Regierung unter Winston Churchill und belegte dies mit Dokumenten.

Trotz aller Behinderungsversuche, so erhielt Irving zum Beispiel in manchen Teilen der Bundesrepublik und Österreich Redeverbot, und einer unsachlichen Auseinandersetzung mit diesem Bericht in den Medien – sofern überhaupt auf ihn eingegangen wurde –, wurde der Inhalt mehr und mehr bekannt – obwohl manche Staatsanwaltschaften auf Berichte hierüber mit Beschlagnahmungen reagierten und die Herausgeber sich wegen angeblicher Beleidigung vor Gericht wiederfanden.

Dieses zwang dann natürlich auch die Politiker zum Handeln, wollten sie sich dieses Heft nicht gänzlich aus der Hand nehmen lassen. Also erlaubten sie nun polnischen Historikern die Zahl der dort ermordeten Personen auch offiziell nach unten zu setzen. So stellte der Leiter der geschichtlichen Abteilung des Auschwitz-Museum, Franciszek Piper, jetzt seine »neuesten« Forschungsergebnisse vor.

Danach sind insgesamt etwa 1,3 Millionen Menschen nach Auschwitz eingeliefert worden, von denen 223.000 Gefangene überlebt hätten. Da viele, die man nach den Transporten direkt in die Gaskammern führte, aber nicht registriert wurden, so jedenfalls Piper, geht der polnische Historiker davon aus, daß in diesem KL zwischen einer und 1,5 Millionen Menschen den Tod fanden, die natürlich alle, oder zumindest der weitaus größte Teil, den Deutschen angelastet werden. Kein Wort davon, daß die Amerikaner und Engländer mehrfach tausende von Bomben auf das ungeschützte KL-Gelände abwarfen, wobei viele den Tod fanden.

Für die Historiker keine Überraschung

Diese hohe Todeszahl widerspricht zwar allen Erkenntnissen des Leuchter-Berichts, jetzt mal seine Richtigkeit vorausgesetzt, und den von den Sowjets der Öffentlichkeit übergebenen Sterbebüchern von Auschwitz, die »nur« 74.000 Tote ausweisen – zwar sind diese Bücher noch unvollständig, doch ist es unmöglich, daß die fehlenden Bände die zur Pipers Zahl fehlenden 950.000 Tote aufführen –, doch immerhin ist der erste Schritt in die richtige Richtung getan worden.

Und nun kommt der eigentliche Skandal. Sofern Zeitungen überhaupt hierüber berichteten, stand überall zu lesen, daß dies für die Historiker keine Überraschung war. So schrieb der polnische Publizist Ernest Skalski etwa im »Spiegel«: »Vier Millionen Auschwitz-Opfer standen auf den Gedenktafeln und setzten sich in der Erinnerung der Überlebenden fest. Im Lauf der Jahre haben sich viele Historiker verschiedener Länder mit dem Thema beschäftigt. Sie kommen auf unterschiedliche Opferzahlen, von denen allerdings jede niedriger war, als die vier Millionen.«

In der »Rheinischen Post« war folgendes zu lesen: »Über die Zahl der in Auschwitz Ermordeten hatte es nach dem Zweiten Weltkrieg unterschiedliche Schätzungen gegeben, die bis zu vier Millionen reichten. Wie die Politologin Angelika Schardt vom Institut für Zeitgeschichte auf Anfrage erklärte, gehe die Geschichtswissenschaft heute davon aus, daß mindestens eine Million Juden in Auschwitz-Birkenau getötet wurden. Der 1961 in Israel hingerichtete Organisator des Holocaust, Adolf Eichmann, hatte in seinem Prozeß selber von 2,5 Millionen Ermordeten in Auschwitz-Birkenau gesprochen. Diese Zahl sei jedoch nach den Erkenntnissen der Geschichtswissenschaft eindeutig zu hoch.«

Man beachte den Passus »geht die Geschichtswissenschaft heute davon aus«, der bereits den Weg für einen weiteren Rückmarsch geebnet hat, und die wohl erstmals öffentliche Zugabe eines etablierten Insituts, daß Aussagen einstiger »Nazi-Größen« nicht der Wahrheit entsprachen. Seltsam, wenn sie es nicht wußten, wer dann? Und sie hätten wohl doch eher ein Interesse daran gehabt, eine niedrigere Zahl zu nennen! Oder?

Das Ende der Gegenwart

Dies bedeutet also nichts anderes, als daß die etablierten Historiker schon lange von wesentlich weniger als vier Millionen Auschwitz-Toten ausgingen, diese Zahl aber dennoch im Raum stehen ließen und nicht eine Revidierung verlangten. Wer öffentlich erklärte, in Auschwitz seien nie und nimmer vier Millionen Menschen ermordert worden, konnte von Glück reden, wenn ihn nicht irgendeiner gemäß dem sogenannten Auschwitzlügen-Gesetz wegen Beleidigung und Volksverhetzung vor Gericht zerrte, das dann meistens eine saftige Geldstrafe aussprach. Und dies obwohl der Geschichtswissenschaft das Gegenteil schon lange bekannt war.

Zeitlich genau zu Pipers Forschungsergebnissen passend ist jetzt auch das neueste Buch des weltweit anerkannten französischen Militärhistorikers Miksche mit dem Titel »Das Ende der Gegenwart« herausgekommen. Wörtlich heißt es darin: »Es ergibt sich also nach dieser Aufstellung, die zwar leider nicht auf amtlichen neuen Angaben beruht, deren Grundzahlen aber durchweg von offiziellen Stellen stammen, daß alles in allem weniger als 1,5 Millionen Juden im Laufe der Kriegsjahre als ›tot oder vermißt‹ bezeichnet werden müssen.« Miksche schreibt weiter: »Angesichts der gewaltigen Bedeutung,

die gerade die ›Ausrottung der Juden‹ in der Weltmeinung erhalten hat, ist es von zwingender Notwendigkeit, festzustellen, wie hoch die Todesopfer des jüdischen Volkes wirklich gewesen sind. Die Behauptung, daß diese Zahl 5,7 Millionen betrug, ist unwahr. Die Zahl der jüdischen Opfer kann sich zwischen einer und 1,5 Millionen bewegen, weil gar nicht mehr für Hitler und Himmler ›greifbar‹ waren.«

Dagegen meint die bereits erwähnte Angelika Schardt vom Institut für Zeitgeschichte nach wie vor, daß insgesamt während des Zweiten Weltkriegs zwischen 5,29 und sechs Millionen europäische Juden von den Nazis ermordet wurden. Und der Pole Skalski schrieb in dem »Spiegel«-Aufsatz: »Gar nichts ändert sich in der Generalbilanz dieses unfaßbaren Verbrechens. In ihr stehen auch weiterhin sechs Millionen von den Nazis ermordete Juden zu Buche.« Wenig später schreibt er, daß »die Opferzahlen nur verlagert« wurden.

Die Verwirrung wird immer größer

Man weiß nicht, ob man darüber lauthals lachen oder über so viel Unsinn schockiert den Kopf schütteln soll. In der etablierten Geschichtsschreibung ist es unumstritten, daß Auschwitz das mit Abstand größte »Vernichtungslager« der Nationalsozialisten war. Ebenso unbestritten ist es aber auch, daß es »Vernichtungslager« nur auf dem Gebiet des heutigen Polens gab. Diese waren aber durchweg deutlich kleiner als der gigantische Auschwitz-Komplex, machten zum Teil nur wenige Prozent dessen aus. Wie, kann da nur die Frage lauten, sollen denn dann dort knapp drei Millionen Leute zusätzlich ermordet worden sein?

Die dort nach Zeugenaussagen vorhandenen Gaskammern hätten diese zusätzlichen Menschenmassen niemals aufnehmen können. Massenerschießungen kann es gar nicht gegeben haben, weil hierfür die entsprechenden Massengräber fehlen – wie leicht diese heute noch entdeckt werden können, zeigt sich seit einigen Monaten in der DDR –. Krematorien, die diese Menschenmassen hätten verbrennen können, gab es nicht. Und für Massenverbrennungen fehlen, ebenso wie zu allen anderen vorstehend aufgeführten Punkten, jegliche Zeugenaussagen – jetzt mal ganz außer acht lassend, wo die Knochen und die Asche verblieben wären –. Und mit nachträglichen Zeugenaussagen würde man sich vollends lächerlich machen – obwohl es in der Medizin ja schon Fälle gegeben hat, wo eine Amnesie erst nach Jahrzehnten geheilt wurde –.

Wie kommt man aber dann auf die Zahl von sechs Millionen oder auch nur eine annähernd große? Diese Frage kann nicht beantwortet werden, also rettet man sich mit dem Passus der »gesicherten historischen Erkenntnis« – dazu zählte vor Jahrhunderten auch mal, daß die Erde eine Scheibe sei und sich die Sonne um die Erde drehe –.

Das geltende Recht ist auslegungsfähig

Die nächste Frage muß lauten: Was passiert nun mit dem Auschwitzlügen-Gesetz? Wird man noch immer bestraft, wenn man der Zahl von sechs Millionen ermordeten Juden widerspricht? Wird also folglich das Buch Mikssches hierzulande verboten, wird gar Anklage wegen Beleidigung und Volksverhetzung gegen Miksche erhoben und wird dieser gar verhaftet, wenn er es wagen sollte, seinen Fuß auf deutschen Boden zu setzen?

Hierzu schrieb der Bonner Hintergrundinformationsdienst »Privat-Depesche«: »Das jetzt geltende Recht ist auslegungsfähig. Im Bundesjustizministerium geht man davon aus, daß kein Richter jemanden verurteilt, der die neueren polnischen Angaben übernimmt. Möglicherweise muß der Deutsche Bundestag jedoch das Gesetz neu formulieren.«

Die einzig richtige Konsequenz wäre, das ganze sogenannte Auschwitzlügen-Gesetz wieder gänzlich abzuschaffen, statt jetzt vielleicht drei Millionen ermordete Juden als »neue gesicherte wissenschaftliche Erkenntnis« festzuschreiben. Denn wer kann heute wissen, ob nicht vielleicht in einem Jahr die Todeszahlen Majdaneks auch nach unten korrigiert werden? Ebenfalls wäre es richtig, die entsprechenden Verurteilungen von Personen, die die sechs Millionen leugneten, umgehend rückgangig zu machen und diesen eventuelle Geldstrafen nebst Zinsen wieder zurückzuzahlen.

Wie reagieren nun aber die zionistischen Organisationen auf die neuesten Erkenntnisse über Auschwitz? Wer geglaubt hatte, sie würden sich freuen, daß weniger ihrer Glaubensbrüder und Schwestern umgekommen sind, der sah sich getäuscht. Dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, fiel nichts besseres ein, als von einer »Verhöhnung der Opfer« und von Zahlen-Spekulationen zu sprechen. An denen er sich grundsätzlich nicht beteilige, da sie nur der Relativierung der NS-Verbrechen dienen würden. Für ihn, der selbst in Auschwitz inhaftiert war, sei es historisch erwiesen, daß in dem »schlimmsten Vernichtungshof der Welt« vier Millionen Menschen umgekommen seien.

Die Einleitung eines geordneten Rückzugs

Und in einem Kommentar der »Jüdischen Allgemeinen« war unter der Überschrift »Zynische Zahlenspiele« zu lesen, daß die Gedenktafel in Polen »schleunigst entfernt (wurde). Und dies ohne daß die geschichtlichen Erkenntnisse ernsthaft diskutiert wurden.« Dieses ist doch zynisch, denn bislang hatten sich die jüdischen Organisationen doch stets hartnäckig geweigert, überhaupt in eine diesbezügliche Diskussion einzusteigen. So antwortete doch Galinski selbst auf sachliche Briefe, die diese Fragen aufwarfen, nicht mit einer einzigen Zeile.

Wenig später folgt aber ein interessanter, das Judentum selbst entlarvender Satz. »Die Quellensuche der polnischen Historiker muß lückenhaft bleiben, solange wichtige Akten aus Auschwitz von den Sowjets nicht freigegeben werden.« Wie kann dann aber Galinski sagen, daß für ihn historisch erwiesen sei, daß in dem »schlimmsten Vernichtungslager der Welt« vier Millionen Menschen umgekommen seien.

Oder ist dies bereits die Einleitung eines geordneten Rückzugs? Darauf könnte man auch aus folgenden Sätzen schließen: »Ist die Quantität der Maßstab der moralischen Verwerfung der Deutschen oder die Qualität? War nicht die ›Endlösung der europäischen Judenfrage‹, die systematische Vernichtung einer ganzen Bevölkerungsgrupe, das Verbrechen an sich.«
Es soll hier noch einmal wiederholt werden, was schon vor mehr als zwei Jahren in CODE geschrieben stand: »Die Zahl von sechs Millionen – zeitweise sprach man von zwölf Millionen – Toten auf Seiten des jüdischen Volkes ist bereits unmittelbar nach Beendigung des Krieges genannt worden; damals wurden für das KZ Dachau aber noch – unter anderem auch von Pastor Niemöller – Todeszahlen von rund 250.000 Personen, darunter viele Juden, angegeben. Erst später, als höchstrichterlich festgestellt wurde, daß die gezeigten Gaskammern erst nach Kriegsende von deutschen Häftlingen gebaut wurden, wurde die Zahl dann auf etwas mehr als 31.000 Personen korrigiert – siehe auch den offiziellen Dachauführer –. Hätte es dann aber nicht logische Konsequenz sein müssen, daß die andere Zahl ebenfalls nach unten korrigiert wird?

Moralische Schuld wird nicht geringer

Es ist auch nicht die Ansicht des früheren Herausgebers des »Stern«, Henri Nannen, zu teilen, der vor vielen Jahren in einem Kommentar sinngemäß schrieb, daß die Diskussion um die wirkliche Zahl der jüdischen Opfer falsch sei, da auch eine niedrigere Zahl nichts an der moralischen Schuld der Deutschen ändere. Damals, wie auch heute bei immer wieder zu hörenden ähnlichen Kommentaren, gibt es keine Proteste der deutschen Bevölkerung.
Bei den Opfern handelt es sich um Menschen, nicht um Steine, Murmeln, Sandkörner oder ähnlichem. Jeder Tote weniger bedeutet einen Menschen mehr, der weiter leben, lachen, lieben, eine Familie gründen konnte. Und von daher ist es eben besonders wichtig, die wahre Zahl zu ermitteln. Denn die moralische Schuld wird doch nicht geringer, wenn sich wirklich herausstellen sollte, die wahre Zahl der ermordeten Juden liegt bei fünf, vier, eine Million oder »nur« bei 100.000. □

Rudolf Heß

Austausch gegen Herzog von Windsor?

Alfred Schickel

Der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt liegt ein Schreiben des früheren Direktors des »Federal Bureau of Investigation« (FBI), John Edgar Hoover, an das Weiße Haus vom 23. April 1942 vor, in dem der amerikanische Geheimdienstchef auf die Möglichkeit einer Entführung des Herzogs von Windsor durch die Deutschen aufmerksam macht.

Der im Dezember 1936 wegen seiner unstandesgemäßen Heirat mit einer geschiedenen Amerikanerin vom englischen Thron zurückgetretene Edward VIII. amtierte seit Juli 1940 als Gouverneur der Bahamas-Inseln in Nassau und fühlte sich dort angeblich von einem deutschen Kommando-Unternehmen bedroht. Es sollte den Herzog in deutsche Gewalt bringen, um ihn später gegen Rudolf Heß, der sich seit seinem England-Flug im Mai 1941 in britischem Gewahrsam befand, auszutauschen. FBI-Chef Hoover berief sich in seiner von einem »persönlichen und speziellen Kurier« überbrachten Mitteilung auf eine »vertrauliche Quelle« aus der Umgebung des Herzogs.
Wie ernst die Befürchtungen Edwards genommen wurden, zeigte sich an der Verstärkung seiner persönlichen Schutztruppe. Sie wurde auf 200 kanadische Elitesoldaten erhöht und bewachte den Herzog rund um die Uhr.

Kundschafter, die diese lückenlose Bewachung bemerkten, legten sie freilich weniger als Schutzmaßnahme denn als Ausdruck des Mißtrauens gegenüber dem ehemaligen König aus. Führten doch viele die Abdankung Edwards VIII. nicht so sehr auf dessen Liaison mit Elisabeth Wallis Warfield, geschiedene Simpson, zurück, als vielmehr auf die deutsch-freundliche Einstellung des Königs, die nicht in das Konzept der amtierenden Regierung gepaßt habe.

Die Ernennung des ehemaligen Monarchen zum Gouverneur der Bahama-Inseln sei nur erfolgt, um den königlichen Deutschland-Sympathisanten möglichst »weit vom Schuß« zu haben. Auf den Tausende von Kilometern entfernten Karibik-Inseln war der ehemalige König dem Einflußbereich Berlins weitgehend entzogen und konnte schwerlich in die europäischen Geschehnisse eingreifen: insbesondere konnte er von Nassau aus wenig zugunsten eines deutschen Friedensvorschlages tun.

Tatsächlich galt Edward VIII. als Befürworter eines Ausgleichs mit Deutschland und hatte sich während einer Deutschlandreise im Herbst 1937 anerkennend über Errungenschaften des »Dritten Reiches« ausgesprochen. Der »bewundernswerten Organisation des Winterhilfswerkes« hatte er sogar eine persönliche Spende zukommen lassen.

Sein Besuch bei Hitler am 22. Oktober 1937 auf dem Obersalzberg verstärkte allgemein den Eindruck, daß der ehemalige englische König ein »Freund des neuen Deutschland« sei und den NS-Führer für einen bedeutenden Mann halte.

Des Herzogs vertraulicher Brief vom Juli 1940 an seinen Nachfolger Georg VI. und seine umgehende Entsendung auf die Bahamas am 10. Juli 1940, als Hitler nach seinem Sieg über Frankreich sein »Friedensangebot« an England formulierte, scheinen in diese Richtung zu deuten.

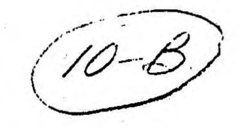
Mehr Klarheit in alle diese Mutmaßungen wird sich erst bringen lassen, wenn auch die noch unter Verschluß gehaltenen »Heß-Papiere« freigegeben und der Forschung zugänglich gemacht werden. Die Freigabe des Hoover-Briefes könnte ein erster Schritt dazu sein. □

JOHN EDGAR HOOVER
DIRECTOR



Federal Bureau of Investigation
United States Department of Justice
Washington, D. C.

APR 23 1942



PERSONAL AND [redacted]
SPECIAL MESSENGER

Major General Edwin M. Watson
Secretary to the President
The White House
Washington, D. C.

Dear General Watson:

As of possible interest to the President and you, information has been received from a confidential source close to the Duke of Windsor at Nassau that the Duke is very much worried for fear of being kidnapped by the Germans and being traded for the release of Rudolph Hess.

This same confidential source informed that there are two hundred Canadian soldiers in the Bahamas whose duty is to protect the Duke.

With assurances of my highest regards,

Sincerely yours,

J. Edgar Hoover

Der Brief des FBI-Direktors Hoover an das Weiße Haus über eine mögliche Entführung des Herzogs von Windsor.

Potsdamer Konferenz

Dokumente widerlegen Legenden

Als sich Josef Stalin am 15. Juli 1945 zur Konferenz nach Potsdam aufmachte, um dort mit dem neuen amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman und dem amtierenden britischen Premierminister Winston Churchill Deutschlands Zukunft und die Nachkriegsordnung in Europa zu besprechen, gab er sich gegenüber seinen Begleitern bestens gelaunt. Seinem Außenminister Molotow vertraute er an, daß er weder von Churchill, dem »schlauen Mann einer schwachen Macht«, noch von Truman, dem »unerfahrenen Mann einer starken Macht«, ernsthafte Widerstände gegen seine Pläne erwarte.

Das hieß, daß die beiden westlichen Verbündeten nach den Erwartungen des Kreml-Herrn die eigenmächtige Errichtung der sogenannten Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze hinnehmen und das Deutsche Reich als endgültig untergegangen betrachten würden.

Ein Zugeständnis an Stalin

Um so überraschter mußte der Sowjetdiktator dann gleich zu Beginn der Potsdamer Konferenz am 18. Juli 1945 feststellen, daß US-Präsident Truman Deutschland als ebensowenig völkerrechtlich ausgelöscht ansah wie die Oder-Neiße-Linie als Polens Westgrenze anerkannte. Vielmehr setzte er nach einer lebhaften Debatte durch, daß man von »einem Deutschland in den Grenzen von 1937« ausging und die polnische Verwaltung der deutschen Ostprovinzen als »vorläufig« bezeichnete.

Und letzteres war bereits ein Zugeständnis an Stalin, da die amerikanischen Pläne für eine künftige deutsche Ostgrenze einen anderen Verlauf vorsahen. Das geht aus den nunmehr der Zeitgeschichtsforschung zugänglichen Geheimdokumenten der US-Regierung hervor.

Als »streng-geheime Richtlinien für die amerikanische Delegation bei der Berliner Konferenz« von einem »Ministeriellen Ausschuß für Deutschland, Polen und Rußland« im Juni 1945 erarbeitet, gliederten sie die zur Disposition gestandenen deutschen Ostgebiete in sechs Abschnitten: Ostpreußen, Ostpommern, Danzig, Deutsch-Oberschlesien, deutsches Gebiet östlich der Oder (ohne Ostpommern, Oberschlesien und Ostpreußen) und Gebiet zwischen Oder und westlicher Neiße. Danach sollten die vier erstgenannten Gebiete an Polen beziehungsweise Nordostpreußen an Rußland abgetreten werden.

Zu den restlichen ostdeutschen Landstrichen in Schlesien vermerkten die »streng geheimen Richtlinien«:

»Deutsches Gebiet ostwärts der Oder. Empfehlung: Die amerikanische Regierung würde eine Lösung vorziehen, nach der dieses Gebiet bei Deutschland verbleiben würde.

Ein kritisches Sicherheitsproblem in Europa

Deutsches Gebiet zwischen Oder und unterer (westlicher) Neiße: Dieses Gebiet sollte bei Deutschland bleiben. Es gibt keine historische oder ethnologische Rechtfertigung für die Abtretung dieses Gebietes an Polen – ebensowenig wie im Falle des unmittelbar vorstehend erörterten Gebietes ostwärts der Oder.«

Dann stellte man fest: »Die Aufrechterhaltung der Oder-Neiße-Grenze könnte durchaus das kritischste Sicherheitsproblem in Europa während der kommenden Jahre werden.«

Die Alliierten in der Pose der Sieger: Churchill (von links), Truman und Stalin auf der Potsdamer Konferenz.

Insgesamt sollten nach diesen der Geschichtswissenschaft jetzt zur Auswertung zur Verfügung stehenden Dokumente Washingtons annähernd 30.000 Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von fast fünf Millionen Menschen bei Deutschland verbleiben, also eine größere Fläche als die Bundesländer Hessen, Saarland, Hamburg und Bremen zusammen ausmachen. Eine Bevölkerung von der Einwohnerzahl Rheinland-Pfalz' und des Saarlandes hätte ihre Heimat nicht verloren.

Neben der bemerkenswerten Tatsache, daß die Vereinigten Staaten in der Stunde ihres bislang totalsten Sieges über einen Kriegsgegner diesem mehr belassen wollten als gemeinhin vermutet, räumt der Blick in diese geheimen Konferenz-Papiere auch mit der lange Zeit kolportierten Legende auf, als hätten die USA und ihre Regierungsvertreter in Potsdam keinerlei genaue Kenntnis über ostdeutsche Verhältnisse gehabt und hätte man gar die Lausitzer Neiße mit der Glatzer Neiße verwechselt.

Die Grenzfrage wurde in Potsdam vertagt

Der Inhalt der »Geheimen Richtlinien« vom 30. Juni und 4. Juli 1945 beweist, daß das Gegenteil wahr ist. Stalin war vom Detailwissen der Amerikaner so überrascht, daß er schließlich gern einer Vertagung der endgültigen Festlegung der deutschen Ostgrenze zustimmte und lediglich von einer »polnischen Verwaltung« der deutschen Ostgebiete im Potsdamer Protokoll schreiben ließ.

Mit der Hinnahme der Vertreibung der deutschen Bevölkerung aus diesen Gebieten seitens der Westmächte erhoffte er sich dann eine nachträgliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie durch die USA und Großbritannien. Eine Erwartung, der fünf Jahre nach der Potsdamer Konferenz der Görlitzer Vertrag und 1970 die Ostverträge von Moskau und Warschau entgegenkamen und die schließlich durch gleichlautende Resolutionen von Bundestag und Volkskammer vom 21. Juni 1990 erfüllt scheint. □

Charta der Heimatvertriebenen

Ein Dokument der Versöhnung

Alfred Schickel

Fünf Jahre und drei Tage nach Beendigung der Potsdamer Konferenz, auf der die USA, Großbritannien und die Sowjetunion die Ausweisung der Deutschen aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei beschlossen hatten, verkündeten am 5. August 1950 die vertriebenen Ost- und Sudetendeutschen feierlich ihren Verzicht auf Rache und Vergeltung.

Die als »Charta der deutschen Heimatvertriebenen« in die Geschichte eingegangene Erklärung stellt ein im 20. Jahrhundert einzigartiges Dokument der Versöhnung und Verständigungsbereitschaft dar. Wurde sie doch abgegeben von Menschen, deren persönliches Leid noch schmerzlicher nachwirkte, und die über zwei Millionen tote Angehörige und Landsleute zu beklagen hatten; deren Menschenrecht auf Eigentum und freie Wahl ihres Wohnortes ebenso verletzt wurde, wie ihr politisches Selbstbestimmungsrecht.

Verzicht auf Rache und Vergeltung

Denn gleich nach ihrer Vertreibung in die alliierten Besatzungszonen Deutschlands wurde ihnen auch der landsmannschaftliche Zusammenschluß untersagt, in der Sowjetzone sogar die Bezeichnung »Vertriebene« verboten. Die an der Entwurzelung der Menschen hauptinteressierten Sowjets verordneten den Vertriebenen die Bezeichnung »Neubürger« und unterbanden zeit ihrer Herrschaft jegliche landsmannschaftliche Organisierung.

Erst in diesen Tagen bietet sich in der DDR die Möglichkeit zur Gründung eines »Bundes der Vertriebenen« und zur Bildung von ostdeutschen Landsmannschaften. Ein halbes Menschenalter nach dem furchtbaren Geschehen und der Vernarbung der tiefsten Wunden mag manchen Zeitgenossen ein so später Zusammenschluß überholt erscheinen, zumal auch hierzulande bestimmte politische Gruppen die organisierten Heimatvertriebenen zunehmend mehr auszugrenzen suchen und sie mit Bezeichnungen wie »Berufsflüchtlinge« herabsetzen. Wohl nicht bedenkend, welches historische Verdienst gerade die deutschen Ostvertriebenen um die Befriedung Mittel- und Osteuropas haben.

Es begann mit einem Entschluß des Zentralvorstandes der vertriebenen Deutschen im Juli 1950, vor aller Öffentlichkeit ein Zeichen für Verständigung und Aussöhnung zwischen Deutschen und ihren östlichen Nachbarn zu setzen und damit den Weg zu einem Neuanfang der beiderseitigen Beziehungen freizumachen. In Anwesenheit des Vizekanzlers Franz Blücher und des Bundesvertriebenenministers Dr. Hans Lukaschek wurde sodann am 5. August 1950 vor über 50000 Heimatvertriebenen in Cannstatt feierlich erklärt: »Wir Heimatvertriebenen verzichten auf Rache und Vergeltung. Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, das im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.« Verzichte und Beteuerungen, die heutzutage viele nachgeborene Politiker im Munde führen und den Heimatvertriebenen glauben als Wohlverhalten anempfehlen zu sollen, ohne zu wissen, daß jene diese gutnachbarlichen Vorleistungen bereits 1950 erbracht haben.



Bundeskanzler Adenauer schlug der polnischen Regierung vor, die Ostgebiete des Deutschen Reichs in ein Siedlungsgebiet für Polen und Deutsche mit Heimatrecht zu verwandeln.

Kein Verzicht auf das Recht auf Heimat

Zu einer Zeit, als sich Abgeordnete der nachmaligen Bundestagsparteien noch erbittert über die unmenschlichen Austreibungen Deutscher aus ihrer Heimat äußerten und öffentlich die Frage stellten, »warum will die Weltöffentlichkeit diese Grausamkeiten bei den Austreibungen und die himmelschreienden Ungerechtigkeiten der Straf- und Vernichtungslager für Deutsche nicht ebenso verurteilen und anprangern, wie sie das mit Recht in Nürnberg getan hat?« und den Verdacht aussprachen: »Etwa deshalb, weil es sich hier nur um deutsche Menschen handelt?«

Die deutschen Heimatvertriebenen setzten diese Gedanken und Erfahrungen hintenan und boten in ihrer Charta vom 5. August 1950 den Völkern Osteuropas die Hand zur Versöhnung. Sie mochten jedoch das Unrecht der Vertreibung nicht mit einem Verzicht auf die Heimat sanktionieren, sondern erklärten das Recht auf Heimat zu einem unveräußerlichen Grundrecht der Menschen, ohne das eine menschliche Gesellschaft auf Dauer nicht leben könne.

Sie befanden sich mit dieser Feststellung in Gesellschaft höchster moralischer Autoritäten, hatte doch auch der Papst Pius XII. die Vertreibung der Menschen aus der Heimat als eine »Verletzung göttlichen und menschlichen Rechtes« entschieden verurteilt und die Siegermächte aufgefordert, ihren Ausweisungsbeschluß

von Potsdam zu widerrufen. Ebenso haben deutsche und ausländische Kirchenführer die Vertreibung als »unvereinbar mit den christlichen Traditionen des Abendlandes« angeprangert und eine Wiedergutmachung des begangenen Unrechtes verlangt.

Im Gegensatz zu Heimatlosen und Vertriebenen in anderen Ländern nährten die deutschen Vertriebenen und ihre Sprecher die verletzten Gefühle ihrer Landsleute nicht durch künstliche Absonderung von den Einheimischen, sondern gingen unverzüglich an den gemeinsamen Aufbau des daniederliegenden Deutschlands, wie sie es in der Charta vom 5. August 1950 versprochen haben: »Wir werden durch harte, unermüdliche Arbeit am Wiederaufbau Deutschlands und Europas teilnehmen.«

Verständigung und gute Nachbarschaft

Zeugnisse dieses Willens stehen in Neugablonz bei Kaufbeuren ebenso wie in Bubenreuth, Geretsried, Neutraubling oder Waldkraiburg, wo bald wirtschaftlich aufstrebende Vertriebenensiedlungen entstanden und auch den Einheimischen krisenfeste Arbeitsplätze schufen.

Das beispielhafte Gesetzeswerk des Lastenausgleichs begleitete nachhaltig den Arbeits- und Aufbauwillen der deutschen Heimatvertriebenen und trug wesentlich zur materiellen Eingliederung der Ost- und Sudetendeutschen bei, auch wenn es keine Entschädigung für die hinterlassenen Vermögenswerte der Vertriebenen brachte, sondern nur einen Ausgleich für »entgangene Gewinne aus dem früheren Eigentum«.

Mochte die Begrenztheit der finanziellen Mittel eine solche Ausgleichsregelung erzwungen haben, knüpften die meisten Heimatvertriebenen an sie doch auch die Hoffnung, daß es einer endgültigen Entschädigung gar nicht bedürfe, da ihnen das Recht auf Heimat ohnehin einmal den verlorenen Besitz wiederbringen würde. Und das nicht auf gewaltsame Weise, sondern in Verständigung und guter Nachbarschaft mit den Polen, Tschechen und Ungarn, denen sie in der Vergangenheit schließlich ungleich länger verbunden waren als nach dem Zweiten Weltkrieg entfremdet.

Die heute menschenleeren Landstriche in Nordböhmen oder Ostpommern laden zusätzlich dazu ein, über eine neue friedliche Besiedlung dieser Gebiete durch rückkehrwillige deutsche Heimatvertriebene oder ihre Nachkommen nachzudenken und damit den nationalen Grenzen ihren bisherigen Trennungscharakter auf Dauer zu nehmen.

Bundeskanzler Adenauer nahm diesen Gedanken auf, als er 1954 der Warschauer Regierung vorschlug, die Ostgebiete des Deutschen Reiches in ein deutsch-polnisches Kondominium umzuwandeln, in welchen Polen und Deutschen gleichermaßen Siedlungs- und Heimatrecht haben.

Die Kommunistischen Staatsführer an der Weichsel wiesen diesen Vorschlag zurück und bestanden auf der endgültigen Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze. Ähnlich ablehnend hatten sie zuvor auch auf die Verkündung der »Charta der Heimatvertriebenen« reagiert und dabei insbesondere das in ihr postulierte Recht auf Heimat bestritten.

Ist es für ein Entgegenkommen noch zu früh?

In ihren Augen hatten die Ost- und Westpreußen, Pommern, Ostbrandenburger und Schlesier das Recht auf polnische Staatsbürgerschaft »verwirkt« und damit auch keine Berechtigung mehr, in ihren angestammten Wohnsitzen zu verbleiben.

Auch den Hinweis auf die leidvollen Umstände der Vertreibung wollte man in Warschau und Prag nicht gelten lassen und sprach von einer »humanen Überführung« der Deutschen. Das blutige Massaker von Aussig an der Elbe wurde ebenso verschwiegen wie der opferreiche Todesmarsch der Brünner oder das polnische Konzentrationslager im oberschlesischen Lamsdorf. □

Dr. Alfred Schickel ist erster Vorsitzender der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle in Ingolstadt, Schillerstraße 37, D-8970 Ingolstadt.



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burkhardt, Heinz H. Schwan.

INTERNATIONALE Redaktion: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat ein weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 7,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 72,– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementspreis für das Ausland beträgt jährlich DM 72,– zuzüglich DM 15,– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

CODE erscheint monatlich jeweils am letzten Mittwoch des Vormonats.

Vertrieb In- und Ausland: IPS Pressevertrieb GmbH, Kölner Straße 180-182, D-5020 Frechen, Telefon (0 22 34)-1 60 82-6, Telex 8 883 479 IPS.
Satz und Repro: Fotosatz Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR**, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11 **ISSN 0932-3473**

Die nächste Ausgabe der Zeitschrift CODE erhalten Sie am 31. Oktober 1990 bei Ihrem Buch- oder Zeitschriftenhändler.

Vertrauliches

Sandinistas
Beitritt zur sozialistischen Internationale

Der venezuelanische Staatspräsident Carlos Andrés Pérez und Spaniens Präsident Felipe Gonzáles, beide treue Anhänger der Sozialistischen Internationale (SI), trafen sich in Spanien, um die sozialistische Rolle beim Schutz sowjetischer Interessen in der westlichen Hemisphäre, vor allem der nicaraguanischen Sandinistas, weiter auszubauen.

In einem in der spanischen Zeitung »El Pais« veröffentlichten Interview sagte CAP, wie der venezuelanische Präsident genannt wird, daß seine Partei Demokratische Aktion »für den Eintritt der Sandinista in die Sozialistische Internationale plädiert«, und fügte hinzu, daß diese Entscheidung auf der kommenden Sitzung der SI fallen werde.

»Mittelamerika ist endgültig in die Entspannung eingetreten«, meinte er und lobte Gonzáles Bemühungen zur Erreichung dieses Zieles. CAP wies eindringlich darauf hin, daß, obwohl Salvadoraner und Guatemaler große Anstrengungen unternommen hätten, um in »Dialogen« mit Guerillabewegungen nach Lösungen zu suchen, komme der eigentliche Verdienst den Sandinistas zu, die sich »bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen gegenüber der nicaraguanischen Opposition auf bewunderungswürdige Weise bewährt haben«.

Beide Präsidenten bestätigten, daß sie bei der Amtseinführung des Präsidenten Fernando Collor Anfang dieses Jahres in Brasilien mit Kubas Fidel Castro zusammengetroffen seien und mit Castro über »die Notwendigkeit gesprochen hätten, daß Kuba durch die neuen Winde, die in Lateinamerika wehen und den Fortschritt, der durch die USA und UdSSR ausgelösten Entspannung, nicht im Stich gelassen wird«.

CAP lobte anschließend US-Präsident Bush dafür, daß er »damit begonnen hat, eine breite Kooperation mit Lateinamerika zu entwickeln«. Er fügte jedoch hinzu, »daß es immer noch von der früheren Regierung hinterlassene Störfaktoren gibt, die ihre Beziehungen zu Mittelarmerika von einem militärischen Standpunkt aus betrachteten«. □

Vereinte Nationen
Plädoyer für Atomenergie

Die Energie-Untergruppe »Arbeitsgruppe 3« des Intergovernmental Panel on Climate Change (Regierungs-Gremium für Klimaveränderung) der Vereinten Nationen wird in Kürze die Empfehlung bekanntgegeben, daß Atomenergie das beste Mittel zur Verringerung von Kohlendioxyd-Emissionen sei. Wenn auch durch die unechte »Treibhauswirkung« vorausbestimmt, wirbt die Empfehlung für Investitionen in Atomenergie.

Die Gruppe, deren Vorsitz ein Japaner führt, stellt den Vergleich zwischen CO_2-Emissionen unter Verwendung verschiedener Formen von Energie, darunter Kohle, Öl, Erdgas und Atomenergie dar. Atomenergie, so argumentiert der Vorsitzende, ist das einzige durchführbare Mittel, um CO_2 zu verringern und dennoch nicht die Wachstumsrate der Industrie weltweit zu zerstören.

Der Londoner »Guardian« behauptet in einem Bericht, der dieser Theorie feindlich gegenübersteht, er zitiere »Wissenschaftler, die sagen, Investitionen in Atomenergie seien eine Verschwendung von Hilfsmitteln und die Durchführung von echten Lösungen werde dadurch verhindert«. □

Italien
Chefspion klagt faules Spiel mit Gaddafi an

Admiral Fulvio Martine, Leiter des italienischen Abwehrdienstes (SISMI), erhob darüber Klage, daß es eine Vertuschung bezüglich der Beziehungen zwischen gewissen Geheimdiensten der NATO und dem libyschen Staatschef Muhammar Gaddafi gegeben habe. Admiral Martine sagte vor einer parlamentarischen Kommission zur Untersuchung des Abschusses einer italienischen Passagiermaschine über dem Mittelmeer, bei dem im Juni 1980 81 Menschen getötet wurden, aus.

Die Untersuchungen in den vergangenen zehn Jahren brachten »uns zu keinem Zeitpunkt der Wahrheit näher«, klagte er an, weil systematisch vertuscht wird, daß mehrere Geheimdienste der NATO in diese Dinge verwickelt sind.

Nach einem Bericht in der Tageszeitung »Corriere della Sera« sagte Martine, es gebe Beweise dafür, daß eine französische oder amerikanische Maschine das Flugzeug abgeschossen haben könnte, keine libysche MiG, wie von vielen im Westen angenommen worden war. Der Absturz sei zu weit von libyschen Ölfeldern entfernt erfolgt.

Als Beispiel für die Heuchelei der NATO-Länder bezüglich Gaddafi zitierte Martine italienische, französische und britische verbale Angriffe auf Libyen, die die gleichen Länder aber niemals davon abgehalten hätten, Gaddafi mit Militärhilfe zu unterstützen. Was die Vereinigten Staaten betrifft, führte er aus, daß Gaddafis Geld dazu beigetragen habe, daß George Bush gewählt wurde. Gaddafi habe stets pünktlich die Lizenzgebühren an die kleinen texanischen Ölfirmen gezahlt. Durch solche Petrol-Dollar sei Bushs Wahlkampf teilweise finanziert worden. □

Südafrika
Satanismus breitet sich aus

Der Kommandeur der Child Protection Unit (Kinderschutzeinheit) der südafrikanischen Polizei, Captain Leonhard Solms, hielt wegen des stärker in Erscheinung tretenden Verhaltens des satanischen Kults im Lande eine Pressekonferenz ab.

Captain Solm äußerte dabei, er verfolge aktive Spuren hinsichtlich des Verhaltens des satanischen Kults in zehn Schulen in weißen Gebieten Südafrikas. An diesen Schulen gebe es Zellen von Satananbetern, Zelebrierung von schwarzen Messen, homosexuelle Orgien und Todesdrohungen. Es lägen Beweise dafür vor, daß Katzen geopfert werden und ihr Blut getrunken wird. Es gebe auch Beweise dafür, daß ganze Familien in satanische Kultzellen verwickelt sind, in denen Kinder gezwungen werden, sich in sodomistische Handlungen mit Hunden und Ziegen einzulassen.

Mindestens elf Fälle seien aufgedeckt worden, in denen neugeborene Babys geopfert und in satanischen Riten aufgegessen wurden.

Laut Solms ist dies nur die Spitze des Eisbergs. Er schilderte den Bericht eines 32 Jahre alten Südafrikaners, der ihm erzählte: »Ich habe Menschenblut getrunken, ich habe Tierblut getrunken, als junger Krimineller in einem satanischen Kult, dessen ›Hoher Priester‹ eine bekannte Persönlichkeit des südafrikanischen Establishments ist.« □

NATO
Trilaterales Management der Krisenherde

Die amerikanische Regierung und das Hauptquartier der NATO erörtern gemeinsam den Gedanken einer trilateralen amerikanisch-europäischen-japanischen Verantwortung für weltweite Krisenherde, darunter der Bereich von Zentralasien, der jetzt zur Sowjetunion gehört. Diese neue NATO-Strategie ziele eindeutig darauf ab, die nicht-weißen Bevölkerungen der Dritten Welt zu verringern.

Ein hochstehender NATO-Berater zu diesen Vorstellungen: »Ich glaube, die Sicherheit der demokratischen Länder schließt die USA, Europa und Japan ein, und daher würden alle potentiellen Ereignisse in Zentral- und Ostasien, wie das Auseinanderbrechen der Sowjetunion, für die Weltordnung von gewaltiger

Tragweite sein. Das Risiko in Zentral- und Ostasien, darunter in den moslemischen sowjet-asiatischen Republiken mit ihrer Bevölkerung von 60 Millionen Menschen, obliegt einer dreiseitigen Verantwortlichkeit, die der USA, Europa und Japan.«
Der Plan würde »amerikanisch-europäisch-japanische Verantwortlichkeit beim Aufbau einer neuen Weltordnung« nach sich ziehen, um »allen Gefahren«, die in Europa, dem Nahen Osten, Zentral- und Ostasien entstehen, zu begegnen«. □

Großbritannien

Schickt Öl nach Litauen

Die Scottish National Party forderte den britischen Industrie- und Handelsminister auf, unverzüglich schottische Erdölprodukte und Kohle nach Litauen zu entsenden.

Der Vorsitzende der SNP, Dr. Alan Macartney, fordert von der britischen Regierung, die gleiche liberale Ansicht über den Handel mit Litauen zu vertreten, die sie im Falle der Sowjetunion vertritt.

»Ist es zu viel verlangt, daß man Kredite an die fleißige litauische Republik vergeben soll, um diese in die Lage zu versetzen, die durch Moskaus Strafsanktionen lahmgelegte Produktion wieder aufzunehmen? Dies würde den Litauern helfen – dessen einziges Verbrechen darin besteht, in den vierziger Jahren mit Hitler und Stalin ins Gehege gekommen zu sein – ihre friedliche Aufgabe nach 50 Jahren der Unterdrükkung weiterzuführen. Sie sollten zur Kenntnis nehmen, daß es praktisch keine sowjetische Blokkade Litauens, sondern nur selektive Sanktionen gibt. Der Punkt wurde Norwegen gegenüber klar gestellt, daß Öllieferungen aus dem norwegischen Gebiet durch die Nordsee von der sowjetischen Kriegsmarine nicht abgefangen würden. Ein weiterer bedeutsamer Gesichtspunkt ist der, daß Arzneien, vor allem Insulin und Antibiotika, jetzt in Litauen knapp sind, dank der Sanktionen des Kreml. Werden Sie britische Lieferungen von Arzneimitteln nach Litauen zulassen oder verhindern?«

Dr. Macartney setzte hinzu, daß ein unabhängiges Schottland unter einer SNP-Regierung bereits schottisches Öl in das demokratische Litauen geschickt hätte und über den Nordischen Rat auf die skandinavischen Länder Druck ausgeübt hätte, ähnliche Aktionen durchzuführen. □

Europa

Vorschläge für neue Sicherheitsstrukturen

Der British American Security Information Council (BASIC) reicht einen Vorschlag herum, die NATO innerhalb der nächsten fünf Jahre auslaufen zu lassen und sie durch eine neue Struktur unter den Auspizien der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) zu ersetzen.

Über diese Politik werden von BASIC in einem Bericht mit dem Titel »Eine neue Sicherheitsstruktur für Europa«, geschrieben von Frank Blackby, einem ehemaligen Direktor des International Peace Research Institute (SIPRI) in Stockholm, des längeren Ausführungen gemacht. □

Brasilien

Schlammkinder werden ermordet

Brasiliens sieben Millionen »Straßenkinder« werden systematisch ermordet, um »die Straßen für Touristen zu säubern«, berichtet die Londoner »Sunday Times«. Maria Therese Freire, die ein Heim für Straßenkinder leitet, sagt, die Morde seien »eine äußerst brutale Form der Bevölkerungsbegrenzung durch Leute, die Straßenkinder als Läuse betrachten, und davon reden, sie im Zuge der Straßenreinigung zu töten«.

Kinder werden in der Anzahl von ein bis zwei pro Tag getötet, die meisten von ihnen sind Jungen im Alter von 14 bis 17 Jahren, berichtet ein Aufseher eines Zentrums für Slumkinder. In den Slums des nördlichen Rio gab es im vergangenen Jahr 919 Morde, von denen mehr als die Hälfte Kinder waren.

Geschäftsleute, in deren Geschäfte wiederholt eingebrochen wird, sind über die Unfähigkeit der Polizei verzweifelt. Etatkürzungen haben die wenigen Rehabilitierungsdienste oder Arbeitsmöglichkeiten für jugendliche Kriminelle, die es einmal gab, zunichte gemacht. Daher rauben sie straflos, bis sie von Todesmannschaften, die von Kaufleuten und Eigentümern von Luxushotels längsseits der berühmten Strände von Rio angeheuert werden, ermordet werden. Um das Image der Behaglichkeit in der Zone zu bewahren, werden die Leichen in den Slums im Norden abgelegt. □

Zionismus

Bronfman weiterhin unter Beschuß

Warum hat der Präsident des Jüdischen Weltkongresses, Edgar Bronfman, niemals seine Machenschaften mit dem kommunistischen Regime der DDR als Verleumdung zurückgewiesen?, fragte Michael Wolffsohn, ein Mitglied der westdeutschen jüdischen Gemeinde. Wolffsohn dokumentiert die lange Vorgeschichte der Unterstützung der Kommunisten in der DDR für die Feinde Israels und der Juden, darunter palästinensische und libysche Terroristengruppen. Jahrzehntelang habe sich die kommunistische Zeitung der DDR »Neues Deutschland« wie das Propagandablatt der Nationalsozialisten »Der Stürmer« gelesen.

Die Politik der DDR unter Erich Honecker habe sich erst geändert zur Zeit der Bitburg-Affäre im Mai 1985, als US-Präsident Ronald Reagan mit Bundeskanzler Helmut Kohl einen Friedhof in Bitburg besuchten. Da wurde es für die Machthaber in der DDR vorteilhaft, die Bundesrepublik Deutschland in die Defensive zu drängen und jüdische Gruppen zum Vorteil der DDR auszunutzen, um unter anderem von den USA den Status der meist begünstigten Nation zu erlangen.

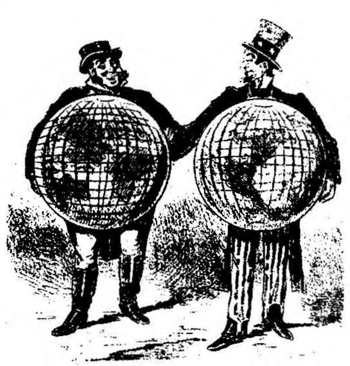
Zu dem Zeitpunkt wurden Bronfman und anschließend dem westdeutschen jüdischen Führer, Heinz Galinski, die goldene Medaille »Stern der Freundschaft« vonHonecker verliehen. Bronfman trat sowohl für die Zubilligung des Status der meistbegünstigten Nation durch die USA sowie auch für eine Reise Honeckers nach Washington ein. □

Sowjetunion

Ein neuer Mutter-Rußland-Kult

Ein selbstverkündeter »slawisch-heidnischer« und antisemitischer Kult hat sich in den letzten zwei Jahren in der Sowjetunion entwickelt, heißt es in einem Artikel der sowjetischen Zeitschrift »Megalopolis Gazette«. Darin wird berichtet, daß »Anhänger der alten slawonischen Religion in Moskau eine heidnische Kommune gebildet haben«. Die Mitglieder glauben, daß Heidentum einzigartig »mit der Natur und der natürlichen Welt« verbunden ist. Sie sind gegen den christlichen Glauben, den sie als Ausfluß des Judentums und des Zionismus sehen. In der Bibel, sagen sie, spricht Jesus Christus von sich selbst als Vertreter des »Hauses Israel«. Demokratische Gruppen in Rußland neigen auch dazu, den »jüdischen Stern Salomons« als ihr Symbol zu verwenden, kritisieren die Mitglieder.

Die Mitglieder-Kommune verurteilen die Perestroika als Vertuschung der wirklichen Tragödie, von der die Sowjetunion befallen worden sei seitens der »antirussischen Kräfte« und als Teil einer Verschwörung, die Sowjetunion durch »Desinformation des Volkes« zu »zionisieren«. □



Briefe

Betr.: Revisionismus »Obduktion der Leichen des Kommunismus«, Nr. 9/90.

Der Zweite Weltkrieg war nicht Stalins Krieg, er wurde von der USA geplant, russische Truppen für den Überfall auf ganz Europa, bis zum Atlantik, mit Kriegsmaterial im Werte von 11,141.470 Milliarden Golddollar aufgerüstet (Hamilton Fish, »Der zerbrochene Mythos«, Seite 12), um den im Ersten Weltkrieg von der USA in Rußland an die Macht gebrachten US-Kommunismus über ganz Europa auszubreiten.

Wer ehrlich und genau die deutsche Vorkriegspolitik verfolgt, muß zugeben, daß Hitler bis zum letzten Moment versucht hatte, den Krieg zu verhindern.

In einem Gespräch mit Peter Merseburger im Deutschen Fernsehen, erklärte der frühere englische Außenminister Antony Eden: »Es ist nicht wahr, daß Hitler den Krieg angefangen hat, England wollte den Krieg, Hitler aber hat bis zum letzten Moment versucht, den Krieg zu verhindern.«

Den Pakt vom 23. August 1939 hatte Hitler nur geschlossen, weil er die gewaltige US-Bewaffnung der russischen Truppen zum Angriff auf ganz Europa kannte und versuchen wollte zu verhindern, daß Polen nach den Plänen der USA den Krieg provoziert.

Während der Lenin/Trotzky-Zeit, als die ganze russische Führungsschicht, vierzig Millionen Weißrussen ermordet wurden, war der Name »Stalin« völlig unbekannt.

Unter den 500 veröffentlichten Namen von Politikern, wurde Stalin nicht erwähnt.

Vom Mordkommando Lenin/Trotzky war 1919/1920 auch Stalin als Nichtjude und chronischer Säufer, der im Vollrausch seine Frau erschlagen hatte, sehr gefährdet (Mullins, »New History of the Jews«).

Er blieb am Leben, weil er Unterlagen über große Unterschlagungen von hohen Regierungsangehörigen, besonders von Trotzky, gesammelt und an geheimen Orten versteckt hatte.

Er drohte, daß im Falle seiner Ermordung, alle Unterlagen sofort veröffentlicht werden und mußte daher am Leben gelassen werden.

Es ist nur wenigen bekannt, daß Lenin an der Syphilis erkrankt war. Die damaligen scharfen Medikamente hatten sein Gehirn so geschädigt, daß der von ihm bestimmte Nachfolger Trotzky ihn dauernd vertreten mußte.

Damit begann auch der Niedergang Trotzkys. Mit den Unterlagen über Trotzkys außergewöhnlich großen Unterschlagungen, erpreßte Stalin Trotzky laufend und machte ihn lächerlich. Trotzky wagte es nicht, sich zu wehren.

Auch der Historiker Isaac Deutscher (»Der unbewaffnete Prophet«) konnte sich das sonderbare Verhalten Trotzkys Stalin gegenüber nicht erklären, weil auch er von den Unterschlagungen Trotzkys und den Erpressungen Stalins nichts wußte.

Als Stalin durch massive Drohungen Trotzky verbot, an der Beerdigung Lenins teilzunehmen, hatte Trotzky endgültig verspielt.

Nach dem Tode Lenins begann Stalin mit den Unterschlagungsunterlagen allmählich alle seine jüdischen Feinde in der Regierung zu vernichten. In kurzen Abständen wurde eine große Anzahl von Juden wegen Unterschlagungen hingerichtet.

Aus diesem Grunde ist der »gewaltige Antisemitismus« Stalins, am Anfang seiner Regierung, weltbekannt, nur den wirklichen Grund kennt niemand.

Trotzky, den Nachfolger Lenins, ließ er am Leben, um ihn auch weiterhin erpressen zu können.

Wenn Stalin auch Trotzky am Anfang vernichtet hätte, so wäre an seiner Stelle eine andere bedeutende jüdische Persönlichkeit gestellt worden, die Stalin nicht mehr hätte erpressen können.

Stalin wurde als Nicht-Jude, zum Teil durch Erpressung, an die Spitze der UdSSR gestellt, um die Verantwortung für alle Morde der Regierung zu übernehmen. Auf die Politik hatte er keinen Einfluß, was auch vor einiger Zeit in der Prawda erwähnt wurde.

Herbert Biemann,
Fellbach-Schmiden

Betr.: Revisionismus »Neue Aufgabe für deutsche Historiker«, Nr. 8/90.

Natürlich kann ich nicht auf alles eingehen, was in diesem Artikel steht, aber das Theater eines Aushandelns für einen Friedensvertrag möge uns erspart bleiben. Was käme da schon Gescheites heraus?

Wieso würde es Herr Koll nicht verantworten wollen, den britischen Historiker David Irving öffentlich auftreten zu lassen? Die meisten Leute wissen es doch schon längst, daß es gar nicht sein kann, daß sechs Millionen Juden von Deutschen umgebracht worden sind. Nachdem auch im »Südkurier« vom 18. Juli 1990 von neuen Forschungen zu Auschwitz zu lesen war, wurden noch viele Ignoranten, die vorher auf ihren sechs Millionen beharrten eines Besseren belehrt.

Wie kann aber Herr Koll von einem allgemeinen, weltpolitischen, gegenseitigen Bekennen und Verzeihen und somit von einer deutschen Selbstreinigung reden, wo doch von seiten der Deutschen schon übergenug Bußübungen gemacht wurden. Da es feststeht (Leuchter-Gutachten), daß in Auschwitz, Majdanek und Birkenau niemand vergast wurde, nicht vergast werden konnte, ist es einfach lächerlich, nun von einem demütig-großmütigen Deutschland zu verlangen, der Juden bester Freund zu werden. Jetzt, wo sowieso alles herauskommen wird!

Jahrelang haben wir am 9. November, dem »Gedenktag an die Kristallnacht« die Beschimpfungen eines Heinz Galinski (ehemaliger Verkäufer in einem Berliner Warenhaus) im Verein mit dem Bundeskanzler und dem Bundespräsidenten und sonstigen hohen Politikern ertragen müssen, wobei wir jedesmal »das Vergnügen« hatten, Herrn Galinski mit seinem verkniffenen, haßerfüllten Gesicht in Großformat am Bildschirm zu bewundern. Jetzt hat er schon wieder Angst um »seinen 9. November«, aber wer hindert ihn daran, dieser Kristallnacht zu gedenken – die von ganz anderen Kräften als der NSDAP gemacht wurde –, aber von jetzt an eben ohne eine offizielle Beteiligung unserer Regierung. Wir wollen diesen 9. November 1990 als Tag der Befreiung der DDR begehen und uns darüber freuen können.

Mit dem Holocaust ist kein Staat mehr zu machen, die Denkmale, die in Amerika am laufenden Band entstehen, können sie gleich wieder abreißen, und die zusammengebastelten Filmschinken gleichen Namens können auch verschwinden.

Herr Koll schreibt: »Wir haben es doch alle geglaubt, auch ich«! Da kann ich nur noch sagen, ich habe es nie geglaugt.

Was heißt schon »Antijudaismus, oder Antisemitismus«? Wer sich so aufführt wie Galinski, braucht sich da doch nicht zu wundern. Er ist es doch, der in dem Lande, wo er wohnt und von dem er lebt, sich so würdelos benimmt, und wenn dann noch der amerikanische Schnapsfabrikant (der milliardenschwere) Bronfman Zahlungen anmahnt, und die beiden dann auch von der DDR Wiedergutmachung wollen, dann läuft doch das Faß über. Es gibt leider nur nicht genug Mutige, aber andererseits, wer möchte schon eines Tages aus einem Fenster eines Hochhauses im 4. Stock stürzen oder sonstwie auf mysteriöse Art ums Leben kommen? Nur weil er sagt: »Nach Kriegsende waren noch alle da«.

E. Miskass, Hamburg

Betr.: Internationalisten »Aids – Politik oder Krankheit?«, Nr. 8/90

Fast unbeachtet infolge der Dynamik des deutschen Einigungsprozesses trat in letzter Zeit das Thema »AIDS« bei den Massenmedien in den Hintergrund. Das Interesse der deutschen Bevölkerung an Informationen über die gefährliche Immunschwächekrankheit hat deutlich nachgelassen. Werden die Bedrohungen dieser »biologischen Zeitbombe« bewußt oder unbewußt verdrängt und heruntergespielt? Nach wie vor ist AIDS eine überaus weltweit heimtückische Krankheit und kann sich mit Krebs und den Herz-Kreislauf-Erkrankungen durchaus messen.

Die sehr dankenswerte Publizierung des Beitrags von Lyndon LaRouche: »AIDS – Politik oder Krankheit« deckt nicht nur die großen Gefahren auf, welche von der weltweiten Seuche ausgehen, sondern spricht auch deren wenig bekannten politischen Hintergrund an. Es kann uns nicht gleichgültig sein, daß 450 Millionen farbige Afrikaner von der Ausrottung bedroht sind, daß in Westdeutschland gegenwärtig rund 100.000 HIV-Infizierte leben, deren Dasein in spätestens 15 Jahren beendet sein wird, und daß weltweit nach Meinung des Generaldirektors der Weltgesundheitsorganisation (WHO) um das Jahr 2000 etwa eine Million Menschen jährlich an AIDS sterben werden.

Hier sind die medizinischen Forschungseinrichtungen der Epidemiologie wie auch der Biophysik gefordert, so schnell wie möglich die Fülle der ungelösten Fragen um den Komplex der Immunschwächekrankheit zu erhellen. Die Broschüre der Bundesgesundheits-Ministerin: »Was jeder über AIDS wissen sollte.« (Nov. 1987) mutet dabei etwas kümmerlich an. Viele Fragen werden heruntergespielt.

Kann AIDS durch Insektenstiche auf den Menschen übertragen werden oder nicht? Ist AIDS eine übertragbare Krankheit im Sinne des Bundesseuchengesetzes oder nicht? Ist das AIDS-Virus auf natürlichem Wege entstanden, oder wurde es vom Menschen künstlich geschaffen, wobei es sich um einen nicht einkalkulierten Laborunfall gehandelt haben könnte? Fragen über Fragen!

Sicher bemühen sich heute die verantwortlichen Politiker und Mediziner um die Bewältigung dieser sehr ernsten Herausforderung: zum Beispiel die AIDS-Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, sowie das Psychosoziale Forschungsprojekt HIV/AIDS der Universitäts-Nervenklinik München (Prof. Dr. Ermann/Dr. Seidl). Aber es bleiben noch eine Reihe von Versäumnissen und Fehlentscheidungen der Bonner Regierungskoalition. So müssen neue Wege beschritten werden, soll sich nicht Hilflosigkeit breit machen, ähnlich bei den Seuchenproblemen des Mittelalters.

Auflärung tut not, um mit den Schwachstellen unserer Gesellschaft: moralische Skurpellosigkeit in der Sexualität (AIDS = »Lustseuche«), Tendenzen zur Sucht (Drogen), oder den Fragen der Randgruppen (Homosexuelle, Fixer) fertig zu werden. Ist noch eine Katastrophe für die Menschheit in der Zukunft abwendbar? – »Dum spiro, spero!« (»Solange ich atme, hoffe ich!«).

Rudolf Stubert, Kulmbach